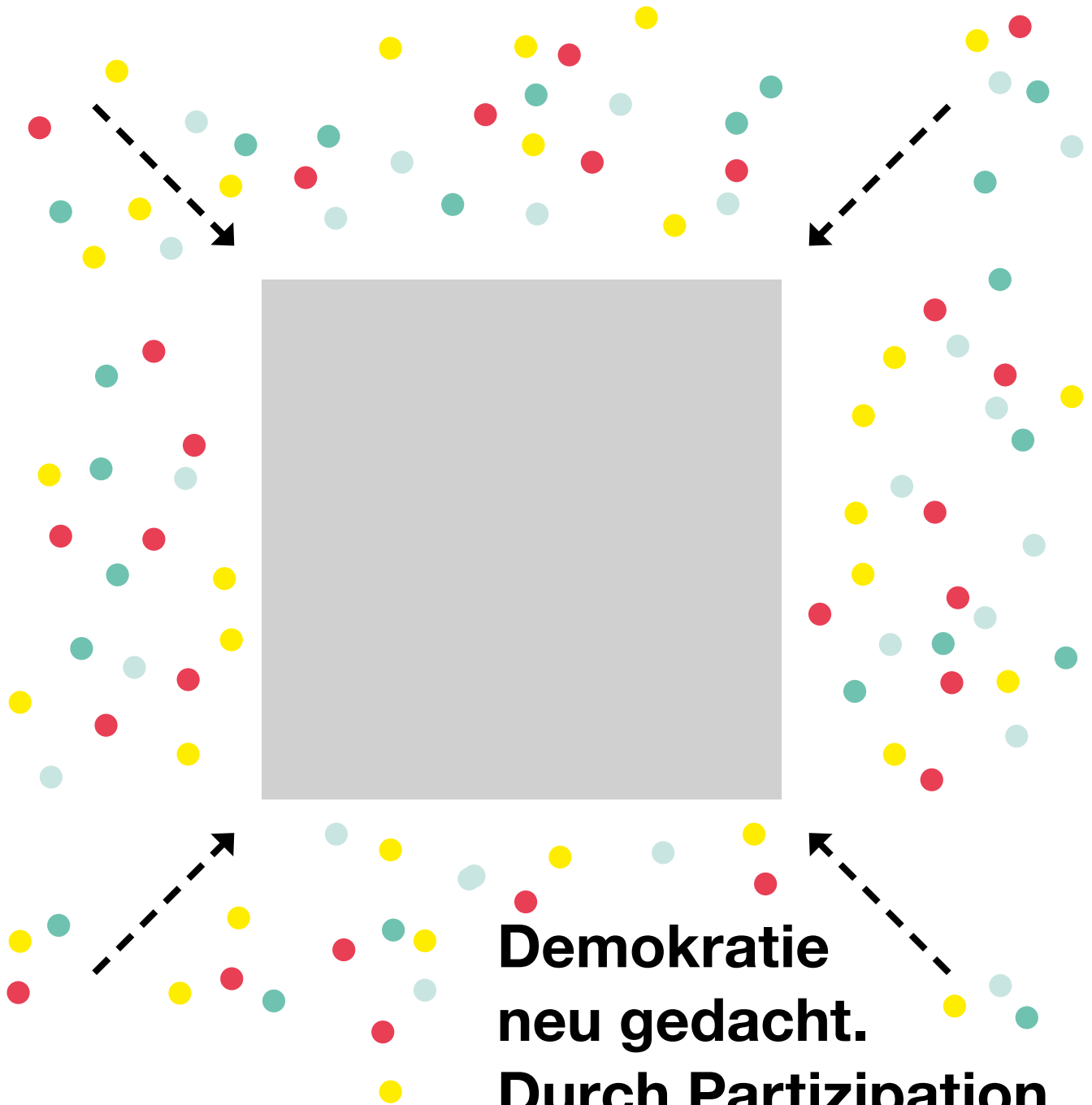


DEMOKRATIE FORUM



Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.

<http://www.ub.tuwien.ac.at>



The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology.

<http://www.ub.tuwien.ac.at/eng>



DIPLOMARBEIT

DEMOKRATIEFORUM am Schwedenplatz / Morzinplatz

Demokratie neu gedacht. Durch Partizipation zu einer lebendigen Demokratie.

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Ingenieurs / Diplom-Ingenieurin
unter der Leitung

Ao.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Christian Kühn
E 253, Institut für Architektur und Entwerfen
E 253/1, Abteilung für Gebäudelehre und Entwerfen

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von
Julia Sonnleitner
00926041

Wien, am 29. März 2018

VORWORT | ABSTRACT

Demokratieforum am Schwedenplatz / Morzinplatz - Demokratie neu gedacht

Die Frage nach der Zukunft der Demokratie weltweit, in Europa, aber vor allem auch in Österreich wird immer öfter und lauter diskutiert. Viele unterschiedliche Bewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte (Occupy-Bewegung, Arabischer Frühling), aber auch aktuelle Gruppierungen (DIEM2025) fordern mehr Demokratie und die damit verbundenen Werte und Pflichten, mehr Transparenz und mehr Einflussnahme.

In Österreich herrscht einerseits immer mehr Enttäuschung über das politische Geschehen, was sich durch Politikverdrossenheit und der Entwicklung von „Wutbürgern“, aber auch durch den aufsteigenden Populismus ausdrückt, andererseits gibt es immer mehr Menschen, die sich zu zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenschließen, ihre Meinungen laut aussprechen, dafür eintreten und somit gegen den Zustand der sogenannten „Postdemokratie“, wie ihn Colin Crouch nennt, steuern. Der Wunsch nach mehr Transparenz und mehr deliberativer Demokratie bringt aber auch neue Herausforderungen mit sich.

Diese wissenschaftliche Arbeit dient einerseits als Versuch, Demokratie als Regierungsform besser zu verstehen, auch im Hinblick auf die gegenwärtigen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft. Andererseits beschäftigt sie sich mit der Fragestellung, ob bzw. welches Angebot an Räumen und Funktionen benötigt wird, wenn die Bevölkerung durch mehr Partizipation und mehr Instrumente der deliberativen Demokratie Einfluss auf die Politik und in den politischen Alltag nehmen kann. Wie sehen Bereiche aus, in denen diskutiert, abgestimmt und informiert wird und unterschiedliche politische und persönliche Meinungen aufeinandertreffen und ausgetauscht werden? Welche Räume können politische Willensbildungen und Entscheidungsfindungen der Bevölkerung unterstützen und verbessern?

Lately, the question of the future of worldwide democracy, in Europe as well as in Austria, has become a heavily debated issue. Many different movements of the last years and decades (occupy-movement, Arabic spring), as well as current groups (DIEM2025) claim more democracy and the corresponding values and responsibilities, more transparency and more influence. On the one hand, there is frustration about the political system in Austria which is expressed by political apathy and the development of “enraged citizens”, but also by rising populism. On the other hand, more and more people join civil society organizations, voice their opinion loudly, vouch for it and therefore counteract “post democracy”, a term coined by the political scientist Colin Crouch. This desire for more transparency and more deliberative democracy also brings about new challenges.

Due to increasing political participation and more instruments of the deliberative democracy, the human population might achieve more and more influence in politics and political daily routine.

At first this thesis is an attempt to develop a better understanding of democracy (as a form of government), also in view of present political and social challenges.

Furthermore this thesis deals with the question whether this concept requires a new building typology at all and if so, what would it look like? How should an area, where people can discuss, vote and get information, but also where exchange of different political and personal opinions happens, be designed? Which rooms can support and maybe also improve the decision-making process?

Für Alle

"Wir glauben, dass, weil die Menschen in Gemeinschaft leben, die gemeinsamen Angelegenheiten uns alle betreffen.

Erst dann, wenn alle Bewohner_innen eines Territoriums sich treffen, kommunizieren, diskutieren und gemeinsam Entscheidungen treffen können, die sie betreffen, kann die Politik aufhören, das Geschäft einiger weniger zu sein."

Die neuen Munizipalisten, transversal texts, 2017

INHALTSANGABE

Demokratieforum am Schwedenplatz / Morzinplatz - Demokratie neu gedacht

02	Vorwort / Abstract	
09	1. Einleitung - eine Demokratiedebatte	
15	2. Demokratie - eine Analyse	
17	2.1. Einführung Demokratie	79
18	2.1.1. Demokratie ist ...?	80
19	2.1.2. Konzeption von Demokratie	
19	2.1.3. Indikatoren für Demokratie - Demokratiequalität	80
20	2.1.4. Normative und empirische Demokratietheorien	81
23	2.2. Demokratiegeschichte	
24	2.2.1. Der Ursprung der Demokratie	83
30	2.2.2. Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert	84
37	2.3. Demokratie in Österreich - eine Bestandsaufnahme	85
38	2.3.1. Politisches System	
38	2.3.2. Wahlen	
42	2.3.3. Direkte Demokratie in Österreich	
47	2.4. Demokratiemodelle	
48	2.4.1. Elitendemokratie	
51	2.4.2. Konkurrenz - und Konkordanzdemokratie	
52	2.4.3. Pluralistisch – repräsentative Demokratie	
54	2.4.4. Soziale Demokratie	
55	2.4.5. Direkte Demokratie	
56	2.4.6. Beteiligungszentrierte Demokratie	
58	2.4.7. Mediendemokratie	
60	2.4.8. E-Democracy und Liquid Democracy	
63	2.5. Macht und Demokratie	
69	2.6. Herausforderung Demokratie	
70	2.6.1. Symptome	
73	2.6.2. Diagnose	
74	2.6.3. Therapie – das Losverfahren	
		2.7. Soziale Aspekte der Partizipation
		2.7.1. Einleitung - Partizipation und Demokratie
		2.7.2. Begriffsdefinitionen
		2.7.3. Politische Partizipation nach Norbert Kersting
		2.7.4. Partizipation – Warum? Wozu?
		2.7.5. Sozial Benachteiligte und BürgerInnengesellschaft
		2.7.6. Beteiligung schwer erreichbarer Gruppen – eine Herausforderung
		89 3. Demokratieforum - eine konkrete Utopie
		90 3.1. Deliberative Demokratie als Ausgangspunkt
		91 3.2. Basisstation und Satelliten
		100 3.3. Raumprogramm
		105 4. Bauplatz
		106 4.1. Bauplatzwahl
		110 4.2. Geschichte Bauplatz
		128 4.3. Bauplatzanalyse
		146 4.4. Fotodokumentation
		160 4.5. Maßnahmen
		163 5. Demokratieforum - ein Entwurf
		164 5.1. Verortung Demokratieforum
		168 5.2. Konzept Demokratieforum
		176 5.3. Raumprogramm
		178 5.4. Funktionsverteilung BürgerInnenrat
		180 5.5. Plandarstellungen
		208 5.6. Schaubilder
		218 5.7. Raumbezeichnung / Flächenangaben
		223 6. Schlusswort und Ausblick
		224 6.1. Schlusswort
		226 6.2. Ausblick
		229 7. Persönliches Nachwort
		233 8. Anhang
		234 8.1. Quellenverzeichnis
		240 8.2. Literaturverzeichnis
		244 8.3. Onlinequellen
		248 8.4. Abbildungsverzeichnis
		252 8.5. Zitate Quellen

1. EINLEITUNG

*"Demokratie kann nicht funktionieren,
solange die Wählenden nicht darauf
vorbereitet sind, weise zu wählen.
Der wahre Schutz der Demokratie ist
daher Bildung."*

Franklin D. Roosevelt

1. Einleitung

- Eine Demokratiedebatte

„Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“¹

Mit diesen Worten hat der ehemalige Präsident des deutschen Zentralrates der Juden - Heinz Galinski - die Problematik bzw. Herausforderung einer Demokratie auf den Punkt gebracht. Obwohl wir uns in einer Zeit befinden, in der die Anzahl an Demokratien auf dieser Welt, seit ihrem Ursprung in Athen im 6. Jhdt. v. Chr., einen Höhepunkt erlebt und noch nie so viele Anhänger hatte, müssen wir gleichzeitig beobachten, dass in den USA, aber auch in europäischen Ländern wie Polen, Ungarn und der Türkei an den demokratischen Grundfesten wie beispielsweise Meinungsfreiheit und Pressefreiheit gerüttelt wird.² Und auch sonst wird die Aussage, unsere westliche Demokratie stecke in einer großen Krise, in den letzten Monaten immer lauter und durch steigende Politikverdrossenheit, kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung und den Aufstieg der Rechtspopulisten unterstrichen. Da kommt bei vielen die Frage auf, ob und wie stabil eine demokratische Regierungsform heute überhaupt noch ist? Steht die Demokratie heute mehr denn je unter Druck?³

Um die momentane Situation etwas besser nachvollziehen zu können, ist das Verständnis notwendig, dass die Entwicklung der Demokratie nie linear verlaufen ist, sondern mit Hoch- bzw. Tiefpunkten und den damit einhergehenden Ereignissen.

Neben den Revolutionen im 18. Jahrhundert in Frankreich und Nordamerika zählt das Jahr 2011 vermutlich in jüngster Zeit zu einem dieser wichtigen Meilenstein in der Geschichte der Demokratie. Es war das Jahr des Arabischen Frühlings*, in dem der

*Revolution Nordamerika: auch "Amerikanische Revolution", Ergebnis war Loslösung vom Britischen Empire und Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika

*Wenn man vom "Arabischen Frühling" spricht, meint man damit die Ende 2010 beginnenden Proteste, Aufstände und Rebellionen gegen die vorherrschenden Autokratien in der Arabischen Welt.

„Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“

Heinz Galinski

*Wutbürger: ein in Deutschland 2010 aufgekommenes mediales Schlagwort, reicher und konservativer Bürger, der seinen Ärger über die Politik Ausdruck verleiht und gegen den Wandel ankämpft
Essay: "Der Wutbürger" von Dirk Kurbjuweit prägte den Begriff

Tahrir-Platz in Kairo besetzt und in Tunis der Präsident davongejagt wurde. Das Jahr, in dem Menschen mit Aufständen in Syrien, Libyen und vielen anderen Ländern gegen das dort herrschende unfreie und bevormundende politische System protestiert haben und den Wunsch nach Demokratie und den damit verbundenen Werten laut artikuliert haben. Aber auch die „Occupy-Bewegung“ im Herbst 2011 brachte die großen Börsenzentren wie New York oder Frankreich mit ihren demokratischen Forderungen, vor allem im Bereich des Finanzsektors, in große Bedrängnis.⁴

Waren es 2011 in den islamischen Ländern und den Finanzstädten große, teilweise gewaltsame Aufstände und Bewegungen mit mehrheitlich horizontalen Organisationsstrukturen, so war und ist es in Europa das Hervorkommen einer neuen Figur des „Wutbürgers“⁵, welche die Unzufriedenheit mit dem politischen Ist-Zustand der Demokratie und das Misstrauen gegenüber der Regierung personifiziert. Als eine mögliche Erklärung für die Politikverdrossenheit wird oft von „Apathie“ gesprochen und damit entsteht der Vorwurf, dass „Individualisierungen und Konsumismus das kritische Engagement des Bürgers so abgeflacht hätten, dass sein Glaube an die Demokratie in Desinteresse umgeschlagen sei“.⁶ Studien allerdings widerlegen diesen Vorwurf und sprechen von einem wachsenden Interesse am politischen Geschehen. David van Reybrouck erklärt in seinem Buch diese angespannte Situation damit, dass „eine Zeit, in der das politische Interesse zunimmt, während zugleich das politische Vertrauen sinkt, immer etwas Explosives hat. Denn die Kluft zwischen dem, was der Bürger selbst meint, und dem, was er den Politiker tun sieht, zwischen dem, was er als Bürger für notwendig hält, und dem, was der Staat in seinen Augen vernachlässigt, wächst. Frustration ist die Folge.“⁷

Diese Frustration spielt vor allem den Rechtspopulisten in die Hand. Sie profitieren am meisten von dieser angespannten Situation. Eine Sora Studie vom Oktober 2015 etwa zeigt, dass sich ein sehr großer Teil der österreichischen Bevölkerung sehr wohl auch autoritäre Verhältnisse, beispielsweise eine illiberale Demokratie wie sie etwa in Ungarn durch Viktor Orban immer mehr etabliert wird, vorstellen können. Auf die Aussage „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“ haben 13 Prozent mit „stimme sehr zu“ und 26 Prozent mit „stimme ziemlich zu“ geantwortet. Gleichzeitig allerdings meinen in derselben Sora Umfrage ein großer Prozentanteil der Befragten, dass die „beste Regierungsform“ die Demokratie sei.⁸

Eine weitere mögliche Erklärung für die immer größer werdende Politikverdrossenheit beschreibt Colin Crouch, indem er den Begriff „Postdemokratie“⁹ in die Diskussion einbringt. Dabei stellt er die Behauptung auf, dass die repräsentative Demokratie mit ihren Wahlen, Parlamenten, etc. nur mehr nach außen hin und zum Schein existiert, de facto allerdings internationale Unternehmen, Machtgruppen oder Lobbyisten die wahren Entscheidungsträger sind. Durch den Entzug der Entscheidungskompetenz seitens natio-

*Occupy-Bewegung: engl. für "Besetzt die Wall Street", größte Protestbewegung in Nordamerika, ab 15. Oktober 2011, Besetzung des Zuccotti Parks in New York City durch Demonstranten, Bezugnehmend auf die Besetzung des Tahir Platzes (Arabischer Frühling)

*Colin Crouch: geb. 1944 in London, Politikwissenschaftler und Soziologe, internationale Bekanntheit mit seiner Arbeit zur Postdemokratie

*Patrizia Nanz: geboren 1965 in Stuttgart, Politikwissenschaftlerin und Experte für Bürgerbeteiligung und demokratische Innovationen

*Claus Leggewie: geboren 1950 in Wanne-Eickel, Politikwissenschaftler, freier Publizist

naler Parlamente schwindet einerseits das Vertrauen in die Regierung und in das Parlament, andererseits sind es vor allem die bildungsbenachteiligten Bevölkerungsschichten, die aufgrund von „ökonomischer Ungleichheit aus der politischen Partizipation aussteigen.“¹⁰ Und auch unter dieser Diagnose profitieren vor allem die Vertreter der Rechtspopulisten, die exakt diese Menschen ansprechen und mit dem Versprechen von mehr „direkter Demokratie“ die Wählerstimmen sammeln. Es führt zu dem Irrglauben, dass das Modell der direkten Demokratie das Allheilmittel für eine steigende Unzufriedenheit mit dem politischen System sei. Komplexe Fragen mit einem „Ja oder Nein“ zu beantworten, ohne flächendeckende und objektive Informationsvermittlung und ohne einen intensiven vorhergehenden Diskurs zwischen den Menschen führt, wie die Vergangenheit aber auch die Gegenwart zeigt, zu keinem Anstieg der Zufriedenheit.

Eine mögliche „Therapie“¹¹ scheint also die Einbindung der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsfindungsprozesse über direkt demokratische Instrumente hinaus zu sein. Im Kleinen gibt es bereits Experimente mit Beteiligungsprozessen, die meistens von einer gebildeteren Mittelschicht initiiert werden. Durch das mangelnde Vertrauen zwischen Politikern und Bürgern, die fehlende Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung, aber auch durch das Nichtvorhandensein an notwendigem Budget und Raum, bleibt es häufig nur bei Experimenten oder Initiativen in kleinem Rahmen, die deshalb aber keineswegs außer Acht gelassen werden dürfen. Trotz der erschwerten Bedingungen kann man eine deutlich ansteigende Mobilisierung der Zivilgesellschaft erkennen, die Dynamik in die Teilhabe bringt und mehr Platz für Partizipation im politischen System einfordert. Ein gut funktionierendes Beispiel sind die BürgerInnenräte* in Vorarlberg, deren Ergebnisse als momentan noch unverbindliche Empfehlungen an die Landesregierung weitergegeben werden. Etwas größer gedacht ist der Vorschlag von Patrizia Nanz* und Claus Leggewie*, neben Exekutive, Legislative und Judikative eine vierte Macht, die Konsultative¹² einzuführen und so mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung zu erreichen. Zu den bekanntesten unter den Vorschlägen zählt allerdings jener von David Van Reybrouck. In seinem Buch „Gegen Wahlen“ geht er sogar so weit, eine Kammer in einem Zwei-Kammern System im Parlament mit BürgerInnen zu ersetzen, die per Losverfahren ausgewählt werden und so einen bestmöglichen und heterogenen Querschnitt der Bevölkerung darstellen.

All diese Entwürfe und Experimente haben ein und denselben essentiellen Kern. Sie gehen davon aus, dass jeder Mensch Experte in seinem Leben ist und deshalb auch sehr wohl bei den Entscheidungsfindungsprozessen sinnvoll mitwirken kann und soll. Darüber hinaus ist es nicht das Ziel, die Politiker oder gar das Parlament zu ersetzen. Vielmehr soll es das gegenseitige Verständnis und Vertrauen durch einen Dialog mit den Mitmenschen, mit den Politikern und durch die Auseinandersetzung mit differierenden Ansichten, verbessern. Zusätzlich wird Einblick in

*BürgerInnenräte VBG: mehrstufiges, flexibles Partizipationsverfahren, 12-15 zufällig ausgewählte Personen arbeiten eineinhalb Tage gemeinsam an für sie wichtige Themen, Möglichkeit, eigene Position auszudrücken

David Van Reybrouck: geboren 1971 in Brügge, Autor, Historiker, Archäologe

die Komplexität von Politik gegeben und dadurch die repräsentative Demokratie gestärkt.

Diese Diplomarbeit ist einerseits ein Versuch, Demokratie – die sensibelste aller Regierungsformen – zu verstehen, auch um den momentan herrschenden gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen und Herausforderungen mit mehr Wissen und Verständnis entgegenzutreten. Das Aufrollen der Demokratiegeschichte in Österreich bis zum jetzigen Zustand, aber auch die Analyse unterschiedlicher Demokratie Modelle inklusive des Einflusses der Medien auf die Demokratieentwicklung mit deren Vorteilen und Nachteilen soll dabei helfen, Zusammenhänge besser zu verstehen. Zusätzlich werden sowohl pessimistische als auch optimistische Ansichten bzw. Vorschläge hinsichtlich einer Weiterentwicklung der Demokratie aufgezeigt. Politische Teilnahme bringt stets auch soziale Aspekte mit sich, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Demokratie steht immer in engem Zusammenhang mit der Gesellschaft und dessen Wohlbefinden, deshalb muss eine Einbeziehung aller Gesellschaftsschichten gewährleistet sein.

Andererseits kann der Entwurf des Demokratieforums als eine Reaktion auf das immer größer werdende politische Engagement der Menschen in den sozialen Medien verstanden werden. In Zeiten, in denen eine neutrale Informationsvermittlung flächendeckend nur sehr schwer gewährleistet werden und jede Person hürdenlos, unkontrolliert und unreflektiert seine eigene, ganz persönliche Meinung zu einem Thema (anonym) im virtuellen Raum äußern und verbreiten kann, ist die Entwicklung eines physischen Raumes als Gegenstück wichtig, um die damit einhergehende Verantwortung politischen Handelns mit all seinen (sowohl positiven als auch negativen) Konsequenzen zu vermitteln.

Des Weiteren ist diese Diplomarbeit bzw. dieser Entwurf aber auch ein Versuch, das Experiment der Bürgerbeteiligung als wichtiges Element zur Entscheidungsfindung wahr werden und Demokratie wieder aufleben zu lassen. Das Demokratieforum soll voll mit Begegnungs- bzw. Gestaltungsräumen sein, in denen Menschen miteinander Themen erarbeiten, Spaß an der politischen Beteiligung entwickeln, in einem sicheren Rahmen eine gesunde Streitkultur ausüben und mit einem Gefühl von mehr Kompetenz weiterziehen, im besten Fall aber wiederkommen.

Zu guter Letzt wurde diese Diplomarbeit aber mit der Intention verfasst, beim Leser die Neugierde für Demokratie zu wecken, eine Diskussion über Partizipation zu erzeugen und das Bewusstsein zu schärfen, dass „Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“.¹³

Max Frisch: 1911-1991, schweizer Schriftsteller und Architekt

„Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Max Frisch

2. DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

*"Demokratie ist ... die Anerkennung,
dass wir, sozial genommen, alle
füreinander verantwortlich sind."*

Heinrich Mann

S. 17
S. 23
S. 37
S. 47
S. 63
S. 71
S. 79

2.1. Einführung Demokratie
2.2. Demokratiegeschichte
2.3. Demokratie in Österreich - eine Bestandsaufnahme
2.4. Demokratiemodelle
2.5. Macht und Demokratie
2.6. Herausforderung Demokratie
2.7. Soziale Aspekte der Partizipation

2.1. Einführung Demokratie

"Alle sehen es, dass sich bei uns eine grosse demokratische Revolution vollzieht, aber man beurteilt sie unterschiedlich. Einige betrachten sie als etwas Neues, als einen Zufall, den sie noch aufhalten zu können glauben. Andere dagegen halten sie für unwiderstehlich, weil sie ihnen als das älteste und dauerhafteste Faktum erscheint, das wir aus der Geschichte kennen."

Alexis de Tocqueville

S. 18
S. 19
S. 19
S. 20

2.1.1. Demokratie ist ... ?
2.1.2. Konzeption von Demokratie
2.1.3. Indikatoren für Demokratie - Demokratiequalität
2.1.4. Normative und empirische Demokratietheorien

2.1. Einführung Demokratie

2.1.1. Demokratie ist ...?

Sowohl der Begriff als auch die Idee der Demokratie (griech. „demokratia“) stammt aus der Antike und setzt sich aus den Begriffen „demos“, was im griechischen als Volk bezeichnet wird und „kratein“, was übersetzt „herrschen“ oder „Macht ausüben“ bedeutet, zusammen. Wenn man also von Demokratie als Staatsform spricht, ist damit die Herrschaft des Volkes bzw. eine Volksherrschaft gemeint. Dabei gilt das Volk als der Souverän und somit auch als die letzte Instanz in Bezug auf Entscheidung und Legitimation.¹ In dieser relativ einfach scheinenden Definition der Herrschaftsform stecken allerdings zwei Begriffe, die man sich genauer ansehen muss.

Volk ist ...?

Als erstes kommt die Frage auf, wer ist das Volk, das die Macht ausübt? Wer gehört dazu? Spricht man vom „ius sanguinis (Staatsbürger ist, wer von Staatsbürgern abstammt)“² oder vom „ius soli (Staatsbürger ist, wer auf dem entsprechenden Territorium geboren wurde)?“³ Mit dem Begriff des demos wird das Volk in erster Linie politisch und nicht ethnisch definiert, obwohl in der griechischen Antike, aber auch in heutigen demokratischen Gesellschaften die Zugehörigkeit zum demos sehr wohl von ethnischen Faktoren wie Sprache, Kultur oder Herkunft abhängig war bzw. ist.⁴ In der Antike war es beispielsweise nur ein ganz bestimmter Teil des Volkes, der aktiv am demokratischen Geschehen teilnehmen konnte (siehe Seite 23ff). Aber auch in der heutigen Zeit kann man wieder vermehrt die Tendenz erkennen, dass vor allem rechtspopulistische Parteien das Volk über die „Abstammung“ (ethnos) oder über die „Kultur“ (als eine elegante Form

des Rassismus) definieren möchten.⁵ In dieser vorliegenden Arbeit wird der Begriff des Volkes politisch definiert, also als Staatsvolk und nicht ethnisch.

Herrschaft ist ...?

Manfred G. Schmidt beschreibt in seinem Buch die Herrschaft des Staatsvolkes (politische Definition) als eine „prinzipiell anerkennungswürdige Weise des Herrschens“⁶ Dabei gibt es wichtige Kennzeichen wie etwa, dass die Herrschaft vom Volk ausgeht, deren Ausübung durch den Demos geschieht (bzw. durch die Repräsentanten, die vom Volk gewählt wurden) und dass sie den Anspruch besitzt, dem Staatsvolk zu nutzen.⁷ In der griechischen Antike im Speziellen wurde die demokratische Herrschaft von einer Volksversammlung ausgeübt, was in den heutigen Demokratien kaum mehr vorzufinden ist.

Demokratiedefinition ist ...?

Es gibt eine Vielzahl an Demokratiedefinitionen, so wie es auch unzählige Demokratievarianten auf diesem Kontinent gibt, die sich teilweise nur im Kleinen, oft aber im Großen voneinander unterscheiden. Eine dieser vielen möglichen Beschreibungen der Staatsform lautet wie folgt: „Im Kern beschreiben lässt sich Demokratie [...] als eine politische Herrschaftsform, die jene sich selbst geben, die später unter diesen selbst gesetzten institutionellen Regeln gleichzeitig herrschen wie beherrscht werden. Die Grundidee ist also <<Selbstherrschaft>> oder <<Selbstgesetzgebung>>. Herrscher und Beherrschte müssen eins sein, Regierte müssen sich auch als Regierende begreifen können.“⁸

2.1.2. Konzeption von Demokratie

Demokratie ist ein offener Prozess, beweglich und veränderbar. Deshalb gibt es auch nicht die eine *wahrhafte, gute* Demokratie, sondern viele verschiedene Theorien, die sich teilweise in manchen Punkten ausschließen, widersprechen und in Konkurrenz treten. Für die Demokratie als Staatsform stehen endogene und exogene Herausforderungen an, die es zu meistern gilt. Zu den endogenen Aufgaben zählen etwa Veränderungen und Wandlungen in der Gesellschaftsstruktur oder aber auch im vorherrschenden Demokratieverständnis. Dem gegenüber stehen die exogenen Aufgaben, zu denen die Globalisierung, Internationalisierung und die europäische Integration zählen.⁹ Diese Faktoren und noch viele mehr beeinflussen die Demokratie.

Zu den bekanntesten Demokratiedefinitionen gehört jene aus dem Jahre 1863 von Abraham Lincoln, für den Demokratie „Government of the people, by the people, and for the people“¹⁰ bedeutete. Trotz dessen Berühmtheit gibt es auch andere Demokratiedefinitionen, die allesamt Fragen offenlassen und es erschweren, Demokratien miteinander zu vergleichen.

Um nun Demokratiemodelle zu analysieren und daraus Rückschlüsse ziehen zu können, haben sich viele Wissenschaftler Methoden überlegt. Der Politikwissenschaftler Herbert Dachs beispielsweise entwickelte drei maßgebliche Fragen im Zuge seiner Auseinandersetzung mit Demokratieansätzen.¹¹

1. Welche Reichweite wird der Demokratie jeweils zugestanden?

2. Wie breit oder eng sind die Partizipationsmöglichkeiten?

3. Welcher Modus der Entscheidungsfindung wird vorgezogen?

Campbell und Barth wiederum verwenden bei ihrer Demokratiebetrachtung eine große Palette an Definitionen, die von „engen“ (minimalistischen) zu „breiten“ (expansionistischen) Konzeptionen reichen.¹² Bei dieser Betrachtung spielen Aspekte wie Gewährung von Rechten und Freiheiten, aber auch der Einfluss der Demokratie auf die Gesellschaft und die Schnittstelle zur Politik (z.B. Bildung, Arbeit, etc.) eine wesentliche Rolle.

2.1.3. Indikatoren für Demokratie – Demokratiequalität

Wie bereits anfangs erwähnt gibt es viele verschiedene Demokratieformen. Die Demokratie in Österreich ist beispielsweise nicht gleich der Demokratie in der Türkei oder in Singapur. Deshalb haben mehrere Forschungsinstitute und Stiftungen verschiedene Verfahren entwickelt, um Qualitätsmessungen von Demokratien möglich und mit Nicht-Demokratien vergleichbar zu machen, die Stärken und Schwächen der einzelnen Systeme auszuloten und Vorzüge, Nachteile, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen. Folgende Verfahren zählen zu den wichtigsten, um Demokratien zu vergleichen:

DEMOKRATIEFORSCHUNG

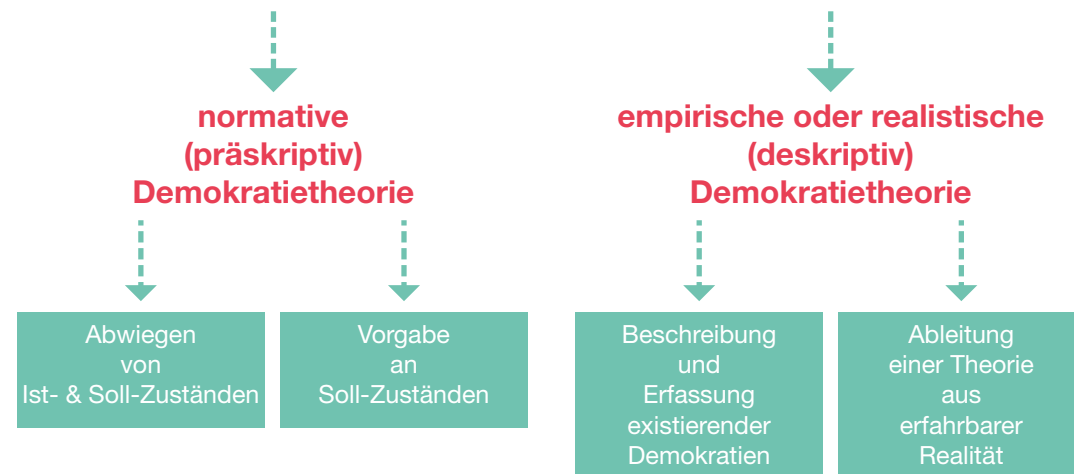


Abb. 1: Normative und empirische Demokratietheorien

Freedom-House-Index - „Freedom of the World“ - Freedom House

„Freiheit“ ist zentraler Indikator, politische Rechte, bürgerliche Freiheit (je größer die Freiheit, desto mehr Qualität hat Demokratie, Skala 1-7)

Democracy Index (Demokratieindex) - The Economist Intelligence Unit (Abb. 3)

Bestimmung des Demokratiegrades in 167 Ländern, Kategorisierung der Länder in vollständige Demokratien, unvollständige Demokratien, Hybridregime und autoritäre Regime (Skala 0-10), Analyse von fünf Faktoren (bürgerliche Freiheit, Wirkungsweise der Regierung, politische Partizipation, politische Kultur, Wahlprozess und Pluralismus)

Konzept der Polyarchie – Robert A. Dahl

Schlüsseldimension von Demokratie ist der Wettbewerb um politische Ämter und das Recht auf Partizipation, sieben Kriterien für eine moderne Demokratie (Wahl und Abwahl der Amtsinhaber, regelmäßige faire und freie Wahlen, aktives und passives Wahlrecht für fast alle Erwachsenen, Rede- und Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit, Organisations- und Koalitionsfreiheit, ein „inklusive Bürgerschaftsstatus“ – politische und bürgerliche Rechte sollen für möglichst alle gelten)

„Demokratiebarometer“ – NCCR (Abb. 2)

Konzentration auf feine Unterschiede der „besten“ 30 Demokratien weltweit, Berücksichtigung von Faktoren wie freie & faire Wahlen, aber auch genauere Analyse der Wahl (wer wählt, wer enthält sich, soziale Ausgrenzungsmuster, etc.), Ausgangspunkt sind drei fundamentale Prinzipien: Freiheit, (politische) Gleichheit und Kontrolle, zusätzlich Faktoren, Komponenten, Subkomponenten, Indikatoren

2.1.4. Normative und empirische Demokratietheorien

In der Demokratieforschung wird zu allererst zwischen zwei Lehren unterschieden – der normativen und der empirischen. Bei der normativen (auch präskriptiv genannt) Demokratietheorie spielt das Abwägen von Ist- und Soll-Zuständen eine wichtige Rolle, aber auch eine Vorgabe an Soll-Zuständen, welche aufgrund von bestimmten Normen als wünschenswert betrachtet werden.¹³ Erstrebenswert wäre dabei zum Beispiel der Ausbau von demokratischen Rechten und Beteiligung. Dem gegenüber steht die empirische oder realistische Demokratietheorie (auch deskriptiv genannt). Sie umfasst die Beschreibung und Erfassung existierender Demokratien und versucht eine Ableitung einer Theorie aus der erfahrbaren Realität zu erzeugen (Bsp. Repräsentative Demokratie).¹⁴ Trotz den Versuchen, Demokratietheorien in eine der beiden Kategorien zu stecken, gibt es nicht selten Überschneidungen und Verflechtungen zwischen Empirie und Norm. „Was Demokratie ist, läßt sich nicht davon trennen, was Demokratie sein sollte“¹⁵

DEMOKRATIEQUALITÄT

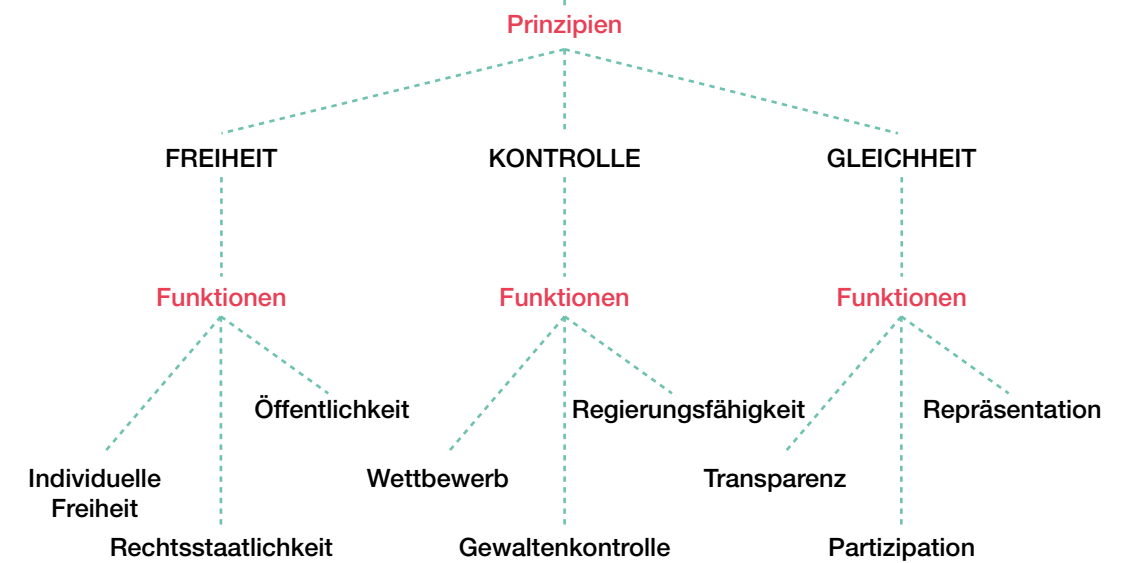


Abb. 2: Konzeptbaum des "Demokratiebarometers"

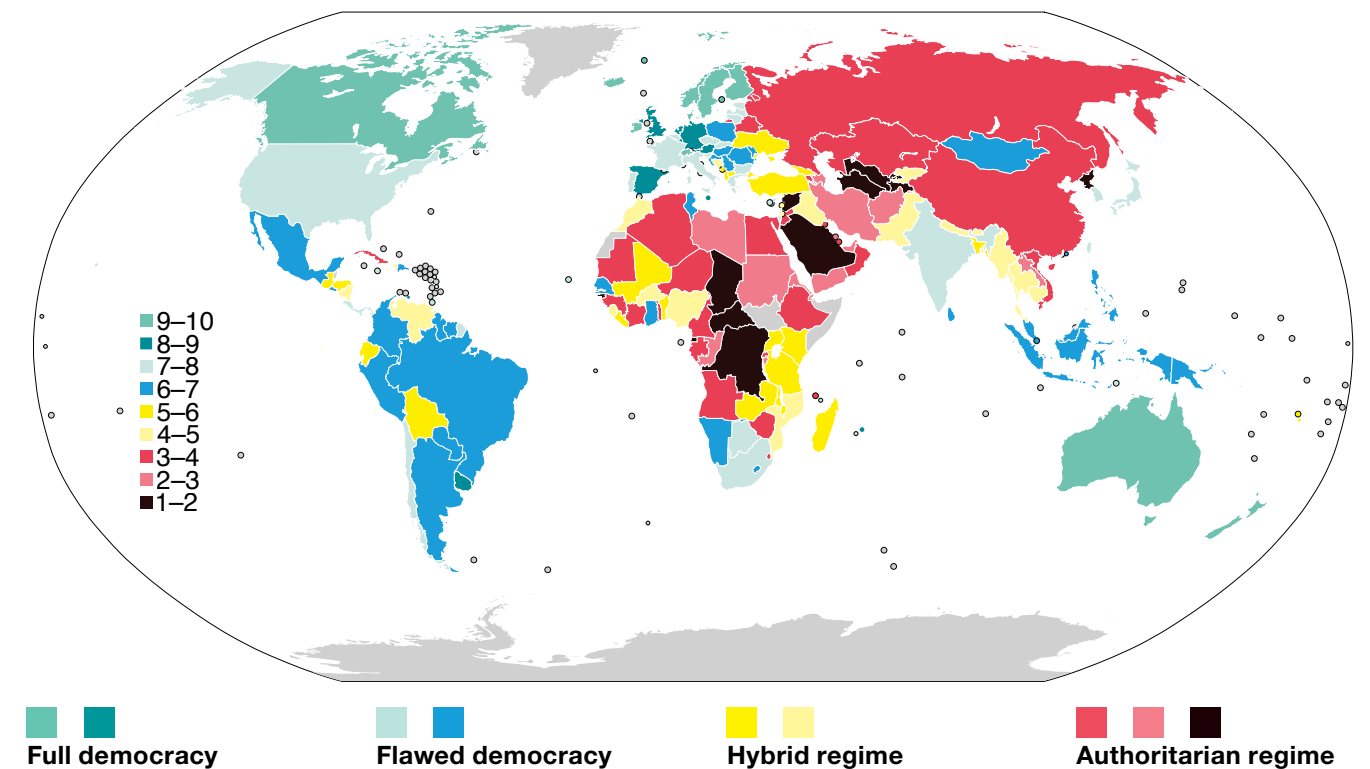


Abb. 3: EIU Democracy Index 2016

2.2. Demokratiegeschichte

"Demokratie entsteht, wenn man nach Freiheit und Gleichheit aller Bürger strebt und die Zahl der Bürger nicht aber ihre Eigenart berücksichtigt."

Heinrich Mann

S. 24
S. 30

2.2.1. Der Ursprung der Demokratie
2.2.2. Demokratieentwicklung in Österreich
seit dem 19. Jahrhundert

2.2.1

Der Ursprung der Demokratie

Demokratiegeschichte

Die Demokratie, wie wir sie kennen, ist noch relativ neu und hat sich erst im 18. Jahrhundert entwickelt. Ihr Ursprung liegt jedoch etwa 2500 Jahre zurück und ist einerseits in der athenischen Demokratie (häufig auch als attische Demokratie bezeichnet) begründet, bei der bürgerliche Beteiligung im Mittelpunkt stand, andererseits etwas später auch in der Römischen Republik, die aus einem selbstverwalteten Staat ohne Herrscher bestand. In den tausenden von Jahren dazwischen fand die Demokratie als Staatsform in Europa keine Anwendung, da sie nur wenige Gemeinsamkeiten (vor allem hinsichtlich gesellschaftlicher Werte, Aufklärung, Individuum, etc.) mit dem damals vorherrschenden Christentum teilte.¹ Obwohl die antiken Regierungsformen (sowohl in Rom als auch in Athen) einige interessante Merkmale und Grundprinzipien als Vorläufer für unsere moderne Demokratieauffassung besaßen, ist es aus heutiger Sicht sehr bedeutsam und unumgänglich, diese objektiv zu betrachten und zu analysieren, um Rückschlüsse daraus zu ziehen.

Die athenische Demokratie – das eine Vorbild (508-322 v.Chr.)

Die Demokratie auf der griechischen Halbinsel Attika entwickelte sich keinesfalls innerhalb weniger Jahre aufgrund einer von Theoretikern und Philosophen aufgestellten These und etablierte sich auch nicht innerhalb kürzester Zeit. Die Tatsache, dass sich das Volk von Tyrannen, Königen und Aristokratien freispielte und sich selbst regierte, wurde immer wieder in der Praxis erprobt und entwickelte sich schrittweise über mehrere Jahrhunderte.² Grundbausteine für das positive Ergebnis waren vor allem wirtschaftlicher Wohlstand, soziale Stabilität und die Machtstellung der Polis. Ohne

diese Zustände war es damals schon schwierig, eine auf Beteiligung basierende Staatsform zu etablieren.

Funktionsweise

In Athen gab es keine Gewaltenteilung, was zur Folge hatte, dass sowohl die Gesetzgebungs-, Regierungs-, Kontroll- und Gerichtsgewalt von den attischen Bürgern (Ausnahme waren Frauen, Sklaven, Metöken) ausgeübt wurde.³ Die Vergabe der Ämter wurde mittels Losverfahren durchgeführt, um jedem Bürger die Möglichkeit auf ein Amt zu gewähren und eine Bevorzugung aufgrund von Besitz, Abhängigkeitsverhältnis oder Herkunft zu verhindern. Zusätzlich wurden diejenigen, die ein Amt ausübten, mit Diäten entlohnt, damit keine finanziellen Einbußen getätigt werden mussten.

Volksversammlung – Ekklesia – Machtzentrum Athens

In der Volksversammlung, die 40 Mal im Jahr einen ganzen Tag auf dem Hügel Pnyx abgehalten wurde, konnte jeder Bürger, der in der Liste eingetragen war, teilnehmen. Es wurden sowohl tagespolitische Angelegenheiten besprochen, aber auch Gesetzesbeschlüsse und Gesetzesverabschiedungen getätigt, Beamte gewählt und kontrolliert, Richter ausgewählt und über Krieg und Frieden abgestimmt. Außerdem hatte jeder Bürger die Möglichkeit, das Wort zu ergreifen, denn es galt Redefreiheit für jedermann (Isogerie). Die Stimmabgabe erfolgt über das Heben der Hand.⁴

Volksgericht – Dikasterien

Alle Teilnehmer des Volksgerichtes wurden jährlich durch das Losverfahren bestimmt. 6000 Personen kamen so in den Besitz eines Amtes. Da man die Teilnehmer nicht wählen konnte, stand auch nicht die

fachliche Kompetenz im Mittelpunkt, sondern das Prinzip der gleichen Partizipation der Bürger an Entscheidungen, die sie selbst betrafen.⁵

Rat der 500 – Boule

Im Rat der 500, der aus je 50 Bürgern aus 10 Phylen gelost wurde, konnte man nur für ein Jahr teilnehmen, da ein Rotationsverfahren eine Wiederbetätigung verhinderte. Hier wurden die Themen für die Volksversammlung vorbereitet, besprochen und diskutiert. Zusätzlich wurde täglich ein neuer Vorsteher (Prytanie) ausgelost, der als Vorsitzender den Rat und die Volksversammlung leitete. Durch das Rotationsverfahren wurden Machtanhäufungen verhindert und gleichzeitig ermöglichte es das Partizipations- und Mitspracherecht für alle.⁶

Besondere Charakteristika

- Isonomie: „Isonomie bezeichnete eine Ordnung, in der alle Bürger auf prinzipiell gleiche Weise in die Regelung der politischen Angelegenheiten einbezogen waren; oft wurde das Wort nahezu synonym mit Demokratie benutzt.“⁷
- Isogerie: jeder besitzt das gleiche Recht, in der Volksversammlung die Rede zu ergreifen⁸
- Investition wohlhabender Bürger in Verwaltung, Kultur, Bildung ohne höhere Machtposition
- Losverfahren
- Ämterrotation
- Mangel an Gewaltenteilung
- „Politikerdasein“ kein Beruf

Kritik / Grenzen der athenischen Demokratie⁹

- Keine Gleichberechtigung: Frauen, Sklaven Metöken wurde die Teilnahme nicht gewährt
- Recht auf Meinungsfreiheit, Recht auf Opposition oder Minderheit gegen die Mehrheitsherrschaft unmöglich
- Strikte Trennung zwischen „Oikos“ (Haus- und Wirtschaftsgemeinschaft) und „Polis“ (Staatsverband)
- Finanzierung der Demokratie durch Seekriege und Liturgien (wohlhabende Bürger bezahlten Liturgien, um an Ansehen zu gewinnen)
- Beschränkung der Polisdemokratie auf kleines Territorium
- Problematik der Demokratie: Freiheit des Volkes kann zur Abschaffung der Demokratie führen

Die römische Republik – das andere Vorbild (509-133 v.Chr.)

Wenn man von der römischen Republik spricht, ist die Periode zwischen dem Sturz des Königs und der Einführung des Kaisertums durch Augustus gemeint. Die neue Staatsform war gekennzeichnet durch eine Form der Selbstregierung ohne die Herrschaft eines Königs, Diktators oder Kaisers. Aus der Verbindung von monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elementen wurde eine Mischverfassung etabliert, welcher die Begriffe Recht, Gesetz und Gemeinwohl

zur politischen Ordnung zugrunde lag. Obwohl die Bürger in gewisser Weise Einfluss auf die politischen Anliegen hatten, war die Gesellschaft grundsätzlich vertikal strukturiert, daher konnte hier keineswegs von einer Demokratie gesprochen werden. In der Schrift „De re publica“ beschrieb der Philosoph und römische Staatsmann Marcus Tullius Cicero (106-43 v.Chr.) sehr anschaulich die Prinzipien der republikanischen Staatsform und zeigte gleichzeitig den Unterschied zur Demokratie in Athen auf: „Es ist also das Gemeinwesen die Sache des Volkes (res publica res populi), ein Volk aber nicht jede irgendwie zusammengescharte Ansammlung von Menschen, sondern die Ansammlung einer Menge, die in der Anerkennung des Rechtes (iuris consensu) und der Gemeinsamkeit des Nutzens (utilitatis communione) vereinigt ist.“¹⁰

Patrizier und Plebejer

Nach dem Sturz des Königs hatten adelige Familien in Rom die Macht inne. Es entwickelten sich – als Folge der Ständekämpfe im 5. und 4. Jahrhundert v.Chr. - zwei führende Bevölkerungsgruppen: die Patrizier (adelige Familien mit Grundbesitz) und die Plebejer (Bauern, Handwerker, jene, die wohlhabend geworden waren).

Volksversammlung (demokratisches Element)
Die Volksversammlung ist nicht vergleichbar mit jener in Athen. Es existierten vier Versammlungen nebeneinander, die teils nach regionalen, teils familiären und teils militärischen Prinzipien gegliedert wurden. Die Volksversammlung hatte unter anderem die Aufgabe, die Magistrate zu wählen.¹¹ Zusätzlich besaß die Volksversammlung keinerlei Recht auf direkte Entscheidungen oder Kontrollen, das Volk konnte nur auf ganz bestimmte Bereiche einwirken.

Volkstribunat
Die Volkstribune dienten einerseits als Sprecher der Plebejer gegenüber der aristokratischen Herrschaft und den Amtsträgern und andererseits fungierten sie als Sachverwalter des Volkes (heute vergleichbar mit Ombudsleuten). Außerdem konnten sie das Interzessionsrecht (Vetorecht) bei Konflikten anwenden.¹²

Senat (Aristokratisches Element)
Die wichtigste Institution, das sogenannte Machtzentrum der römischen Republik, war der Senat. Zu Beginn der Republik bestand er noch aus 300 Mitgliedern, die sich bis zum Ende allerdings verdoppelten. Im Gegensatz zur athenischen Demokratie wurde diese Position nicht durch Wahl oder Losverfahren vergeben, sondern war eine Folge des Ausscheidens aus einem politischen Amt (Magistratur). Im Senat war man Mitglied auf Lebenszeit. Hier wurden Verhandlungen und Abstimmungen über Geschäfte getätigt.¹³

Konsul (Monarchisches Element)
Der Konsul gilt als der oberste Amtsträger. Im Laufe der römischen Republik wurde es zum Ziel, in jungen Jahren als Quästor zu starten, um später möglichst als

Konsul zu fungieren. Ab 367 v. Chr. musste einer der beiden Konsuln im Sinne des Kollegialitätsprinzips ein Plebejer sein.¹⁴

Besondere Charakteristika

- Annuität
- Kollegialitätsprinzip (Verhinderung von Machtzuwachs durch Doppelbesetzung einer Beamtenstelle)
- Vertikale Struktur in Gesellschaft
- Grundprinzipien: Recht, Öffentlichkeit, Gemeinwohlbezug
- Rechtsordnung – Gesetze nicht durch Herrscher
- Machtbegrenzung, Machtkontrolle
- Zusammenarbeit zwischen Patriziern und Plebejern
- Wechselseitige Kontrolle und gegenseitige Einwirkung

Kritik / Grenzen der römischen Republik¹⁵

- Herkunft, Geld, Einfluss prägend
- Ökonomische Ungleichheit
- Persönliche und familiäre Abhängigkeitsverhältnisse (Patron & Klient, Schutz & Dienst)
- Keine Unabhängigkeit
- Mangel an politischer Freiheit

Die Antike und die moderne Demokratie

Obwohl die Antike über mehrere Jahrtausende zurückliegt, wird in der heutigen Zeit immer wieder versucht, die damaligen politischen und sozialen Systemen mit den heutigen zu vergleichen. Unsere momentane Demokratieform weist in einigen Punkten bestimmt Ähnlichkeiten auf – sowohl in der Namensgebung als auch in den Grundprinzipien. Trotzdem gab es große soziale, kulturelle und technologische Unterschiede, die man sich immer wieder vor Augen halten muss.

Wenn man beispielsweise von den partizipierenden Bürgern spricht, ist immer nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gemeint. Viele Menschen, wie etwa Frauen, Sklaven, Zugezogene, etc. wurden von der Teilhabe ausgeschlossen und hatten keinen Platz im öffentlichen Leben und in der Politik.

Außerdem ist keineswegs die Rede von einer hierarchiefreien, horizontalen Gesellschaftsstruktur, denn es waren patriarchalische Familienbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse vorherrschend. Die Idee des Individuums als solches existierte nicht, noch weniger Menschen- und Freiheitsrechte.

Hinzuzufügen ist, dass die technologischen Mittel wie Massenmedien, Verkehrsmittel, Buch- & Zeitungsdruck und Internet nicht vorhanden und somit die Informationsübermittlung und die Überwindung großer Distanzen nicht möglich waren.

Oft beruft man sich auch auf die Antike, um den repräsentativen Demokratien von heute einen Spiegel

vorzuhalten und Kritik auszuüben, vor allem wenn es darum geht, nicht nur für das Volk, sondern mit dem Volk zu regieren.

Eine Demokratie repräsentiert in einem gewissen Maße das gesellschaftliche Gefüge. Deshalb sind Vergleiche auch wichtig und notwendig um kritisch den Ist-Zustand zu hinterfragen und Rückschlüsse zu ziehen, um in Bewegung zu bleiben.¹⁶

"Vergleiche sind wichtig und notwendig um kritisch den Ist-Zustand zu hinterfragen und Rückschlüsse zu ziehen, um in Bewegung zu bleiben."¹⁶

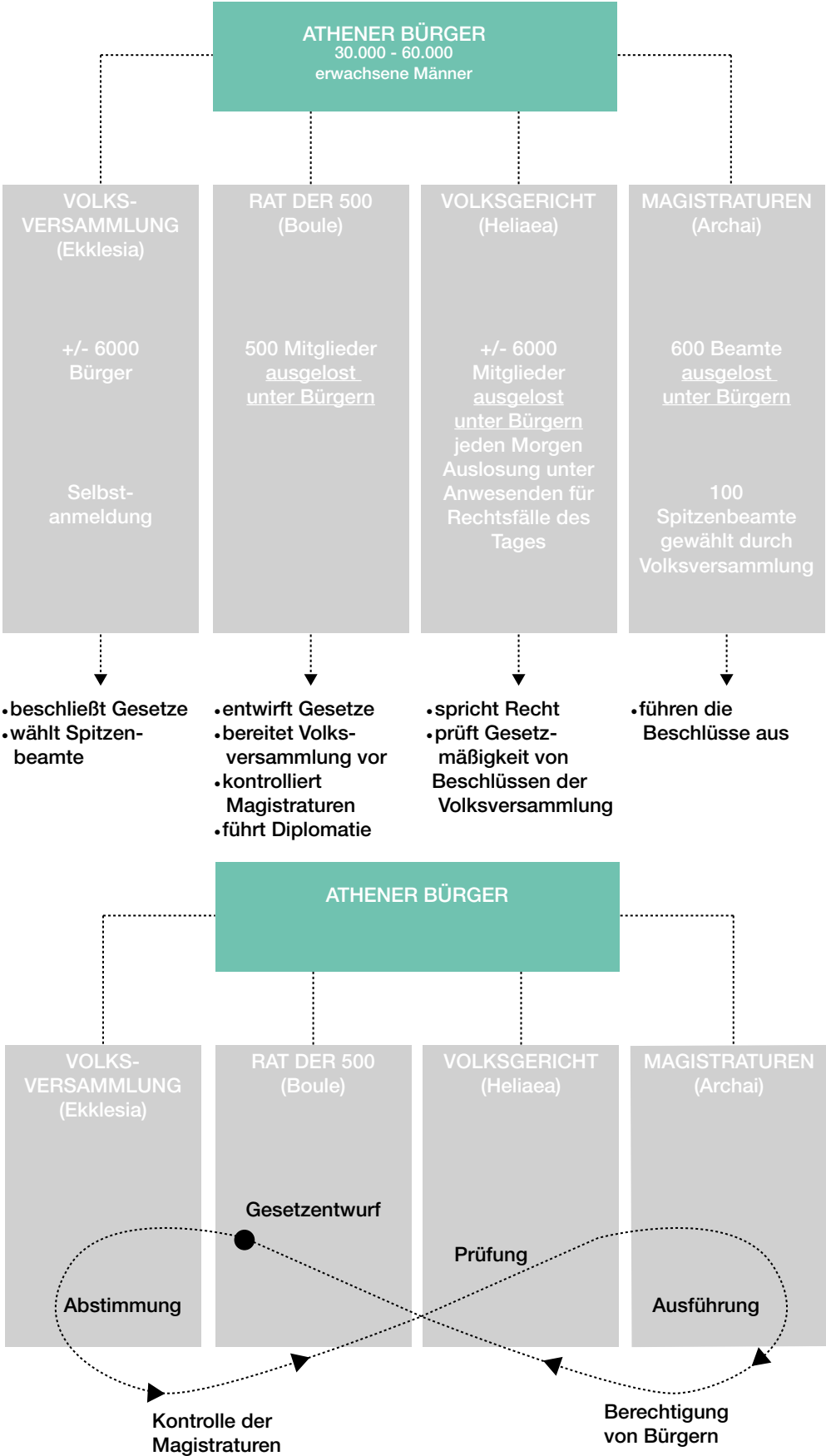
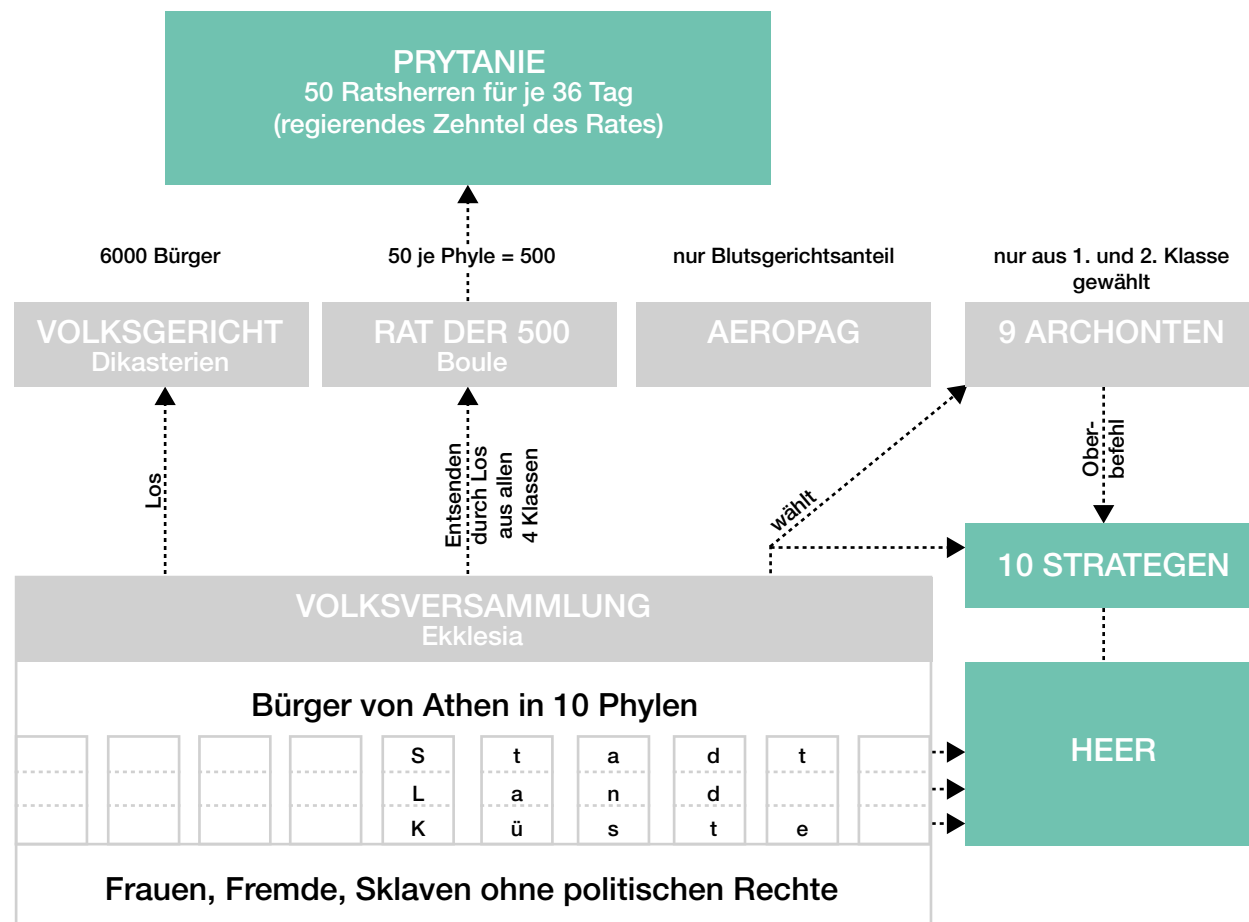


Abb. 4: Wichtigste Organe der Athener Demokratie (5. u. 4. Jhdt. v.u.Z.) und die Verteilung von Legislative, Exekutive, Judikative



28



- Abb. 6: Die römische Republik

2.2.2. Demokratieentwicklung in Österreich

Seit dem 19. Jhdt.

Demokratiedefinition
(auf welcher diese Timeline zugrunde liegt):

- Verfassung (individuelle, politische Rechte)
- geheime Wahlen
- unabhängige Justiz
- Garantie der Freiheit des Individuums durch Grundrechte

- Verhinderung von Machtansammlung und Machtmissbrauch durch Gewaltenteilung in Exekutive (Regierung), Legislative (Parlament), Judikative (unabhängiges Gericht)
- unabhängige Medien als 4. Gewalt

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

1789
Französische Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Franz. Revolution als Inspiration für Jakobiner in Wien

Planung einer auf demokratischer Verfassung beruhenden konstitutionellen Monarchie

Niederschlagung dieser Entwicklungen durch Monarchie – mangelnde breite Basis für Revolution

Forderung nach politischen Rechten für BürgerInnen

1840er Jahre
Diskussion um allgemein geltende Bürgerrechte, Gleichstellung aller StaatsbürgerInnen, Ausarbeitung einer Verfassung

13. März 1848
Sturm auf das Landhaus in Wien

Revolution 1848
Wut und Verzweiflung von Kleinbürgertum und ArbeiterInnen in Wien

Habsburgermonarchie, Dominanz feudaler Strukturen des Adels

Verbindungen von sozialrevolutionäre Zielen und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen als Folge

VON DER FRANZÖSISCHER REVOLUTION ZUR 1848ER REVOLUTION

Habsburgermonarchie, Dominanz feudaler Strukturen des Adels, Verbindungen von sozialrevolutionären Zielen und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen als Folge

1848
kein Raum für Frauen, Ignoranz und Auflösung des Wiener Demokratischen Frauenvereins

ELITENWAHLRECHT FÜR WENIGE (1867-1873-1906) IN CISLEITHANIEN (NÖRDL. UND WESTL. TEIL ÖSTERREICH-UNGARN) DER HABSBURGERMONARCHIE

1848er Revolution
trotz Scheitern - wichtiger demokratiepolitischer Schritt

Beginn der jüdischen Emanzipation

Neoabsolutismus unter Kaiser Franz Joseph: liberale Wirtschaftsreform, keine Umsetzung der 1848er-Reformforderungen

Bedeutungslosigkeit des Reichsrates

1918
Einführung des allgemeinen Wahlrechts in der Republik Österreich – Wahlrecht für Frauen

In Wien bis 1918
Erhaltung des Kuriensystems (=Klassenwahlrecht)

1907
Beck'sche Wahlrechtsreform: allgemeines Männerwahlrecht

Kampf um Frauenwahlrecht

29. November 1905
Demonstration von rund 250 000 ArbeiterInnen für Ausdehnung des Wahlrechts

Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht

Man(n) kämpft für das allgemeine Männerwahlrecht – Frau für das allgemeine Wahlrecht

Größeres WählerInnenpotenzial – Herauskristallisation von zwei Massenparteien (Christlichsoziale Partei, Sozialdemokraten)

Die Entwicklung von Massenparteien

1873
Reichratswahlordnung (Wähler: Großgrundbesitzer/in ab 24 Jahren)

Parlamentarismus: Produkt längerfristiger Kompromisse

31. Oktober 1848
Zerschlagung der „Revolution“

September 1848
Bauernbefreiung unter Josef II

Unterstützung der Ungarn durch 1848er-Gruppen (Bürger, Arbeiter, Studierende, Soldaten)

Märzrevolution 1848 realpolitisch erfolglos (unter Kaiser Ferdinand I)
– trotzdem Grundlage für langsame demokratische Entwicklungen (Abschaffung der Zensur, Zeitungsgründungen, Verfassungsentwürfe)

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

Reichsrat (=Parlament) als Bühne des Nationalitätenkonflikts (Regierung vom Kaiser ernannt, besitzt großes Notverordnungs-instrumentarium, falls Gesetze des Reichsrats nicht in seinem Willen durchgesetzt wurden)

vor 1918
Massenparteien organisieren feste Strukturen

**REPUBLIKSGRÜNDUNG UND
WÄHLER- UND WÄHLERINNEN-
GLEICHHEIT AB 1919**

1. Wahl 1907, 2. Wahl 1911

Trennlinien zwischen Parteien entlang ethnischer Exklusion bzw. Inklusion, politischer Modelle für Lösung sozialer und ökonomischer Entwicklungen

Vermittlung von Feindbildern mittels Antisemitismus und Nationalitätenhass

christlich soziale Wähler: Verbreitung in nicht urbanen Bereichen

sozialdemokratische Wähler: Verbreitung in den meisten Wiener Bezirken, Industrieinseln in übrigen Bundesländern

WK: Krisenstimmung in politischer Kultur, gewaltbereite Stimmung bei WählerInnen

1. Weltkrieg (WK)

hoher Blutzoll, hohe Kriegskosten, zerstörte Sozialstruktur
Otto Bauer – Sozialdemokrat, thematisiert psychologische Auswirkungen des Krieges

12. November 1918

Staatsgründung durch Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich (führt zu Massenpanik und gewaltsamen Auseinandersetzungen), Erarbeitung des formalen Rahmens für Wahlen, sozialpolitische Gesetze (Achtsturentag, Kinderarbeit, etc.) im Rahmen der Nationalversammlung

Zentrum: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für Frauen und Männer, Wahlaltersenkung auf 20. Lebensjahr, Einführung einer Verhältniswahlrechtsordnung

1920

Friedensvertrag von St.Germain: Verbot des „Anschlusses“ an Deutschland

16. Februar 1919

erste echte, freie, demokratische Wahl (auch Frauen durften wählen, sehr hohe Wahlbeteiligung)

Erste Republik: Militarisierung der WählerInnen 1920 - 1932 bis zur Zwangsauflösung des Parlaments, der Regierungsdiktatur und dem „Anschluss“ an Hitler-Deutschland 1938

Parteien übernehmen Herrscherrolle – treten an Stelle des Herrscherhauses, der Bürokratie, der k.u.k Armee

Keine Verankerung der Parteien in Verfassung

Hans Kelsen: funktionierender Parlamentarismus ist Voraussetzung für Demokratie

Durchorganisation aller Lebensbereiche der Wähler durch Parteien in Zwischenkriegszeit („Versäulung“)

Zustimmungsdiktatur stabilisiert durch Mix an Propaganda, massiver Kontrolle, polit. Unterdrückung, Ausgrenzungsstrategien gegenüber Juden und Jüdinnen, RussInnen, SlawInnen,...

1938 - 1945

Regierung des NS-Regimes ohne Anbindung an demokratische Legitimationen mit totalitären Mitteln

10. April 1938

hitlersche Volksabstimmung über Anschluss (99,6% Zustimmung)

12. März 1938

Einmarsch der deutschen Wehrmacht – kein Widerstand – Ende der Kleinstaatlichkeit

Kurt Schuschnigg (Nachfolger Dollfuß) – Ausgleich mit Hitler-Deutschland – Juli-Abkommen 1934 + Fortsetzung der Regierungsdiktatur

Juli 1934

Putschversuch – Ermordung Dollfuß, Terror der Nationalsozialisten

Gescheiterter Versuch durch Etablierung einer Regierungsdiktatur den Nationalsozialismus zurückzudrängen

1934

Bürgerkrieg unter Dollfuß und Verbot der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei)

Heimwehr: Propaganda gegen demokratisches System, Abwertung des Parlaments, Linie des Anti-Parlamentarismus verwendeten auch Nationalsozialisten

Wachsender Antiparlamentarismus

4. März 1933

Ausschaltung des Parlaments durch christlich-sozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (autoritärer Kurs)

seit 1927

hohe Arbeitslosigkeit, Inflation führt zu hohem Zulauf dieser Gruppen, Zusammenhang Arbeitslosigkeit und Gewalt

1918/1919 - 1920

Gründung paramilitärischer Organisationen (Heimwehr & Republikanischer Schutzbund)

Gründung paramilitärischer Organisationen

Parlamentarische Demokratie im Exil
oder Widerstand

Positive Auseinandersetzung mit Demokratie in
Exilorganisationen und Widerstandszellen

Wiedererrichtung des Systems der parlamenta-
rischen Demokratie nach NS-Regimes

DEMOKRATISCHER WIEDERBEGINN
UNTER ALLIIERTER AUFSICHT 1945

1945

Befreiung Österreichs durch Alliierten – Frage der
Loyalität der ehemaligen NationalsozialistInnen
als WählerInnen zur neuen Republik

Reintegration der Mitläufer

Integration der Eliten und FunktionärInnen der
ehemaligen Dollfuß-Schuschnigg Diktatur von
1933/1934 - 1938 in parlamentarisches System

rasche Rekonstruktion staatlicher Autorität und
Abhaltung von Wahlen durch Provisorische
Regierung unter Karl Renner

US-Pessimismus bezüglich Staatenbildung
aufgrund von mangelndem Nationalgefühl

Überwindung ideologischer Gräben durch
externe Zwänge des Wiederaufbaus, die alliierte
Administration und den beginnenden Kalten Krieg

Österreichische Konkordanzdemokratie/
Proporzdemokratie – Proporz-Idee als
Kontrollelement

Erziehung zu Gehorsam hat Tradition

1950er Jahre

kein klassisch liberal-demokratisches System

Proporz in 50er und 60er Jahre führte zu totaler
Machtaufteilung, keine wechselseitige Kontroll-
funktion

ab 1970

Aufbrechen des Proporz, Reduzierung der
Parteidominanz durch Bruno Kreisky

Die „langen Fünfzigerjahre“

1966
Ende der langen Serien der großen Koalitionen
durch ÖVP Alleinregierung

ZUR ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG
DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG
IN ÖSTERREICH

Sozialer und ökonomischer Nachholbedarf
Nachkriegswirtschaftswachstum groß – aktives
Anwerben von „Gastarbeitern“

Zunahme von Einkommen und Freizeit – keine
Veränderung bei autoritären politischen
Strukturen

Internationale StudentInnenbewegung

Für den Inhalt dieser Grafik wurde vor allem der Artikel
„Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert“
von Oliver Rathkolb als Grundlage herangezogen
(Literaturangabe siehe S. 247).

sinkende Wahlteilnahme: sich engagieren
oder zuschauen? „Zuschauer Demokratie“
oder „Partizipative Demokratie“

2017 Nationalratswahl

Regierungsbildung zwischen ÖVP (Sebastian
kurz mit der neuen Volkspartei) und FPÖ (Heinz
Christian Strache). Die Forderung nach mehr
direktdemokratischen Elementen (eingebracht
von FPÖ) wird Teil der Koalitionsverhandlungen.

2015 Flüchtlingswelle

in Europ herrscht Angst vor Terror, dadurch wird
der Rechtspopulismus stärker

1995

EU Beitritt schafft neue demokratische Prozesse
(Änderungen der innerösterreichischen demokra-
tischen Entscheidungsabläufen)

Bewährungsproben der demokratischen Entwick-
lung Österreichs liegen in Bewältigung wider-
sprüchlicher Entwicklungen: Fremdenfeindlichkeit
versus Engagement der Zivilgesellschaft

Ende 1980er, Anfang 1990er Jahre

späte Aufgabe der Opferdoktrin (Franz Vranitzky)

Diskussion mit Verspätung (Waldheim-Debatte,
1986)

immer noch autoritäres Potenzial in
österreichischen Gesellschaft

1986

Grünbewegung wird Kleinpartei

neue, zivilgesellschaftliche Akteure wie Frauen-
und Umweltbewegungen spielen aktive Rolle bei
gesellschaftspolitisch relevanten Themen

Protestbewegungen in den 1970er- und
1980er- Jahren

ab 1970
Einbeziehung der Diskussion in den politischen
Rahmen durch Bruno Kreisky

in Österreich milder politischer Wandel

1968
D & FR Studentenrevolutionen

2.3. Demokratie in Österreich - eine Bestandsaufnahme

"Die Entwicklung geht von zentral zu dezentral, von vertikal zu horizontal, von top-down zu bottom-up. Wir haben mehr als hundert Jahre dafür gebraucht diese Gesellschaft so - zentral, top down, vertikal - aufzubauen. Diese ganze Denkweise gerät nun ins Wanken. Wir müssen uns also eine Menge abgewöhnen und dazulernen. Die größte Barriere sitzt in unserem Kopf."

Jan Rotmans

S. 38
S. 38
S. 42

2.3.1. Politisches System
2.3.2. Wahlen
2.3.3. Direkte Demokratie in Österreich

2.3. Demokratie in Österreich

Eine Bestandsaufnahme

GRUNDSÄTZE DES WAHLRECHTS

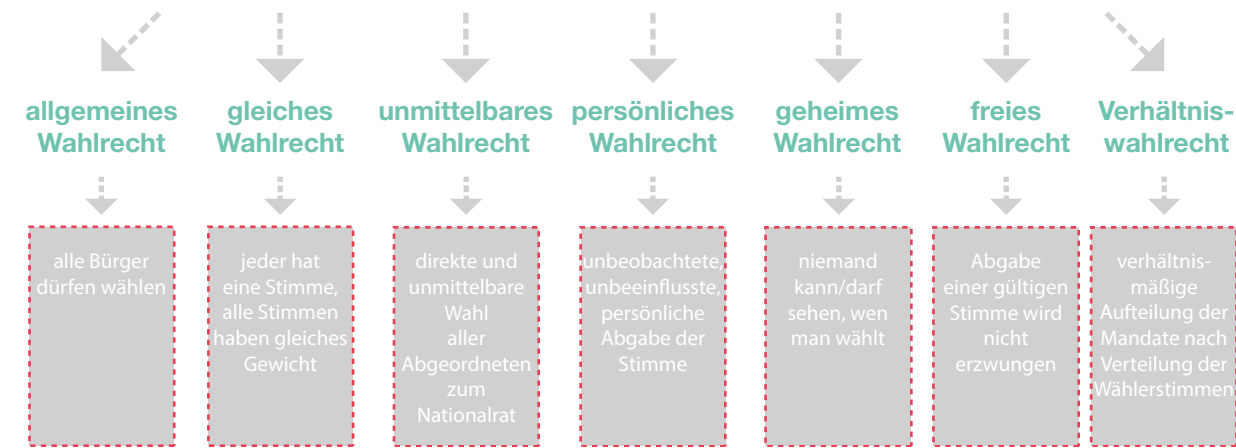


Abb. 7: Direktdemokratische Elemente in Österreich

2.3.1. Politisches System

Die Republik Österreich ist eine repräsentative bzw. parlamentarische Demokratie. „Die Bundesverfassung, der Staatsvertrag, das Neutralitätsgesetz sowie die EU-Beitrittsakte bilden die staatsrechtlichen Grundlagen der Republik.“¹ In der Verfassung sind die grundsätzlichen Angaben über die Staatsform eines Landes, dessen Regierungsform, dessen Aufbau und dessen Stellung und Rechte der Menschen angegeben. Diese Grundprinzipien (das demokratische Prinzip, das republikanische Prinzip, das bundesstaatliche Prinzip und das rechtsstaatliche Prinzip) gründen die Basis der Verfassung und werden im Besonderen vor Veränderungen geschützt.² Der Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes heißt wie folgt:

„Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“³

In Österreich werden politische Entscheidungen nicht vom Volk getroffen, sondern durch das Parlament. Die RepräsentantInnen werden von den Bürgern durch Wahlen bestimmt und somit befähigt, diese zu vertreten, Gesetze zu machen und Beschlüsse zu treffen. Das demokratische Prinzip legt auch fest, dass diese verpflichtet sind, ihre Entscheidungen und Handlungen gegenüber allen BürgerInnen zu verantworten. Ein weiterer essentieller Punkt dieses Prinzips ist, dass politische Freiheiten und die Rechte aller Bürger, sowohl der Mehrheit als auch der Minderheit, ausgeführt und garantiert werden. Dazu ist es wichtig, dass es klar definierte Verfahrensregeln für die Entscheidungsfindung gibt.⁴ Neben der Festlegung, dass ein Gesetzesbeschluss und die Kontrolle der Regierung

durch Parlamente passiert, findet man in der Verfassung auch Angaben zu den Instrumenten der direkten Demokratie bzw. der direkten Beteiligung von BürgerInnen an politischen Prozessen, wie z.B. Volksbegehren oder Volksabstimmungen.⁵

2.3.2. Wahlen

Wahlen bilden das institutionelle Kernstück, das Rückgrat einer jeden Demokratie, so auch das von Österreich. Einige Demokratietheoretiker meinen sogar, Wahlen als einziges Merkmal heranzuziehen, um demokratische von undemokratischen Systemen zu unterscheiden.⁶ In einer repräsentativen Demokratie wird die Regierung, der Regierungschef und die Volksvertretung von der Bevölkerung gewählt, um deren Meinungen und Interessen stellvertretend im Parlament kundzutun. Diese können, wie in demokratischen Verhältnissen üblich, auch abgewählt werden.

In Österreich existieren momentan 5 Wahlen: Nationalrat, Landtag, Gemeinderat, europäisches Parlament und Bundespräsident.⁷ Für die Durchführung von Wahlen sind einige Voraussetzungen notwendig. Die wichtigsten Grundsätze des Wahlrechts sind im Artikel 26 des B-VG festgelegt.⁸

das allgemeine Wahlrecht
- alle Bürger dürfen wählen

das gleiche Wahlrecht
- jeder hat eine Stimme, alle Stimmen haben gleiches Gewicht

das unmittelbare Wahlrecht
- alle Abgeordneten zum Nationalrat können direkt und unmittelbar gewählt werden

das persönliche Wahlrecht
- jeder gibt seine Stimme unbeobachtet, unbeeinflusst und persönlich ab

das geheime Wahlrecht
- niemand kann/darf sehen, wen man wählt

das freie Wahlrecht
- die Abgabe einer gültigen Stimme wird nicht erzwungen

das Verhältniswahlrecht
- die Mandate werden verhältnismäßig nach der Verteilung der Wählerstimmen aufgeteilt⁹

Des Weiteren wird in Österreich zwischen einem aktiven und einem passiven Wahlrecht unterschieden, also zwischen dem Recht, selber zu wählen (österreichische Staatsbürgerschaft, am Wahltag mindestens 16 Jahre alt und keine anderen Ausscheidungsgründe) und dem Recht, zu kandidieren und selbst gewählt zu werden (österreichische Staatsbürgerschaft, am Wahltag mindestens 18 Jahre alt und keine anderen Ausscheidungsgründe). Bis auf den Bundespräsidenten, der durch die Personenwahl zu seinem Amt kommt, gibt es in Österreich hauptsächlich ein Listenwahlrecht bzw. ein Verhältniswahlrecht. Bei einer Listenwahl werden vor allem Parteien gewählt. Diese geben eine Liste mit KandidatInnen bei der Wahlbehörde ab und je mehr Stimmen eine Partei bekommt, desto mehr gelistete Personen befinden sich dann im Amt. Durch die Einführung der Vorzugsstimmen sind

in den letzten Jahren jedoch Elemente des Persönlichkeitswahlrechte dazugekommen. Beim Verhältniswahlrecht werden die abgegebenen Stimmen auf Mandate umgerechnet. Die Zahl der erreichten Mandate (oder: Sitze) wird schließlich bestimmt durch das Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Zahl der zu vergebenen Sitze.¹⁰

Der Entscheidungsfindungsprozess (Abb. 11, S. 44)
Unter allen Beteiligungsformen zählt das Wahlrecht zu den vom Volk am häufigsten wahrgenommenen Instrument, da es ein besonders günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Für die Bevölkerung entsteht ein nur sehr geringer Aufwand, da es nur alle paar Jahre zur Wahlurne gebeten wird und man dank der Briefwahl sogar von zu Hause aus seine Stimme abgeben kann.¹¹ Aber nicht nur die Wahl, sondern auch die anderen direkt demokratischen Instrumente verlangen von den Bürgern, dass sie eine klare Entscheidung treffen können. Die politische Verhaltensforschung zeigt, dass diese Entscheidungsbildungsprozesse von mehreren Faktoren beeinflusst werden:

- individuelle Merkmale der Bürgerinnen und Bürger (z.B. Alter, Bildungsniveau, politische Einstellung)
- Merkmale der Abstimmungsvorlage (z.B. Komplexität/Vertrautheit mit der Vorlage)
- Politische Kontextmerkmale einer Abstimmung (z.B. Intensität der Kampagne bzw. der Konflikte, vorherrschende politische Kultur)¹²

2.3.3. Direkte Demokratie in Österreich

Da in Österreich eine repräsentative Demokratie herrscht, spielt die direkte Demokratie eine untergeordnete Rolle. Man kann sie eher als Ergänzung, Korrektiv oder Kontrolle des repräsentativen Regierungssystems verstehen.¹³ Und trotzdem gibt es dem Volk die Gelegenheit, neben den Wahlen Einfluss auf die Politik zu haben und über Sachfragen zu entscheiden. In Österreich beispielsweise stieg die Zahl der Volksbegehren seit den 1980er Jahren immer weiter an¹⁴.

Folgende drei direktdemokratische Elemente sind in der österreichischen Bundesverfassung verankert: Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksbefragung.¹⁵

Volksabstimmung (konfirmatives Referendum)

Eine Volksabstimmung bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, über Verfassungs- und Bundesgesetze abzustimmen, die nach dem aktiven Wahlrecht zum Nationalrat eine Berechtigung haben. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist rechtlich bindend und die Durchführung ist im Bundesverfassungsgesetz sowie im Volksabstimmungsgesetz von 1972 genau geregelt. Grundsätzlich wird mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt, ob ein bestimmter Gesetzesbeschluss des Nationalrates in Kraft treten soll oder nicht.¹⁶ „In der Volksabstimmung entscheidet die unbedingte Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen.“¹⁷ Das bedeutet, wenn bei der Auszählung die Anzahl der „Ja“ – Stimmen gegenüber der „Nein“ – Stimmen um mindestens eine überwiegt, dann gilt ein Gesetzesbeschluss als akzeptiert und das Gesetzesverfahren wird finalisiert. Im umgekehrten Fall bedeutet es, dass es zu einer Ablehnung gekommen ist und das Gesetz nicht zu Stande kommt.¹⁸

Wenn man von einer Volksabstimmung spricht, wird zwischen einem fakultativen (optional) und einem obligatorischen (verpflichtend) Referendum unterschieden.¹⁹

Zudem gibt es in Österreich drei Varianten einer Volksabstimmung.

- Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss
- Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung
- Volksabstimmung über eine Gesamtänderung der Bundesverfassung²⁰

Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss - fakultativ

Prinzipiell kann jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates einem fakultativen Referendum unterzogen werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass darüber ein Beschluss des Nationalrates oder der Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates vorliegt und dass es zeitlich vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin geschieht.²¹

Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung - fakultativ

Eine Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung ist auf Verlangen von einem Drittel der Mitglieder des Nationalrates oder des Bundesrates durchzuführen. Auch hierbei ist es wichtig, dass es vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin geschieht.²²

Volksabstimmung über eine Gesamtänderung der Bundesverfassung – obligatorisch

Bei einer Gesamtänderung der Bundesverfassung, also im Falle, dass es zu Veränderungen an den leitenden Grundprinzipien der Österreichischen Verfassung kommen würde, ist eine Volksabstimmung zwingend durchzuführen.²³

Wie bereits oben erwähnt, braucht es für eine Volksabstimmung immer eine gewisse Mehrheit an Stimmen der Abgeordneten (siehe auch Abb.8, S. 41). Wenn allerdings ein Gesetz bereits die Mehrheit im Nationalrat hat, ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass es genug Gegenstimmen gibt, um eine Volksabstimmung einzuleiten.²⁴ Somit erscheint es auch fast unmöglich für die Opposition, einen Gesetzesbeschluss mittels Volksabstimmung zu verhindern. Jene Parteien, die ein Gesetz einführen wollen, bedienen sich nur selten dem Instrument des Referendums. In Folge dessen wird das Instrument auch als „Regierungsreferendum“ bezeichnet, da es meistens nur von der Regierungskoalition angeordnet wird, welche fast immer die Mehrheit im Nationalrat stellt.²⁵

Funktion und Wirkung

Mit dem Blick auf die Vergangenheit treten drei wesentliche Funktionen der Volksabstimmung in den Vordergrund. Zum einen wird das Instrument dahingehend benutzt, um sich bei kritischen Entscheidungen die Zustimmung des Volkes zu sichern. Bei einer Gesetzeszustimmung wird gleichzeitig die Regierungspolitik legitimiert, bei einer Ablehnung allerdings geschwächt.²⁶ Zudem kommt es bei Gesetzesabstimmungen oft zu einem Dissens und zu Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung. Um eine Spaltung dieser zu vermeiden, wird das Volk als zusätzliche Instanz für kritische Entscheidungen herangezogen. Und drittens soll das Instrument der Volksabstimmung vor allem die eigene politische Haltung stärken und im Gegenzug die der Opposition schwächen.²⁷

ART DES GESETZES	GEFORDERTE MEHRHEIT IM NATIONALRAT (NR)	VOLKS-ABSTIMMUNG	BEISPIEL
Gesamtänderung d. Verfassung	2/3 Mehrheit	Obligatorisch	EU-Beitritt
Verfassungsgesetz (Teiländerung)	2/3 Mehrheit	Fakultativ: 1/3 der NR-Abgeordneten	keine
Normales Bundesgesetz	Absolute Mehrheit (mehr als die Hälfte)	Fakultativ: Absolute Mehrheit der NR-Abgeordneten	Zwentendorf, Atomsperrgesetz

Abb. 8: Abstimmungsmehrheiten für Verfassungsänderungen, Gesetze, Volksabstimmungen

Volksbefragung

Die weitere Form der direktdemokratischen Instrumente, die Volksbefragung, dessen Bestimmungen im Volksbefragungsgesetz von 1989 festgelegt sind, wird von der Politik dahingehend verwendet, um vor einer wesentlichen Entscheidung die Meinung der Bevölkerung zu einer „Angelegenheit von grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung“²⁸ einzuholen und liefert dann eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Im Gegensatz zur Volksabstimmung ist bei diesem direkt demokratischen Instrument kein existierendes Gesetz Gegenstand der Befragung. Häufig finden diese Befragungen somit vor einem Gesetzesentschluss im Nationalrat statt. Hinsichtlich der Organisation sind die Abläufe der Volksbefragung ähnlich zu denen einer Volksabstimmung, jedoch ist das Ergebnis nicht bindend. Wie auch bei der Volksabstimmung ist das Stimmrecht abhängig vom aktiven Wahlrecht. Die Wahlen werden geheim durchgeführt und es wird dem Volk eine Frage gestellt, die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten ist. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, zwei alternative Lösungsvorschläge anzubieten. Zu einem Beschluss zur Volksbefragung kommt es dann, wenn ein Antrag

entweder von Mitgliedern des Nationalrates oder von der Bundesregierung gestellt wird und wenn dies der Nationalrat mehrheitlich beschließt.²⁹ Hier kann man gut erkennen, dass sowohl die Volksabstimmung als auch die Volksbefragung als Top-Down-Instrument gesehen werden kann, d.h. sie können ausschließlich vom Nationalrat angeordnet werden.³⁰

Funktion und Wirkung

Volksbefragungen haben eine stark konsultative und meinungsbildende Funktion. Sie können, im Gegensatz zum Volksbegehren, weder von der Opposition noch von den Bürgern, initiiert werden. Obwohl Volksbefragungen nicht rechtsbindend sind, haben sie häufig eine stärkere Wirkung als Volksbegehren, da sich die Politik bis jetzt noch nie über ein Mehrheitsergebnis einer Volksbefragung hinweggesetzt hat. Dieses Instrument dient, wie auch das Volksbegehren, vor allem dazu, bestimmte Themen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und eine Diskussion auf allen Ebenen, vor allem aber auf politischer, anzuregen, um so mögliche Lösungen zu erzielen.³¹

VOLKSABSTIMMUNG	VOLKSBEFRAGUNG
Volksabstimmung und Volksbefragung wird durch EntschlieÙung des Bundespräsidenten angeordnet; den Tag der Volksabstimmung/ befragung sowie den Stichtag bestimmt die Bundesregierung durch Verordnung. Es können zwei oder mehrere Volksabstimmungen/ befragungen angeordnet werden.	<-- siehe Volksabstimmung
Gegenstand der Volksabstimmung ist ein vom Parlament beschlossenes Gesetz oder die von der Bundesversammlung (das ist ein Gremium bestehend aus Nationalrat und Bundesrat) gestellte Frage nach der Absetzung des Bundespräsidenten.	Bei einer Volksbefragung wird die Haltung der österr. Bevölkerung zu einer Angelegenheit von grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung erforscht.
Der Ausgang der Volksabstimmung ist bindend.	Der Ausgang der Volksbefragung ist nicht bindend.
Gefragt wird, ob ein Gesetzesbeschluss des Nationalrates Gesetzeskraft erlangen soll, oder ob der Bundespräsident abgesetzt werden soll; die Frage wird mit Ankreuzen eines Ja-Feldes oder eines Nein-Feldes beantwortet.	Es wird eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage gestellt, oder es werden zwei alternative Lösungsvorschläge zur Auswahl vorgegeben.
Auslandsösterreich(innen) können an der Volksabstimmung teilnehmen.	<-- siehe Volksabstimmung

Abb. 9: Unterschied Volksabstimmung und Volksbefragung

	VOLKSBEGEHREN	BÜRGERINITIATIVE / PETITION
ANLIEGEN	„durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit“ – Legislative	„Angelegenheit, die in Gesetzgebung oder Vollziehung Bundessache ist“ – Legislative oder Exekutive
NOTWENDIGE UNTERSCHRIFTEN	Ein Promille der Gesamtbevölkerung im Einleitungsverfahren, 100.000 im Ermittlungsverfahren	500
AUSWIRKUNG	Behandlung im Nationalrat	Behandlung im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitaitven
RECHTSBINDEND	nein	nein

Abb. 10: Unterschied Volksbegehren und Bürgerinitiative / Petition

Volksbegehren

Das Volksbegehren dient den BürgerInnen als Instrument, selbst ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren. Wichtig ist, dass das betreffende Thema in die Verantwortlichkeit des Bundes fällt. Im Gegensatz zu einer Volksabstimmung muss es sich nicht zwingend um einen Gesetzesvorschlag oder Gesetzestext handeln, allerdings ist eine präzise Beschreibung der Angelegenheit notwendig. Ein weiterer Unterschied zum Referendum ist, dass das Volksbegehren rechtlich nicht bindend ist. Die gesetzlichen Regelungen des Verfahrens sind im Volksbegehrengesetz von 1973 angegeben. Für die Abwicklung sind das Innenministerium, die Gemeinden, die Bezirkswahlbehörden und die Bundeswahlbehörden zuständig.³² Damit ein Volksbegehren als solches überhaupt von der Bundeswahlbehörde dem Nationalrat präsentiert und zu dessen Verhandlungsgegenstand wird, sind zumindest Unterschriften „von 100.000 Stimmberechtigten oder von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Bundesländer“³³ notwendig.

Funktion und Wirkung

Obwohl das Volksbegehren nicht rechtsbindend ist, stellt es für die Bevölkerung eine Möglichkeit dar, um ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten oder zur Diskussion anzuregen (oft auch in Verbindung mit medialer Aufmerksamkeit). Volksbegehren kommen demzufolge zustande, wenn eine Problematik ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt und Aufmerksamkeit erregt werden soll, aber auch um die politische Behandlung des jeweiligen Themas zu erreichen. Darüber hinaus wird das Instrument der direkten Demokratie von Oppositionsparteien und anderen zur Mobilisierung von Wählerstimmen und zur Vermittlung ihrer politischen Interessen benutzt, aber auch um die Regierung unter Druck zu setzen.³⁴

Parlamentarische Petition und
Parlamentarische Bürgerinitiative –
weitere Elemente direkter Demokratie

Zu den weiteren Instrumenten der direkten Demokratie zählen die Parlamentarische Petition und die Parlamentarische Bürgerinitiative. Diese sind im Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates festgelegt und bieten den österreichischen StaatsbürgerInnen (Bürgerinitiative) und Abgeordneten (Petition) die Möglichkeit, konkrete Anliegen dem Nationalrat zur Behandlung vorzulegen. Für die Richtigkeit der Bürgerinitiativen ist es wichtig, dass das Anliegen schriftlich vorgelegt und eindeutig beschrieben wird, dass es sich um eine Angelegenheit der Gesetzgebung oder Vollziehung in der Zuständigkeit des Bundes handelt, nicht aber um eine Landes- oder Gemeindesache, dass eine Unterstützung von mindestens 500 nament-

lich angeführten österreichischen, wahlberechtigten StaatsbürgerInnen vorliegt und dass der/die ErstunterzeichnerIn in der Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen ist. Im Gegensatz zum Volksbegehren entscheidet ein Ausschuss darüber, ob sie dem Nationalrat zur Behandlung vorgelegt wird oder nicht, dies ist jedenfalls nicht zwingend.³⁵

Nicht-konventionelle
Partizipationsformen

Zu den nicht-konventionellen Partizipationsformen zählen laut Pelinka und Rosenberger unter anderem folgende Verfahren:

- lokale Agenda-Prozesse
- Mediationsverfahren
- Planungswerkstätten
- Teilnahme an Demonstrationen
- Online-Petitionen
- „politisch - korrekte“ Konsumenten-Entscheidungen
- Engagement in Bürgerinitiativen und/oder zivilgesellschaftlichen Einrichtungen
- „Neue Soziale Bewegungen“³⁶

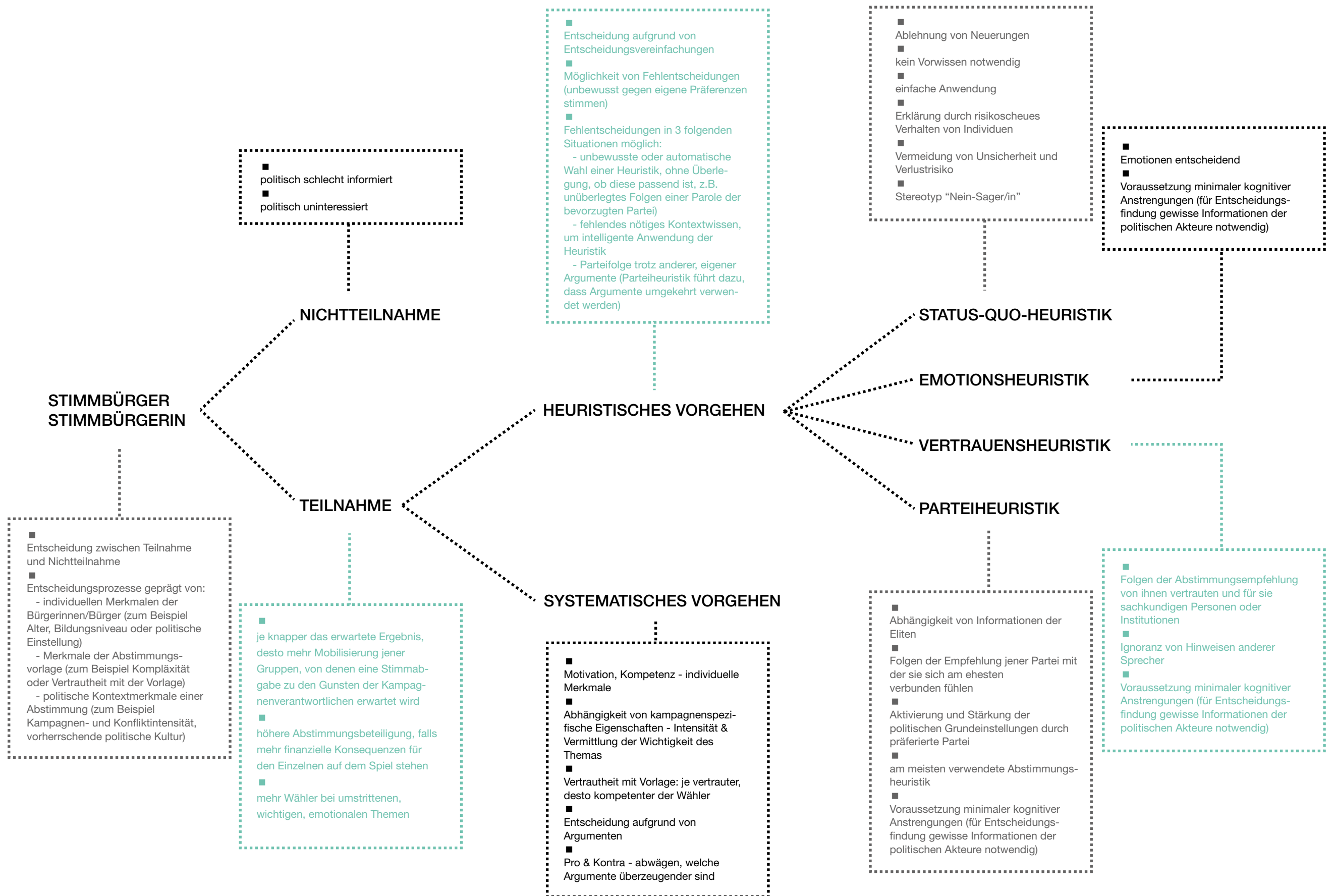


Abb. 11: Meinungsbildungsprozesse

2.4. Demokratiemodelle

"Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie."

Hugh Carleton Greene

S. 58
S. 51
S. 52
S. 54
S. 55
S. 56
S. 58
S. 60

2.4.1. Elitendemokratie
2.4.2. Konkurrenz - und Konkordanzdemokratie
2.4.3. Pluralistisch – repräsentative Demokratie
2.4.4. Soziale Demokratie
2.4.5. Direkte Demokratie
2.4.6. Beteiligungszentrierte Demokratie
2.4.7. Mediendemokratie
2.4.8. E-Democracy und Liquid Democracy

2.4.1. Elitendemokratie

Demokratiemodelle

- Allgemein
- Joseph Schumpeter
- Anthony Downs
- Kritik an der Elitendemokratie

Allgemein

In die Kategorie Elitendemokratie fallen vor allem die Demokratiemodelle von Joseph Schumpeter und Anthony Downs, welche in den 1940er und 1950er Jahre in Amerika entstanden sind.¹ Der Name „Elitendemokratie“ kommt daher, dass ihre Vertreter der Meinung sind, dass in einer Demokratie keine ethischen und normativen Ziele verfolgt werden, sondern die Auswahl des politischen Führungspersonals im Vordergrund steht.² Sie sehen Demokratie als ein Tauschgeschäft zwischen politischen UnternehmerInnen, die ein (politisches) Produkt anbieten und WählerInnen (KonsumentInnen), die dafür ihre Stimme abgeben.³

Joseph Schumpeter

„Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben“⁴

Schumpeter, 1950

Der Nationalökonom Joseph Schumpeter (1883-1950) startete mit seiner minimalistischen Demokratie-theorie einen neuen Denkansatz in der Demokratie-

politik. Seine Ansätze entwickelte er aus den real erlebbaren, krisenhaften Zuständen der damaligen Zeit heraus. Schumpeter betrachtet Demokratie weder als Substantiv noch als Lebensform, dafür umso mehr als Prozess, in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb die politische Führung zu bestimmen.⁵ In diesem Prozess gibt es zwei wichtige Teilnehmer, zum einen der/die UnternehmerIn (politische Führungsschicht, wettbewerbsfähig, innovationsorientiert) und zum anderen die KonsumentInnen (WählerInnen, BürgerInnen). Ziel ist es, trotz festgelegter Spielregeln und innerhalb von Schwankungen des Marktes eine Auswahl der politischen Führung zu finden, damit diese Entscheidungen für die Gesellschaft treffen kann. Für Schumpeter ist der Mensch selbstüchtig, wankelmütig, irrational, infantil, (politisch) manipulationsanfällig und affekt-gesteuert, sein einziges Interesse liegt vor allem im Machterwerb und Machterhalt.⁶ Deshalb räumt er den BürgerInnen keinerlei zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten ein. Da in unserer Gesellschaft das Individuum immer mehr an Bedeutung bekommt, zieht Schumpeter auch eine klare Linie zur Demokratielehre von Jean Jacques Rousseau, die sich auf Gemeinwohl und Gemeinwille bezieht. Für Schumpeter ist der Gemeinwille „Erzeugnis und nicht die Triebkraft des politischen Prozesses“⁷, somit endogen, er bildet sich erst innerhalb eines politischen Prozesses. Der unmündige Bürger hat einzig und alleine nur jene Aufgabe der Wahl bzw. Abwahl der Regierung.⁸

WählerInnenbild (nach J.A. Schumpeter)⁹

- wankelmütig
- irrational
- infantil
- unmündig
- (politisch) manipulationsanfällig und beeinflussbar
- affektgesteuert
- urteilsunfähiges Subjekt
- markt-und werbungsabhängige KonsumentInnen

Kritik an J.A. Schumpeters Demokratiemodell

- „Schumpeterianisches Dilemma“¹⁰ – Wenn die BürgerInnen derart unfähig und beeinflussbar sind, wie können sie dann gleichzeitig eine kompetente und produktive politische Elite wählen?
- Reduktion auf Wettbewerb und WählerInnenstimmen – fehlende Berücksichtigung von Institutionen, die zwischen dem Volk und der Regierung stehen (wie etwa Parteien, Verbände, Bürgerinitiativen, etc.)¹¹

Anthony Downs

Der Politikwissenschaftler und Ökonom Anthony Downs (*1930) gilt als Mitbegründer der „Ökonomi-

schen Theorie der Politik“. Ausgangspunkt für seine Demokratieansicht ist jene Schumpeters, allerdings ergänzt er diese mit der „Idee der Kosten-Nutzen-Maximierung“¹², welche aus der Wirtschaftswissenschaft stammt. Auch er betrachtet Demokratie als eine Interaktion auf einem politischen Markt zwischen egoistischen, gewinnorientierten Unternehmen (Parteien), die ihren WählerInnen ein Produkt (Parteiprogramm) anbieten und rational handelnden KonsumentInnen, welche dieses einer Kosten-Nutzen-Bilanz unterziehen. Downs betrachtet Politik als ein Mittel, um Machterwerb bzw. Machterhalt zu gewinnen. Für ihn besitzen die BürgerInnen einerseits Informationen zu den unterschiedlichen Angeboten und wissen andererseits genau über ihre eigenen Bedürfnisse und Präferenzen Bescheid. Daraus folgt, dass sie rational und mit Fokus auf den eigenen Vorteil handeln können.¹³

WählerInnenbild (nach A. Downs)¹⁴

- rational
- auf eigenen Vorteil bedacht
- informiert

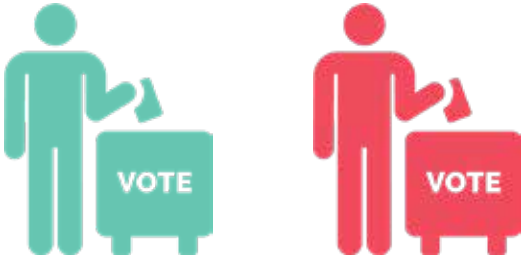
Kritik an A. Downs Demokratiemodell

- „Heroische Vereinfachung“¹⁵ - Realitätsferne Ansicht über den Bürger, er sei in einem Mehrparteiensystem über alle politischen Parteiprogramme, Ideologien, Ansichten, etc. genauestens informiert und gleichzeitig kenne er seine eigenen Prioritäten.¹⁶
- Mangelnde Einbeziehung anderer Gründe in bestimmte Wahlentscheidungen (z.B. Nähe von Parteien zu soziokulturellen Milieus).¹⁷

Kritik an der Elitendemokratie

- Durch zu starke Vereinfachung und Konzentration auf WählerInnen, politische Führungen und Parteien herrscht eine mangelnde Miteinbeziehung von anderen Einflussgrößen, die das Verhalten von Beteiligten beeinflussen (z.B. BürgerInnenbewegungen, Verbände, etc.).
- Demokratie ist mehr als ein Markt von Eigeninteressen¹⁸

- selbstsüchtig
- wankelmütig
- irrational
- infantil
- unmündig
- (politisch) manipulationsanfällig und beeinflussbar
- affektgesteuert
- urteilsunfähiges Subjekt
- markt-und werbungsabhängige KonsumentInnen



- rational
- auf eigenen Vorteil bedacht
- informiert

Abb. 12: WählerInnenbild nach J.A. Schumpeter (links) und A. Downs (rechts)

2.4.2. Konkurrenz – und Konkordanzdemokratie

Demokratiemodelle

- Allgemein
- Konkordanzdemokratie
- Kritik an der Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie

Allgemein

Bei der Konkordanzdemokratie (auch Proporz-, Verhandlungs- oder Konsensdemokratie genannt) steht das „gütliche Einvernehmen“²⁹ im Mittelpunkt. Oft kommt dieses politische System zur Anwendung, wenn es in einem Land unterschiedliche Gesellschaftsgruppierungen mit tief verwurzelten Konflikten gibt und es zu einer Schlichtung kommen soll (z.B. Schweiz, Niederlande, Österreich, Belgien). Durch unterschiedliche Einflüsse haben sich aber auch die meisten der zuvor genannten Länder zunehmend zu einer Mischform verändert. Somit existiert momentan nur noch in der Schweiz eine dominante Konkordanzdemokratie. In Österreich herrschte dieses beschriebene politische System von 1945-1999. Als es aber im Jahre 2000 zu einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ kam, wurde sie von der Konkurrenzdemokratie abgelöst.³⁰

Konkordanzdemokratie

Im Gegensatz zur Konkurrenzdemokratie, bei der Streitigkeiten durch Wettbewerb und Mehrheitsrecht ausgetragen werden, stehen bei der Konkordanzdemokratie der Kompromiss und die Vermittlung als Werkzeuge zur Lösung kontroverser Themen zur Verfügung. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass viele politische und gesellschaftliche Teilnehmer in die Gespräche miteingebunden werden (z.b. Sozialpartner, Parteien). Neben der Tatsache, dass im Verhältniswahlrecht auch kleinere Parteien in der Politik mitspielen können, besitzen Minderheiten hier Vetorechte.³¹

Kritik an der Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie

- Konkordanzdemokratie**
 - hohe Entscheidungskosten
 - hoher Zeitaufwand (Mehrheitsschwellen, Einstimmigkeitsprinzip)
 - größere Innovations- und Reformschritte kaum möglich³²
- Konkurrenzdemokratie**
 - Probleme bei Implementierungsphase
 - kaum Einbindung von Minoritäten
 - höheres Konfliktpotenzial³³

2.4.3. Pluralistisch – repräsentative Demokratie

Demokratiemodelle

- Allgemein
- Gesellschaftszentriertes Modell (Robert A. Dahl)
- Staatszentriertes Modell (Ernst Fraenkel)
- Kritik an der pluralistisch-repräsentativen Demokratie

Allgemein

Diese Demokratietheorie, kurz repräsentative Demokratie genannt, ist ebenfalls in den 1950er Jahren in Amerika entstanden. Bei dieser Form der Demokratie wird die pluralistische Gesellschaft durch „gewählte, ausreichend legitimierte und kontrollierte RepräsentantInnen vertreten“¹⁹. Sie basiert auf vielfältiger und konkurrierender gesellschaftlicher Interessen und der Fokus liegt nicht nur auf Machtkonzentration, sondern vor allem auf der Streuung von Macht und Pluralismus. Wichtig sind vielfältige Interessensgruppierungen, Vermittlungsinstanzen und Willensbildungsprozesse, aber auch politische und soziale Ordnung.²⁰

Gesellschaftszentriertes Modell nach Robert A. Dahl – angloamerikanischer Sprachraum

Für Robert A. Dahl (1915-2014) ist der Begriff „Demokratie“ eine ideale Staatsform, die niemals und von niemandem erreicht werden kann. Um aber die unterschiedlichen Demokratieformen messen und definieren zu können, entwickelt er Qualitätsindikatoren und Funktionsvoraussetzungen (siehe S. 20).²¹ Außerdem führt er in seinem Ansatz den Begriff der „Polyarchie“²² (Herrschaft von Vielen) ein. Bei diesem

Konzept existiert ein Wechselspiel zwischen dem Wettstreit und der unmittelbaren Partizipation. Wichtige Punkte bei diesem engen Demokratiebegriff sind neben der wettbewerblichen Auswahl der Eliten, der politischen Inklusion möglichst vieler Menschen auch eine regelmäßige Auseinandersetzung und Reaktion der Politiker mit bzw. auf die Bedürfnisse der BürgerInnen und eine politische Gleichbehandlung unterschiedler Interessen²³. Für Dahl ist der „input“ (politische Institutionen und Verfahrensweisen) bedeutender als der „output“ (politische Resultate).²⁴

Staatszentriertes Modell nach Ernst Fraenkel – Deutschland und Westeuropa

Als Begründer des Neopluralismus (Verknüpfung liberaler und sozialistischer Demokratievorstellungen) spielt für Ernst Fraenkel (1898-1975) der Staat eine zentrale Rolle in seiner Demokratievorstellung.²⁵ „Fraenkel begreift die Demokratie als Staatsverfassung oder ‚Staatsgebilde‘ (Fraenkel 1991, S. 326). Dieses Staatsgebilde zeichnet sich von anderen Staatsformen nicht nur durch Pluralität aus, sondern auch durch die Legitimierungsweise der Herrschaft, die Struktur der Gesellschaft und des Regierungssystems sowie die Vorrangstellung des Rechtsstaates.“²⁶ Das Gemeinwohl einer Gesellschaft betrachtet er nicht als eine im vornherein feststehende Konstante, sondern als etwas, dass sich aufgrund von unterschiedlichen Interessen und Ideen prozedural entwickelt. Wichtig ist dabei, dass der Staat dafür Sorge trägt, dass alle Interessen (auch jene von Minderheiten) berücksichtigt werden und jeder Mensch dieselben Mittel besitzt, um diese zu artikulieren. Nicht zu vergessen bei Fraenkels Ansatzes ist, dass in einer stabilen Demokratie mit Spielregeln und gemeinsamen Grundwerten sowohl Konflikte als auch Konsense wesentlich sind.²⁷

Kritik an der pluralistisch-repräsentativen Demokratie

Obwohl das pluralistische Konzept Interessensvielfalt und unterschiedliche Gesellschaftsgruppen bejaht, liegt bei diesen Modellen der Fokus weiterhin bei der Erzeugung von Kontrolle und Repräsentativität und vernachlässigt so die Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten des/der einzelnen Bürgers/in.²⁸

2.4.4. Soziale Demokratie

Demokratiemodelle

- Allgemein
- Von der libertären zur sozialen Demokratie
- Kritik an der libertären und sozialen Demokratie

Allgemein

Der Begriff „Soziale Demokratie“ (politisch unabhängig) ist nicht zu verwechseln mit dem Begriff „Sozialdemokratie“, welcher eine politische Bewegung darstellt. Anwendung findet diese Bewegung vor allem in Europa, im Gegensatz zu den USA, wo man vor allem auf ein libertäres Demokratiemodell stößt.³⁴

Von der libertären zur sozialen Demokratie

Vertreter der sozialen Demokratie, wie etwa Bernstein, Heller oder Meyer, beanspruchen eine Ausdehnung der demokratischen Mindestansprüche in zusätzliche Bereiche wie etwa Wirtschaft, Bildung und Arbeitswelt.

Im Gegensatz dazu ist bei der libertären Demokratie der Anspruch an Demokratie auf den politischen Sektor beschränkt. Thomas Meyer definiert soziale Demokratie beispielsweise als „eine Demokratie, in der die universellen Grundrechte, wie sie von den Vereinten Nationen 1966 völkerrechtsverbindlich in Kraft gesetzt worden sind – die bürgerlichen, die politischen, die sozialen und die wirtschaftlichen – gleichermaßen gelten“³⁵. Soziale Demokratie ist vor allem eine Gesamtverfassung, welche die Inklusion aller BürgerInnen zusichert.³⁶

Kritik an der libertären und sozialen Demokratie

- demokratische Bevormundung durch Staat, indem alle Bereiche gesellschaftlicher Freiheit einer demokratischen Bestimmungsgewalt untergeordnet werden
- Bedrohung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft durch „schleichenden Sozialismus“³⁷
- unausgewogenes Verhältnis von politischen und sozialen Rechten
- mangelnde Übernahme von Verantwortung und Pflichten
- Forderung einer Politik des „Dritten Weges“ nach Anthony Giddens (1999): gegenseitige Begrenzung von Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft³⁸

2.4.5. Direkte Demokratie

Demokratiemodelle

- „Direkte Demokratie“ – eine kurze Erläuterung
- Kritik und Positives an der direkten Demokratie

„Direkte Demokratie“ – eine kurze Erläuterung

Bei der direkten Demokratie handelt es sich um eine enge Demokratiekonzeption. Ihre Idee ist, dass die politische Macht unmittelbar vom Volk, also von den abstimmungsberechtigten BürgerInnen ausgeht (siehe attische Demokratie S. 24f und Abraham Lincolns Demokratiedefinition S. 19). In der Realität kommen direkt demokratische Elemente (Volksabstimmung, Volksbefragung, Volksbegehren) meist als Ergänzung oder als Korrektiv zur repräsentativen Demokratie zur Anwendung, vor allem in politischen Entscheidungsverfahren. Die direkte Demokratie weist sehr viele Ähnlichkeiten zu den partizipatorischen Demokratiemodellen auf, allerdings mit dem Unterschied, dass sie hauptsächlich auf eine Abstimmung von Beschlüssen beschränkt ist.⁵²

Kritik an der direkten Demokratie

- Gefahr von Missbrauch direktdemokratischer Instrumente (Durchsetzung egoistischer Sonderinteressen, Ausgrenzung von Minderheiten)
- Fehlende Kontrollfunktion bei plebiszitären Initiativen (PolitikerInnen werden zur Rechenschaft gezogen)
- Direkte Demokratie setzt klare Präferenz seitens BürgerInnen zu Streitfragen voraus
- Benachteiligung weniger gebildeter, weniger informierter Gesellschaftsgruppen
- Gefahr von Manipulation
- Aufwertung von direktdemokratischer Elemente führt zu Schwächung des Parlaments und der Regierung⁵³

Positives an der direkten Demokratie

- Verstärkte Beteiligung, auch durch Internet
- Erhöhung des Interesses und des Wissens der BürgerInnen gegenüber Politik⁵⁴
- In funktionierenden Demokratien wäre es ein ernst zu nehmendes Korrektiv – Resultat wäre eine aufgeklärtere und zufriedener Bevölkerung⁵⁵

2.4.6. Beteiligungszentrierte Demokratie

Demokratiemodelle

- Allgemein
- Starke Demokratie: Benjamin Barber
- Deliberative Demokratie: Jürgen Habermas
- Kritik und Positives an der beteiligungszentrierten Demokratie

Allgemein

Beteiligungszentrierte Demokratietheorien (dazu gehören u.a. partizipatorische oder deliberative Demokratietheorien)³⁹ wurden als Reaktion auf die wachsende Globalisierung und Internationalisierung und somit Rückgang der Mitbestimmungschance der BürgerInnen entworfen. Deren Vertreter gehen von einem optimistischen Menschenbild aus und zielen auf eine Beteiligung und Mitbestimmung möglichst Vieler in politischen Prozessen, aber auch in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und privaten Bereichen. Außerdem wird Demokratie nicht mehr nur als Staatsform, sondern zugleich als „Lebensform“⁴⁰ angesehen.⁴¹

Starke Demokratie: Benjamin Barber

Benjamin Barber (1939-2017) stellt in seinem Hauptwerk „Starke Demokratie“ (1984) eine Alternative zur repräsentativen Demokratie vor. Seiner Meinung nach wird mit der Repräsentation den BürgerInnen die Lust, das Interesse und die Motivation genommen, an politischen Prozessen mitzuwirken. Die Idee des amerikanischen Politikwissenschaftlers ist jene Lehre der „self-transformation“⁴², also dass die Menschen durch Partizipation, öffentliche Willensbildung und Diskus-

sion zu StaatsbürgerInnen werden mit einem hohen Grad an Verantwortungsbewusstsein.⁴³ Die Zukunft der Demokratie liegt für Barber somit in der starken Demokratie, „in der Wiederbelebung einer Form von Gemeinschaft, [...] einer Form des öffentlichen Argumentierens [...] und einer Reihe bürgerlicher Institutionen [...]“.⁴⁴ Ziel von Barber ist es, dass Menschen bei wichtigen Themen bzw. bei Entscheidungen mit gravierenden Konsequenzen selbst entscheiden können und somit direktdemokratische Elemente dauerhaft in der repräsentativen Demokratie etabliert werden.⁴⁵

Deliberative Demokratie: Jürgen Habermas

In der deliberativen Demokratie liegt der Fokus auf einer Kommunikation, die verständnisorientiert und qualitativ geregelt ist. Habermas (*1929) Meinung zufolge können demokratische Entscheidungen nur durch die Beteiligung möglichst Vieler und einem gemeinsamen, vernünftigen Konsens zu einer Akzeptanz und somit Legitimität in der Bevölkerung führen. Folglich sind wichtige Elemente unter anderem der öffentliche Diskurs über politische Fragen in Form von gemeinsamer Beratschlagung und ausgeglichenem Austausch von Information und Argumenten.⁴⁶

„Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen Qualität ihrer Ergebnisse erfüllen kann.“⁴⁷

Kritik an der beteiligungszentrierten Demokratie

- unrealistisches Menschenbild (gemeinwohlorientiert, kompetent)
- mangelnde Fähigkeit des Zuhörens (nicht wollen, nicht können)
- hoher Zeit- und Ressourcenaufwand (Beschaffung von Information, Abstimmung über politische Sachverhalte)⁴⁸
- Überforderung des politischen Systems durch übermäßige Partizipation⁴⁹
- Verlangsamung von Entscheidungsprozessen⁵⁰
- Schaffung von sozialer Auswahl durch Anforderung an Partizipation (hohes Engagement, Auffassungsgabe, Redegewandtheit, ausreichendes Interesse und Zeit)

Positives an der beteiligungszentrierten Demokratie

- Bedeutende Ergänzung als Antwort gegen die Krise der repräsentativen Demokratie
- Auseinandersetzung mit Partizipationsmöglichkeiten
- Förderung eines andauernden Dialogs zwischen BürgerInnen
- Findung von Entscheidungsalternativen bei kontroversen Themen
- Erhöhung des sachlichen Informationsgrades politischer Entscheidungen
- Gemeinwohl durch Deliberation und öffentliche Kommunikation⁵¹

2.4.7. Mediendemokratie

Demokratiemodelle

- Medien und Demokratie
- Mediatisierte Politik, Mediendemokratie, Mediokratie
- Wechselverhältnis Politik und Medien

Medien und Demokratie

Presse-, Meinungs- und Medienfreiheit zählen zu den wichtigsten Kriterien für eine intakte Demokratie und müssen täglich aufs Neue verteidigt werden. Die Hauptaufgaben von Massenmedien in einem demokratischen System waren und sind gesamtgesellschaftliche Probleme aufzuzeigen und über politische Themen zu berichten. Jedoch sind zu den primären Tätigkeitsfeldern noch weitere hinzugekommen. Zum einen können sie Öffentlichkeit herstellen und sowohl Transparenz als auch Legitimation des politischen Handelns ermöglichen. Andererseits können sie auch die Meinung der Bevölkerung stark beeinflussen. Indem sie täglich neue Gegenstände auf die Agenda setzen, geben sie in gewisser Weise die politischen Themen vor. Deshalb spricht man oft auch von den Medien als „vierte Macht oder Gewalt“⁵⁶, jene die Kontrolle und Kritik ausübt.⁵⁷

Mediatisierte Politik, Mediendemokratie, Mediokratie

Obwohl es früher zwischen Politik und Medien eine klare Trennung gab, kommt es heute immer mehr zu einer Überlagerung beider. Medien entwickeln zunehmend ihre eigene Version, das politische Geschehen zu präsentieren und wiederzugeben. Dadurch, dass

sie zum Großteil das Vertrauen der Gesellschaft besitzen, können sie Meinungen und Stimmungen der Zuseher beeinflussen und lenken. Diese Funktion der medialen Systeme ist den politischen Akteuren sehr wohl bewusst und sie versuchen deshalb, bei diesem Spiel mitzuspielen, eine gute Rolle abzugeben und die Berichterstattung im Politiksektor zu kontrollieren. „Man kann auch von einer ‚Mediatisierung der Politik‘ sprechen, was besagt, dass politische Kommunikation und politisches Handeln sich immer mehr an den Regeln der Massenmedien orientieren. Somit wird Politik durch die Selektion spektakulärer Ereignisse, die Auswahl telegener PolitikerInnen und dessen theatralische Inszenierung geprägt (Selektionslogik/Präsentationslogik)“.⁵⁸

Diese Entwicklung - in wissenschaftlichen Kreisen wird sie auch Mediendemokratie genannt - hat laut Thomas Meyer die Parteipolitik abgelöst und bringt auch Konsequenzen mit sich. Wurden früher parteipolitische Themenschwerpunkte und Entscheidungen von der Partei festgelegt, so wird dies nun von den Medien bestimmt. Politiker versuchen, von den Medien zu lernen. Politik selbst wird zum Entertainment für die Gesellschaft, Politdebatten zeichnen sich durch professionalisierte Medienkampagnen aus und werden in der Primetime ausgetragen und es kommt zu einer Emotionalisierung des Politischen. Wichtig ist nur mehr, welcher politische Akteur mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen kann. Leider geht das nicht selten auf Kosten des politischen Inhaltes.⁵⁹ Thomas Meyer wirft hierbei den Begriff der „Mediokratie“ in die Debatte ein und schreibt in seinem Artikel: „welche Themen auf den Tisch kommen, welcher Politiker Aufstiegschancen hat, wer die Führung übernimmt [...] das wird durch mediale Vermittelbarkeit und Mediencharisma mit entschieden“⁶⁰. Folglich muss sich die Demokratie mehreren Herausforderungen stellen. Ein solches Problem besteht zum Beispiel darin, dass im Unterschied zu demokratischen Prozessen, die meist einem längeren Zeitraum und sowohl einem Diskurs als auch Information bedürfen, die Präsentationen in den Medien immer aktuell sein müssen, da sie einen Tag später bereits als überholt gelten. Somit führt es dazu, dass Entscheidungen schnell, unter medialem Druck und nicht selten aus dem Affekt heraus getroffen werden.⁶¹

Wechselverhältnis Politik und Medien

Es scheint so, als ob der mediale Einfluss auf die Politik mehr und mehr zunimmt und ein unausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen den beiden herrscht. Allerdings handelt es sich vielmehr um eine Wechselwirkung zwischen beiden Seiten, denn nicht nur Medienleute nutzen die Kontakte zu Menschen mit politischen Einfluss aus, um an Informationen heranzukommen, sondern auch umgekehrt wird die Nähe gesucht, um dadurch Information zu verbreiten und in die Öffentlichkeit zu gelangen, um Aufmerksamkeit zu erzielen.⁶²

2.4.8. E- Democracy und Liquid Democracy

Demokratiemodelle

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

- Medien und Demokratie
- Internet und Demokratie
- E-Democracy
- Herausforderungen
- „Digital divide – democratic divide“
- Liquid Democracy (Delegated Voting)
- Kritik an der Liquid Democracy

Internet und Demokratie

Durch die neuen Informations- und Kommunikations-technologien sind Möglichkeiten entstanden, um einen frischen Wind in die politische Kommunikation und in die demokratischen Institutionen zu bringen. Social Media und Web 2.0 dienen als Plattformen, die es ermöglichen, durch Diskurs, Informationsangebot, Informationsgewinnung und Partizipationsprojekte, aber auch mittels elektronischer Abstimmungsverfahren mehr Transparenz, Deliberation und Partizipation zu erzeugen. Wird durch die Massenmedien der politische Themenschwerpunkt vorgegeben und somit eine passive Öffentlichkeit erzeugt, so können im Internet die BürgerInnen wieder eigenständig und aktiv deren Schwerpunkte festlegen, über die sie sprechen und diskutieren möchten.⁶³ Besonders dabei ist, dass in den digitalen Medien einerseits BürgerInnen die Rolle der ProduzentInnen aber auch jene der KonsumentInnen einnehmen können und andererseits ein Wechsel zwischen den Kommunikationsprinzipien (Massenkommunikation „one-to-many“, Kommunikation von mehreren untereinander „many-to-many“) ermöglicht wird.⁶⁴

E-Democracy

Die Electronic Democracy (E-Democracy) stellt eine digitale Beziehung zwischen den BürgerInnen und dem Staat her und wird als ergänzendes Element zur repräsentativen Demokratie (inklusive der gleichen hierarchischen Struktur) angesehen. Ziel ist es, die politische Kommunikation wiederzubeleben und das demokratische System durch Transparenz, Legitimität und Partizipation zu stärken.⁶⁵

Herausforderungen

„Digital divide – democratic divide“⁶⁶

Mit der Idee, via E-Democracy jedem Menschen Zugang zu Partizipationsmöglichkeiten zu ermöglichen, entsteht gleichzeitig „das Problem der infrastrukturellen und gesellschaftlichen Ungleichheit“⁶⁷. Beispielsweise besitzen nicht alle BürgerInnen einen Internetzugang. Hinzukommt die Unterscheidung in „digital natives“⁶⁸ – jene Menschen die mit dem Internet aufgewachsen sind und „digital immigrants“⁶⁹ – Menschen, die erst im Erwachsenenalter den Umgang mit neuen Medien erlernt haben. Die größte Heraus-

forderung ist hier die Trennlinie dieser beiden Gruppierungen aufzulösen und einen gleichberechtigten Internetzugang herzustellen, um den sogenannten „digital divide“⁷⁰ bzw. „democratic divide“⁷¹ – die Herausbildung einer neuen demokratischen Elite - zu verhindern.⁷²

Liquid Democracy (Delegated Voting)

Dieses Konzept, das auch bei der Piratenpartei Anwendung findet, beschreibt eine Mischform aus indirekter und direkter Demokratie und hat zum Ziel, seine eigene Stimme „im Fluss“⁷³ zu halten. Das bedeutet, dass jede/jeder BürgerIn immer wieder entscheiden kann ob, zu welchem Zeitpunkt und an wen die Übertragung seiner eigenen Stimme stattfindet. Wesentlicher Aspekt der flüssigen Demokratie ist, dass Teilnehmende selbst die Themen vorgeben können, für welche sie sich engagieren möchten und für welche sie die Stimme jemand anderem übertragen möchten.⁷⁴

Kritik an der Liquid Democracy

- gesellschaftliche Trennlinien
- Überforderung der BürgerInnen durch Menge und Komplexität der täglichen Entscheidungen
- hohes Zeitbudget
- langsame Entscheidungsfindung
- fehlende direkt verantwortliche Person – Entscheidungen von anonymen Personen
- Möglichkeit, Entscheidungen jederzeit zurückzuziehen⁷⁵

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

2.5. Macht und Demokratie

*"Eher ist wohl anzunehmen, daß die
Macht Wissen hervorbringt
(und nicht bloß fördert, anwendet,
ausnutzt)"*

Michel Foucault

2.5. Macht und Demokratie

Macht ist ein Begriff, der im Diskurs über politische Systeme kaum mehr wegzudenken ist. Bereits seit vielen Jahrhunderten steht sie im Zentrum philosophischen Denkens, immerhin ist sie eng verknüpft mit den Menschen und dem sozialen Miteinander. Die Definition der Macht war allerdings über die Epochen hinweg nicht immer gleich. Das Wort Macht, das in unserem momentanen Sprachgebrauch verwendet wird, findet seinen Ursprung im alt- und mittelhochdeutschen Wort „maht“ und bedeutet übersetzt „mögen“ im Sinne von „können, vermögen“.¹ Ein Vergleich mit dem englischen Verb „might“ oder dem deutschen Wort „mögen“ ist zudem möglich. Liest man schließlich auf der Seite der Begriffsdefinition ein paar Zeilen weiter, so werden dem Leser sofort Verbindungen des Wortes Macht mit den Substantiven „Gewalt“ und „Kraft“ und den Verben „ergreifen, reißen, abgeben, kommen“ vorgeschlagen.² Um den Zusammenhang zwischen Macht und Gewalt zu erkennen, ist aber ein Nachschlagen im Wörterbuch nicht zwangsläufig notwendig. Tagtäglich stolpert man in den unterschiedlichsten Medien über die Begriffe „Gewaltenteilung, Machtkonzentration, Machtmissbrauch, Staatsgewalt“³, welche in den Diskussionen, Gesprächen bzw. Beiträgen sehr häufig negativ behaftet sind. In der Auseinandersetzung mit diesem Thema kommt in logischer Konsequenz die Frage auf, was Macht eigentlich ist? Ist Macht etwas, das man besitzen kann? Wenn ja, wer kann Macht innehaben, wer darf Macht ausüben? Und wo findet man Macht?

Eine sehr weit verbreitete Definition der Macht stammt von dem deutschen Soziologen und Nationalökonom Max Weber (1864-1920) und lautet wie folgt. „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance

beruht.“⁴ Aber auch andere Philosophen haben über die Jahre hinweg eine Antwort auf die Frage nach der Definition des Machtbegriffs gesucht und eigene Ansätze entwickelt. Im 16. Jahrhundert beispielsweise beschreibt Niccolò di Bernardo dei Machiavelli (1469-1527) in seinem Werk „Il Principe“ Macht als zentrales Motiv der Begierde des Menschen. Er ergänzt seine Behauptung damit, dass jeder einzelne die Herrschaft übernehmen möchte, um nicht selbst Opfer dieser Herrschaft zu werden.⁵ Thomas Hobbes (1588-1679), ein federführender Vertreter des Gesellschaftsvertrages indes beschreibt in seinen Texten, dass die Menschen in einem Vertrag mit dem Souverän auf alle Rechte verzichten und dieser somit sowohl Macht als auch Recht innehat. Als Repräsentant muss er nunmehr im Namen der Bürger tätig sein.⁶ Eine wichtige Rolle im Diskurs über Macht und deren Bedeutung spielt die Philosophin Hannah Arendt (1906-1975), denn auch sie bindet den Begriff der Macht in ihre Theorie mit ein. „Hannah Arendt entdeckt den magischen Ort der Macht im Raum politischer Öffentlichkeit, dort, wo Menschen als Bürger um wechselseitige Anerkennung ringen.“⁷

Anders als Arendt durchleuchtet Michel Foucault (1926-1984), ein französischer Psychologe und Philosoph, in seiner Forschung über die Macht Institutionen wie Gefängnisse und Krankenhäuser im Übergang vom 18. ins 19. Jahrhundert. Während seiner Recherchetätigkeiten über Wahnsinn und Vernunft bemerkt er, dass sich die Machtausübung und Machtdemonstration vor allem in Strafprozessen verändert hat. Dies begründet er damit, dass Herrscher im 18. Jahrhundert die Bestrafung von Kriminellen (und auch Kranken) noch öffentlich und in aller Grausamkeit ausgetragen haben, um ihre Macht zur Schau zu stellen. Spätere Entwicklungen hingegen haben immer mehr einen Rückgang der öffentlichen Strafprozesse hin zu einer Unterbringung in Institutionen wie Gefängnissen, Krankenhäusern und Nervenheilstätten gezeigt.⁸

Foucault zieht aus dieser Analyse mehrere Rückschlüsse. Die moderne Macht ist für ihn nicht mehr an einen bestimmten Ort gebunden, sie kann überall lokalisiert werden. Auch ist Macht kein Besitz, sie kann keine Person innehaben, wie es früher bei Herrschern üblich war. Macht wird auch nicht mehr vertikal ausgeführt, also von oben nach unten. Sie ist autonom und nicht mehr willkürlich.⁹ Aus der Analyse der Strafprozesse und der Internierung von Kranken heraus entwickelt Foucault auch einen neuen Typus der Macht, den er „Disziplinarmacht“ nennt. Zweck der Institutionen war es seiner Meinung nach vor allem, Wissen über die Straffälligen und Kranken zu sammeln, um dieses dann wiederum in gesellschaftlichen und ökonomischen Bereichen anzuwenden und bestenfalls einen Fortschritt (z.B. Produktivitätssteigerung) zu erzielen. Somit ist eine weitere These Foucaults, dass Macht und Wissen bei Disziplinierungsprozessen kooperieren, Macht also durch Wissen entsteht und umgekehrt.¹⁰

„Das Individuum ist eine Wirkung der Macht, und es ist zugleich eben in dem Maße, wie es eine Wirkung ist, ein Überträger: Die Macht geht durch das Individuum hindurch, das sie konstituiert hat.“

Michel Foucault

„Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert.“¹¹

Da für Foucault Macht horizontal verläuft und überall existiert, wo Individuen miteinander interagieren, bedeutet das auch, dass man als Individuum der Macht nicht entkommen kann. Jeder Mensch kann gleichsam Macht ausüben und der Macht erliegen. Dort, wo Beziehungen geführt werden, ergeben sich Machtprozesse.

„Die Macht muss, wie ich glaube, als etwas analysiert werden, das zirkuliert, oder eher noch als etwas, das nur in einer Kette funktioniert; sie ist niemals lokalisiert hier oder da, sie ist niemals in den Händen einiger, sie ist niemals angeeignet wie ein Reichtum oder ein Gut. Die Macht funktioniert, die Macht übt sich als Netz aus, und über dieses Netz zirkulieren die Individuen nicht nur, sondern sind auch stets in der Lage, diese Macht zu erleiden und auch sie auszuüben; sie sind niemals die träge oder zustimmende Zielscheibe der Macht; sie sind stets deren Überträger. Mit anderen Worten, die Macht geht durch die Individuen hindurch, sie wird nicht auf sie angewandt.“¹²

Michel Foucaults Analyse des Machtbegriffs kann auch in der heutigen Zeit Anwendung finden, wie man in der Politik sehen kann. Einem Gesetzesbeschluss beispielsweise geht ein immenser Wissensdiskurs über das jeweilige Thema voraus. Bei der Einführung eines Alkoholverbots im öffentlichen Raum werden Sozialarbeiter, Rechtsanwälte, Gastwirte, Krankenkassen, Ordnungsämter und viele mehr in die Diskussion miteinbezogen. In politische Prozesse fließt generiertes Wissen ein, welches dann bei Prozessoptimierungen hilft und zur Zielerreichung führt.¹³

„Kein Wissen bildet sich ohne ein Kommunikations-, Aufzeichnungs-, Akkumulations- und Versetzungssystem, das in sich eine Form von Macht ist und in seiner Existenz und seinem Funktionieren mit den anderen Machtformen verbunden ist. Umgekehrt kommt es zu keiner Ausübung von Macht ohne die Gewinnung, Aneignung, Verteilung oder Zurückhaltung eines Wissens. Auf dieser Stufe hat man nicht die Erkenntnis auf der einen Seite und die Gesellschaft bzw. die Wissenschaft und den Staat auf der anderen, sondern die Grundformen des «Macht-Wissens».“¹⁴

In Foucaults Analyse hat Macht zwei Seiten. Einerseits wird sie als staatlicher Kontrollmechanismus angewendet und von der Gesellschaft akzeptiert und teilweise als selbstverständlich angesehen, wie man anhand einer breiten Akzeptanz der Kontrolle durch Datensammlung oder durch Überwachungen beobachten kann. Andererseits wird durch eine fortschreitende Transparenz eine Fülle an Diskussionen und Auseinandersetzungen ins Leben gerufen, welche wiederum eine Voraussetzung für demokratisches Engagement und somit Ausgangspunkt für zivilgesellschaftliche Bewegungen darstellt.¹⁵

„Dass die Macht Bestand hat, dass man sie annimmt, wird ganz einfach dadurch bewirkt, dass sie nicht bloß wie eine Macht lastet, die Nein sagt, sondern dass sie in Wirklichkeit die Dinge durchläuft, und hervorbringt, Lust verursacht, Wissen formt und einen Diskurs produziert; man muss sie als ein produktives Netz ansehen, das weit stärker durch den ganzen Gesellschaftskörper hindurchgeht als eine negative Instanz, die die Funktion hat zu unterdrücken.“¹⁶

„Es stimmt nicht, dass es in einer Gesellschaft Leute gibt, die die Macht haben, und unterhalb davon Leute, die überhaupt keine Macht haben.“

Die Macht ist in der Form von komplexen und beweglichen strategischen Relationen zu analysieren, in denen niemand dieselbe Position einnimmt und nicht immer dieselbe erhält.“

Michel Foucault

2.6. Herausforderung Demokratie

*"Wahlen sind heutzutage primitiv.
Eine Demokratie, die sich darauf
reduziert, ist dem Tode geweiht"*

Jan van Reybrouck

S. 70
S. 73
S. 74

2.6.1. Symptome
2.6.2. Diagnose
2.6.3. Therapie – das Losverfahren

2.6. Herausforderung Demokratie

Demokratiemüdigkeitssyndrom

Für die Struktur des folgenden Kapitels, aber auch für den Inhalt wurde vor allem das Buch „Gegen Wahlen“ von David Van Reybrouck (*1971) als Grundlage herangezogen

2.6.1. Symptome

Der momentane Zustand der westlichen Demokratie sieht nicht besonders rosig aus. Es herrscht das Gefühl, dass unsere Demokratie so stark wie noch nie unter Druck steht. Das Vertrauen der Bürger in die Politiker und in deren Handeln wird stetig weniger, was anhand sinkender Wahlbeteiligungen, Parteienmitgliedschaften, Protestwählerinnen und Protestwählern und anderen Protestformen immer wieder belegt wird. Andererseits existiert die Unsicherheit, ob unsere Gesellschaft mit den immer unüberschaubarer werdenden Herausforderungen wie etwa dem Klimawandel, der Schuldenkrise, der Flüchtlingswelle oder dem Arm-Reich-Verhältnis bereits zu sehr überfordert ist. David Van Reybrouck verwendet in seinem Buch „Gegen Wahlen“ den Begriff „Apathie“¹ und meint damit, dass ein gestiegenes Misstrauen, Individualisierung und Konsumismus das kritische Engagement des Bürgers so abgeflacht hätten, dass der Glaube an die Demokratie in Desinteresse umgeschlagen sei.² Aber ist es nicht eine falsche Annahme, dass sich die Gesellschaft kaum für Politik interessiert? Die Bundspräsidentenwahlen von 2016 und die Nationalratswahl von 2017 in Österreich, aber auch andere Studien zeigen, dass Menschen miteinander über Politik sprechen und diskutieren, sei es im Freundeskreis, in der Arbeit oder in der Familie, ja sogar in den sozialen Medien mit Fremden. Wenn also auf der einen Seite das politische Interesse immer größer, auf der anderen Seite das Vertrauen in unsere repräsentative

Demokratie aber immer kleiner wird, dann entsteht eine Situation mit sehr explosivem Charakter und einer frustrierten Gesellschaft als Folge.³ Um eine Bestandsaufnahme der politischen Lage zu machen und diese besser nachvollziehen zu können, sprechen Experten häufig von zwei Symptomen der Krise: der Legitimitätskrise⁴ und der Effizienzkrise⁵. Mit Effizienz (Tatkraft) ist jener Prozess bzw. die Dauer des Prozesses gemeint, bis die Regierenden erfolgreiche Lösungen für vorherrschende Probleme erarbeiten. Unter Legitimität (Unterstützung) wird die Akzeptanz dieser Lösungen in der Gesellschaft verstanden.⁶ Diese wiederum wird in die „Input-Legitimation“⁷ (Zustimmung gegenüber der Herrschaftsform im Allgemeinen und Ausübung der Herrschaft im Speziellen) und „Output-Legitimation“⁸ (Regierungsfähigkeit, ergebnisorientiert) unterteilt.

Symptome für die Effizienzkrise:⁹

- lang andauernde Koalitionsverhandlungen (Misstrauen gegenüber Koalitionspartner, Nervosität, Abstrafen durch Wähler)
- härteres Abstrafen der regierenden Parteien (Wahlverlust nach Regierung, Stimmverlust)
- langsames Regieren (Abhängigkeit von internationalen Akteuren, Scheu vor Großprojekten, wichtige Themen wie Klimaschutz national nicht mehr bewältigbar)
- Rekrutierung von neuen jungen Menschen in die Politik wird immer schwieriger

Symptome für die Legitimitätskrise:¹⁰

- sinkende Wahlbeteiligung/Wahlverweigerung
- Wählerwanderung (Protestwähler, weniger und launischere Wahlgänge)
- sinkende Parteimitgliedschaft (Veränderung der Art und Bedeutung einer Partei/Mitgliedschaft)

In gut funktionierenden Demokratien bilden Effizienz und Legitimität ein Gleichgewicht. Nimmt aber entweder die Tatkraft oder die Unterstützung ab (oder beides), verliert die Demokratie das Gleichgewicht und gerät ins Schwanken und es entstehen Spannungen, die sich in Form von Protesten, Widerstand, Loyalitätsentzug etc. ausdrücken.¹¹

In der Politikwissenschaft gibt es mehrere Sichtweisen in Bezug auf den momentanen Zustand unserer Demokratie. Zwei sehr gegensätzliche Ansichten werden im Folgenden beschrieben.

Optimistische Sichtweise

In der optimistischen Sichtweise gibt es keine Krise. Probleme werden als Herausforderungen angesehen, um einen Wandel der Demokratie herbeizuführen und neue Wege zu gehen.¹²

1. Herausforderung: Souveränitätsproblem¹³

- Wesentlicher Kern der Demokratie = Volkssouveränität (institutioneller Ausdruck – Wahlen)
- bei Wahlen zur Verfügung stehender politischer Entscheidungsbereich sinkt
- Verlagerung von Entscheidungszuständigkeiten auf supra- und transnationale Ebenen
- Krise der öffentlichen Haushalte (soziale Gleichheit leidet darunter)
- Abgabe der Zuständigkeit ganz oder teilweise an Private durch Staat

2. Herausforderung: Legitimationsproblem¹⁴

- Verlust an Bedeutung und Ansehen der durch Wahlen bestellten Institutionen
- Verlust der früheren Vorrangstellung der Parteien
- Abtretung von repräsentativen Funktionen an unabhängige Behörden oder Verfassungsgerichte
- Partizipation ja, aber außerhalb der Parteien (Bürgerinitiativen, NGO, etc.)

3. Herausforderung: Inklusionsproblem¹⁵

- Fundament einer Demokratie ist u.a. politische Gleichheit
- Gewährleistung von Chancengerechtigkeit und sozialer Teilhabe – Problem der sozialen Schere
- Folge: schwindender Glaube in benachteiligten Bevölkerungsgruppen durch Partizipation etwas bewirken zu können
- Mangelnde Beteiligung führt zu missglückter Inklusion

Pessimistische Sichtweise: Postdemokratie

Während in vielen Ländern außerhalb Europas die Menschen für die Demokratie als Regierungsform auf die Straße gehen und kämpfen, weisen die westlichen Demokratien bereits einige Zeichen an Ermüdungserscheinungen auf. Colin Crouch (*1944) brachte 2008 mit seinem Buch den neuen Begriff der „Postdemokratie“¹⁶ in die demokratiepolitischen Diskussionen mit ein und beschreibt sehr anschaulich, worauf die aktuellen Demokratien hinsteuern, wenn die Gesellschaft nicht endlich wach wird und gegensteuert.

„Die relativ niedrigen Anforderungen, die im Rahmen des liberalen Demokratieverständnisses an das Funktionieren des politischen Systems gestellt werden, führen zu einer Zufriedenheit, die uns blind machen kann für ein neuartiges Phänomen, das ich als >>Postdemokratie<< bezeichnen möchte. Der Begriff bezeichnet ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Probleme diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten. Genau wie das maximalistische Ideal ist auch dieses Modell eine Übertreibung. Man kann in der gegenwärtigen politischen Landschaft allerdings so viele seiner Elemente ausmachen, daß es sich lohnt zu untersuchen, wo wir heute auf dem Kontinuum zwischen den Polen stehen und in welche Richtung sich die Politik entwickelt. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns dem postdemokratischen Pol immer mehr annähern.“¹⁷

Crouch thematisiert in seinem Werk, dass Demokratien nicht automatisch intakt seien, nur weil politische Entscheidungen aufgrund von Wahlen getroffen werden. Im Gegenteil meint er, dass die Wahlen zu einem einzigen von PR-Experten geführten und von den Medien beeinflussten Spektakel verkommen und von den Politikern nur zu jenem Zwecke durchgeführt werden, um bei den Bürgern die Illusion der politischen Mitbestimmung aufrecht zu halten. Die Entscheidungen der Regierung werden in Wahrheit von der Wirtschaft und dessen Mitspielern beeinflusst und getroffen. Im Gegensatz zur Demokratie, dessen Grundidee eher nationalstaatlich angedacht ist, agiert die Wirtschaft international. Die Verhandlungsprozesse werden auf supra- und transnationaler Ebene durchgeführt, folglich verlieren die Nationalstaaten die Kontrolle und den Einfluss auf deren Ergebnis. Müsste die Entwicklung der Demokratie bildlich dargestellt werden, würde laut Crouch die Form einer Parabel dazu herangezogen werden. Trifft die eben genannte These also zu und das politische System entwickelt sich in Richtung einer Postdemokratie und wandert zu einem Tiefpunkt hin, dann würden viele Errungenschaften des 20. und 21. Jahrhundert wie etwa politische Rechte, Partizipationsrechte, Rechte für Minderheiten, etc. annulliert werden.

Symptome einer postdemokratischen Entwicklung¹⁸

- Langeweile, Frustration, Desillusionierung
- Politisches System wird mehr von einzelnen Repräsentanten mächtiger Interessensgruppen ausgenutzt, die nur eine kleine Minderheit ausmachen, als von der Mehrheit der Bürger selbst
- Wissen der politischen Eliten, wie die Forderungen der Menschen gelenkt und manipuliert werden können
- Anwendung von Werbekampagnen („von oben“) um die Bürger dazu zu bringen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen

Möglichkeiten, die postdemokratische Entwicklung zu verhindern¹⁹

- Begrenzung der wachsenden Dominanz der ökonomischen Eliten
- Reformen der politischen Praxis als solche
- Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern selbst offenstehen
- Idee der Bürgerversammlung

2.6.2. Diagnose

Laut Reybrouck gibt es vier unterschiedliche Diagnosen für ein Demokratiemüdigkeitssyndrom

- Politiker sind schuld – Diagnose des Populismus
- Demokratie ist schuld – Diagnose der Technokraten
- Die repräsentative Demokratie ist schuld – Diagnose der direkten Demokratie
- Die elektoral - repräsentative Demokratie ist schuld – eine neue Diagnose

a. Politiker sind schuld – Diagnose des Populismus

Wenn Populisten von Politikern anderer Parteien sprechen, verwenden sie oft unschönen, teils negative Bezeichnungen und meinen im gleichen Atemzug, sie seien jene Partei, die dem Volk am nächsten sei bzw. die einzige wahre Volksvertretung. Hier entsteht aber bereits ein erster Irrtum, denn das Volk ist aus einer Vielzahl an Teilen zusammengesetzt, es ist bunt und vielfältig und deshalb kann hier keineswegs von einer Grundströmung des Volkes gesprochen werden. Ein weiterer Aspekt ist die Rolle des Berufspolitikers. In der Vergangenheit gingen Menschen in die Politik, die in der Gesellschaft angesehen waren und/oder im Land etwas bewegen wollten. Heutzutage scheint es primär erstrebenswert zu sein, eine Karriere als Politiker (z.B. im Ministerium, im Nationalrat) zu absolvieren, nur mehr von einer Wahl zur nächsten zu arbeiten und das Gemeinwohl dabei in den Hintergrund zu stellen. Populisten meinen das Demokratiemüdigkeitssyndrom zu bekämpfen, indem die Parlamentsmitglieder ausgetauscht werden und so frischen Wind in die Regierung bringen. Damit kann kurzfristig vielleicht die Legitimitätskrise bekämpft werden, aber ist es langfristig ausreichend?²⁰

b. Demokratie ist schuld – Diagnose der Technokraten

In einer Technokratie werden externe Experten als fähig und kompetent angesehen und damit beauftragt, in schwierigen Zeiten richtige Entscheidungen zu treffen und so das Land durch stürmische Zeiten zu geleiten. Oft wird aber auch die Kompetenz an transnationale Institutionen übertragen (z.B. Zentralbank), welche wiederum nicht demokratisch vom Volk gewählt werden. Im Unterschied zur Diagnose der Populisten soll hier Legitimität durch Effizienz, also Zustimmung der Regierten soll durch positive Resultate, erzeugt werden. In einer Technokratie wird aber oft nicht bedacht, dass es beim Regieren nicht nur um gute Entscheidungen geht, sondern auch moralische Aspekte miteinbezogen werden müssen.²¹

c. Die repräsentative Demokratie ist schuld – Diagnose der direkten Demokratie

„Our representatives aren’t representing us“²²

Occupy Wall Street,
Bowling Green, Zuccotti Park

Die Occupy Wall Street Bewegung entwickelte sich aus dem Gefühl heraus, dass nur mehr die Interessen der Parteimitglieder von den Regierenden vertreten werden, aber nicht jene der restlichen Bevölkerung, die einen Großteil ausmacht. Durch ihre Aktionen wollte sie die Entscheidungsfindung horizontal strukturieren, jeder konnte seine Meinung in geordnetem Maße kundtun. Ihr Ziel war eine Verbesserung der politischen Zustände durch eine „direkte, partizipative, konsensorientierte [...] true democracy“²³, ohne dabei die repräsentative Demokratie zu ersetzen. Vielmehr ging es um eine Stärkung der momentan bestehenden, festgefahrenen Regierungssysteme mit neuen Methoden der Mitbestimmung.²⁴

d. Die elektoral - repräsentative Demokratie ist schuld – Eine neue Diagnose

„Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich drauf reduziert, ist dem Tode geweiht“²⁵

Reybrouck 2016

Wahlfundamentalisten meinen, dass eine Demokratie ohne Wahlen unmöglich ist und „dass Wahlen die notwendige, konstitutive Bedingung sind, um von einer Demokratie sprechen zu können.“²⁶ Gab es früher bei Wahlen noch ein langfristiges Denken und Planen und das Gemeinwohl stand im Mittelpunkt, so zählt heute nur mehr der Gedanke der Kurzfristigkeit und das Parteiwohl. Es wird von der einen Wahl zur nächsten gearbeitet mit dem Ziel, keine Wählerstimme zu verlieren und die Macht beizubehalten. Leider oft auf Kosten des politischen Inhaltes.²⁷

Folgen dieser Entwicklung:

- Schwächung der Effizienz durch Wahlkalkül
- Schwächung der Legitimität durch ständigen Politisierungsdrang

2.6.3. Therapie - das Losverfahren

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

„Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich“²⁸

Mahatma Ghandi
bzw. ursprünglich aus Zentralafrika

Für Reybrouck ist nicht die Wahl, sondern das Losverfahren jenes Prinzip, auf dem eine Demokratie gründet. Im Zuge seiner Recherche zu diesem Thema ist er auf folgende zwei Persönlichkeiten gestoßen. James Fishkin und Terrill Bouricius haben sich mit der deliberativen Demokratie und dem Losverfahren in der Theorie wie auch in der Praxis intensiv auseinandergesetzt. Ersteres hat bereits 1988 in einem Artikel im „The Atlantic Monthly“ das Losverfahren als Möglichkeit vorgeschlagen, wie BürgerInnen zusammenkommen, miteinander beraten und danach begründete Entscheidungen in Bezug auf politische Themen und gesellschaftliche Herausforderungen treffen können. Ein paar Jahre später wurde dieser Vorschlag, leicht abgeändert, in die Tat umgesetzt. Um herauszufinden, was so ein Prozess mit den Teilnehmern macht, ließ er Fragebögen vor, während und nach der Beratschlagung ausfüllen. Das Ergebnis zeigt, dass diese Art von Beratungsprozessen den Menschen mehr Kompetenz verleiht. Außerdem unterstützt es die These, dass sie kritischer, strukturierter und detaillierter urteilen, ihre Ansichten teilweise korrigieren und vor allem Einblick in die Komplexität der politischen Entscheidungsprozesse erlangen.²⁹

Der Forscher Terrill Bouricius veröffentlichte 2013 im „Journal of Public Deliberation“ seine Ergebnisse zur Auseinandersetzung mit dem Losverfahren. Dabei zeigte er drei wichtige Aspekte des Losverfahrens auf, die eine repräsentative Demokratie nicht erfüllen kann.

- Gute Repräsentation der Bürgerschaft
- Resistenz in Bezug auf Korruption und übermäßiger Konzentration politischer Macht
- Partizipationsmöglichkeiten, Mitbestimmungsmöglichkeit

Ein mögliches, bereits sehr durchdachtes aber noch evolutives Konzept des Losverfahrens stellt er im „Multi-body-sortition“ - einer Blaupause einer auf dem Losverfahren basierenden Demokratie – dar. Dabei handelt es sich um ein selbstlernendes System, das von der athenischen Demokratie angeregt wurde. Grundlage sind 6 verschiedene Organe, die auf einem von Checks & Balance und in Phasen unterteiltem System basiert, um eine Machtkonzentration zu verhindern. Gleichzeitig gibt es keine Eliten mehr, denn Regierende sind gleichzeitig Regierte, was auch durch den regelmäßigen Wechsel bedingt wird.³⁰

Anwendung des Modells nach David Schechter und Terrill Bouricius

1. Um ein einzelnes Gesetz zu entwerfen (wie die British Columbia Citizens' Assembly);
2. Um alle Gesetze innerhalb eines bestimmten Politikbereichs zu entwerfen (z.B. in einem Bereich, der so kontrovers ist, dass die Gewählten es lieber den Bürgern überlassen, oder bei dem die Gesetzgeber einen Interessenkonflikt haben, was Dauer des Mandats, Gehälter oder Wahlrecht betrifft);
3. Um die deliberative Qualität einer Bürgerinitiative oder Volksabstimmung zu erhöhen;
4. Um eine gewählte Kammer in einem Zweikammersystem zu ersetzen;
5. Um den gesamten Gesetzgebungsprozess anstelle einer gewählten Legislative durchzuführen;³¹

„Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich drauf reduziert, ist dem Tode geweiht“²⁵

David van Reybrouck

Birepräsentatives System

„Demokratie ist wie Ton: Sie passt sich in die Zeit ein. Die konkreten Gestalten, die sie annimmt, sind immer durch historische Verhältnisse modelliert. Als Staatsform, bei der Beratung im Mittelpunkt steht, ist sie sehr empfänglich für die verfügbaren Kommunikationsmittel. Daher war die Demokratie im alten Athen maßgeblich durch die Kultur des gesprochenen Wortes geprägt. Daher gedieh die elektoral-repräsentative Demokratie des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts im Zeitalter des gedruckten Wortes (Zeitung und andere rein rezeptive Medien wie Radio, Fernsehen und Internet 1.0). Heute jedoch befinden wir uns im Zeitalter der permanenten Interaktivität. Hyper-schnelle, dezentralisierte Kommunikation sorgt für neue Mündigkeit. Aber welche Demokratie passt dazu?“³²

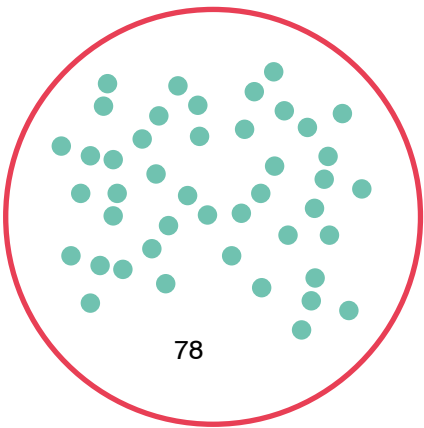
John Keane, 2010

Mit dem Losverfahren entsteht nun erstmal wieder die Möglichkeit einer gleichen politischen Chancenteilung innerhalb unserer Gesellschaft. Außerdem fällt bei ausgelosten Bürgern die Angst vor einer Abwahl weg, da sie nicht wiedergewählt werden müssen. Reybrouck sieht die Lösung für den Ausweg aus dem Demokratiemüdigkeitssyndrom und dem gegenseitigen Vertrauensgewinn von Politikern und Bürgern im birepräsentativen Modell, das sich aus der Volksvertretung (Zustandekommen durch Abstimmung, Sachkompetenz) und der Auslosung (Freiheit und Wahlunabhängigkeit) zusammensetzt.³³

Argumente gegen Kritik an Losverfahren³⁴

- Bewusstsein, dass Gründe, die heute gegen Bürger vorgelegt werden, früher gegen Bauern, Frauen, etc. eingebracht wurden
- Erzielung eines besseren Querschnitts der Gesellschaft durch Losverfahren, da jeder Experte seines eigenen Lebens ist
- auch Gewählte sind nicht immer gleichermaßen kompetent, sie bekommen Experten, Berater, etc. zur Seite gestellt und deshalb ist auch ein Wechsel innerhalb der Ministerien möglich
- Möglichkeit einer Konsolidierung von Experten durch ausgeloste Volksvertretung
- keine Auseinandersetzung mit Parteibetrieb, Medienauftritt, uvm., > mehr Zeit
- jeder bringt eigene Fähigkeiten ein, deshalb kann jeder selbst entscheiden, in welche der sechs Bereiche er gut ist
- Laienjury > Rechtsprechung
- Experimente mit Bürgerforen zeigen positive Ergebnisse (Schwäche möglich, aber auch bei Volksvertretern)
- Lobbys, Thinktanks etc. haben Einfluss auf Politik, aber Bürger nicht?
- in dieser Phase: Zusammenspiel aus gewählten und ausgelosten Volksvertretung

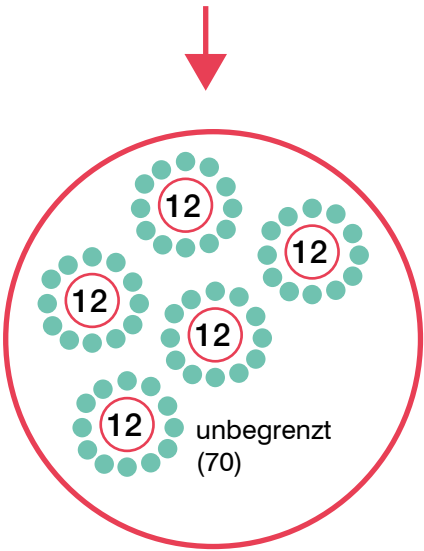
DEMOKRATIE - EINE ANALYSE



Agenda Council stellt die Agenda auf, wählt Themen für Gesetzgebung

Größe	150-400 Leute, evtl. in Unterausschüssen ausgelost unter Freiwilligen
Zusammensetzung	fulltime
Dauer	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Rotation	nicht verlängerbar
Vergütung	Gehalt

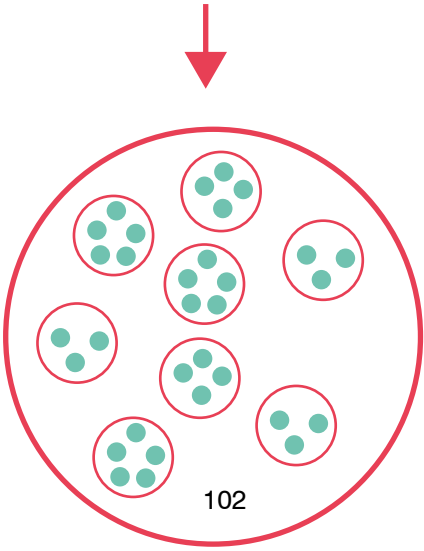
- Themenvorgabe, aber keine Ausarbeitung



Interest Panels schlagen themengebundene Gesetzgebung vor

Größe	12 pro Panel, Anzahl Panels unbegrenzt
Zusammensetzung	Freiwillige, die sich bewerben
Frequenz	so oft sie wollen
Dauer	Panel endet bei Deadline
Vergütung	nein

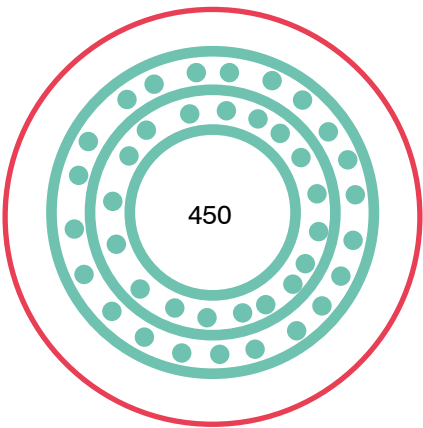
- Gruppe zu je 12, die jeweils einen Gesetzesvorschlag (oder Teil davon) einreicht
- haben nicht das letzte Wort
- Menschen mit Erfahrung können Expertise bündeln



Review Panels machen Gesetzesvorschläge anhand des Inputs von Interest Panels und Experten

Größe	150, unterteilt in einzelne Panels; jede Panel zuständig für einen Bereich; Teilnehmer wählen ihre Panels nicht, werden zugeteilt
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen
Frequenz	fulltime
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
	Gehalt und Zuschuss

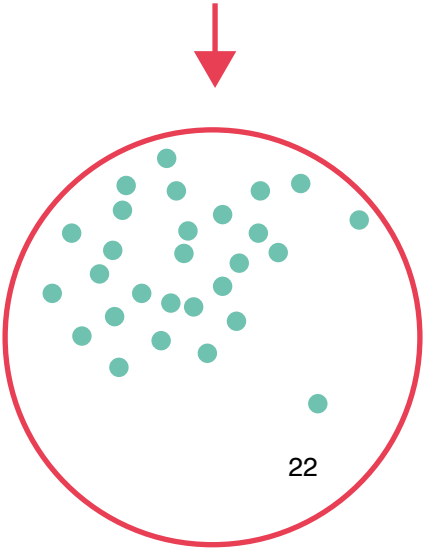
- für jeden Politikbereich gibt es einen Panel
- Input kommt von Interest Panel, Einladen von Experten, Organisation, Anhörung
- Übergang zum Entwurf v. Gesetzestexten



Policy Jury stimmt über Gesetze ab, geheime Abstimmung nach öffentlicher Präsentation

Größe	400, nur im Plenum
Zusammensetzung	ausgelost aus allen erwachsenen Bürgern, Teilnahme obligatorisch wenn über ein Gesetz abgestimmt werden muss
Frequenz	ein bis mehrere Tage
Dauer	Tagegeld und (Reise-)Kosten
Vergütung	

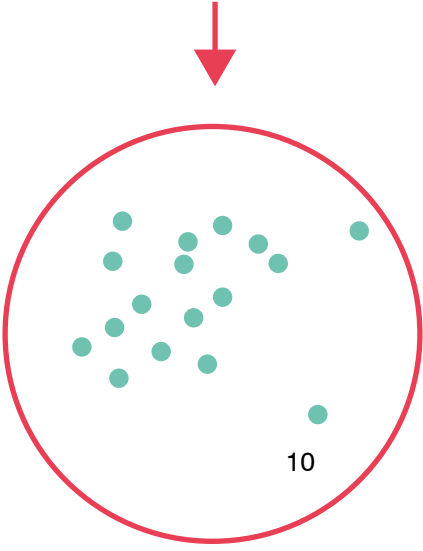
- keine feste Jury, bei jedem Gesetzesentwurf anderer Bürger
- Anhörung der Gesetzesvorschläge von Review Panel + Pro/Kontra
- danach Abstimmung
- Vortrag der Gesetzesvorschläge von neutralen Mitarbeitern
- Beschlüsse - Gesetzeskraft



Rules Council entscheidet über die Regeln und Verfahren der gesetzgebenden Arbeit

Größe	ca. 50 Leute
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen (evtl. Ex-Teilnehmer)
Frequenz	fulltime (vor allem zu Beginn)
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
	Gehalt

- Erarbeitung von Verfahren für Auslosung, Anhörung, Abstimmung



Oversight Council kontrolliert den Gesetzgebungsprozess, behandelt Beschwerden

Größe	ca. 20 Leute
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen
Frequenz	fulltime
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
	Gehalt

- Aufsicht über Einhaltung der Verfahren + Behandlung von Beschwerden

Abb. 13: Multi-body-sortition: Blaupause einer auf dem Losverfahren basierenden Demokratie (Zahlen sind hypothetisch) - Terminologie von Bouricius

2.7. Soziale Aspekte der Partizipation

*"Unter Demokratie verstehe ich, dass
sie dem Schwächsten
die gleichen Chancen einräumt wie
dem Stärksten."*

Mahatma Gandhi

S. 80
S. 80
S. 81
S. 83
S. 84
S. 85

2.7.1. Einleitung – Partizipation und Demokratie
2.7.2. Begriffsdefinitionen
2.7.3. Politische Partizipation nach Norbert Kersting
2.7.4. Partizipation – Warum? Wozu?
2.7.5. Sozial Benachteiligte und Bürgelnnengesellschaft
2.7.6. Beteiligung schwer erreichbarer Gruppen
– eine Herausforderung

2.7. Soziale Aspekte der Partizipation

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

Sage es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen.

Konfuzius

2.7.1. Einleitung – Partizipation und Demokratie

In der momentanen Demokratiedebatte wird Partizipation immer öfter als Allheilmittel für den gegenwärtigen Zustand der Politik eingebracht. Demokratie und Partizipation sind zwei Begriffe, die sehr eng miteinander verbunden sind und es ist eine unbestrittene Tatsache, dass „die Möglichkeit zur politischen Beteiligung zusammen mit der Gewährleistung von Freiheit und Gleichheit zu den Grundprinzipien der Demokratie zählt.“¹ Trotzdem sollte man sich darüber im Klaren sein, dass zwar Demokratie (beispielsweise im Sinne der Demokratiedefinition von Abraham Lincoln „government of the people, by the people, for the people“² oder jene von Dahl (siehe S. 19ff) immer Partizipation bedingt, im umgekehrten Sinn aber mehr politische Beteiligung nicht automatisch mehr bzw. eine bessere Demokratie hervorbringt.³

2.7.2. Begriffsdefinitionen

Partizipation

- 1. Das Wort Partizipation stammt aus dem Lateinischen „participatio“ und wird hergeleitet von „pars“ – „Teil“ und „capere“ – „Geben/Nehmen“.⁴
- 2. In diesem Sinne wird es allgemein „als eine Teil-Habe an einem Ganzen angesehen“.⁵ Partizipieren als

Verb wird im deutschen Sprachgebrauch auch häufig mit den Synonymen „mitmachen“, „teilhaben“, „mitbestimmen“, „sich beteiligen“, „dabei sein“ ersetzt.⁶ In der Politik findet der Begriff vor allem Anwendung im Zusammenhang mit einer freiwilligen und bewussten Mitbestimmung bzw. Miteinbeziehung der BürgerInnen in politische und gesellschaftliche Entscheidungen.⁷

Politische Partizipation:

1. Wenn man von politischer Partizipation spricht, meint man damit beinahe alle möglichen Formen nicht-privater Tätigkeiten. Dabei kann wiederum eine Unterscheidung zwischen institutionalisierten (Wahlbeteiligung, Parteiarbeit, Kontakte mit Behörden, etc.) und nichtinstitutionalisierten (Demonstrationen, Boykotte, Flashmobs, etc.) Formen der politischen Partizipation getroffen werden. In den letzten Jahren ist ein immer größer werdender Rückgang der ersteren und ein Anstieg der zweiten Partizipationsform erkennbar.⁸ Eine etwas engere Begriffsdefinition von Max Kaase aus dem Jahre 1997 beschreibt politische Partizipation als „alle freiwilligen Aktivitäten, mit denen nicht professionell in der Politik tätige Personen oder Gruppen versuchen, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen oder mittelbar an diesen mitzuwirken.“⁹

Soziale Partizipation

Wenn man von sozialer Partizipation spricht, meint man die Vielzahl an formellen und informellen Tätigkeiten, die vor allem auf das Gemeinwesen bzw. einen Teil des Gemeinwesens außerhalb des eigenen Lebensbereiches ausgerichtet sind und ohne politische Motivation durchgeführt werden.¹⁰

Bürgerschaftliches Engagement:

Gesellschaftliche Partizipation kann neben der poli-

tischen Partizipation auch in ein bürgerschaftliches Engagement unterteilt werden und meint damit eine Selbsthilfe, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist.¹¹ Dabei „handelt es sich um Beteiligung in NutzerInnenbeiräten ausgelagerter, d.h. im weiteren Sinne privatisierter, selbstverantwortlicher Organisationen, wie beispielsweise Schwimmvereinen. Selbsthilfe beschreibt somit Aktivitäten, die bei begrenzter staatlicher Fremdhilfe auf der Basis eigenen Engagements gemeinwohlorientiert und nicht primär individuell ausgerichtet sind.“¹²

Zivilgesellschaft:

„Gemäß einem breiten Definitionszugang ist Zivilgesellschaft der Sammelbegriff für die Ausprägungsformen des sozialen Lebens, die den Raum zwischen Staat und Markt besetzen [...]. Dieser Raum gliedert sich wiederum in viele kleine Unterbereiche und Einheiten, die verschieden hell, geräumig und im öffentlichen Bewusstsein verankert sind. Ebenso unterscheiden sie sich in ihren Zielen, Methoden und Funktionen. Allen Räumen ist gemeinsam, dass sie im selben Haus auf dem gleichen Fundament stehen und miteinander über Korridore, Treppenhäuser und gar über nicht sichtbare Steigleitungen verbunden sind.“¹³ Zu den Mitwirkenden der Zivilgesellschaft zählen unter anderem Vereine, Selbsthilfegruppen, soziale Netzwerke, Freiwilligenarbeit, Nachbarschaftshilfe, BürgerInneninitiativen.

2.7.3. Politische Partizipation nach Norbert Kersting¹⁴

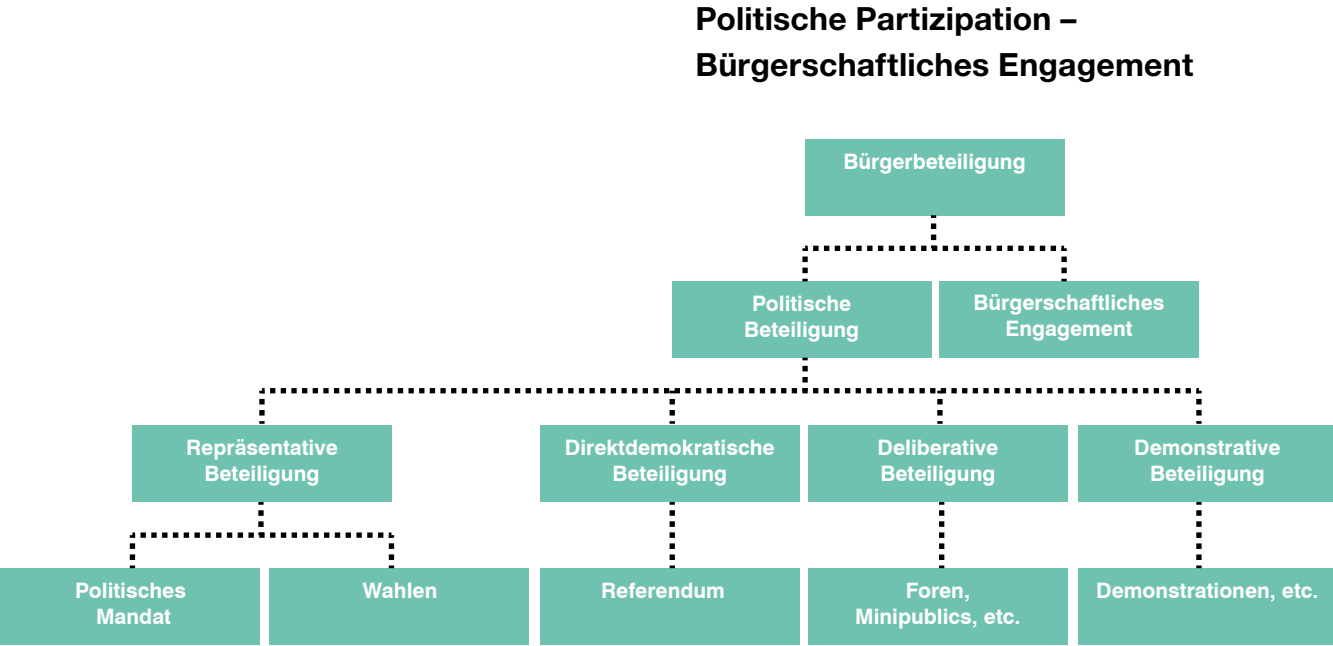


Abb. 14: Politische Partizipation – Bürgerschaftliches Engagement

DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

Spannbreite politischer Partizipation anhand von Gegensatzpaaren

Numerische Partizipation – Dialogische, deliberative Partizipation

- Numerische Partizipation
- Partizipationschancen durch repräsentative Wahlen und Abstimmungen
- Dialogische, deliberative Partizipation
- Schwerpunkt auf Deliberation und Diskurs

Indirekte, repräsentative Partizipation – Direkte, themenorientierte Partizipation

- Indirekte, repräsentative (personenorientierte) Partizipation
- Hauptteil der Partizipationsformen
 - Repräsentation der BürgerInnenmeinung durch AdvokatInnen
 - Verlust des Einflusses auf RepräsentantInnen nach Wahl
 - Möglichkeit der Kontrolle nur durch Abwahl
- Direkte, themenorientierte Partizipation
- Weitere Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen auf deren Wirken (z.B. Bürgerinitiative) nach
 - Auswahl der RepräsentantInnen
 - Stärkung des Gefühls der Wirksamkeit politischer Beteiligung abhängig von Kürze des Weges der Entscheidungsfindung und Integration der Betroffenen im Prozess

Mobilisierte Partizipation (invited space) - Spontane Partizipation (invented space)

- Mobilisierte Partizipation – invited space
- „top down“ Mobilisierung
 - Durchführung durch Regierung
- Spontane Partizipation – invented space
- Durchführung durch Zivilgesellschaft
 - Intrinsisch motivierte, zumeist demonstrative außerparlamentarische Beteiligung

Reale Partizipation – Virtuelle Partizipation

- Reale Partizipation:
- Beteiligungsinstrumente basierend auf nonverbale Kommunikation (z.B. Briefe an PolitikerInnen)
- Virtuelle Partizipation:
- Schaffung neuer Beteiligungsmöglichkeiten durch Informations- und Kommunikationstechnologien
 - Reproduktion realer Partizipation über neue Kanäle im virtuellen Raum

Entwicklung neuer Partizipationsformen

- Neue Aktionsformen wie z.B. Protestaktivitäten
- Etablierung unkonventioneller, politischer Verhaltensmuster

2.7.4. Partizipation – Warum? Wozu?

Obwohl Partizipation und Demokratie eng miteinander verbunden sind, werden Beteiligungsverfahren, die über den Gang zur Wahlurne hinausgehen, nicht selten von Regierenden kritisch betrachtet oder nur sehr ungern in Entscheidungsfindungen miteinbezogen. Es ist unumstritten, dass viele Prozesse ohne Bürgerbeteiligung, dafür aber mit Expertenlösungen oft schneller, billiger und geräuschloser vonstattengehen würden. Allerdings steht in einer Demokratie nicht nur Effizienz und Ruhe im Vordergrund, sondern auch Gestaltung der Politik, und diese sollte vor allem auf die Bedürfnisse und Meinungen der BürgerInnen eingehen und diese ins Zentrum rücken.¹⁵ Ein Zitat von John Dewey aus dem Jahre 1937 kann den Partizipationsskeptikern entgegengesetzt werden, in dem er die Notwendigkeit zur Beteiligung betont: „[...] as the necessity for the participation of every mature human being in formation of the values that regulate the living of men together: - which is necessary from the standpoint of both the general social welfare and the full development of human beings as individuals.“¹⁶ Andere Befürworter gehen noch einen Schritt weiter und sprechen diesbezüglich von einer dringend notwendigen „zweiten Transformation“ der Demokratie, die eine Integration von bestimmten nichtinstitutionalisierten Beteiligungsformen in die politische Entscheidungsfindung fordert, um die Legitimität des repräsentativ-demokratischen Systems nicht noch mehr zu schwächen.¹⁷

Hauptargumente für Zivilgesellschaft nach Martin Schaurhofer¹⁸

- Zivilgesellschaftliche Partizipation ist Mittel und Verfahren innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft, sie soll als Teilhabe an einem gesellschaftlichen Bereich und Mitbestimmung durch demokratische Mittel gesehen werden
- Herstellung eines in der Demokratie möglichst weitgehendem Ausgleichs der Interessen einzelner Individuen (Verwandlung von Präferenzen in gemeinsame Ziele durch Diskussionen einzelner)

- Umsetzung, Lernen und Leben von Souveränität, Selbstbestimmung und Verantwortung in und durch die teilnehmende Demokratie der Zivilgesellschaft (Erkenntnis der eigenen Fähigkeiten und Interessen, Partizipation wird Quelle von Wissen, Entwicklung von Selbstbestimmung und Verantwortung)

Erwartungen der politischen Partizipation nach Oscar Gabriel¹⁹

- Mehr und bessere Bürgerbeteiligung soll zu transparenten, fairen, responsiven, inhaltlich besseren und innovativen politischen Entscheidungen führen

- Sie soll die Kontrolle der Regierten über die Regierenden verbessern, zu einer neuen Machtbalance im politischen System führen und die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie beenden

- Vertiefung des Verständnisses politischer Zusammenhänge bei den Bürgern

- Förderung der Fähigkeit zum rationalen Austragen politischer Konflikte

- Stärkung des politischen Vertrauens und die Unterstützung demokratischer Werte und Normen nach Norbert Kersting²⁰

- Politische Partizipation als positiven Einfluss auf der Output Seite – Verbesserung der Problemorientierung, bessere Politik

- Politische Partizipation als positiven Einfluss auf die Input Seite – Erhöhung der Legitimation

- Erfolgreiche Partizipation – Steigerung des „Political Efficacy – Bewusstseins“ und somit Steigerung der Partizipationsbereitschaft

POSITIVES

– Leistungen einer Bürgergesellschaft nach Warnfried Dettling²¹

- Beitrag zur Modernisierung der Gesellschaft
- Lösung zentraler, gesellschaftlicher Probleme mit Erfolgchancen
- Möglichkeit der Teilnahme an der Gesellschaft für Menschen jenseits der Erwerbsarbeit und der Verbindung von gesellschaftlichen Aufgaben mit sinnvollen Tätigkeiten
- Verhinderung der Spaltung der Gesellschaft und der sozialen Ausgrenzung vieler Menschen
- Verwandlung sozialer Anstalten in sozial lebendige Orte
- Bereicherung des Lebens der Menschen

NEGATIVES

– Kritik an der Bürgergesellschaft nach Dettling²²

- Angst vor Abbau des Sozialstaates
- Angst vor Wettbewerb um begrenzte öffentliche Mittel
- Moralisch minderwertige, neue, moderne Formen der Beteiligung (nicht nur selbstlose, sondern auch eigensinnige Motive)
- Verlust an Staatlichkeit, Angst vor Schritte in eine Vergesellschaftung des Staates
- Betrachtung von Bürgergesellschaft als Kritik an der marktwirtschaftlichen Ordnung

NEGATIVES

– Kritik an Partizipation nach Norbert Kersting²³

- Gerechtigkeitslücke (relativ einseitiges Engagement von kleiner Gruppe, vor allem aus der wohlgebildeten Mittelschicht, führt zu partizipativer Spaltung, ungleiche Ressourcen seitens bestimmter Bevölkerungsschichten führt zu ungleichen Engagement und somit werden zum einen beteiligungsferne Gruppen noch mehr marginalisiert und zum anderen politische Eliten weiter gestärkt)
- Mangel an Kenntnis, Information und Verantwortung
- Machtstrukturen (Ignoranz und Naivität gegenüber bestehenden Machtstrukturen)
- Risikofreudigkeit
- Gruppendruck (Entstehung von irrationalen, inhumanen Aktionen gegenüber Fremden)

Partizipationsgründe nach Jan W. van Deth²⁴

Intrinsische Begründung:

Politische Aktivitäten können durch ihre intrinsischen Werte und ihre Notwendigkeit für das mentale Wohlbefinden der Menschen begründet werden (Fokus liegt auf Entwicklungsmöglichkeiten und selbst-verwirklichenden Charakter politischer Beteiligung)

Instrumentelle Begründung:

Beteiligung ermöglicht, Interessen und Ansichten der Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungsprozesse einzubringen

Legitimitätsorientierte Begründung:

Teilnahme legitimiert die Ergebnisse der getroffenen Entscheidungen

Partizipationsgründe nach Decker/ Lewandowsky/ Solar ²⁵

Individuelle Ressourcenausstattung:

Ausstattung der einzelnen Bürger mit intellektuellen und materiellen Ressourcen

Politische Einstellung:

Political efficacy (staatsbürgerliches Selbstbewusstsein, persönliches Vertrauen in Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse)

- internal efficacy = subjektive politische Kompetenz – Wahrnehmung der eigenen Fähigkeit, sich zu beteiligen und die Politik beeinflussen zu können
- external efficacy = Responsivitätsbewertung – Gefühl, dass das politische System offen ist für eigene Initiativen und Veränderungen
- positive Ausprägung von internal und external efficacy führt zur einer Steigerung der Partizipationswahrscheinlichkeit

Politische Gelegenheitsstrukturen (externe Faktoren)

- von der Verfassung vorgegebene institutionelle Bedingungen der Partizipation
- situative Ereignisse, die politisch mobilisierend wirken (Umweltkatastrophen, Flüchtlingskrise, etc.)

Gründe für Apathie

Wie bereits erwähnt, bedeutet mehr Partizipation nicht automatisch mehr Demokratie. Genauso wichtig ist das Bewusstsein, dass die BürgerInnen nicht unbedingt mehr Mitsprache besitzen, nur weil deren politische Teilhabe steigt. Colin Crouch schreibt in seinem Buch „Postdemokratie“, dass Aktionen wie die Einführung von E-Democracy oder die Verlängerung der Öffnungszeiten von Wahllokalen nur weitere Versuche sind, „the maximum level of minimal participation“²⁶ sicherzustellen. Leider fehlt vielerorts der Mut, demokratische Entscheidungsprozesse von Grund auf zu ändern und mehr Zeit und Ressourcen in die Herbeiführung von echter Beteiligung zu investieren. Rosenberger führt 1954 drei Gründe für „politische Apathie“²⁷ aus Sicht der Bürger an:

- Potentiell bedrohliche Konsequenzen
- Vergeblichkeit solcher Aktivitäten
- Mangel an Anreizen, aktiv zu werden²⁸

2.7.5. Sozial Benachteiligte und BürgerInnengesellschaft

BürgerInnen treten erstmals mit gemeinschaftlichen Handeln und dem Gefühl, selbst etwas bewirken zu können, in Berührung, wenn sie in einem Verein, in einer Arbeitsgruppe oder einem sozialen/kulturellen Projekt tätig sind. Vor allem ressourcenstarke Gruppen (höher gebildete, finanziell besser gestellte Menschen, Berufstätige, etc.) können Erfahrungen und Erfolgserlebnisse in diesen Bereichen im Laufe ihres Lebens sammeln und somit das Gefühl verstärken, dass sich die persönliche Teilhabe lohnt. Viele Menschen (z.B. finanziell benachteiligte bzw. bildungsschwache) leben aufgrund von den unterschiedlichsten Umständen in sozialschwachen Stadtteilen und sind häufig Vorurteilen und Diskriminierungen ausgesetzt.²⁹ Studien

zeigen, dass es genau diese gesellschaftlichen Randgruppen sind, die sich unterdurchschnittlich beteiligen, dadurch nicht auf ihre Lage aufmerksam machen und es zu einer Ungleichheit führt. Aus der Sicht der

Intrinsischen Ansätze:

Ungleichheit ist inakzeptabel, da sie Teile der Bevölkerung an der Entwicklung und Verwirklichung ihres sozialen und gesellschaftlichen Lebens hindert

Instrumentellen Ansätze:

Ablehnung der Ungleichheit, weil nur ein Gleichgewicht in politischen Entscheidungsprozessen die Interessen der Gesamtbevölkerung demonstrieren kann (demokratisches Gleichheitsprinzip)

Legitimitätsorientierte Ansätze:

Andauerndes Ungleichgewicht bei Beteiligung stellt die Legitimität der Entscheidungen in Frage³⁰

„... people may be inactive because they lack resources, because they lack psychological engagement with politics, or because they are outside of the recruitment networks that bring people into politics.“³¹

Jede Demokratie und zugleich jede Gesellschaft sollte als eines der obersten Ziele haben, dass die Interessen und Meinungen aller sozialen Gruppierungen gleichermaßen Gehör finden und repräsentiert werden. Das bedeutet aber ebenso, dass eine Methode entwickelt werden muss, um ressourcenschwache BürgerInnen den Zugang zu Beteiligungsformen zu ermöglichen und ihnen Wege aufgezeigt werden, dass Partizipation einen positiven Effekt auf ihr Leben haben kann. Gründe für „Mechanismen des Selbstausschlusses“³²

- Mangelndes Vertrauen in Eigeninitiative, Selbstinitiative, Engagement
- Keine Verschwendung von Gedanken an etwas Neues, Unbekanntes
- Hohe Arbeitslosigkeit im Viertel - Arbeitslosigkeit führt zu Antriebslosigkeit, Mangel an Energie- und Zeitressourcen – erst, wenn man über Arbeit und geregelten Alltag verfügt, folgt das freizeitliche Engagement³³

Obwohl in sozial schwachen Wohnvierteln die politische Partizipation sehr gering ausfällt, darf man die gegenseitige Hilfsstruktur nicht unterschätzen. Leider wird das „Unter-die-Arme-Greifen“ nur sehr beiläufig erwähnt und als Selbstverständlichkeit betrachtet. Deborah Warr hat dabei zwei Unterscheidungen zu diesen Beobachtungen aufgestellt:

• To get by: zivilgesellschaftliches Handeln (gegenseitige Hilfsleistungen im Quartier, z.B. informelles, familienzentriertes, an Kindern orientiertes Netzwerkhandeln)

• To get ahead: weiter- und vorankommendes Handeln (Orientierung an außerhalb des Viertels gelegene Ziele und Strukturen)³⁴

„Viertelkinder“ und „ViertelgestalterInnen“ – Wertvolle Figuren im Viertel³⁵

Um sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu erreichen und zu motiviere, können folgende BewohnerInnentypen sehr hilfreich dabei sein.

„Viertelkinder“ und „ViertelgestalterInnen“ (siehe Abb. 15-16, S. 86f)

2.7.6. Beteiligung schwer erreichbarer Gruppen – eine Herausforderung

Rahmenbedingung für mehr Partizipation nach Hans Emrich³⁶

• Betroffene Menschen müssen erfahren, dass sie etwas zu sagen haben und auch ausdrücken dürfen

• Aktive Förderung und Bereitschaft der bestehenden Politik- und Verwaltungsstrukturen ist unumgänglich und notwendig

• Angebot an Ressourcen für die Menschen, um eine Wahrnehmung der Einladung zur Mitgestaltung zu ermöglichen, dafür bedarf es an Verfügbarkeit von organisatorischer und fachlicher Unterstützung, um „empowerment“ (=Strategien und Maßnahmen zur Erhöhung der Autonomie und Selbstbestimmung der BürgerInnen) zu erfahren

Professionelle und integrative Kommunikations- und Beteiligungsarbeit – Hilfsmittel nach Andrea Breiffuss³⁷

- Offene und alltagsnahe Kommunikation
- Vielfältiger Methodeneinsatz
- Aktiv und mehrsprachig auf die Menschen zugehen
- Aufsuchende Aktivierung
- Beteiligung mit Festcharakter
- Spielerische Sensibilisierung für Themen
- Menschen miteinander ins Gespräch bringen
- Arbeiten mit speziellen Zielgruppen und institutionellen VertreterInnen
- Arbeiten mit KooperationspartnerInnen
- Räume für Aushandlungsprozesse schaffen und Betroffene einbinden

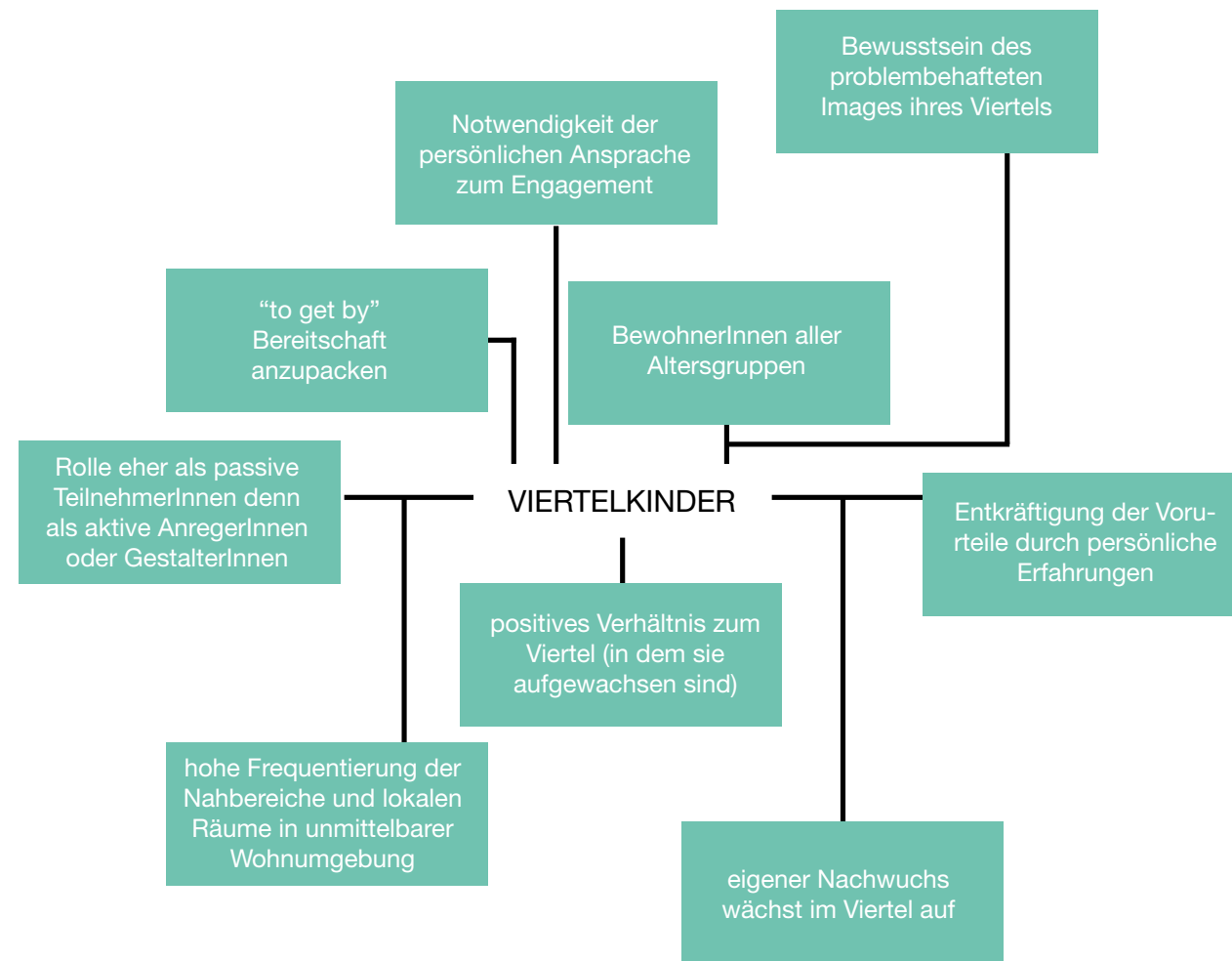


Abb. 15: Viertelkinder

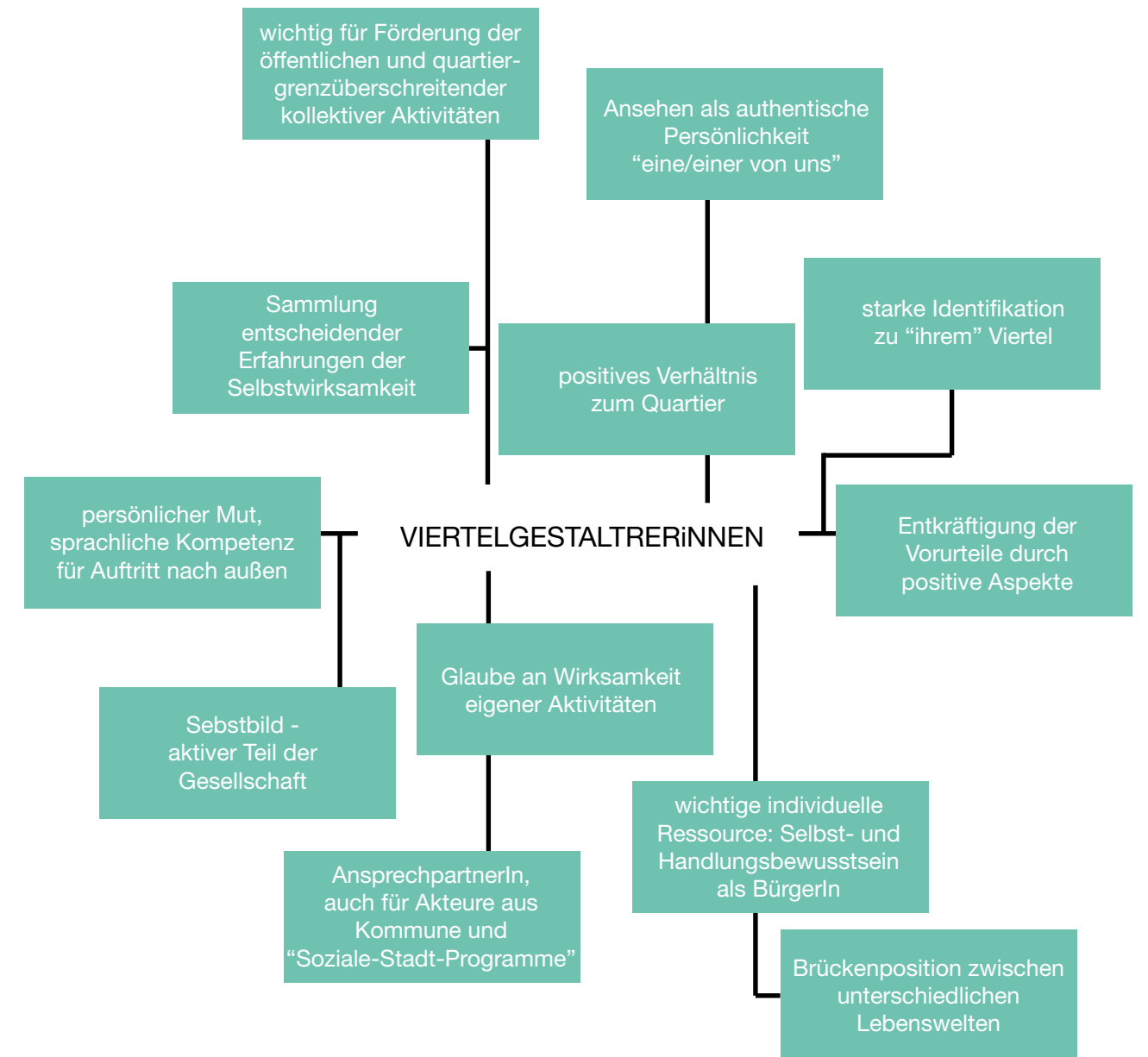


Abb. 16: ViertelgestalterInnen

3.

DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE

"Wenn die Demokratie arbeitsfähig sein soll, muss die Bevölkerung so weit wie möglich frei von Hass und Zerstörungslust und ebenso von Furcht und Unterwürfigkeit sein"

Bertrand Russell

S. 90
S. 91
S. 100

3.1. Deliberative Demokratie als Ausgangspunkt
3.2. Basisstation und Satelliten
3.3. Raumprogramm

3.1

Deliberative Demokratie als Ausgangspunkt

Demokratieforum - eine konkrete Utopie

Demokratie ist vielfältig und kann aus vielen unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und analysiert werden. In dieser Arbeit wird von jetzt an und als Reaktion auf die vorhergegangene Analyse in erster Linie das Modell der beteiligungszentrierten Demokratie als Ausgangspunkt für weitere Schritte genommen, insbesondere das Modell der deliberativen Demokratie von Jürgen Habermas (siehe Kapitel 2.4.6 S. 56). Obwohl sich in der Demokratiedebatte die Menschen häufig auf die direkte Demokratie berufen und diese als die „wahre“ Demokratie bezeichnen, sprechen einige wichtige Dinge gegen diese Regierungsform.

Mehr Entscheidungsgewalt seitens der Bürger bezüglich Themen, die ihr Leben und ihr Umfeld betreffen, ist zweifelsfrei wichtig und absolut wünschenswert. Jedoch wird bei diesem Demokratiemodell leider die Auseinandersetzung mit anderen Meinungen außer Acht gelassen. Gerade in Zeiten, in denen zum einen die Frustration gegenüber der Politik bzw. den Politikern immer mehr wächst, sich die Bürger nicht gehört und verstanden fühlen, die Informationsquellen selbst gewählt bzw. abgewählt werden können und zum anderen das Aufkommen der „Wutbürger“ eine neue, emotionale Form des Wahlverhaltens beschreibt, ist jene Regierungsform erforderlich, welche den Fokus auf eine verständnisorientierte, qualitative Kommunikation und einen gemeinsamen Konsens legt. Hinzu kommt, dass schwerwiegende Entscheidungen nicht mit einem „Ja“ oder einem „Nein“ getroffen werden können.

Es ist zwar eine simple Möglichkeit, wie Beschlüsse zumindest anfänglich eine große Legitimität erreichen und der Prozess der Entscheidungsfindung beschleunigt werden kann, jedoch wird dabei ein „Schwarz-

Weiß“ Denken forciert, in dem eine Vielfalt an Grautönen, sprich möglichen Lösungsansätzen verloren geht, welche vielleicht der gesellschaftlichen Mehrheit entsprochen hätte.

3.2

Basisstation und Satelliten

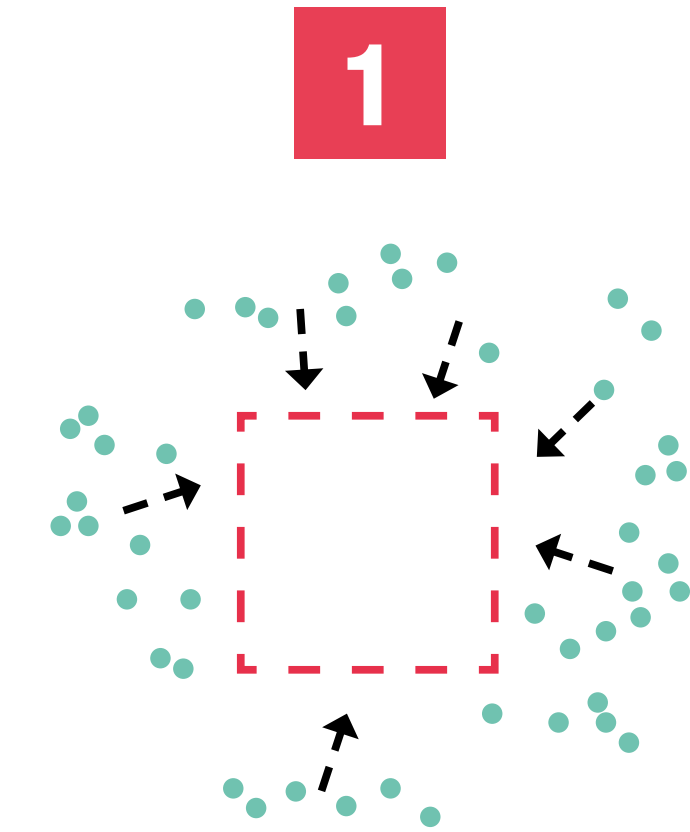
Demokratieforum - eine konkrete Utopie

Eine deliberative Demokratie kann aber nur dann funktionieren, wenn sich möglichst viele Menschen beteiligen und mitbestimmen. Dieser entscheidende Faktor bringt eine große Herausforderung mit sich, denn nicht jede Person hat dieselben Möglichkeiten bzw. den gleichen Zugang, sich einzubringen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass sowohl für jene, die sich bewusst und aus eigenem Willen heraus für die politische Teilhabe entscheiden, ein dementsprechendes Angebot zur Verfügung steht, als auch auf jene sozialen Gesellschaftsschichten ein ebenso großes Augenmerk gelegt wird, für die eine Partizipation aus sozialen oder ökonomischen Gründen erschwert wird.

Im Folgenden werden dabei zwei Begriffe verwendet und erklärt, die bei diesen Herausforderungen eine Unterstützung darstellen sollen.

Demokratieforum als Basisstation

Das Demokratieforum als Basisstation ist ein Gebäude, das offen steht für alle Bürger, die sich bewusst für die politische Beteiligung entscheiden. Es ist aber auch ein Gebäude, dass für Neugierige ein Ort der Informationsaufbereitung und Informationsgewinnung ist, ein Ort, der zum „Schauen und Sein“ einlädt und im besten Fall aufzeigt, dass Mitmachen sowohl Freude als auch Erfolg bereitet. Die Basisstation dient aber auch als „Community Center“, als Ort, um seinen eigenen Interessen und Bedürfnissen nachzugehen (Arbeiten, Lesen, Flanieren, Schauen), als Identifikationsort, aber auch als Raum, um Kontakte zu knüpfen und in einem Kollektiv erfolgreich etwas Neues auf die Beine zu stellen und zu bewirken.



BASISSTATION

Das Demokratieforum als Ort für Menschen, die sich bewusst für Partizipation entscheiden, aber auch für Menschen, die neugierig sind oder Informationen sammeln möchten

Warum Architektur für Demokratie eine wichtige Rolle spielt, warum hierfür ein eigenes Gebäude notwendig ist und nicht eine andere Typologie wie etwa jene der Schule oder der Bibliothek oder des Theaters herangezogen wird?

Hier ein paar Gründe:

- **Architektur als Symbol**

Das Demokratieforum, in Form eines Gebäudes, soll aufzeigen, dass der Bürgerbeteiligung Raum und damit Bedeutung gegeben wird. Außerdem soll eine neue Form der Demokratie sichtbar gemacht und ein Zeichen gesetzt werden.

- **Architektur und soziale Performanz**

Architektur kann dabei helfen, einer Idee Ausdruck zu verleihen, diese in der Umsetzung unterstützen und im besten Fall auch gesellschaftliche Zustände verändern. Das Demokratieforum soll als Raum für gemeinschaftliches Erarbeiten und gemeinsames Engagement verstanden werden und durch sein Dasein Menschen dabei unterstützen, sich in die politische Debatte aktiv einzubringen.

- **Gebauter vs. virtueller Raum**

Wir leben in einer Zeit, in der direkte, persönliche Kommunikation durch virtuelle (SMS, WhatsApp, Email, Chat, Forenbeiträge, Posts, etc.) ergänzt und teilweise ersetzt wird. Menschen können barrierefrei und mit wenigen, einfachen Mitteln ihre Freude, ihren Ärger oder ihr Misstrauen im virtuellen Raum über Dinge und Personen, so auch über Politik, loswerden und mit anderen Menschen austauschen. So simpel es ist, seine Gedanken und Emotionen im Internet bzw. mit der „Welt“, auch anonym, zu teilen, so einfach

kann man den darauffolgenden Reaktionen aus dem Weg gehen, sie ignorieren, ausschalten oder löschen. Demokratie bedeutet unter anderem aber, Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen, die Reaktionen anzuhören und den vielfältigen Meinungen Gehör zu verschaffen. Deshalb braucht es ein Gegengewicht zum virtuellen Raum, in dem in einem geschützten Rahmen Begegnungen stattfinden, Ansichten ausgetauscht und Diskussionen bzw. Meinungsunterschiede ausgetragen werden können. Jedes politische Handeln betrifft direkt oder indirekt die Gesellschaft und damit auch die Menschen. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass sich Menschen, auch mit unterschiedlichen Sichtweisen, miteinander auseinandersetzen, so schwer es auch manchmal fällt. Das Demokratieforum kann als einer dieser Räume verstanden werden.

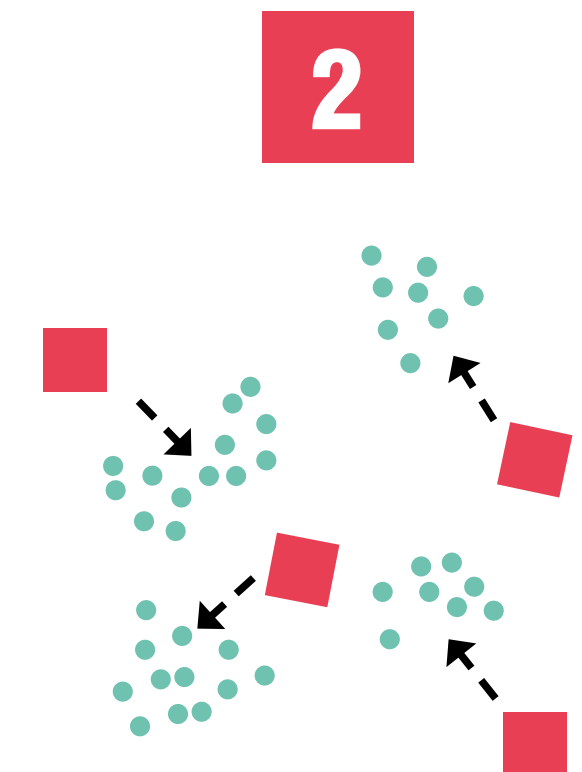
- **Architektur und Funktion**

Aus der vorhergehenden Recherche und Analyse heraus haben sich für das Demokratieforum als Basisstation mehrere Funktionen ergeben, die vier zentralsten aber sind: Informationsaufbereitung, Informationsvermittlung, Kompetenzzentrum (Netzwerk) und Bürgerrat (siehe S.100 und S. 178f).

Satelliten als Botschafter

Mit dem Sammelbegriff „Satellit“ sind Menschen, Dinge, Räume, Veranstaltungen und vieles mehr gemeint, die ausströmen und die Botschaft der lebendigen Demokratie verbreiten. Das kann ein Verein sein, der Initiativen hervorbringt, ein Möbelstück, dass Kommunikation im öffentlichen Raum anregt oder eine temporärere Intervention, die auf verschiedene Meinungen aufmerksam macht, unterschiedliche Menschen zusammenbringt und eine Diskussion anregt. Durch die Botschafter sollen insbesondere Menschen angesprochen werden, die einer ressourcenschwachen Gruppen angehören, aus den unterschiedlichsten Gründen noch keine positiven Erfahrungen oder Erfolgserlebnisse im Bereich Partizipation sammeln oder aber noch keinen konkreten Sinn im Engagement finden konnten. Wie im Kapitel 2.7.5. Soziale Aspekte der Partizipation (S. 86) erwähnt, führt eine ungleiche Beteiligung zu einer sozialen Disparität, welche wiederum Frustration, Wut und Protest hervorruft. Da diese Menschen nur sehr selten selbst den Mut, Willen und/oder die Energie zum Mitmachen aufbringen können, muss es „Satelliten“ geben, die auf diese Menschen zugehen und ihnen zeigen, dass es sich sehr wohl lohnt (nicht zuletzt aus egoistischen Gründen heraus), für seine eigenen Meinungen und Bedürfnisse offen einzustehen.

In dieser Diplomarbeit wird die Idee der Basisstation - des Demokratieforums - bearbeitet. Aufgrund der Bedeutung der Satelliten gibt es im Kapitel 6.2 "Ausblick" einen möglichen Ansatz, das Konzept der Satelliten weiterzudenken. Nachfolgend zwei Beispiele für mögliche Satelliten als Botschafter.



SATELLITEN - BOTSCHAFTER

„Satelliten“ sind Menschen, Dinge, Räume, Veranstaltungen und vieles mehr, die "ausströmen", die Botschaft der lebendigen Demokratie verbreiten und Menschen ansprechen, die noch keinen Sinn im politischen Engagement gefunden haben bzw. keine Energie oder keinen Mut aufbringen konnten

Küche 21 Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf



Abb. 17: Eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche



Abb. 19: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt, Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche



Abb. 18: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt, Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche



Abb. 20: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt, Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche



Abb. 21: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - ein Fest



Abb. 22: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche



Abb. 23: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche



Abb. 24: Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche

interACT

Werkstatt für Theater & Soziokultur

DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE



Abb. 25: interACT - Die Werkstatt für Theater und Soziokultur



Abb. 26: interACT - Die Werkstatt für Theater und Soziokultur



Abb. 27: interACT - Die Werkstatt für Theater und Soziokultur



Abb. 28: interACT - Die Werkstatt für Theater und Soziokultur

DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE

3.3. Raumprogramm

Funktionen im Demokratieforum

DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE

Aus der theoretischen Recherche heraus haben sich vier Hauptfunktionen entwickelt, die im Demokratieforum den notwendigen Raum bekommen.

Informationsaufbereitung:

In einer deliberativen Demorkatie, aber auch generell, ist es von großer Bedeutung, gut recherchierte und verständlich aufbereitete, objektive Information für die Menschen zur Verfügung zu stellen. Menschen können über Dinge nur dann qualitativ diskutieren, beraten und entscheiden, wenn sie alle die erforderliche (und gleiche) Information haben.

Informationsvermittlung:

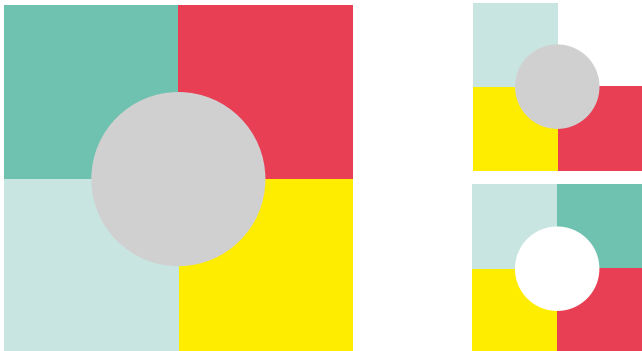
Die zuvor aufbereitete Information muss dementsprechend auch den Menschen vermittelt werden. Menschen müssen angemessen informiert werden, worüber sie entscheiden bzw. diskutieren und wie die Vor- und Nachteile aussehen. Dafür wird im Demorkatieforum auf verschiedenen Ebenen und in diversen Räumen mit unterschiedlichen Qualitäten Platz gemacht.

Netzwerke / Kompetenzzentrum:

Unter dem Begriff "Netzwerke" werden Vereine, Initiativen, Gruppen, und vieles mehr verstanden, die unter anderem auch als "Satelliten" fungieren und zu den Menschen ausströmen, um über Beteiligung zu informieren. Sie arbeiten auf vielen Ebenen und deshalb ist es wichtig, dass auch ihnen ein Bereich zur Verfügung gestellt wird, um aufzubereiten und zu vermitteln. Zusätzlich kann diese Funktion auch als Anlaufstelle betrachtet werden für zukünftige Partizipierende.

BürgerInnenrat:

Die Funtion des BürgerInnenrates ist angelehnt an das im Buch "Gegen Wahlen" von David van Reybrouck angeführte Konzept "Multi-body-sortition - Blaupause einer auf dem Losverfahren basierenden Demokratie"



- **BürgerInnenrat**
- **Informationsvermittlung**
- **Informationsaufbereitung**
- **Netzwerke**
- **Diskurs / Austausch / Herzstück**
- **Funktion fehlt - System unvollständig**

Abb. 29: Gleiche Wertigkeit der Funktionen im Demokratieforum

und schafft Fläche für den im Buch beschriebenen Prozess, wie eine professionell betriebene BürgerInnenbeteiligung aussehen kann. (siehe S. 76, S. 178f)

Diskurs / Austausch / Herzstück:

Ein weiterer Schwerpunkt, der aufgrund der großen Bedeutung als eigenständige Funktion angeführt wird, ist der Diskurs. Diese Funktion ist das zentrale Herzstück und im Gebäude auch im Zentrum, als Gelenk, situiert. Auch hier werden verschieden Räume mit unterschiedlichen Raumatmosphären (offen, geschlossen, introvertiert, extrovertiert) geschaffen. So unterschiedlich und ungeplant ein zwischenmenschlicher Austausch von Argumenten ausfallen kann, so vielfältig ist deshalb auch das zur Verfügung stehende Raumangebot (offen, geschlossen, introvertiert, extrovertiert, etc.)

Wichtig dabei ist, dass für eine funktionierende Demokratie jede dieser angeführten Funktionen gleich wichtig ist. Eine fehlende Funktion führt zu einem nicht geschlossenem System, was wiederum einer lebendigen Demokratie schadet. (siehe Abb. 29)

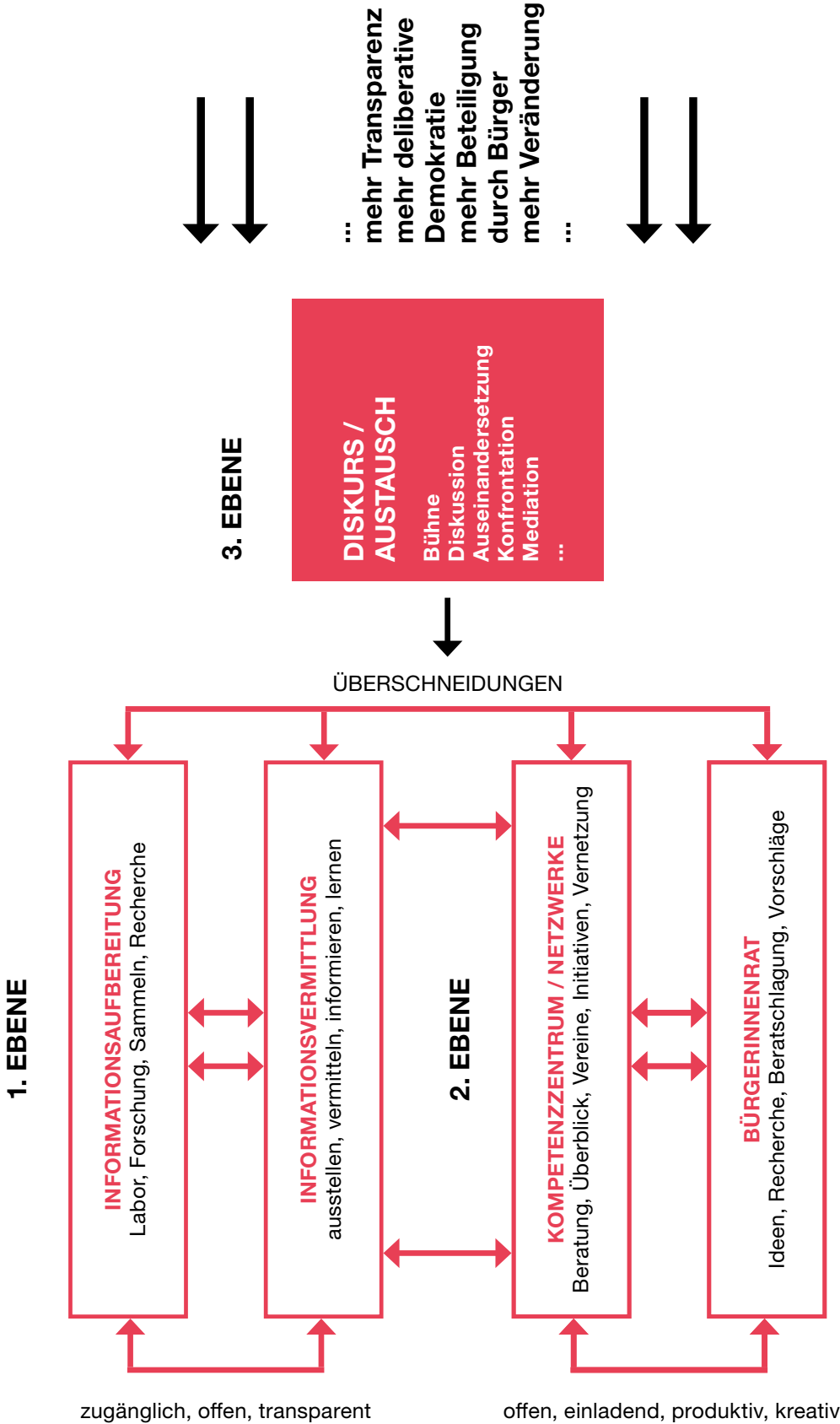
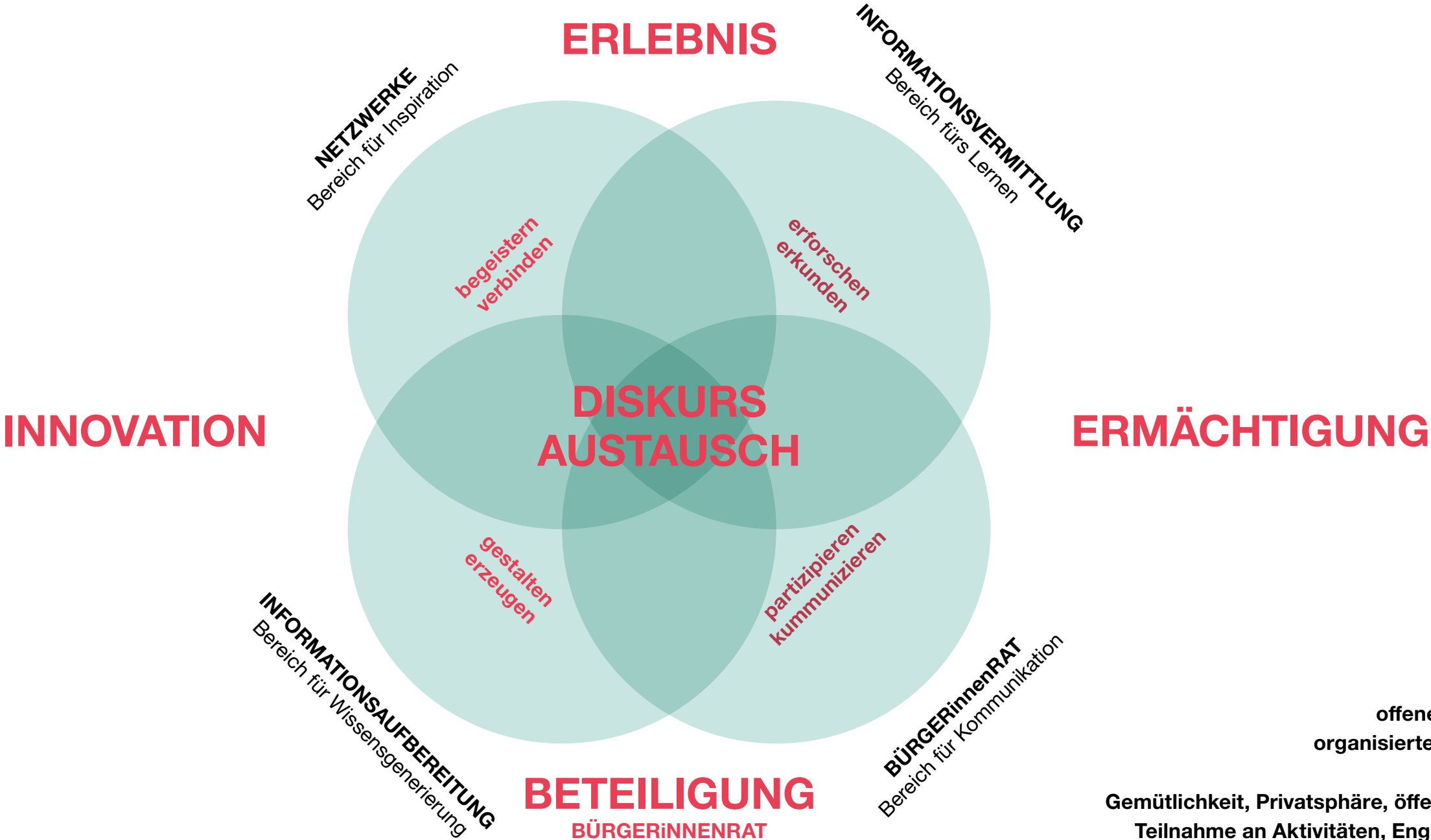


Abb. 30: Funktionen im Demokratieforum

DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE

- Raum für Netzwerke
- Raum für mögliche, gemeinsame Denkanstöße, Projekten, ect.
- Kompetenzzentrum
- Workshopbereiche, Meetingräume, ect.
- Information zu Vereinen, Initiativen
- Anlaufstelle
- ...

- Lernen durch Spiel/Workshops/Theater/Veranstaltungen/Kurse
- künstlerische. Angebote -
- lockere Atmosphäre -
- E-Learning, Vorträge, Präsentationen -
- Zugang zu Wissensressourcen, Bibliothek -
- ... -



- (temporärer) Arbeitsplatz
- Wissensgenerierung
- Aufbereitung von Informationsmaterial
- Experten
- wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Demokratie
- ...

- offener Bereich für alle -
- organisierte Veranstaltungen -
- Arbeitsbereiche -
- Gemütlichkeit, Privatsphäre, öffentl. Diskussionen -
- Teilnahme an Aktivitäten, Engagement möglich -
- praktische Fähigkeiten entwickeln -
- Kulturtechniken erlernen -
- Forum für ungezwungene spontane oder geplante Begegnungen -
- ... -

Abb. 31: Modell der 4 Bereiche - Demokratieforum

4. BAUPLATZ

S. 106
S. 110
S. 128
S. 146
S. 160

4.1. Auswahl Bauplatz
4.2. Geschichte Bauplatz
4.3. Bauplatzanalyse
4.4. Fotodokumentation
4.5. Maßnahmen

4.1.

Auswahl Bauplatz

Gründe für die Standortwahl Schwedenplatz/Morzinplatz

BAUPLATZ

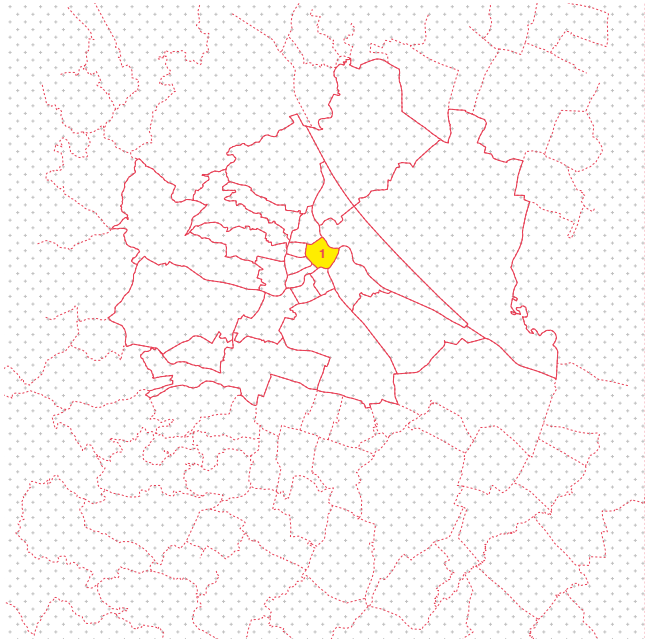


Abb. 32: Bauplatz im Zentrum von Wien

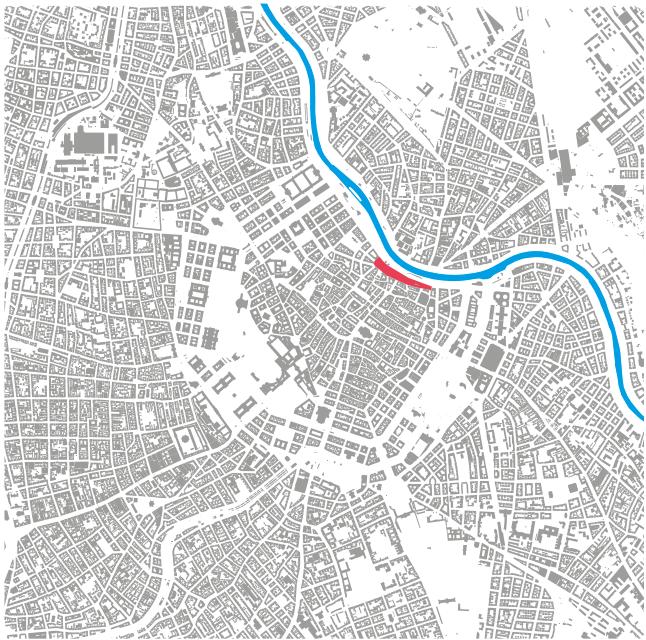


Abb. 35: Lage am Donaukanal - Naherholungsgebiet



Abb. 36: Neugestaltung des Bauplatzes mit BürgerInnenbeteiligung

BAUPLATZ

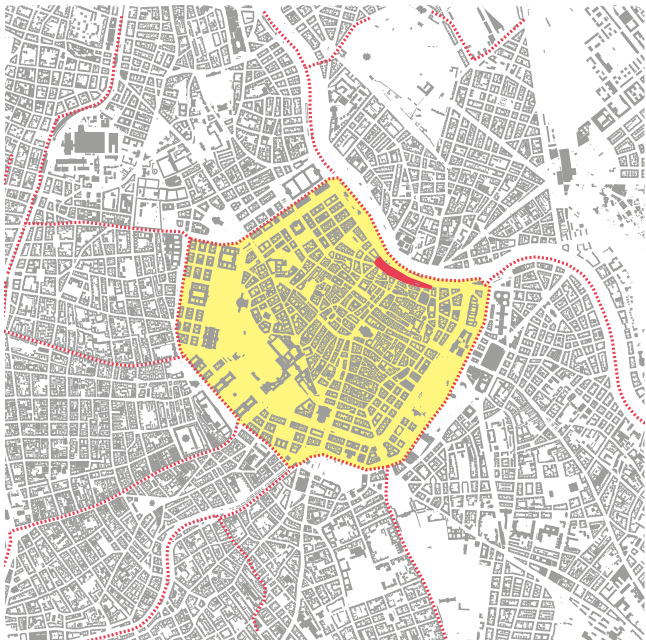


Abb. 33: Bauplatz im Zentrum von Wien - 1. Bezirk

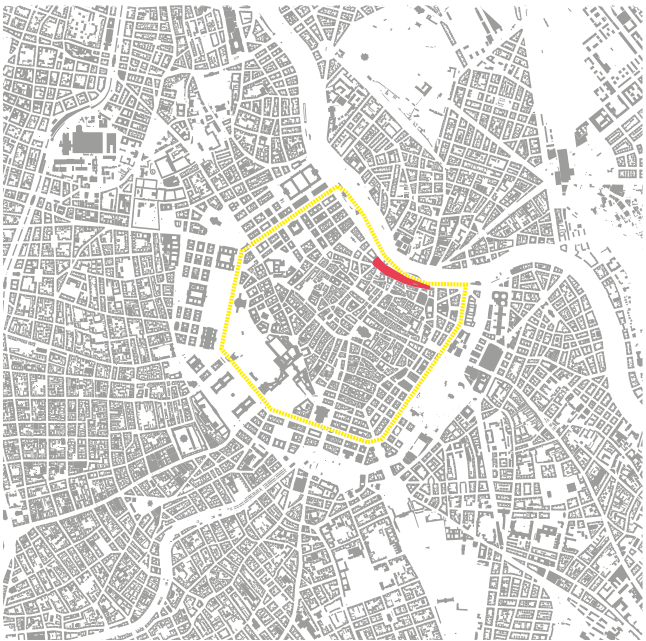


Abb. 34: Bauplatz liegt an der Ringstraße

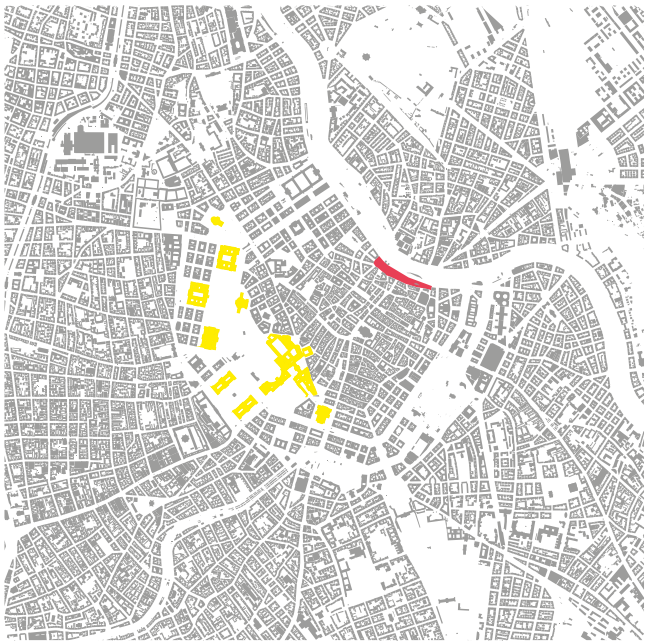


Abb. 37: Trotz zentrale Lage Distanz zu den Repräsentativbauten am Ring

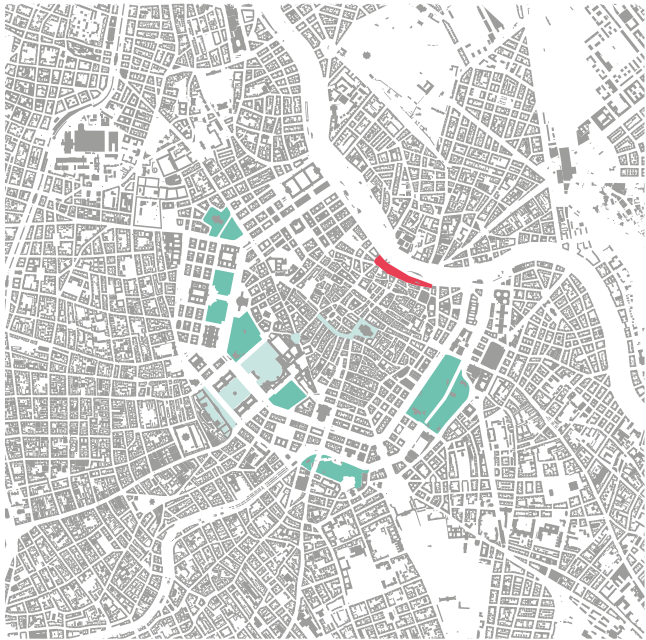


Abb. 38: Freiflächen / Parks in der Nähe des Bauplatzes



Abb. 39: Flächenangaben im Vergleich



Abb. 41: Bauplatz als Ort für soziale Durchmischung



Abb. 40: Flächenangaben im Vergleich

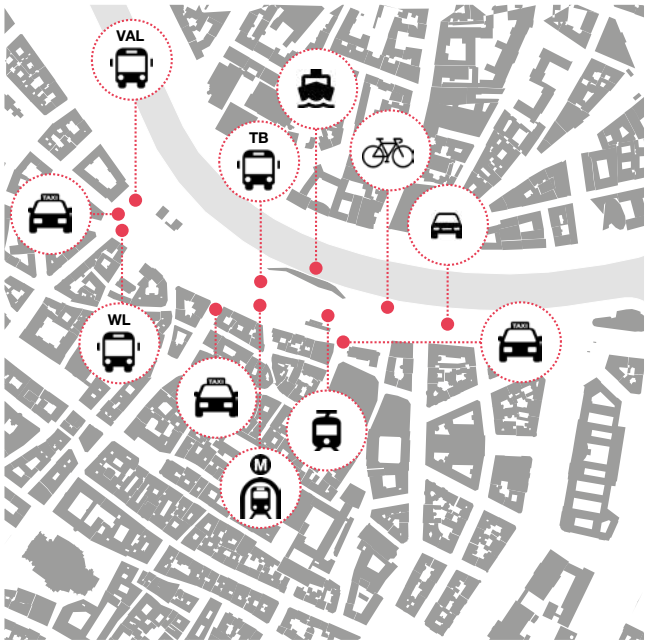


Abb. 42: Bauplatz als Verkehrsknotenpunkt



Abb. 43: Bauplatz als Ankunftsort für Touristen

4.2. Geschichte Bauplatz

Schwedenplatz/Morzinplatz

BAUPLATZ

Vindobona in der Provinz Pannonien

15 v. Chr.
Auftrag der Grenzverschiebung des Imperium Romanums über den Alpenhauptkamm nach Norden unter Kaiser Augustus – Okkupation des Keltenlandes

Errichtung eines kleinen Lagers (vmtl. im Bereich der Freyung) durch das römische Militär aufgrund der günstigen topografischen Verhältnisse auf Wiener Boden (relativ geschützte Lage im Zwickel zw. Donau und den Ausläufen des Wienerwaldes)

Vindobona: die „Urzelle“ des heutigen Wiens entstand vermutlich schon in den ersten Jahrzehnten nach Christi Geburt, Funktion als Stützpunkt von Grenzgruppen und späterem Militärhafen

Ankunft der Römer führt zum endgültigen Aus für keltische Höhensiedlung auf dem Leopoldsberg

Anfänge der „Zivilstadt“ (heutiger 3. Bezirk): erste „zivile“ Ansiedelungen außerhalb der Befestigung

Anfang des 2.Jhdt. – Zeit des Friedens, Wirtschaftsaufschwung entlang der Donau, Beginn einer Organisation eines nichtmilitärischen Lebens im Schutz der steinernen Festung

Notwendigkeit einer Verbesserung der Infrastruktur durch steigende Einwohnerzahl, dichte Besiedlung, Entstehung erster Wasserleitungen im Wiener Raum

RÖMISCHE GRENZSTADT AN DER DONAU – 15 V. CHR. - 791 N. CHR.

Das Lager Vindobona – Römerlager Castrum

Drei Tore: Kontrolle des Zugangs zum Legionslager, zum Schutz vor Feinden rundherum noch zusätzlich drei tiefe Gräben mit Palisaden und Fallgruben

Via principalis: Hauptstraße– heutige Wipplingerstraße

Porta decumana: Südtor des Lagers

Porta principalis destra: Osttor des Lagers

Porta principalis sinistra: Westtor des Lagers

Via decumana: Straße, die in wenigen Minuten zu den beiden wichtigsten Gebäuden des Legionslagers führt: principia & praetorium

5. Jhdt. n. Chr.
weitgehende Zerstörung von Kastell und Zivilstadt

Der Untergang Vindobonas

375 n. Chr.
Untergang der römischen Herrschaft an der Donau, Hunneneinzug, Fluchtbewegung als Folge

Das Christentum kommt an die Donau

Hochwasserkatastrophe: Zerstörung bestimmter Teile des Legionslagers und der westlich anschließenden Vorstadt durch gewaltigen Hangrutsch (Geländekante an der Ruprechtsstiege und bei der Kirche Maria am Gestade erinnert heute noch an dieses Ereignis)

Zwischen 258-260 n. Chr.
langsamer, unmerklicher Machtverlust des Imperiums

Vermutlich 212 n. Chr.
Verleihung des Status eines „municipiums“– Privileg, eine autonome Stadt zu sein

Wiederaufbau von Vindobona, erneutes Aufblühen der Wirtschaft im Grenzraum

169/170 n. Chr
Störung des Friedens an der mittleren Donau durch Zerstörung des Legionslagers und der Zivilstadt, vermutlich auch Lagervorstadt

Die Römer in der Defensive

Nordwesten: natürlicher Schutz im Nordwesten des Lagers durch das Tal des Ottakringerbachs (heute vom Straßenzug Strauchgasse - Tiefer Graben markiert)

Südosten: Schutz durch die Einsenkung des Möhringbachs (im Bereich Graben-Rotenturmstraße)

Nordosten: steiler Abfall der Stadtterrasse zur Donau

Principia: Verwaltungszentrum

Praetorium: Wohnsitz des Lagerkommandanten (vermutlich beim heutigen Judenplatz)
Mauern: 455 m breit, bis zu 500 m lang, Gesamtfläche von ca. 18,5 ha, Mauern verliefen entlang der Straßenzüge: Salzgries-Tiefer Graben-Naglergasse-Graben-Stock-im-Eisen-Platz-Kramergasse/Rotgasse

BAUPLATZ

Durchzug und Niederlassung viele Völker durch Vindobona

Berghof

Im Nordostteil des wohl großteils zerstörten Kastells erhielt sich eine kleine Restsiedlung, gruppiert um einen befestigten Hof, aus dem später der sogenannte Berghof hervorgehen sollte (vmtl. am Ruprechtsplatz gegenüber der Ruprechtskirche)

VON OST NACH WEST
– 791-1156 N. CHR.

ERSTMALS RESIDENZ
- 1156-1278 N. CHR.

Aufstieg der Region mit anschließender Machtübernahme Wiens durch Ungarn

Die Ottonische Mark und die Babenberger

985 n. Chr. - Leopold I

Stabilisierung der Situation an der Donau durch den Babenberger und Beschleunigung des Erwerbs der einst an die Ungarn verlorenen Gebiete

Erste Hälfte des 11. Jhdt.

Wien als Ausgangs- bzw. Rückzugsbasis während der Ungarnkämpfe

9. Jhdt.

vermutliche Anfänge der Kirche St. Ruprecht beim „Berghof“

11. Jhdt.

Entwicklung einer kleinen Siedlungseinheit außerhalb des römischen Lagers zusätzlich zum befestigten Komplex des „Berghofs“

Babenbergerzeit

Aufstieg Wiens vom unbedeutenden Burgplatz im Grenzland zur selbstbewussten Residenzstadt 10. Jhdt. Ostrarrichi Markgrafschaft

Richard Löwenherz in Wien

Richard Löwenherz in Wien: Festnahme von Richard Löwenherz, durch Lösegeldforderung ermöglichte Leopold V die Finanzierung des Ausbaus der Wiener Stadtbefestigung und Stadterweiterung

Erste Blütezeit der neuen Hauptstadt

1221 Stadt- & Stapelrecht

zahlreiche Bestimmungen zur Verwaltung und Strafrecht – Reihe von Sanktionsmaßnahmen für verschiedene Vergehen, Wien wird bedeutendes Handelszentrum

BAROCKSTADT WIEN
1683-1790 N. CHR.

GLAUBENSKAMPF UND
TÜRKENABWEHR 1519-1683 N. CHR.

DER AUFSTIEG ZUM
HABSBURGER MACHTZENTRUM
1278-1365 N. CHR.

Stapelrecht: Händler, die mit ihrer Ware aus Schwaben, Passau oder Regensburg nach Osten unterwegs waren, waren gezwungen in Wien einen zweimonatigen Aufenthalt zu machen und diese Ware hier auch anzubieten – Vorkaufsrecht für Wiener – Wettbewerbsvorteil und Gewinne
Stadtrecht: Kontrollinstanz über wirtschaftliche Entwicklung der Kommune, Bestimmung eines Kollegiums von 24 angesehenen Bürgern

Ende des 17. Jhdt.

Erste Fabriksgründungen

Wiener Arm ab jetzt Donaukanal⁴
Verdoppelung der Einwohnerzahl: Ursache war die Sogwirkung des Hofes und der Adelsgesellschaft – diese zog Bedienstete und Arbeitskräfte in die Residenzstadt

Errichtung neuer Siedlungen und Prunkbauten (Kirchen, Belvedere, Schönbrunn, auch Bürgerhäuser, etc.)

1704

Bau einer neuen Befestigungsanlage = Linienwall (heute - Gürtelstraße), Länge 13,5 km, Höhe 3,5 m

17. Jhdt.

Errichtung der kleinen und großen Gonzagabastei³

Nach der Belagerung begann der Wiederaufbau der verwüsteten Stadt – Ziel: größer und schöner als je zuvor

14. Juli 1683 - 2. Türkenbelagerung

ab 1531

Errichtung von Befestigungsanlagen (Kaimauern) nach Muster moderner italienischer Stadtfestungen

1529 - 1. Türkenbelagerung

Abwehr wurde erzielt, Beginn des Wiederaufbaus

1509

Aufhebung des Stapelrechtes

1330-1358

Errichtung der Schlagbrücke (heutige Schwedenbrücke) – einzige ganzjährige Überquerungsmöglichkeit der Donau²

Immer größer werdende Abdriftung des südlichen Donauarms nach Nordosten und Versandung des Hauptarms - ab jetzt Wiener Arm
- zunehmende Hochwassergefahr¹

DIE GROSSE KRISE UND DIE REAKTION 1790-1848

Ab 1826
erneute Regulierungsarbeiten durch extreme Versandung des Gerinnes, Fixierung der Ufer (heutiger Verlauf) – Gewährleistung einer sicheren Durchfahrt⁵

DAS „TOLLE JAHR“
DIE REVOLUTION 1848

Napoleon in Wien

Wirtschaftskrise, Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit

Im Vormärz

Problematische Wasserversorgung, Mangel an hygienischer Sorgfalt, Probleme der Donauregulierung – Überschwemmungen

1845
Arbeitsunruhen durch schlechte Ernten + Anstieg der Lebensmittelpreise + Entlassungen

Oktober 1848
Verzweifelte, hungernde Arbeitslose plünderten Bäckerläden, stürmten Häuser der Fabrikanten

März 1848
Forderung nach Konstitution

13. März 1848
Aufstand in der Herrengasse, rascher Sieg der Revolution inklusive einiger Erfolge (z.B. Pressefreiheit, etc.)

„Praterschlacht“ und „Oktoberrevolution“

6. Oktober 1848
erneuter Kampf

24. Oktober 1848
Belagerungszustand, Oktoberrevolution

Die neue Gemeindeordnung

6. März 1850
Unterzeichnung der „Provisorischen Gemeindeordnung“ unter Kaiser Franz Joseph – bestimmte maßgeblich die Entwicklung Wiens in den nächsten Jahrzehnten

Wien wird zur modernen Metropole: Beschluss einer Erweiterung des Stadtgebietes – noch existierte eine Trennung der Inneren Stadt mit den Vorstädten durch das Glacis – jedoch kündigte sich ein Zusammenwachsen bereits an

Der Bau der Ringstraße

25.12.1857
Auflassung der Umwallung und Fortifikationen der inneren Stadt – Regulierung und Verschönerung Wiens begann

Aus dem Verkauf der Baugründe im Bereich des Glacis wurde ein staatlicher Stadterweiterungsfonds gegründet für die Finanzierung der Errichtung der großen öffentlichen Gebäude,

Verschönerung Wiens blieb Angelegenheit des Kaisers

1888
Morzinplatz wird angelegt – nach Vinzenz Graf Morzin benannt⁷

1873
Errichtung des „Hotel Metropol“ anlässlich der Wiener Weltausstellung – in der Zeit der Nationalsozialisten wurde das Hotel zum Gestapo Hauptquartier⁶

Enormes Bevölkerungswachstum + zunehmende Industrialisierung: Ausbau des Verkehrsnetzes + Bereitstellung öffentlicher Massenverkehrsmittel wurden unabdingbar

14. Mai 1870
Beginn der erneuten Regulierungsarbeiten – Dauer bis 1875, Errichtung von 2 neue Straßenbrücken + 3 Eisenbahnbrücken

Verlust der bisherigen Bedeutung des Donaukanals als Schiffsverkehrsweg

1862
durch zahlreiche Regenfälle und damit einhergehende Hochwasserkatastrophen und Überschwemmungen wurde die Donauregulierung wieder aktuell

Die Gründerzeit

1. Mai 1865
Eröffnung der Ringstraße

20. Oktober 1860
Scheitern des neoabsolutistischen Regimes – Rückkehr zu Konstitutionalismus und Parlamentarismus

1860
Beginn mit Bau von Ringstraßengebäuden

Befestigungsanlage verschwand, Stadtgraben wurden aufgefüllt

1859
Gründung einer Stadterweiterungskommission – Städtebaulicher Wettbewerb wurde ausgeschrieben, keiner der eingelangten Wettbewerbe wurde jedoch verwirklicht, sondern mehrere miteinander verbunden

1. Mai 1858
Eröffnung des Franz-Josephs-Kai (ehemalige Gonzagabastion) – Prachtboulevards

1897
Ferdinandsplatz – deutlich kleiner als Morzinplatz, eigentlich als Vorplatz zur Ferdinandsbrücke konzipiert – Brücke für Namensgebung des Platzes verwendet⁸

FIN DE SIÈCLE
1890-1908 N. CHR.

HABSBURGISCHE APOKALYPSE
1090-1918 N. CHR.

ERWACHEN IM ROTEN WIEN
1918-1932 N. CHR.

Elektrifizierung und verkehrstechnischer Ausbau

1893
Beginn des Stadtbahnbaus – Abrücken des Flusses von Innenstadt, Verstärkung der prägenden Kantenwirkung, Verlagerung des öffentlichen Verkehrs zum Morzinplatz, Ferdinandsplatz verliert bisherige Funktion als Hafen und Handelsplatz⁹

Otto Wagner – „General-Regulierungs-Plan“: Stadtentwurf Wiens – ewig ausweitendes System von Ringen und Radialen¹⁰

1892
Ende der Donauregulierung¹¹

1918
Einstellung des Ausbaus des Kanals als Wasserstraße¹²

Kluft zwischen unterschiedlichen Nationen wurde immer größer
Demonstrationen folgten gegen hohe Lebensmittelpreise

28. Juli 1914
Verschlechterung der Position der Monarchie
Kriegserklärung Österreich-Ungarn an Serbien
1. Weltkrieg folgt

4. November 1918
Waffenstillstand

Völker der Doppelmonarchie gingen den Weg zur Unabhängigkeit
Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung

1918
Republik Deutsch-Österreich wird ausgerufen

1919
Ende der Herrschaft der Habsburger

Nach 1. Weltkrieg (WK)
Beschluss der Umbenennung des Ferdinandplatzes in Schwedenplatz und der Ferdinandbrücke in Schwedenbrücke als Dank für schwedische Hilfe nach dem Krieg¹³

Hoffnung auf baldigen Anschluss an Deutschland in allen politischen Lagern verbreitet

VOM BÜRGERKRIEG ZUM
HOLOCAUST
1932-1945 N. CHR.

Neue republikanische Ordnung empfanden viele als Schmach, verbunden mit dem Gefühl von Niederlage und Aussichtslosigkeit

Entstehung radikaler politischer Utopien und Ideologien

Beginn des Baus von Gemeindebauten

Bomben im 2. WK führten zu großer Zerstörung, auch im Bereich Schwedenplatz und Morzinplatz

1. September 1939
Überfall auf Polen – Beginn 2. WK

9. November 1938
Reichskristallnacht in Wien – Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung

15. März 1938
Anschlusskundgebung am Heldenplatz

12. März 1938
Einmarsch der Nationalsozialisten in Wien

Rücktritt von Kurt Schuschnigg

25. Juli 1934
Nazi Putsch – Kurt Schuschnigg wird Bundeskanzler (Versuch der Aussöhnung mit Nazis)

1. Mai 1934
In Kraft treten der neuen Verfassung des Ständestaates

12. Februar 1934
Linz – Kampf von Polizisten mit Schutzbund – Beginn des Bürgerkriegs

1933
Verbot der NSDAP

14. März 1933
Räumung des Sitzungssaals im Parlament durch Kriminalpolizei im Auftrag von Dollfuß

Neuer Bundeskanzler Engelbert Dollfuß – Ambitionen eines Diktators, Verschlechterung der Wirtschaftslage

24. April 1932
Einzug der Nationalsozialisten in den Gemeinderat im Zuge von Gemeinderatswahlen

1944

„Hotel Metropol“ als Hauptquartier der Gestapo wird im Krieg stark beschädigt und brennt nieder¹⁴

13. April 1945

„Schlacht um Wien“ zu Ende

WIEN NACH DEM 2. WELTKRIEG 1945-HEUTE

Wiederaufbau politischer Strukturen im Zeichen der Demokratie begann

Lücken beim Schwedenplatz bleiben, Adlergasse und Kohlmessergasse verschwinden, Bildung des heutigen „Schwedenplatzes/Morzinplatzes“¹⁵

1945

In der Gegend rund um den Donaukanal lag vieles in Trümmern (Brücken, Häuser, etc.), Ausschreibung eines Wettbewerbs, an dessen Umsetzung aber nie wirklich gedacht wurde – einzige Entscheidung gegen den Wiederaufbau der Adlergasse und Kohlmessergasse¹⁶

1960er Jahre

Idee einer Stadtautobahn durch das Kanalbett – Viktor Hufnagl betonte allerdings die Wichtigkeit des Donaukanals als innerstädtischen Naherholungsraum¹⁷

1970er Jahre

Mangel an einheitlichem Konzept für Donaukanal
– Entstehung überdimensionaler Verwaltungs-
gebäuden auf beiden Kanalseiten – Folge einer
der Innenstadt zugewandte Skyline¹⁸

Erarbeitung eines Masterplans für die Aufwertung des Donaukanals als urbanes Naherholungsgebiet

2015

Ausschreibung Wettbewerb „Neugestaltung
Schwedenplatz“

(1. Platz: realgrün Landschaftsarchitekten)

...

Für den Inhalt dieser Grafik wurde vor allem das Buch „Wien – Eine Geschichte der Stadt“ von Johannes Sachslehner als Grundlage herangezogen (Literaturangabe siehe S. 243).

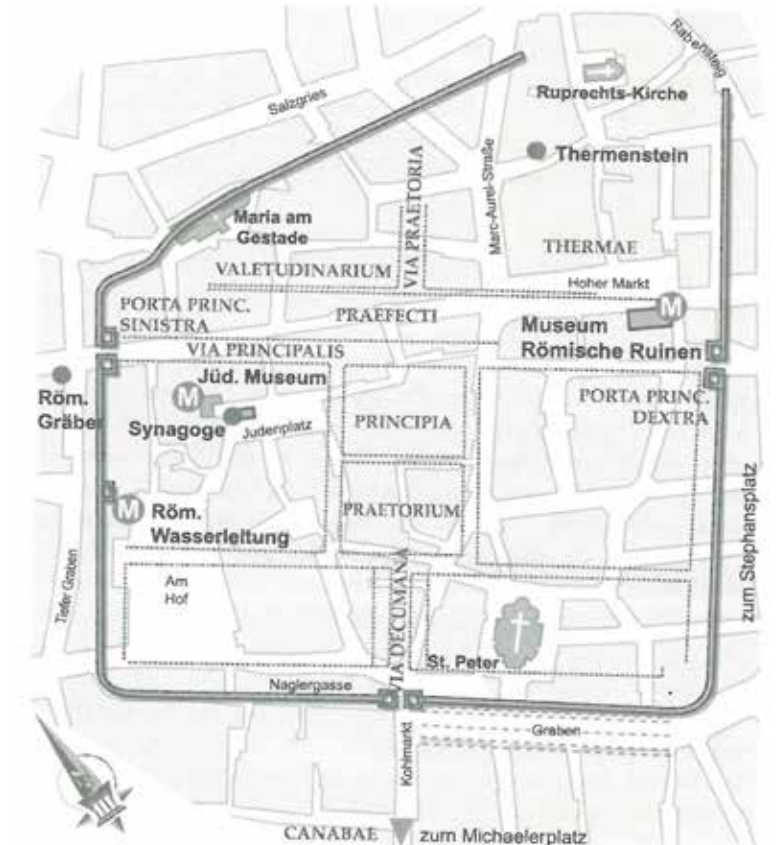


Abb. 44: Das Legionslager Vindobona (2. Jhdt. n. Chr.) im heutigen Stadtbild

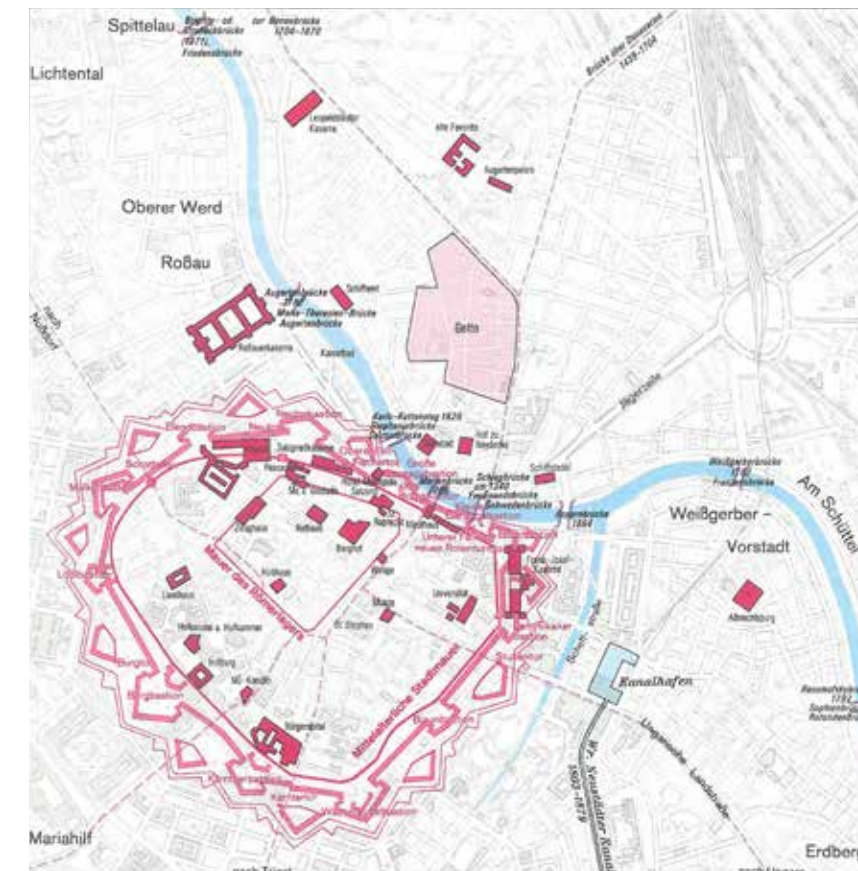


Abb. 45: Darstellung der historischen Entwicklung des Zentrums von Wien

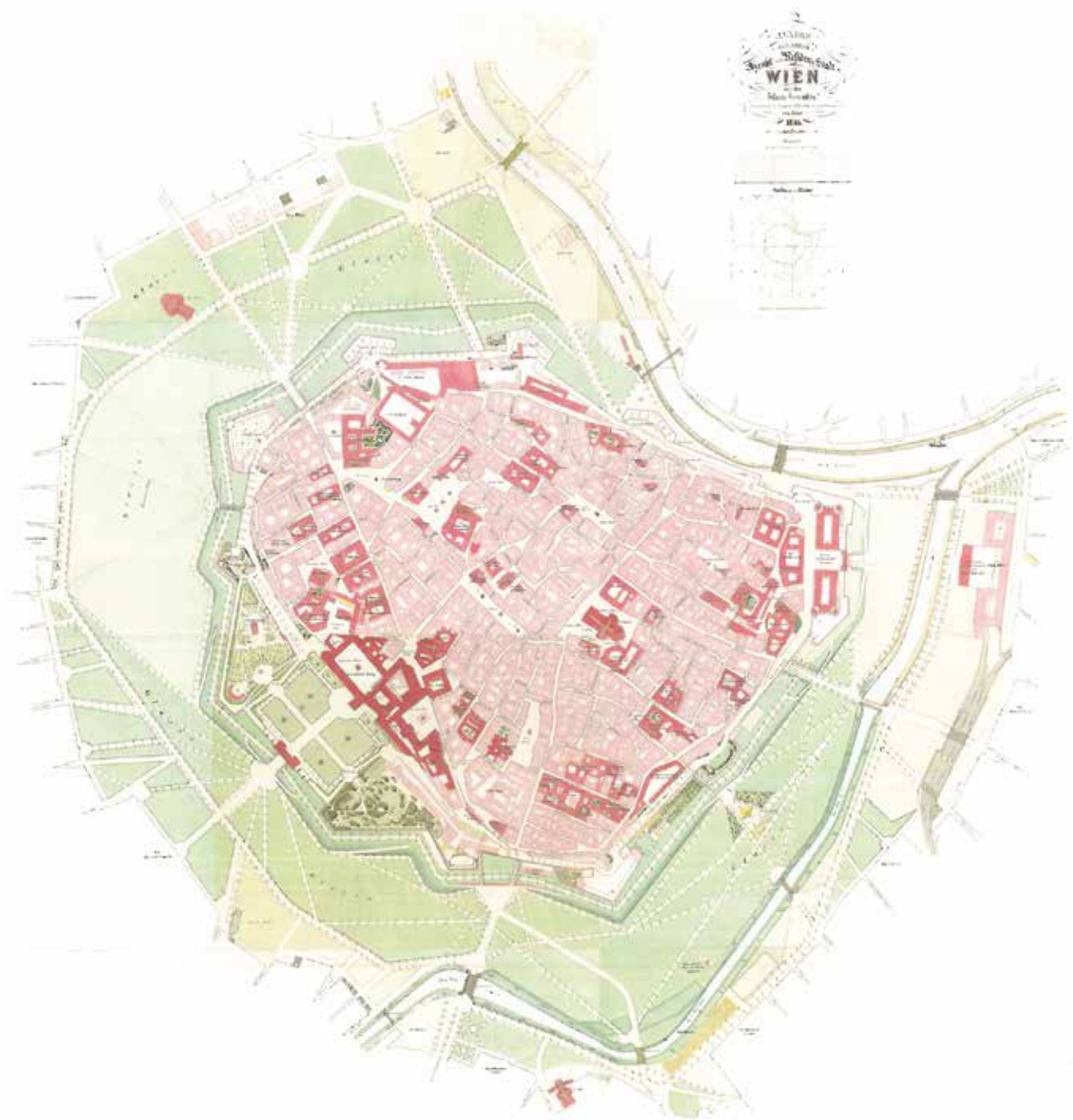


Abb. 46: Innere kais. königl. Haupt- und Residenz-Stadt Wien mit den Glacis-Gründen
reduziert nach der Original-Aufnahme des k.k. Catasters vom Jahre 1858



Abb. 47: Folbert van Ouden-Allen (auch: Folpert van Alten-Allen) Vogelperspektive von Wien aus Blickrichtung Westen, vor 1683/86



Abb. 48: Blick auf das römische Wien aus nordöstlicher Richtung



Abb. 49: Hotel Métropole, Franz-Josefs-Kai 33



Abb. 50: Abladen von Obstzillen am Schanzel, um 1885



Abb. 51: Die Befestigung auf der Donaukanalseite, vor 1857

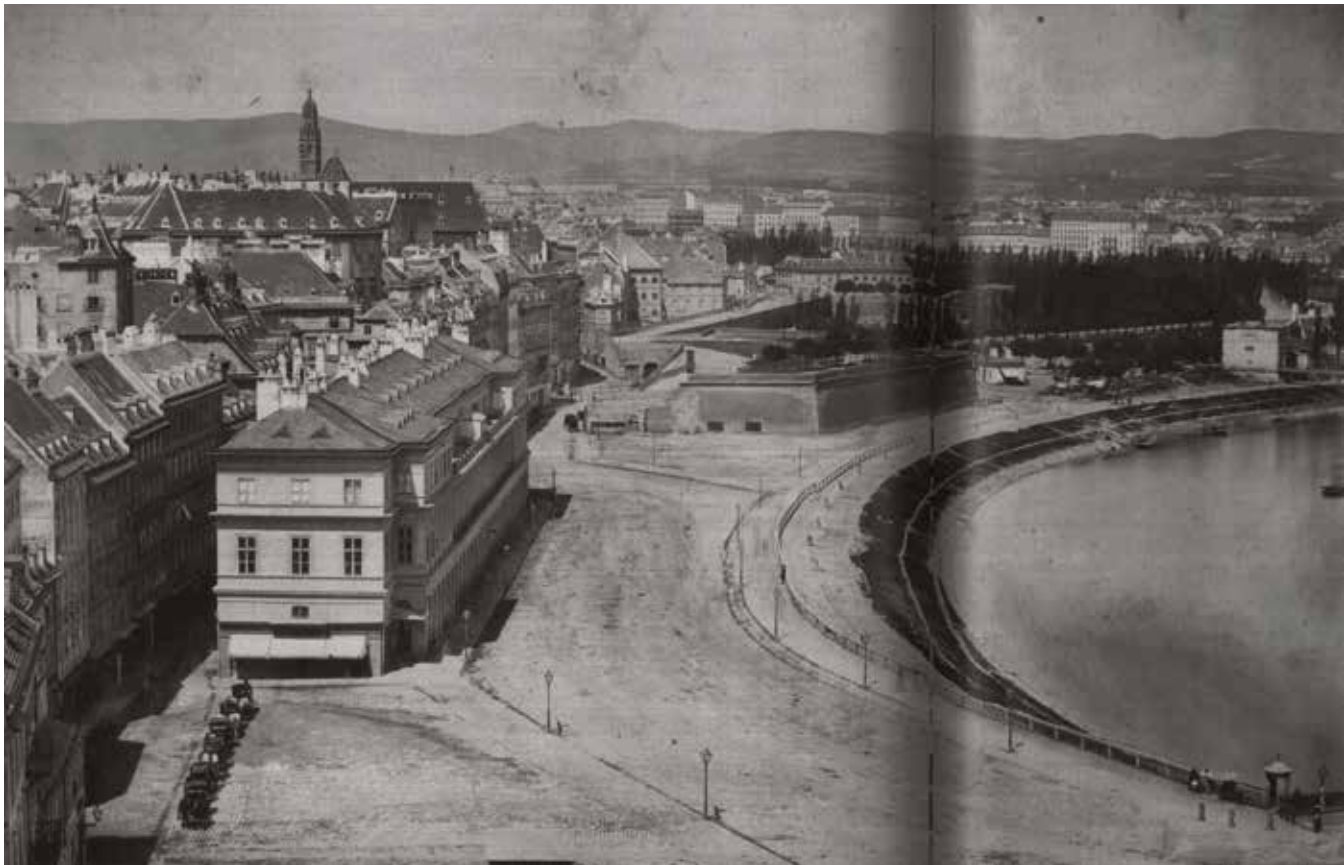


Abb. 52: Der Franz-Josefs-Kai nach dem Abbruch des Rotenturmstoss



Abb. 53: Blick über den Donaukanal in Richtung Ferdindandsbrücke, nach 1911



Abb. 54: Blick über den Donaukanal in Richtung Schwedenbrücke, 1983



Abb. 55: Der Franz-Josefs-Kai vor dem Stadtbahnbau



Abb. 56: Der Franz-Josefs-Kai mit dem Donaukanal, 1983



Abb. 57: Der Donaukanal nach der Erbauung der Stadtbahn im Bereich des Morzinplatzes



Abb. 58: Der Donaukanal im Bereich des Morzinplatzes mit der neuen U-Bahn-Galerie, 1983



Abb. 59: Der Platz vor der Ruprechtskirche um die Jahrhundertwende



Abb. 60: Der Platz vor der Ruprechtskirche um 1960

4.3. Bauplatzanalyse

Landmarks

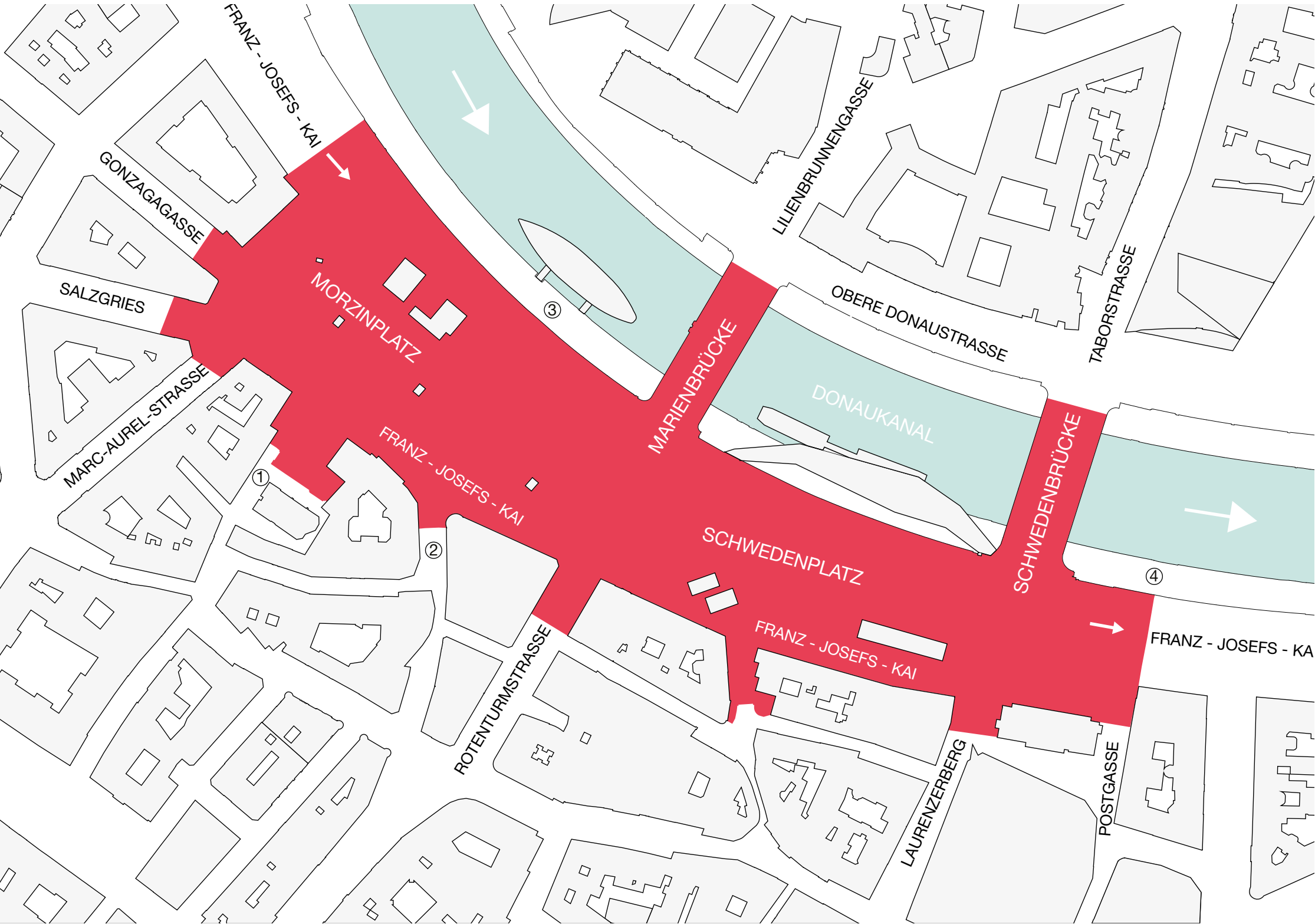


- 1 CLUBSCHIFF
- 2 TWIN CITY LINER
- 3 HOTEL SOFITEL VIENNA
- 4 MEDIATOWER
- 5 IBM ÖSTERREICH
- 6 RAIFFEISEN - HOLDING HOCHHAUS
- 7 RUPRECHTSKIRCHE

LANDMARKS
DONAUKANAL

Bauplatzanalyse

Bearbeitungsgebiet



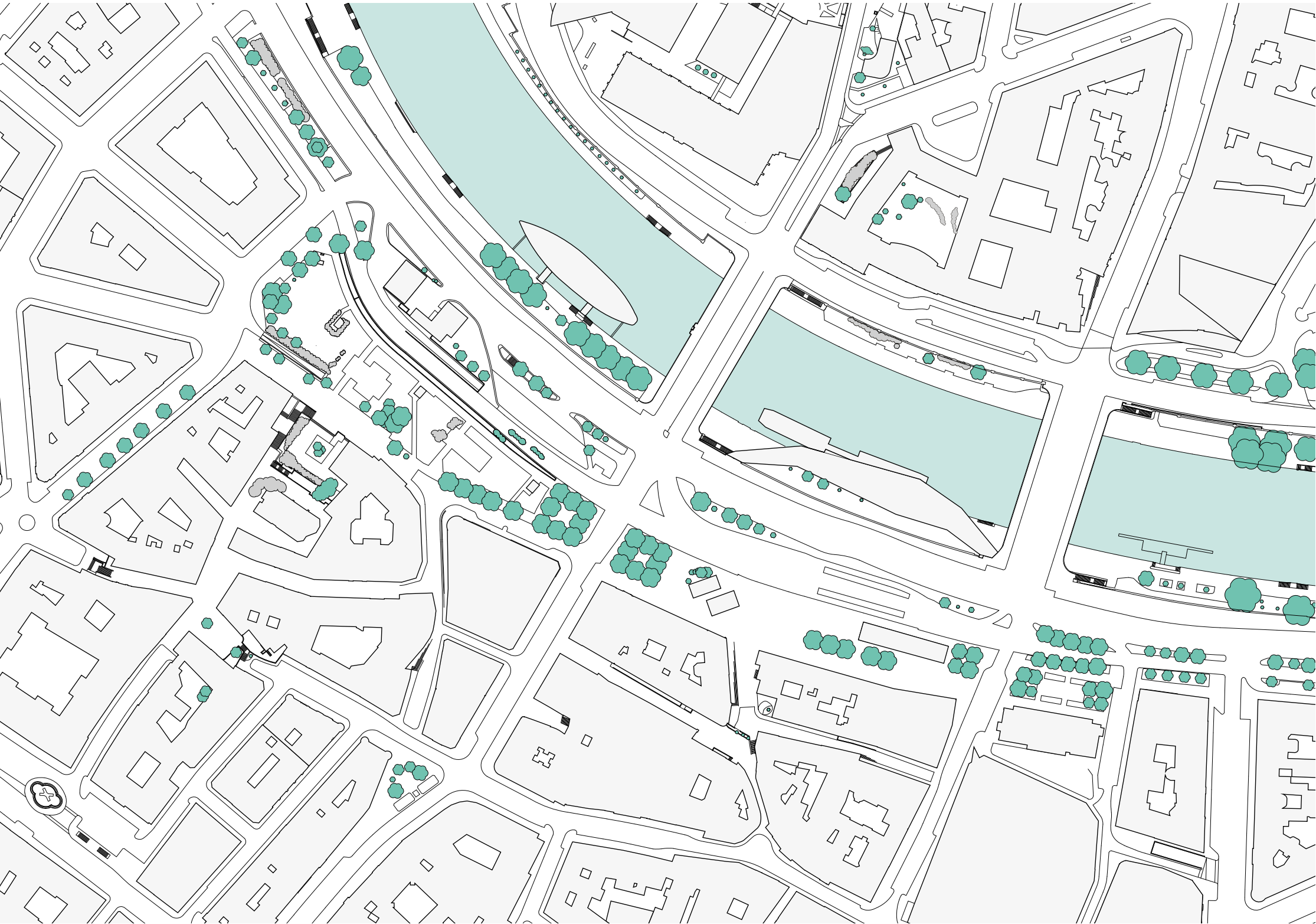
- ① RUPRECHTSPLATZ
- ② RABENSTEIG
- ③ SCHANZLUFER
- ④ ROTENTURMUFER

■ BEARBEITUNGSGEBIET
■ DONAUKANAL

Bauplatzanalyse

Baumbestand

BAUPLATZ

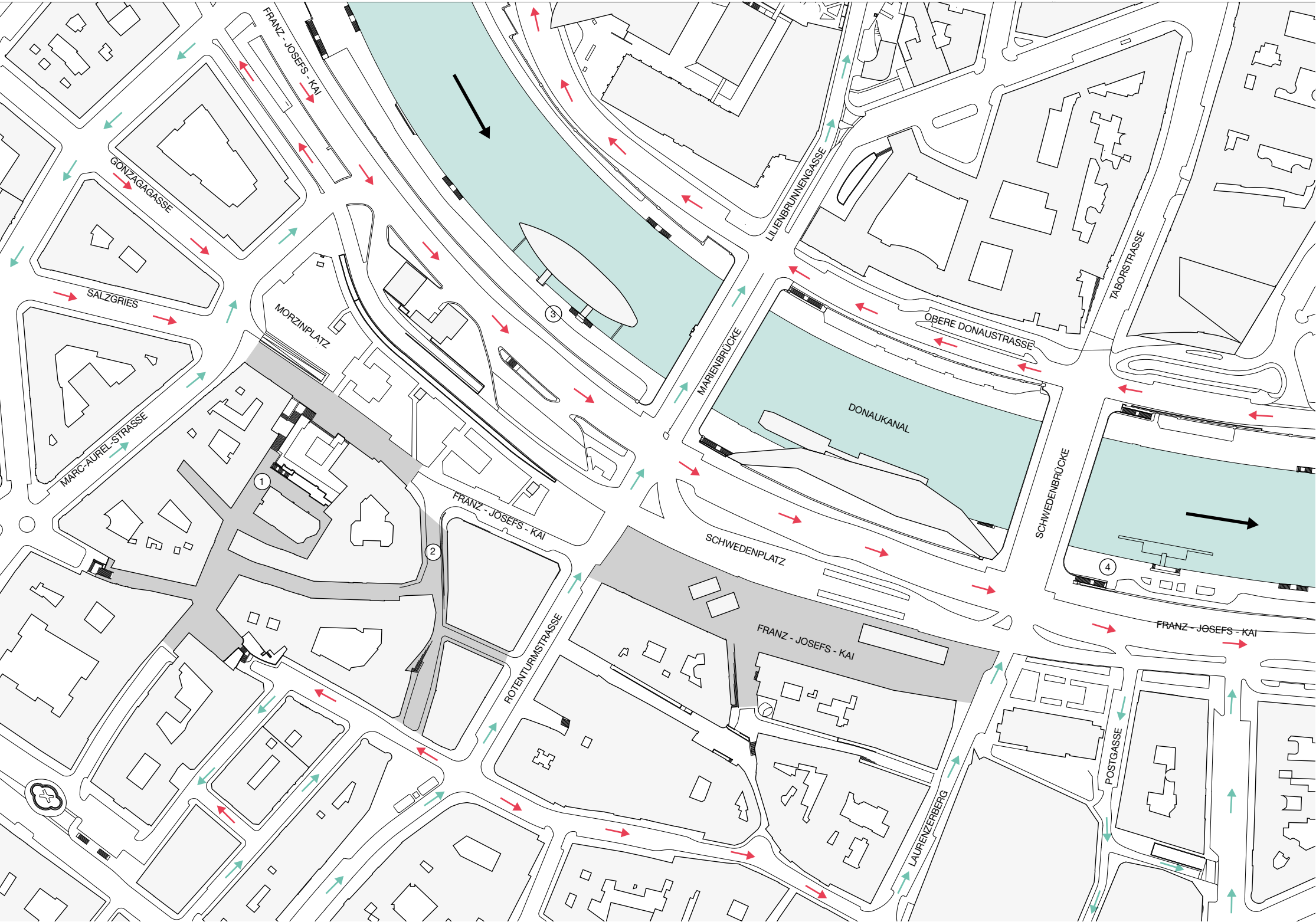


-  BÄUME BESTAND
-  STRÄUCHER BESTAND
-  DONAUKANAL

BAUPLATZ

Bauplatzanalyse

Einbahnsystem und Fußgängerzone



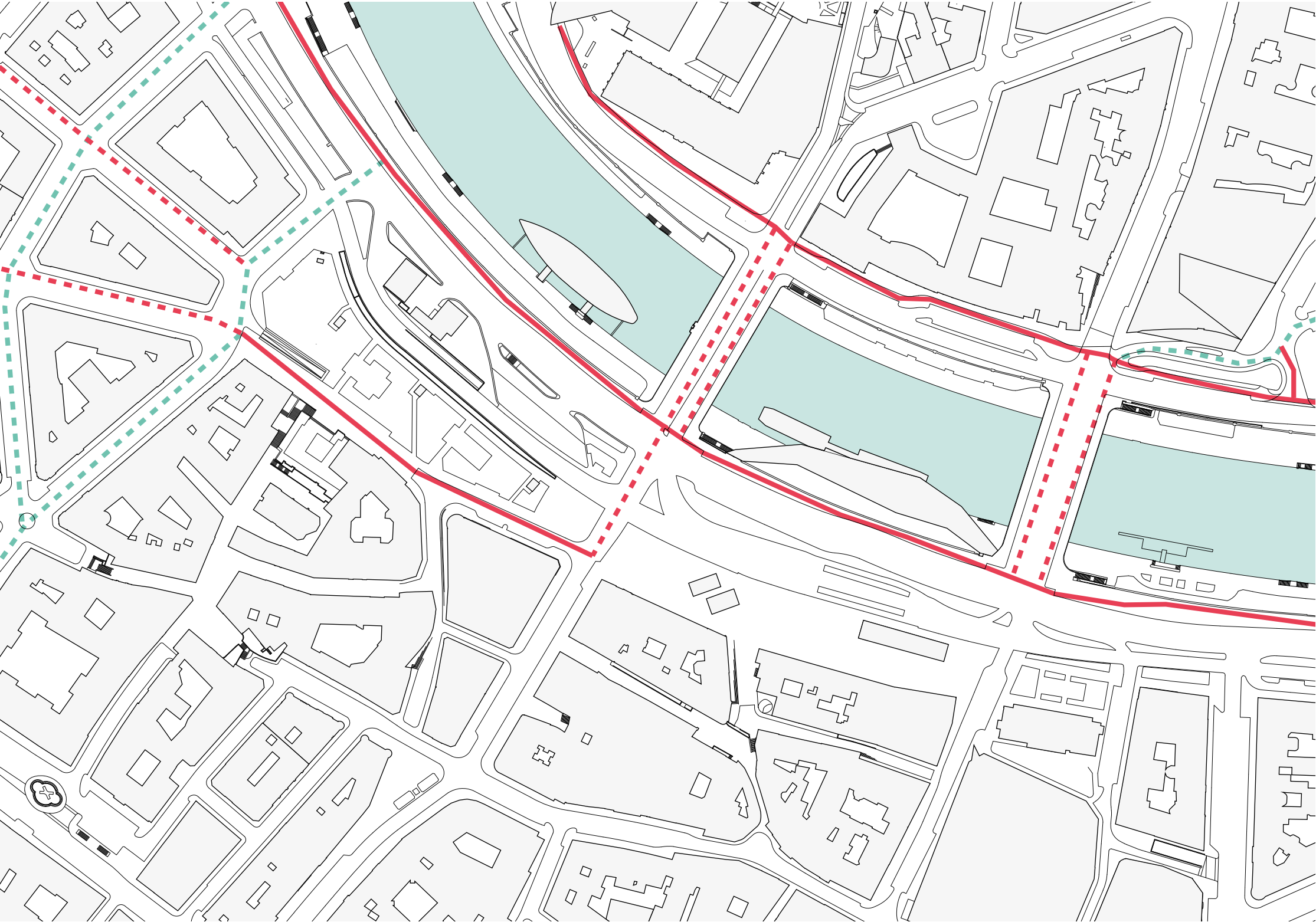
- ① RUPRECHTSPLATZ
- ② RABENSTEIG
- ③ SCHANZLUFER
- ④ ROTENTURMUFR

- EINBAHNSYSTEM
- FUSSGÄNGERZONE
- DONAUKANAL

Bauplatzanalyse

Bewegungsströme Fahrrad

BAUPLATZ



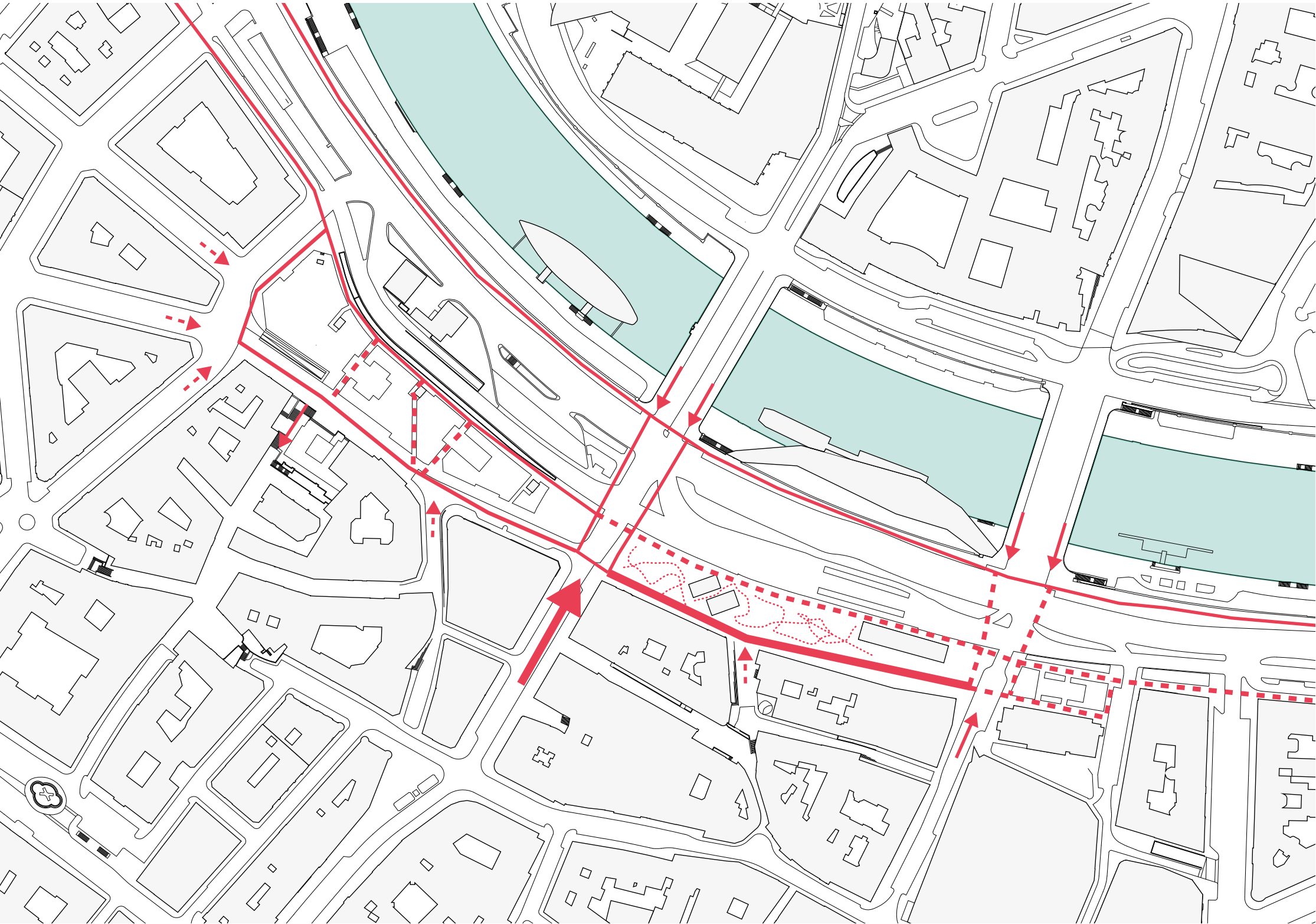
- RADWEG
- - MARKIERTE ANLAGE (FAHRBAHN)
- - RADROUTE
- DONAUKANAL

BAUPLATZ

Bauplatzanalyse

Bewegungsströme Fußgänger

BAUPLATZ

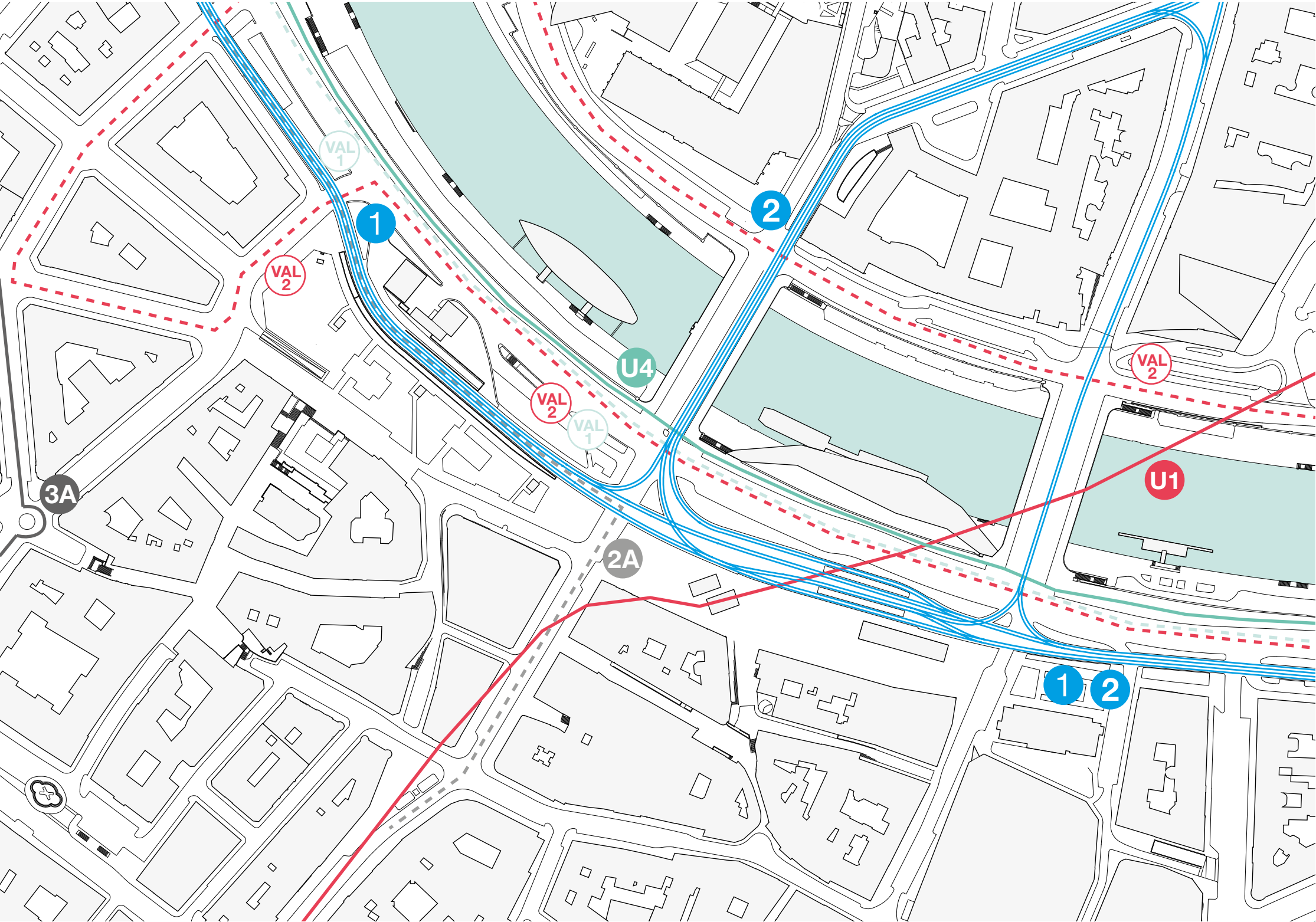


- ➔ STARKER ZUSTROM
- ➔ MITTLERER ZUSTROM
- ➔ LEICHTER ZUSTROM
- STARK FREQUENTIERT
- NORMAL FREQUENTIERT
- - - GERING FREQUENTIERT
- ... GEWUSEL
- DONAUKANAL

BAUPLATZ

Bauplatzanalyse

Öffentlicher Verkehr

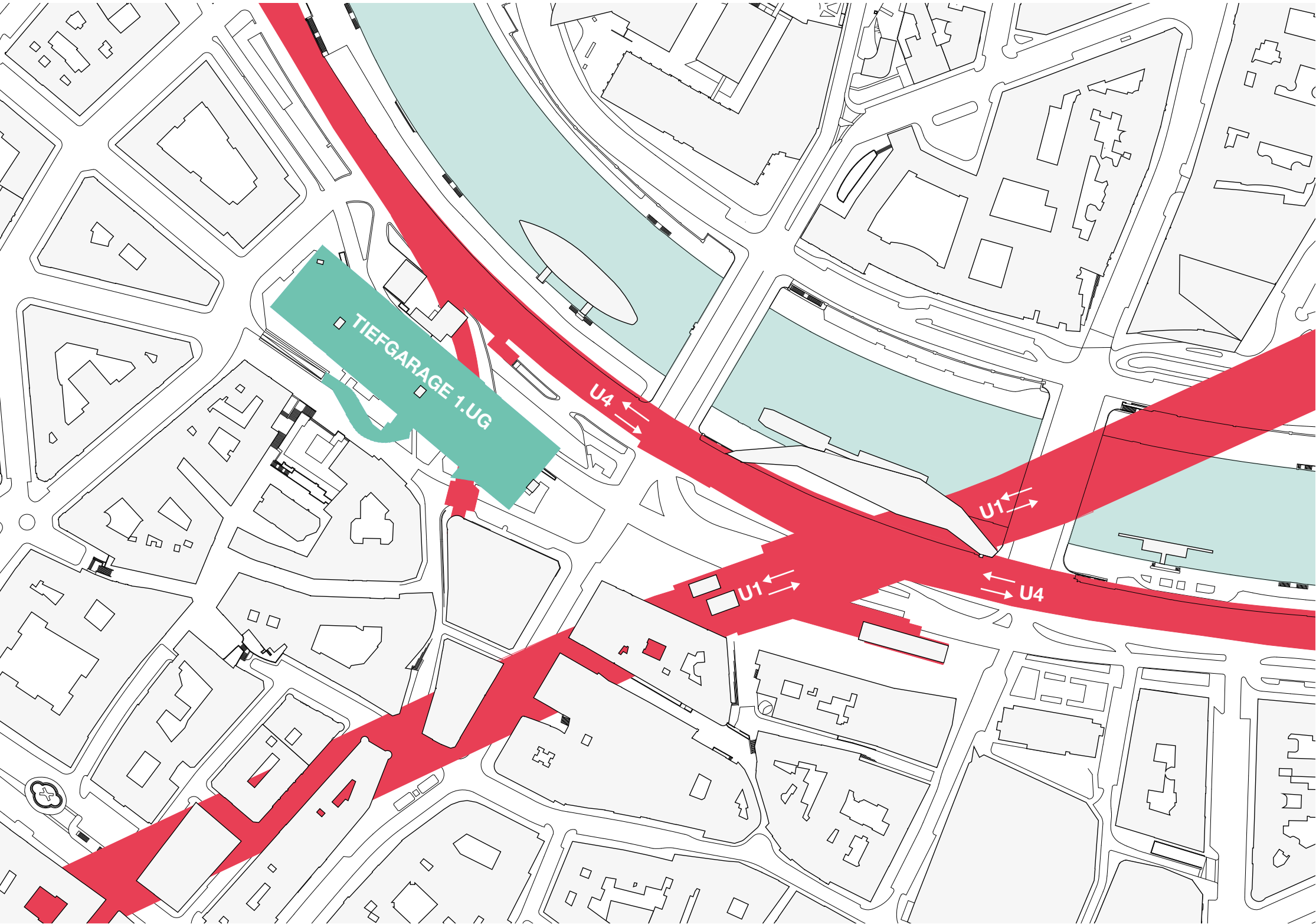


- 1 LINIE 1**
Stefan-Fadinger-Platz – Prater Hauptallee
- 2 LINIE 2**
Ottakringer Str./Erdbrustgasse – Friedrich-Engels-Platz
- U1**
Oberlaa – Leopoldau
- U4**
Hütteldorf – Heiligenstadt
- 2A LINIE 2A**
Schwedenplatz – Schwarzenbergplatz
- 3A LINIE 3A**
Stubentor – Schottenring
- VAL 1**
Wien Westbahnhof – Flughafen Wien Schwechat
- VAL 2**
Wien Morzinplatz/Schwedenplatz – Flughafen Wien Schwechat
- DONAUKANAL**

Bauplatzanalyse

Unterirdisch

BAUPLATZ

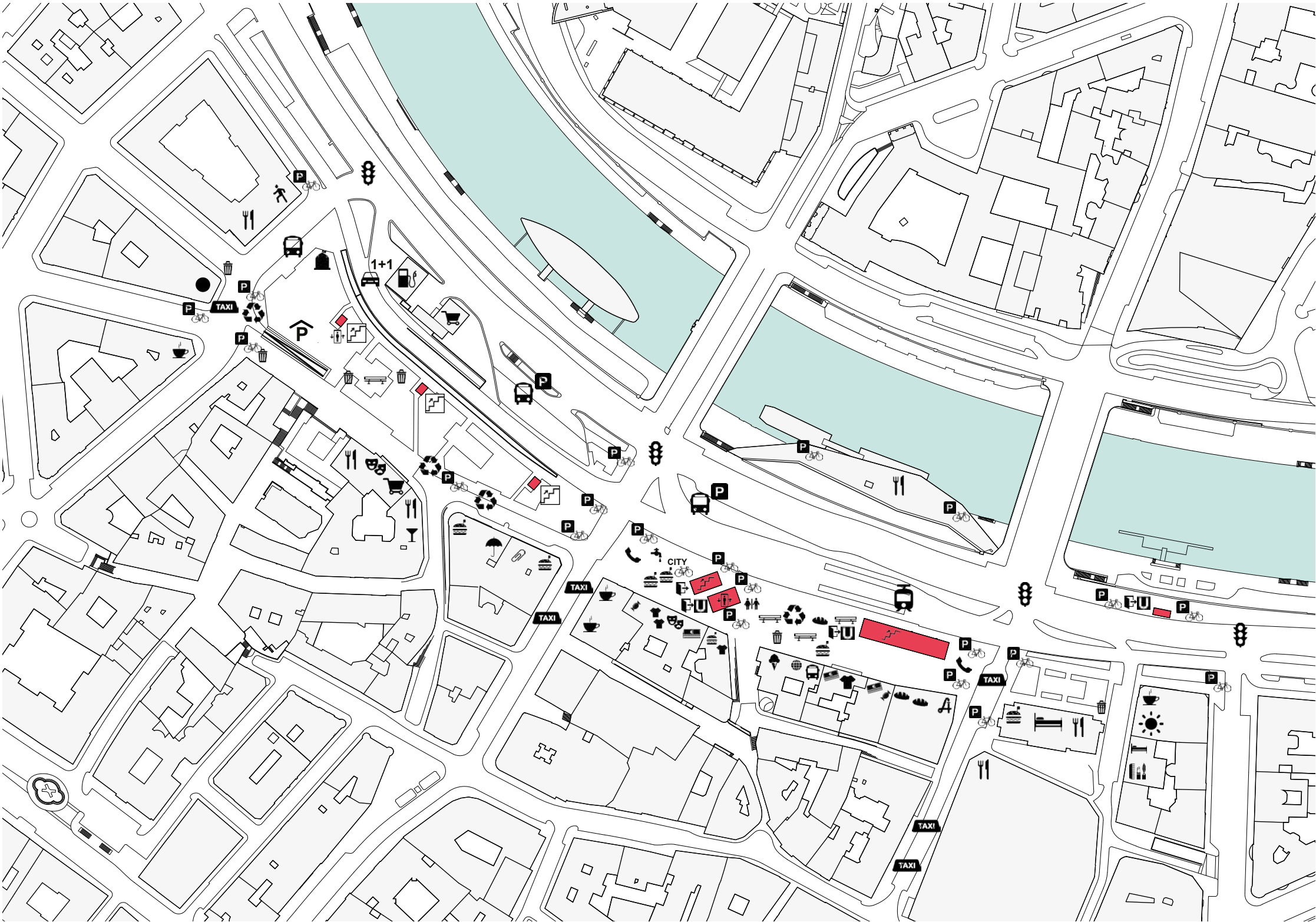


- UBAHN (U1 & U4)
- TIEFGARAGE
- DONAUKANAL

BAUPLATZ

Bauplatzanalyse

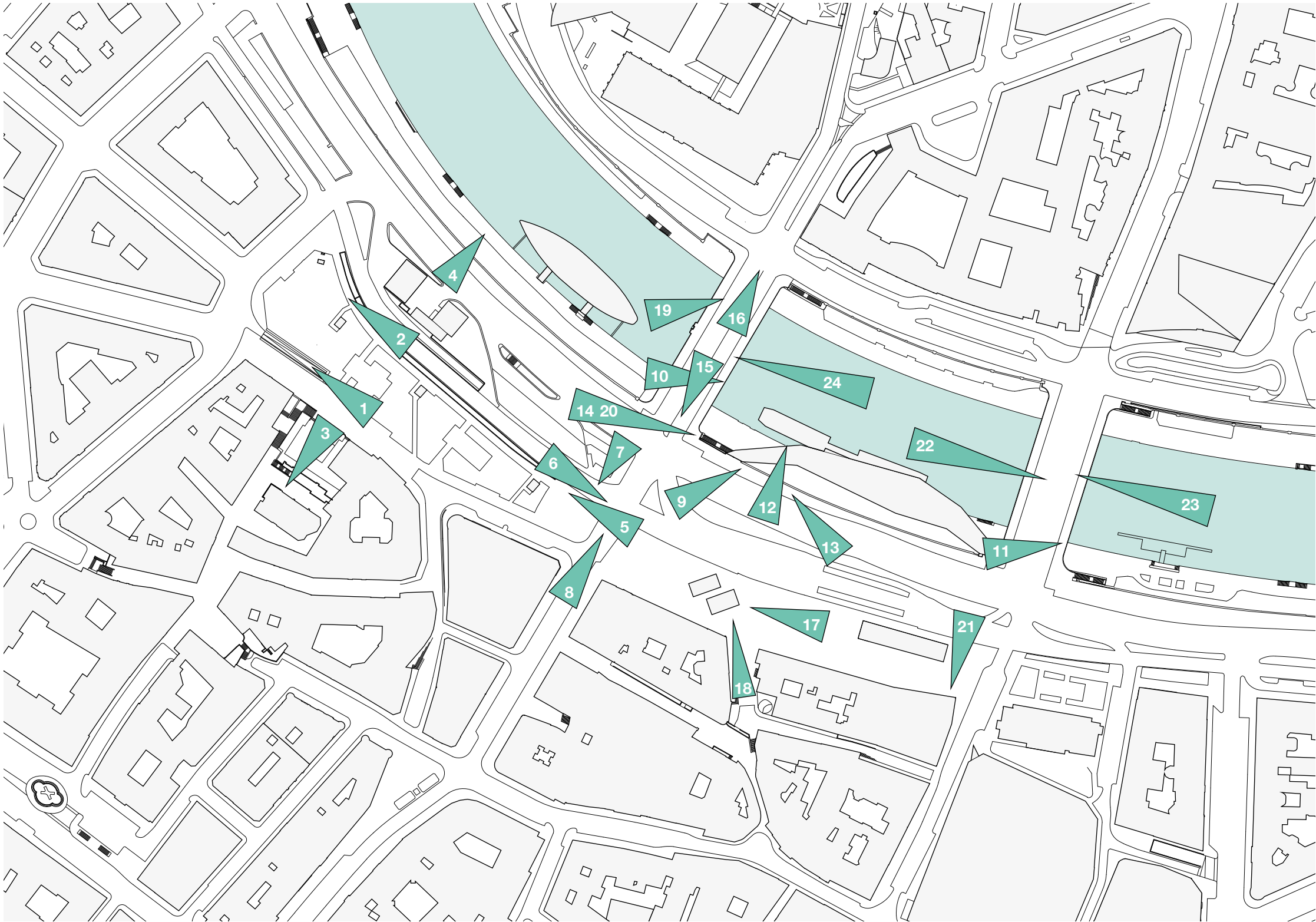
Erdgeschosszone - Infrastruktur



- Mahnmal
- Bushaltestelle
- Busparkplatz
- Straßenbahnhaltestelle
- Ampelanlage
- Taxistandplatz
- Treffpunkt Mitfahrgelegenheit
- Fahrradabstellanlage
- Citybike-Standort
- Ubahn Abgang
- Parkgarage Abfahrt
- Aufzug
- Aufgang Stiegen
- Ausgang
- Telefonzelle
- Recycling - Center
- Mülleimer
- Toiletten
- Trinkbrunnen
- Schnellimbiss
- Tankstelle
- Restaurant
- Cafe
- Bäckerei
- Supermarkt
- Eissalon
- Bar
- Kosmetik
- Sitzbank
- Hotel
- Apotheke
- Bank / Bankomat
- Theater
- Solarium
- Konditorei
- Mode
- Reisebüro
- Schreibwarenladen
- Schirmfachgeschäft
- Sportgeschäft
- Lightening

4.4. Fotodokumentation

Bauplatzanalyse



BLICKRICHTUNGEN FOTODOKUMENTATION

- 1 Blick über Morzinplatz in Richtung Schwedenplatz
- 2 Blick über Morzinplatz in Richtung Schwedenplatz
- 3 Blick von Franz-Josefs-Kai in Richtung Ruprechtskirche
- 4 Blick von Ruprechtskirche in Richtung Donaukanal
- 5 Kreuzung Schwedenplatz - Rotenturmstraße (Blick Richtung Schwedenplatz)
- 6 Kreuzung Schwedenplatz - Rotenturmstraße (Blick Richtung Morzinplatz)
- 7 Blick zur Marienbrücke in den 2. Bezirk
- 8 Blick zur Rotenturmstraße und in den 1. Bezirk
- 9 Blick Richtung 1. Bezirk und Rotenturmstraße
- 10 Blick von Marienbrücke zum Morzinplatz
- 11 Blick von Schwedenbrücke in Richtung Motto am Fluss und Schwedenplatz / Morzinplatz
- 12 Blick vom Motto am Fluss in Richtung Schwedenplatz / 1. Bezirk
- 13 Blick in Richtung Schwedenplatz und Straßenbahnstation
- 14 Blick in Richtung Morzinplatz
- 15 Blick von Marienbrücke in Richtung 2. Bezirk / Lilienbrunnengasse
- 16 Blick von Marienbrücke in Richtung 1. Bezirk / Rotenturmstraße
- 17 Blick auf U Bahn- und Straßenbahnstation Schwedenplatz mit Flohmarkt
- 18 Blick in Richtung Hafnersteig
- 19 Blick von Marienbrücke in Richtung Morzinplatz und Clubschiiff
- 20 Blick in Richtung Morzinplatz
- 21 Blick über den Schwedenplatz in Richtung 2. Bezirk
- 22 Blick von Schwedenbrücke entlang Donaukanal - flussaufwärts
- 23 Blick von Schwedenbrücke entlang Donaukanal - flussabwärts
- 24 Blick von Marienbrücke entlang Donaukanal - flussabwärts



Blick 1



Blick 2



Blick 3



Blick 4



Blick 5



Blick 6



Blick 7



Blick 8



Blick 9



Blick 9



Blick 10



Blick 11



Blick 13



Blick 12



Blick 14



Blick 15



Blick 17



Blick 18



Blick 19



Blick 16



Blick 20



Blick 21

BAUPLATZ

BAUPLATZ



Blick 22



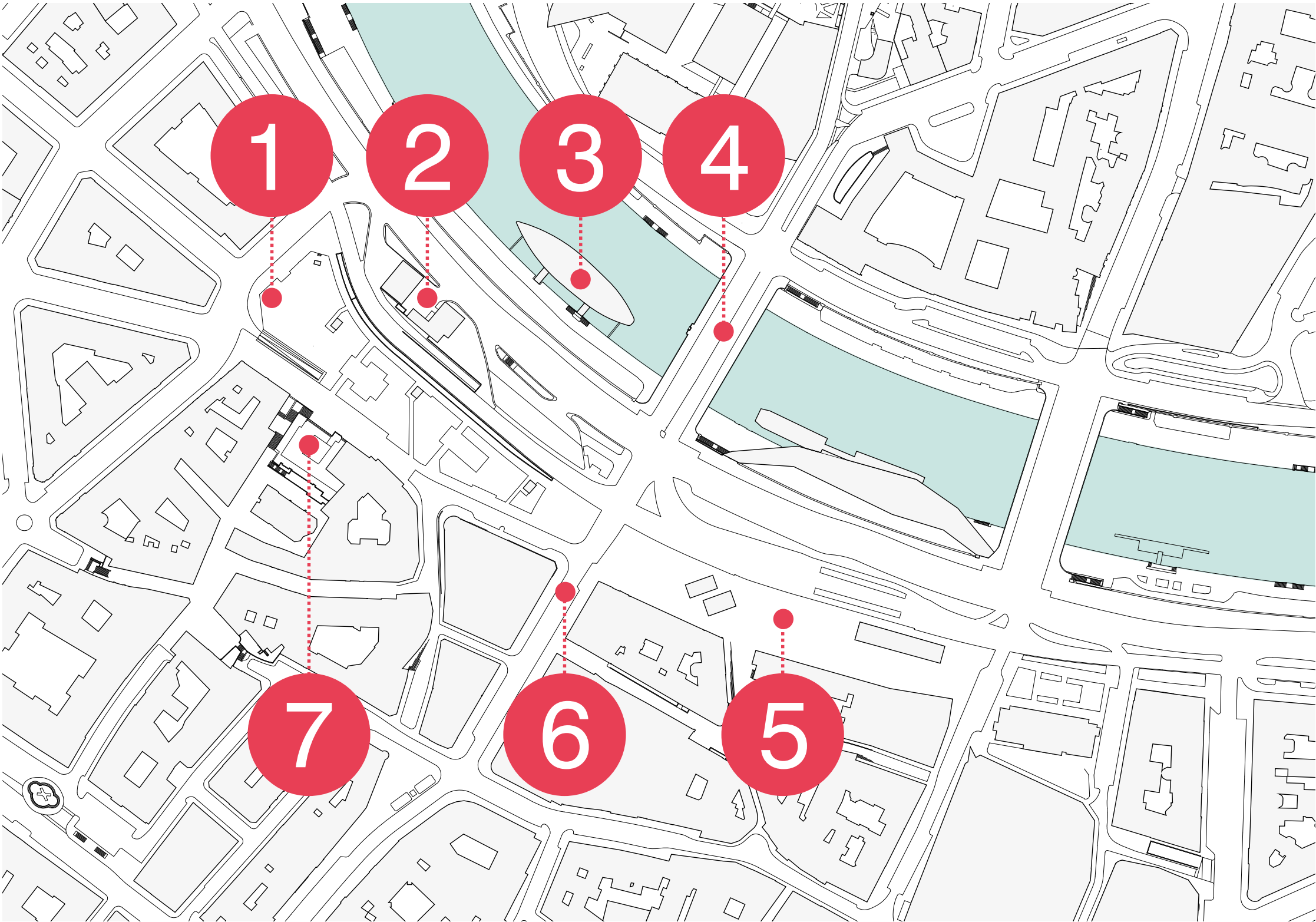
Blick 23



Blick 24

4.5. Maßnahmen

Bauplatzanalyse



- 1 MORZINPLATZ ALS EIGENSTÄNDIGER PLATZ
 - 2 ABRISS TANKSTELLE
 - 3 ABRISS CLUBSCHIFF
 - 4 BRÜCKE ALS FREIRAUM
FUSSGÄNGER & FAHRRADFÄHRER
 - 5 MINIMALE EINGRIFFE IM
KONSUMBEREICH
 - 6 FUSSGÄNGERZONE IM BEREICH
ROTTENTURMSTRASSE
 - 7 EIN "GEGENÜBER" FÜR DIE KIRCHE
- DONAUKANAL

BAUPLATZ

BAUPLATZ

5. DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF

*"Was Demokratie ist, läßt sich nicht
davon trennen, was Demokratie sein
sollte."*

Giovanni Sartori

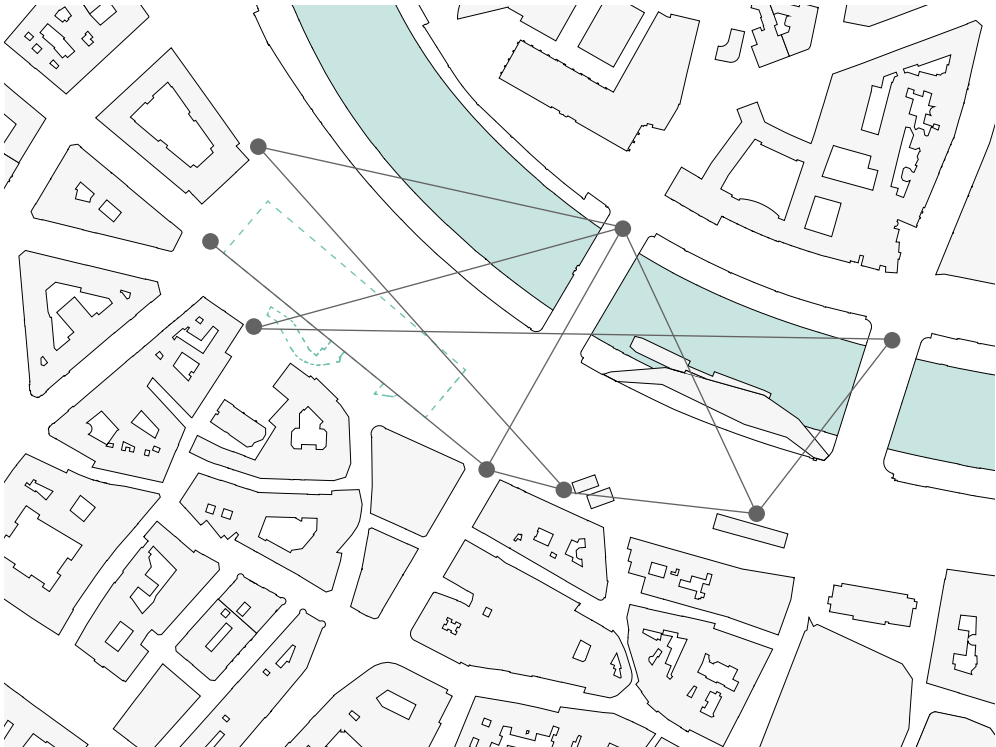
S. 164
S. 168
S. 176
S. 178
S. 180
S. 208
S. 218

5.1. Verortung Demokratieforum
5.2. Konzept Demokratieforum
5.3. Raumprogramm
5.4. Funktionsverteilung BürgerInnenrat
5.5. Plandarstellungen
5.6. Schaubilder
5.7. Raumbezeichnung / Flächenangaben

5.1. Verortung

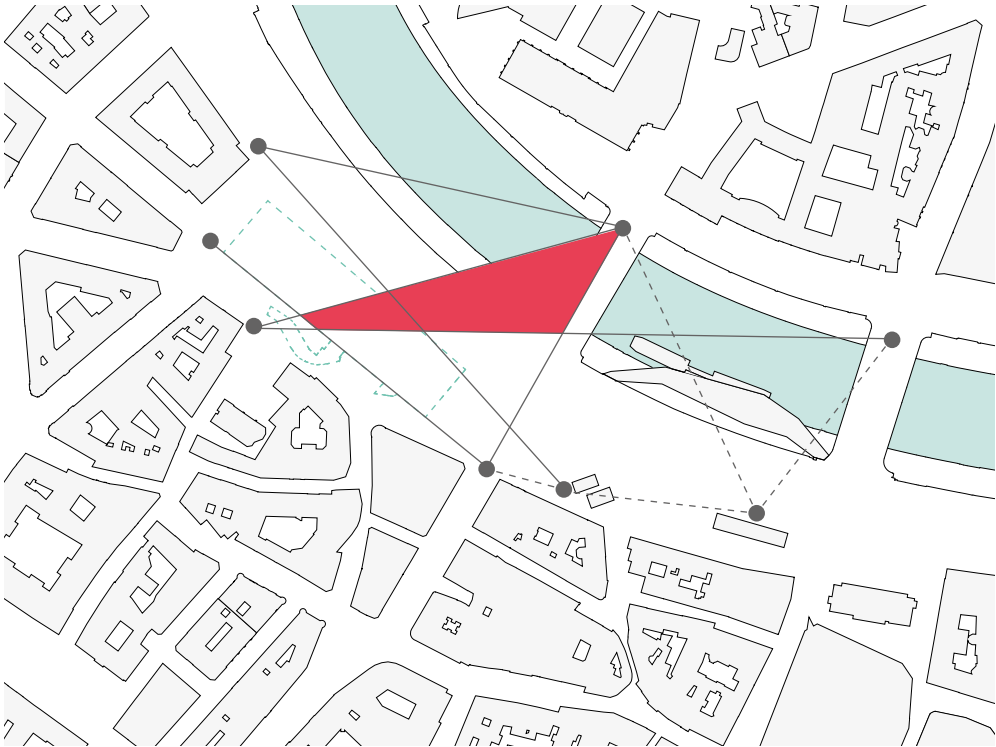
Demokratieforum am Schwedenplatz/Morzinplatz

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



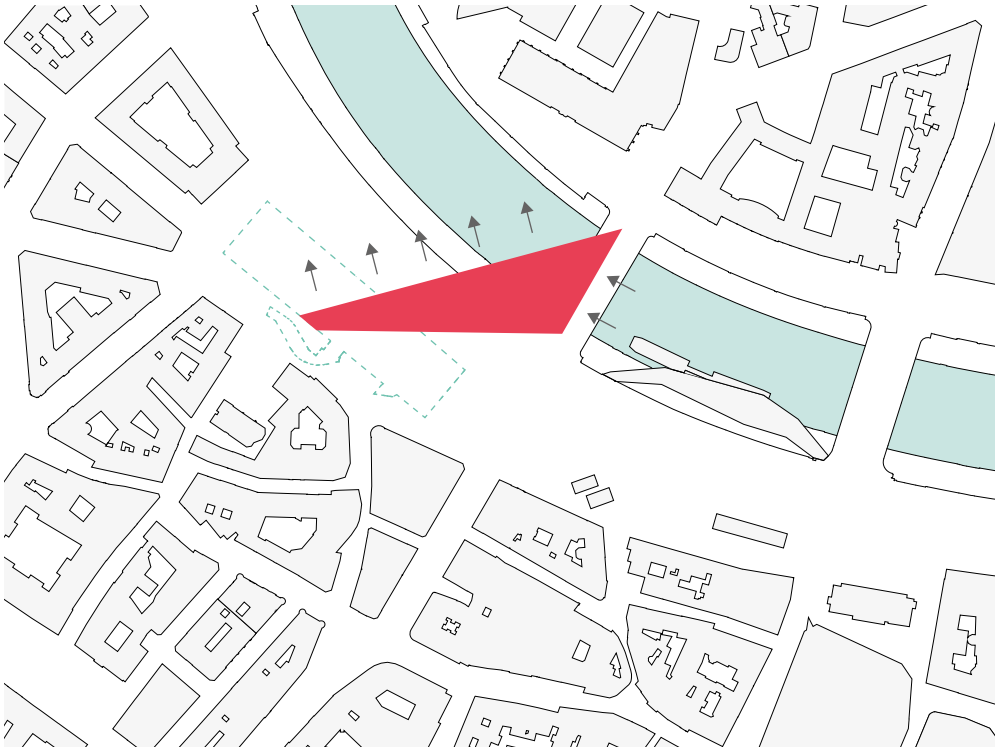
Festlegung von wichtigen Knotenpunkten und Bewegungsstromanalyse

- Tiefgarage
- wichtige Knotenpunkte
- Bewegungsströme (kürzester Weg von A nach B)



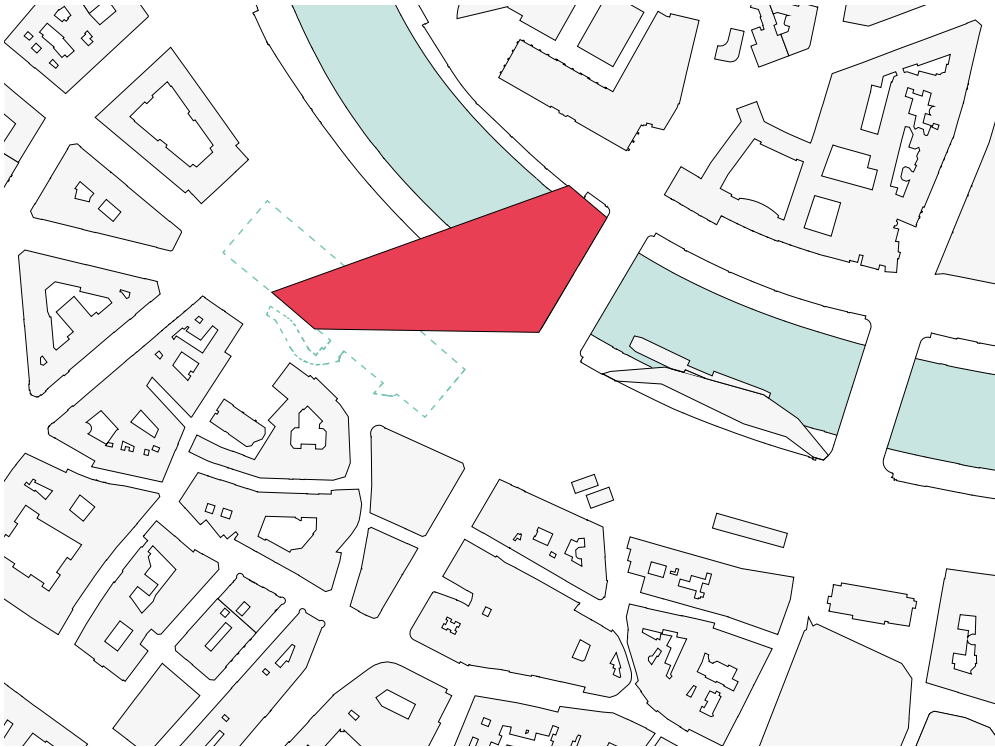
Festlegung des Baufeldes

- Tiefgarage
- selbst festgelegte, wichtige Knotenpunkte
- Bewegungsströme (kürzester Weg von A nach B)
- Bebauung entlang dieser Bewegungsströme schwer möglich
- festgelegtes Baufeld



Anpassung des Baufeldes an Umgebung und an Flächenbedarf

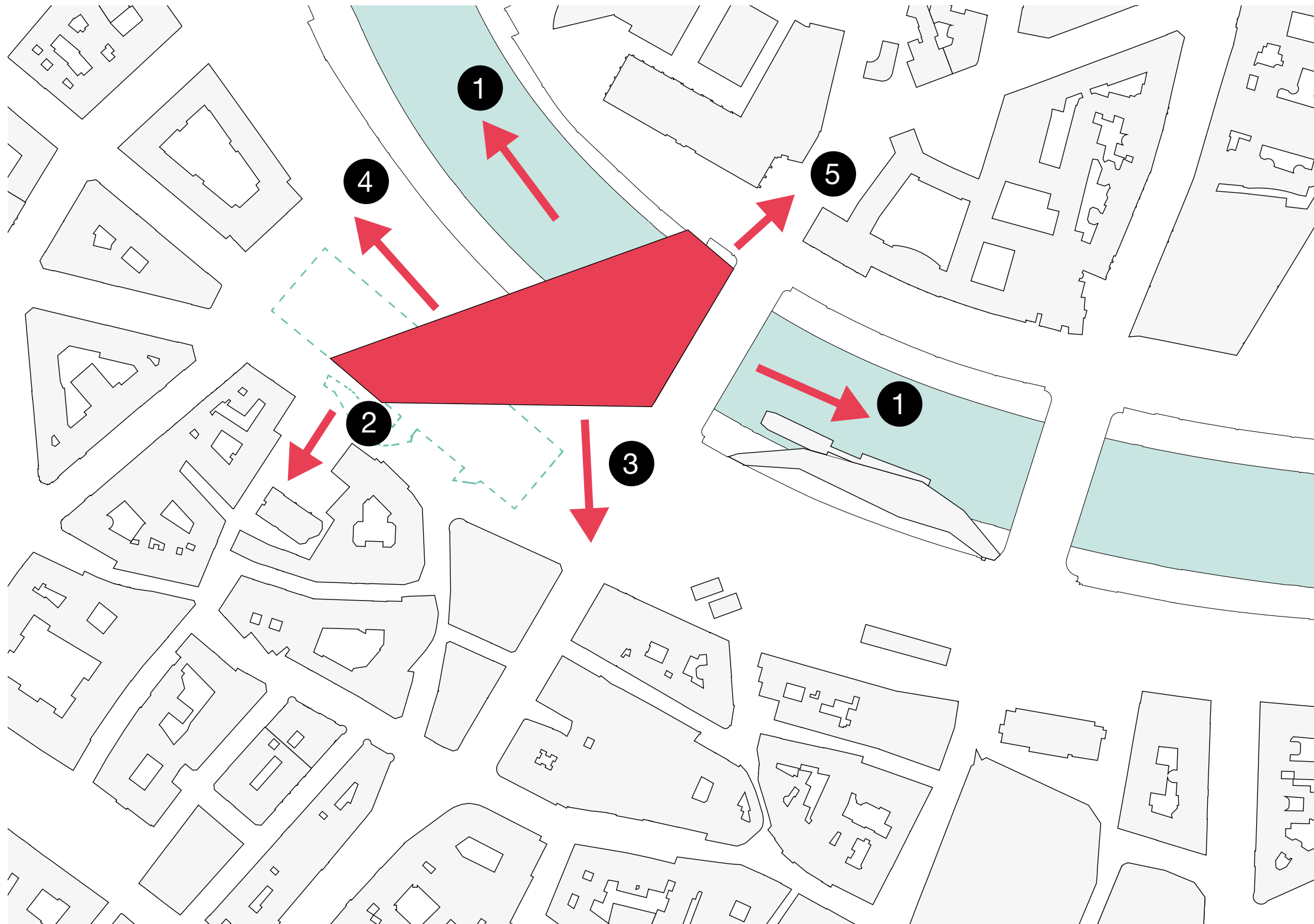
- Tiefgarage
- Anpassung des Baufeldes an Umgebung und an Flächenbedarf
- festgelegtes Baufeld



Verortung Demokratieforum

- Verortung Demokratieforum

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



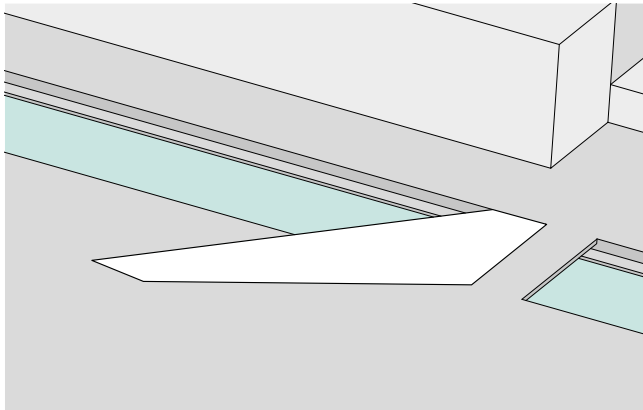
- 1** WEITBLICK ENTLANG DES KANALS
- 2** ORIENTIERUNG ZUM 1. BEZIRK
- 3** ORIENTIERUNG ZUR
ROSENTURMSTRASSE UND ZUM
SCHWEDENPLATZ
- 4** ORIENTIERUNG ZUM MORZINPLATZ
UND ZUM RING
- 5** ORIENTIERUNG ZUM 2. BEZIRK
- POSITIONIERUNG ÜBER TIEFGARAGE

Ausblick, Weitblick, Orientierung und Positionierung des Demokratieforums am Schwedenplatz

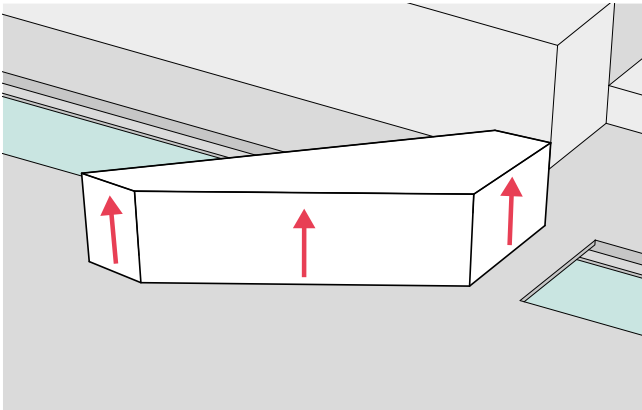
5.2. Konzept Demokratieforum

Architektonsiches, städtebauliches, programmatisches, räumliches und atmosphärisches Konzept

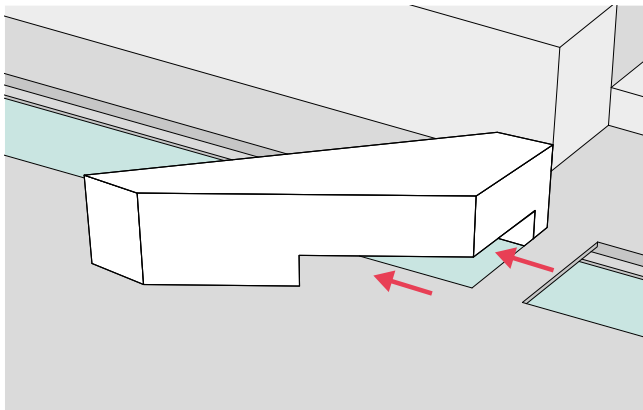
DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



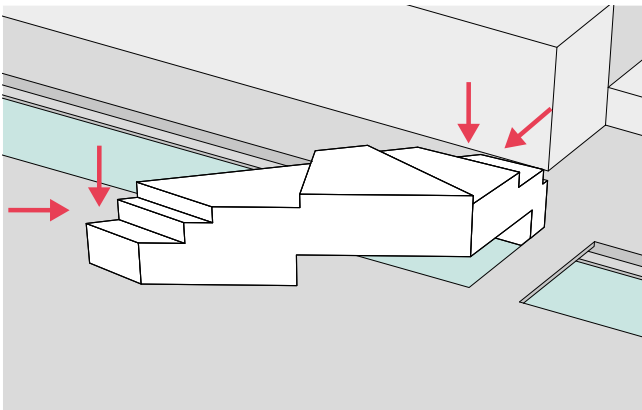
Baufeld



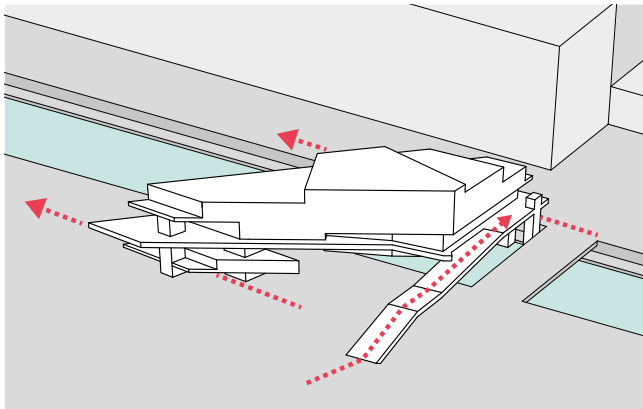
Extrusion



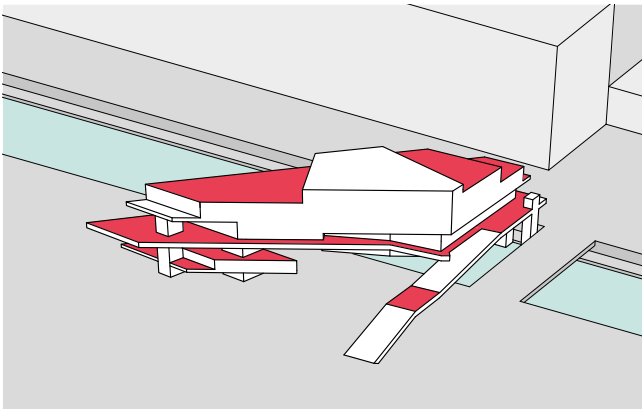
Durchblick



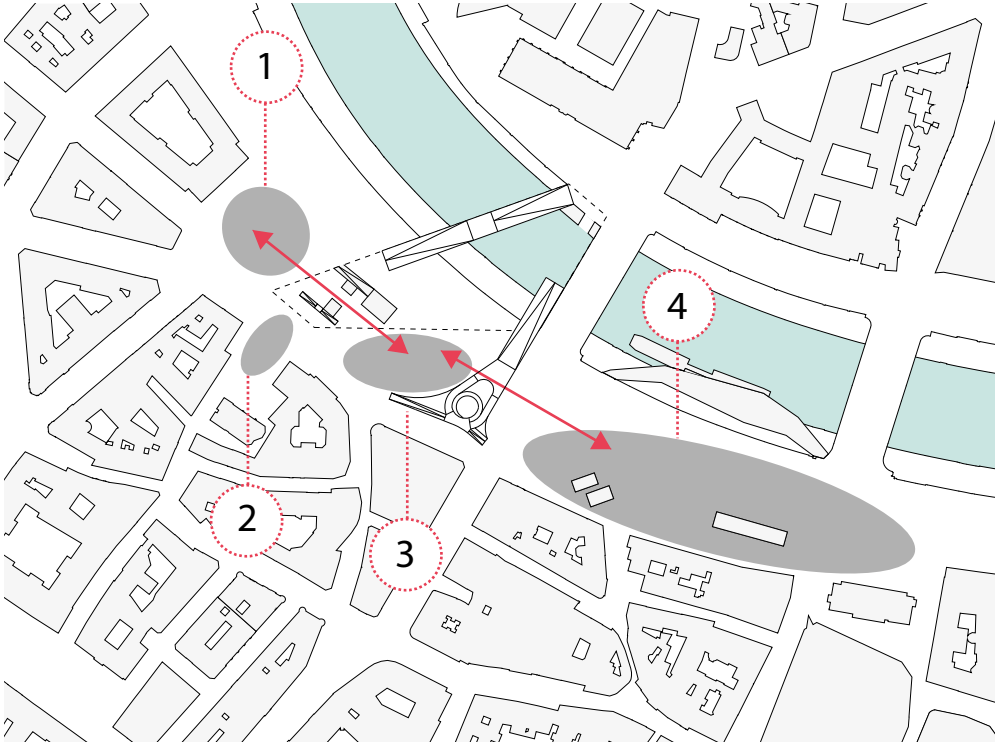
Abtreppung



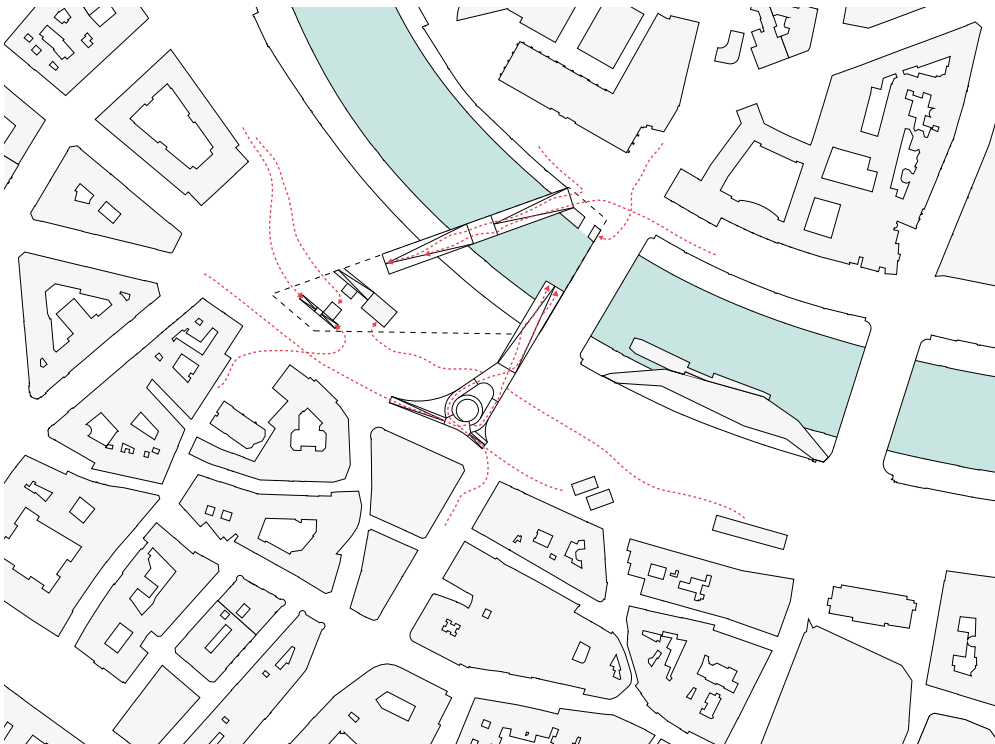
Durchwegung und Zugang



Ausformulierung von Stadterrassen



Schaffung von neuen Plätzen mit unterschiedlichen Qualitäten und Charakteristika



Aufnahme der Bewegungsströme

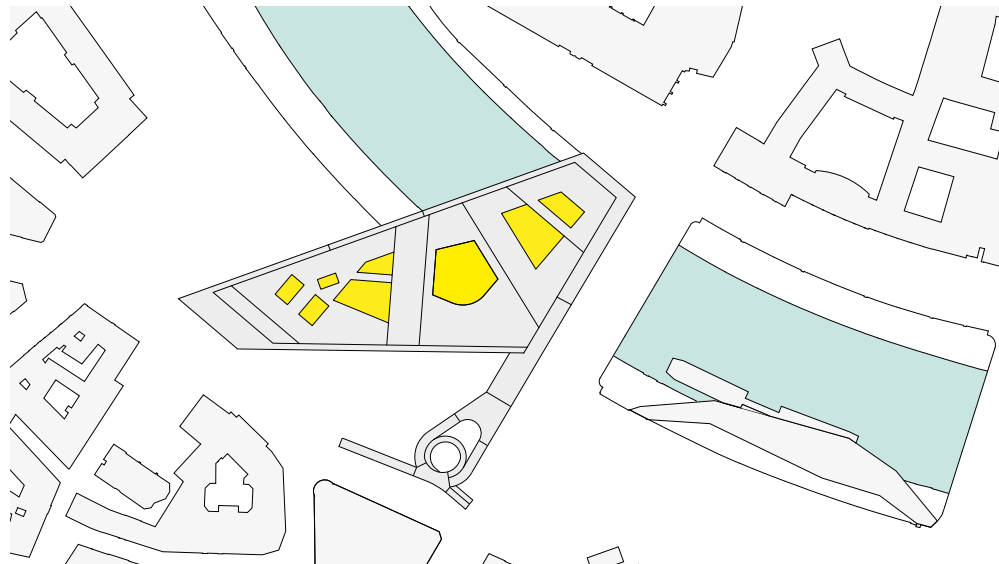
- 1 Morzinplatz - ruhig
- 2 Ruprechtskirche Vorplatz - geschützt
- 3 DeFo Vorplatz - belebt
- 4 Schwedenplatz - dynamisch

neu erzeugte Plätze, mit unterschiedlichen Qualitäten

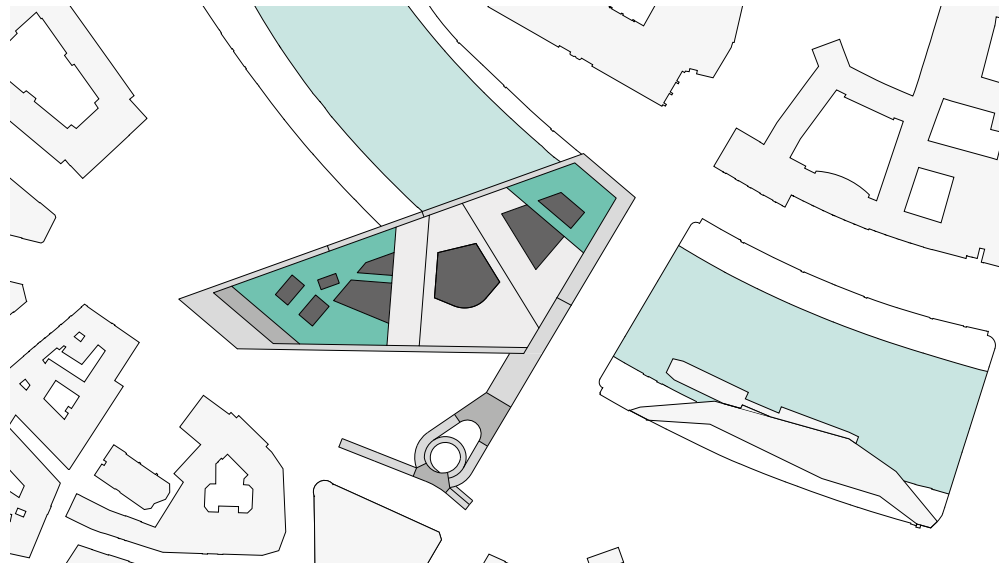
offenes Erdgeschoss, Durchwegung möglich

Bewegungsströme von unterschiedlichen Seiten kommend

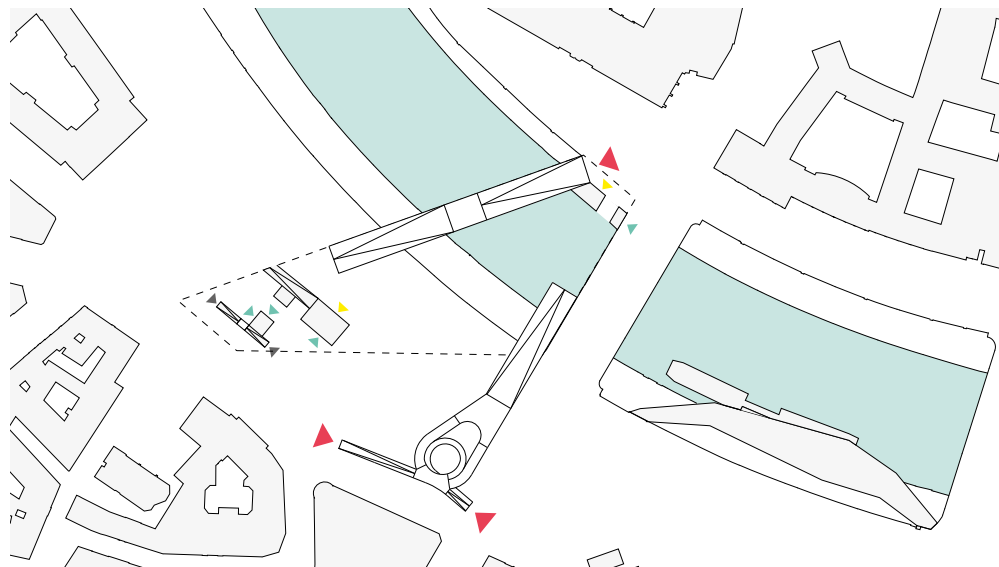
DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



Lichthöfe ermöglichen eine zusätzliche natürliche Belichtung der Innenräume



Schaffung von Stadtterrassen mit verschiedenen Freiraumqualitäten - großzügige begrünte Dachflächen



Zugänge zum Demokratieforum auf der Ebene + 0,00



Lichthöfe



Lichthöfe



Stadtterrasse
Rundgang



Stadtterrassen Ausblick



Stadtterrassen begrünt



Treppe
Zugang zur
Stadtterrasse - schnell



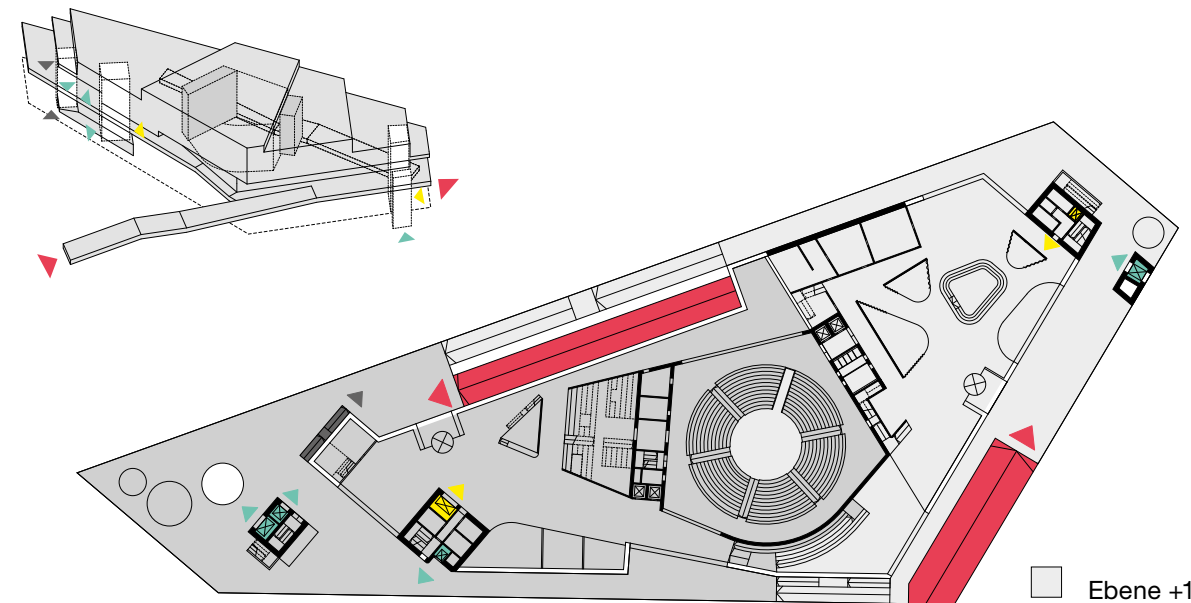
Aufzug
Zugang ins Innere
des Gebäudes - schnell



Aufzug
Zugang zur
Stadtterrasse - schnell



Rampe / Treppe
Zugang zur
Stadtterrasse - langsam,
"prozesshaft"



□ Ebene +12,00
□ Ebene +16,00
(+12,00 bedeutet
12,00 m über EG)



Treppe
Zugang zur
Stadtterrasse - schnell



Aufzug
Zugang ins Innere
des Gebäudes - schnell



Aufzug
Zugang zur
Stadtterrasse - schnell



Rampe / Treppe
Zugang zur
Stadtterrasse - langsam,
"prozesshaft"

Zugänge zum Demokratieforum auf den Eingangsebenen + 12,00 bzw. 16,00



Ebene +25,00



Ebene +24,00



Ebene +22,00



Ebene +20,00



Erschließung an
Herzstück herum
angeordnet
-Herzstück fungiert
als Gelenk



Fluchstiegenhaus

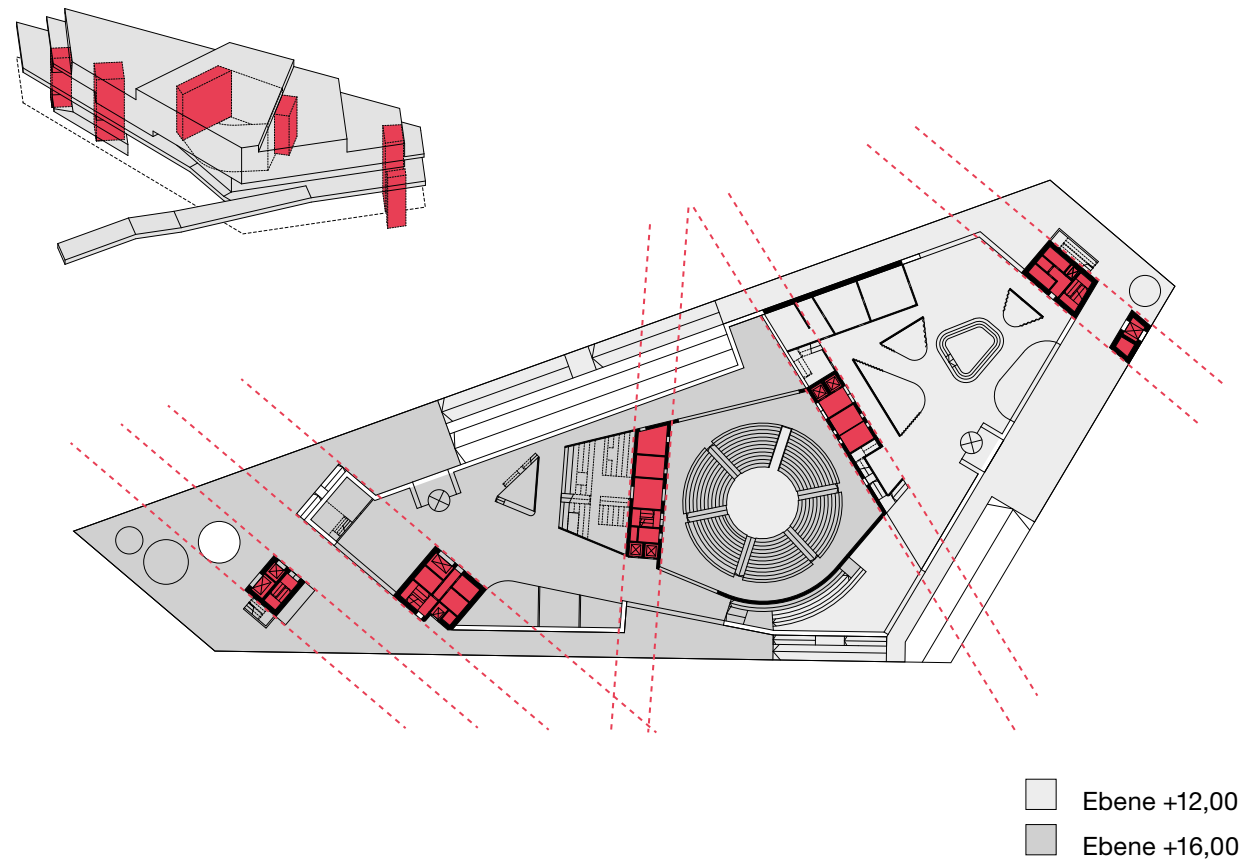


Aufzug

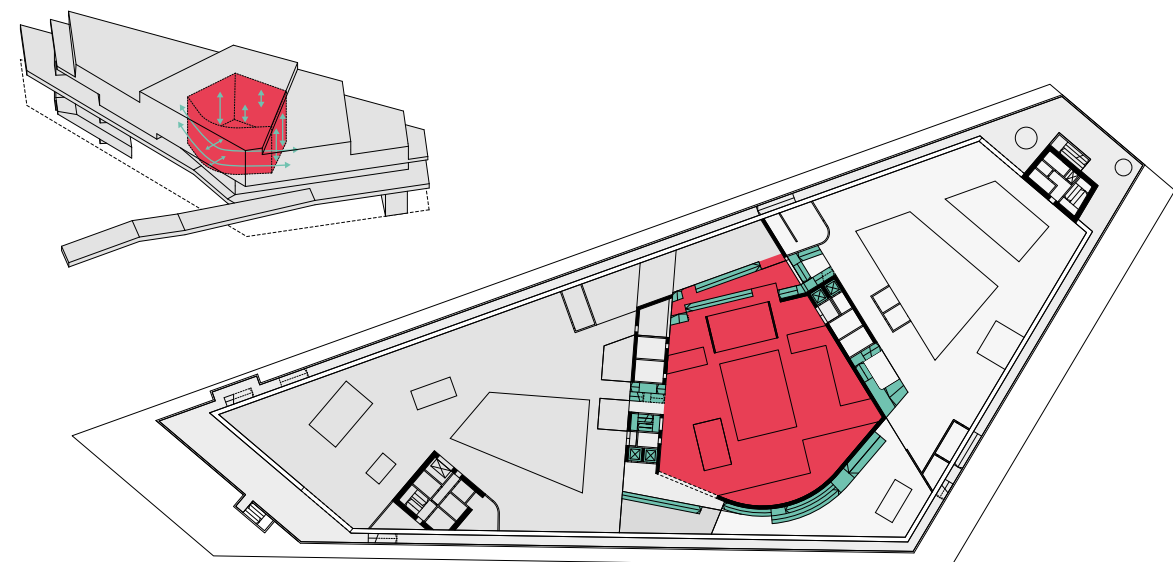


zusätzliche
Fluchttreppen
entlang Fassade

Darstellung der möglichen Erschließungen im Demokratieforum



Versorgungskerne im Demokratieforum

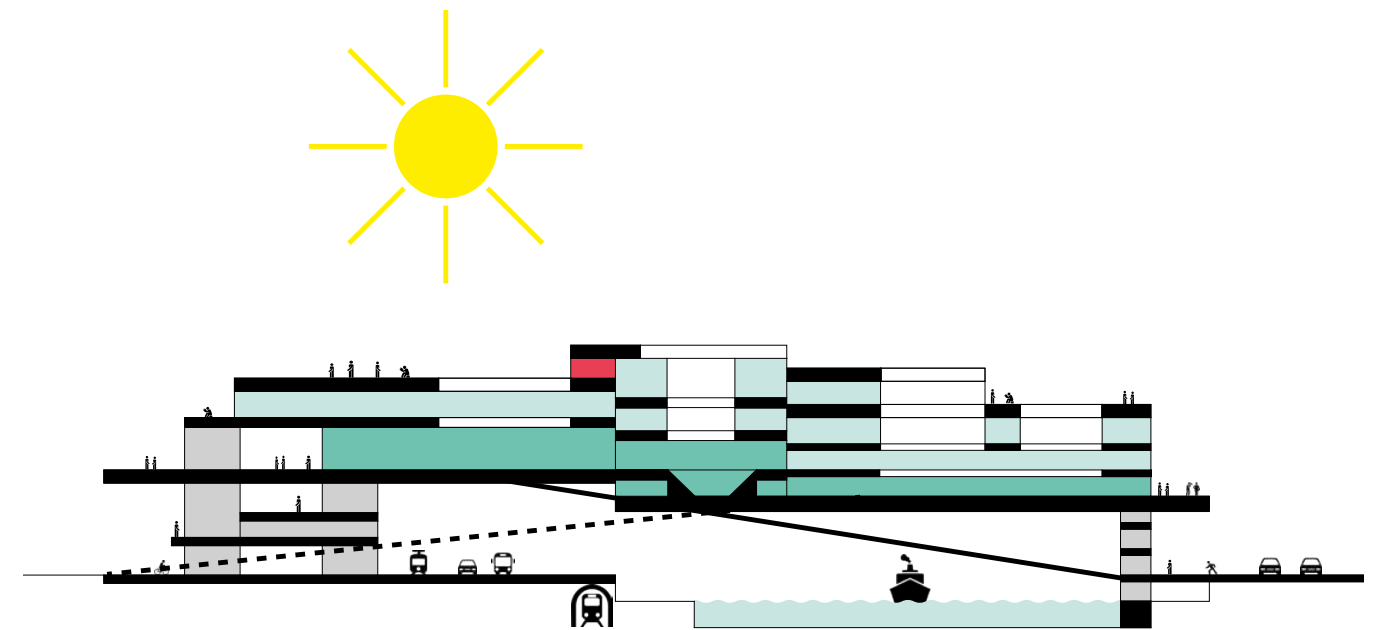


Herzstück

Erschließung an Herzstück herum angeordnet
- Herzstück fungiert als Gelenk
- mehrere Wege sind möglich

Ebene +25,00
Ebene +24,00
Ebene +22,00
Ebene +20,00

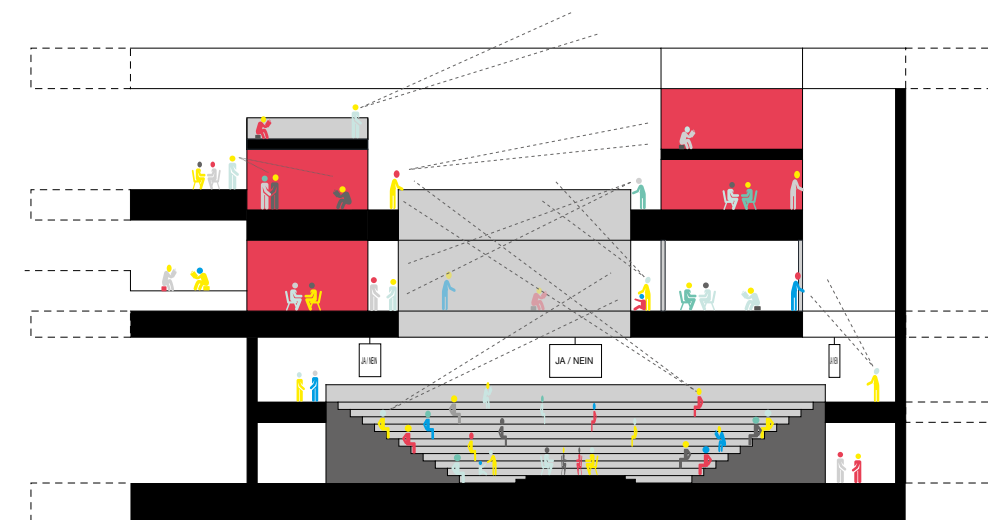
Das Herzstück als Gelenk des Demokratieforums und gleichzeitig als Verbindung der einzelnen Ebenen



privat
halböffentlich
öffentlich

Innerhalb des Demorkatieforums gibt es verschiedene Ebenen, die je nach Bedarf unterschiedliche räumliche und atmosphärische Qualitäten aufweisen. Die Ebenen sind alle frei zugänglich, privat bedeutet einfach nur ein Rückzugsort.

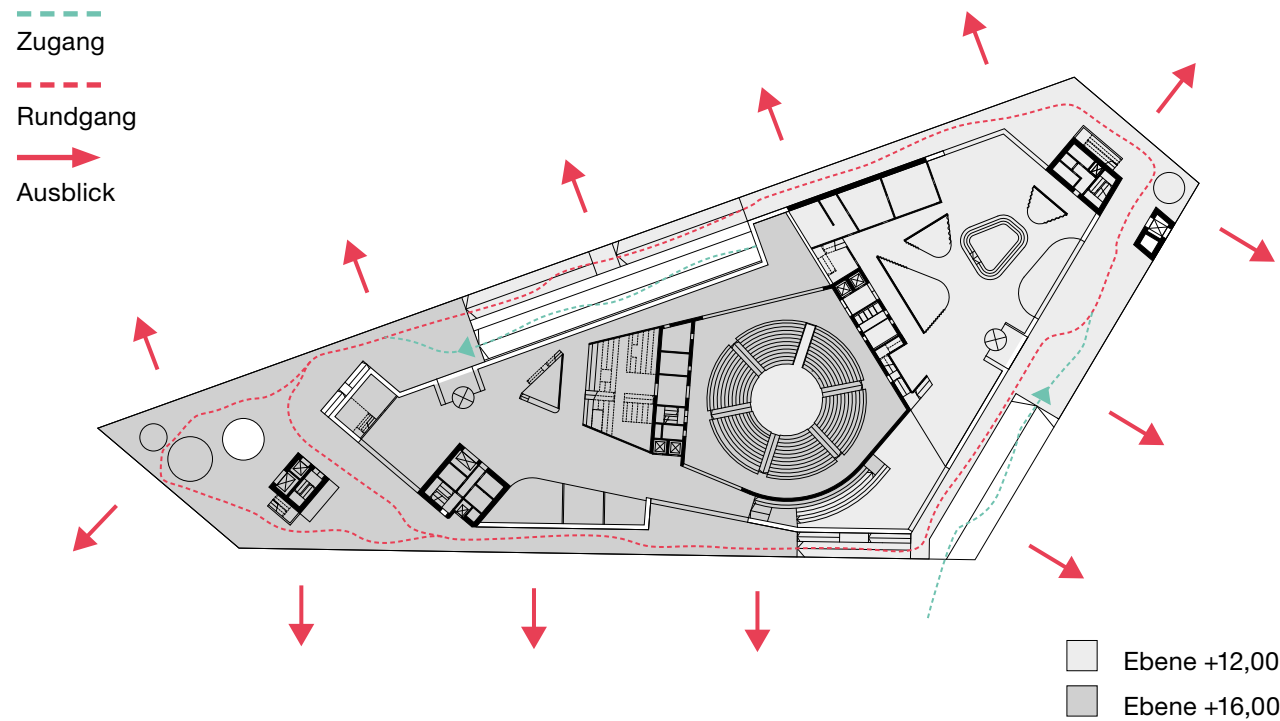
Räume mit unterschiedlichem räumlichen und atmosphärischen Charakter (v.u.n.o. öffentlich - halböffentlich - privat)



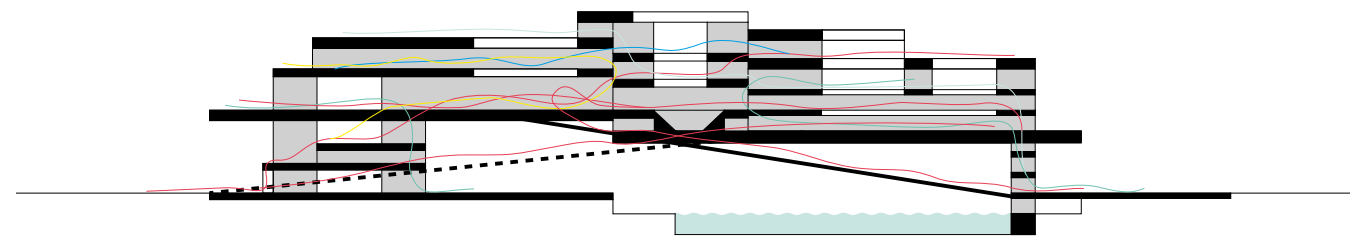
offene Zone -
über mehrere Geschoße mit
Arbeitsbereichen,
Workshopräumen,
Besprechungsräumen,
Galerien als
Rückzugsbereiche

Versammlungsraum -
über mehrere Geschoße verteilt

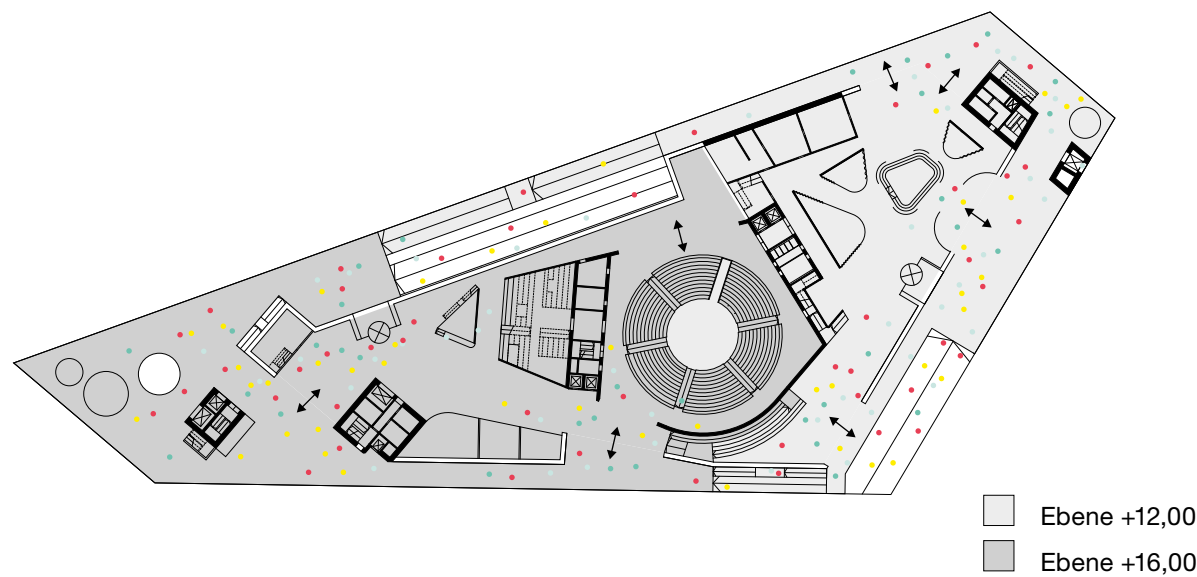
Das Herzstück mit den verschiedenen Blickbeziehungen schematisch dargestellt



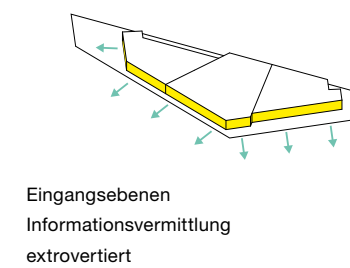
Stadterrasse mit Rundgang - Generierung einer Vielzahl an Blicken auf die Stadt bzw. Ausblicke entlang des Donaukanals



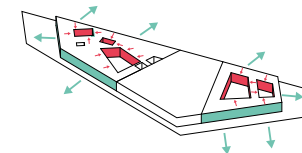
Eine Vielzahl an Zugängen erzeugt ein (Durch)Strömen der dynamischen Masse im Gebäude



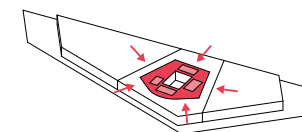
Öffnung an wichtigen Punkten erzeugt einen schwellenfreien Übergang von Außen nach Innen ins Demokratieforum



Eingangsebenen
Informationsvermittlung
extrovertiert

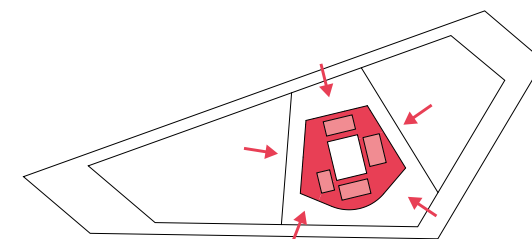
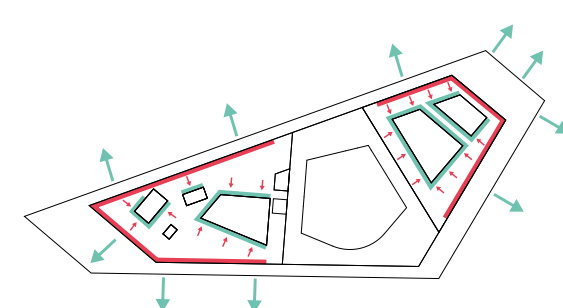
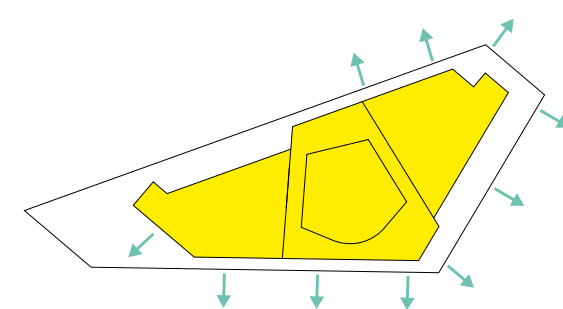


Ebene 24,00 und 26,00
BürgerInnenrat
extrovertiert und introvertiert

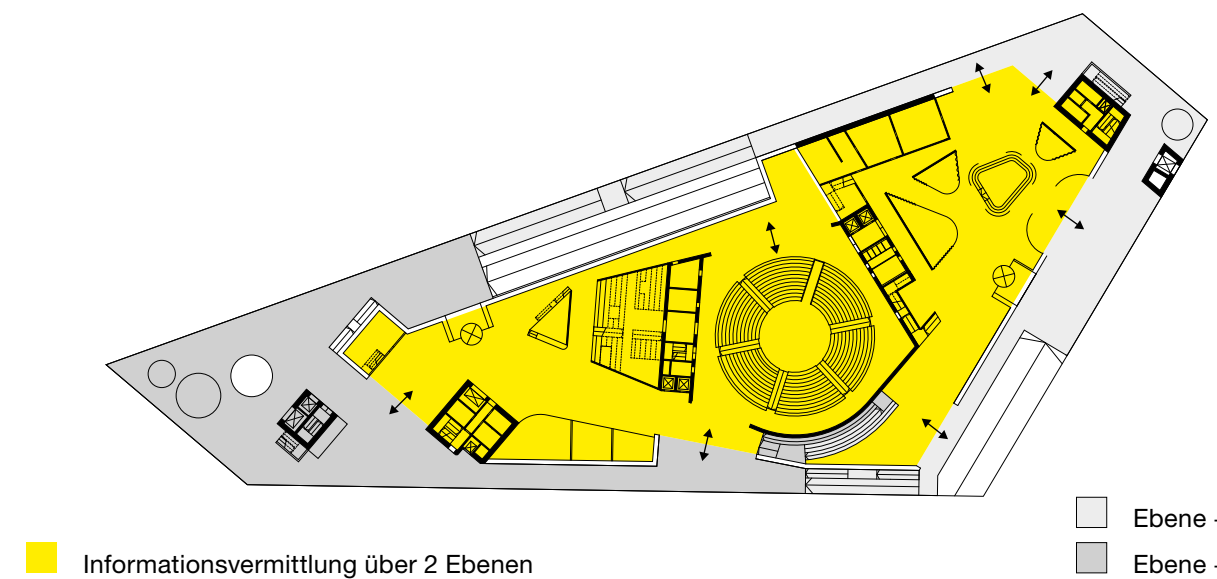


Herzstück
introvertiert

Extrovertierte und Introvertierte Bereiche



Die Vielfalt im Demokratieforum zeigt sich nicht nur in den Funktionen, sondern auch in den Räumen. Je nach Funktion wird eine andere Raumqualität, Atmosphäre und Beziehung mit der Umgebung verlangt. Deshalb findet man im Demokratieforum sowohl Räume, die direkt mit dem Außenraum und dem Umfeld in Beziehung treten und miteinander kommunizieren (1. Diagramm), Bereiche, die sowohl extrovertierte als auch introvertiert sind (2. Diagramm) und Räume, die introvertiert sind, damit der Fokus auf dem Austausch liegt (3. Diagramm).



Anordnung der Funktion "Informationsvermittlung" an die Eingangsebene +12,00 bzw. 16,00, um Zugang zur Information zu erleichtern

5.3. Raumprogramm

Funktionsverteilung im Demokratieforum

- CAFE / BAR / RESTAURANT

INFO - VERMITTLUNG

WORKSHOPRAUM, BESPREDHUNGSRAUM

STADTTERRASSEN

VERSAMMLUNGSRAUM

ARBEITSPLATZ FLEXIBEL
- ARBEITSPLATZ FIX

SOZIALRAUM, RÜCKZUG

AUSSTELLUNG

AUFZUG / FLUCHTTREPPENHAUS

NEBENRÄUME (LAGER, WC, TECHNIK, ETC.)

LUFTRAUM, LICHTHÖFE

Das Demokratieforum kann man sowohl als Brücke zwischen dem 1. und dem 2. Wiener Gemeindebezirk und über dem Donaukanal, aber auch als Symbol für eine neue, lebendigere Form der Demokratie sehen.

Der Zugang zu den Eingangsebenen (12,00 & 16,00) kann von beiden Bezirksseiten jeweils vom EG aus über zwei großzügige Rampen, einer Treppe, aber auch durch mehrere Aufzüge erfolgen. Trotz der zentralen Positionierung auf bzw. über dem Morzinplatz bleibt das Erdgeschoss offen und durchlässig. Auf den unteren Ebenen sind vor allem Lager und Technik angeordnet.

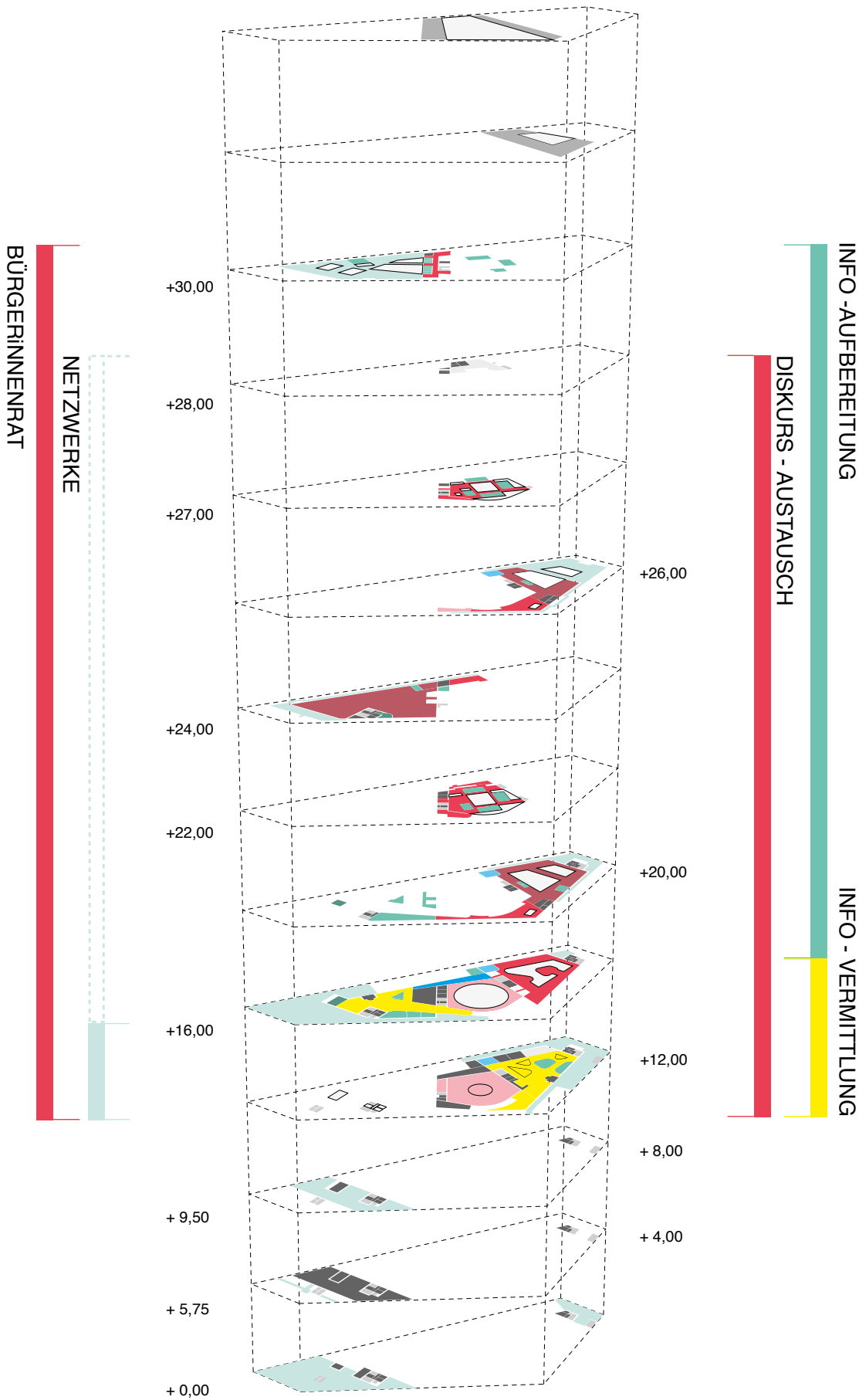
Der Haupteingang befindet sich dann auf den Ebenen 12,00 und 16,00, wobei diese durch einen außen liegenden Rundgang miteinander verbunden sind und somit verschiedene Ausblicke auf die Stadt, auf das Umland oder entlang des Donaukanals anbieten. Die Hauptfunktionen sind schließlich über mehrere Ebenen nach oben hin aufgeteilt, wobei sie sich um das in der Mitte liegende Herzstück, das als eine Art Gelenk fungiert, wickeln. Die Ebenen sind immer um ein bis zwei Meter voneinander versetzt, dadurch wird eine Abtrennung der Bereiche erzeugt und die Horizontalität trotzdem betont, was wiederum die hierarchie-freien Beratungsprozesses widerspiegelt.

Die Informationsvermittlung ist direkt an die Eingangsebenen angedockt, so kann das Eintreten in das Demokratieforum erleichtert und Hürden verhindert werden. Der Versammlungsraum als unterer Bereich des Herzstückes verbindet die Informations-vermittlungsebenen und schafft so eine Vielzahl an möglichen Beispielungen (z.B. Zusammenlegung des Ausstellungsbereiches mit dem Versammlungsraum

durch großzügige Öffnungen). Über der Informations-vermittlung befinden sich die Ebenen für die Informationsaufbereitung bzw. für die BürgerInnenräte (+20,00, + 24,00, + 26,00). Auf dieser Ebene sind vor allem flexible und fixe Arbeitsplätze untergebracht, aber auch Besprechungsräume. Die oberste Ebene (+30,00) kann man als Rückzugsebene betrachten. Sie besteht aus sogenannten Rückzugskojen, in welche sich Personen vor, während oder nach den Beratungsprozessen begeben können, um sich zu sammeln, zu sortieren oder auszuruhen. Gerade wenn es um Entscheidungsfindungsprozesse geht, spielen häufig Emotionen und aufgeladene Situationen eine große Rolle. Deshalb ist die Möglichkeit, sich für einen kurzen Zeitraum zurückzuziehen, sehr wichtig.

Das Herzstück als zentrale Funktion in der Mitte und eher introvertiert, beherbergt wie schon erwähnt den Versammlungsraum (+12,00 & +16,00), der verschieden bespielt werden kann, und zusätzlich nach oben hin einen offenen Bereich zum temporären Arbeiten, für Workshops, für Besprechungen, aber auch für Beratungsprozesse (max. 15 Personen, die über ein bestimmtes Thema sprechen). Das Innere des Herzstücks kann auch als eine Art "Labor" verstanden werden, in dem Demokratie gelebt wird. Durch einen großzügigen Lichthof sowie mehrere Galerien sind Blickbeziehungen im Herzstück und über die Ebenen hinaus möglich und zeigt, dass sich "etwas bewegt".

Wichtige Elemente sind auch die Stadterrassen, die über alle Ebenen verteilt und von unterschiedlichem Charakter sind. Der Freiraum am Schwedenplatz und Morzinplatz erstreckt sich über mehrere Ebenen. Das wird im Demorkatieforum fortgesetzt.



Raumprogramm Demokratieforum

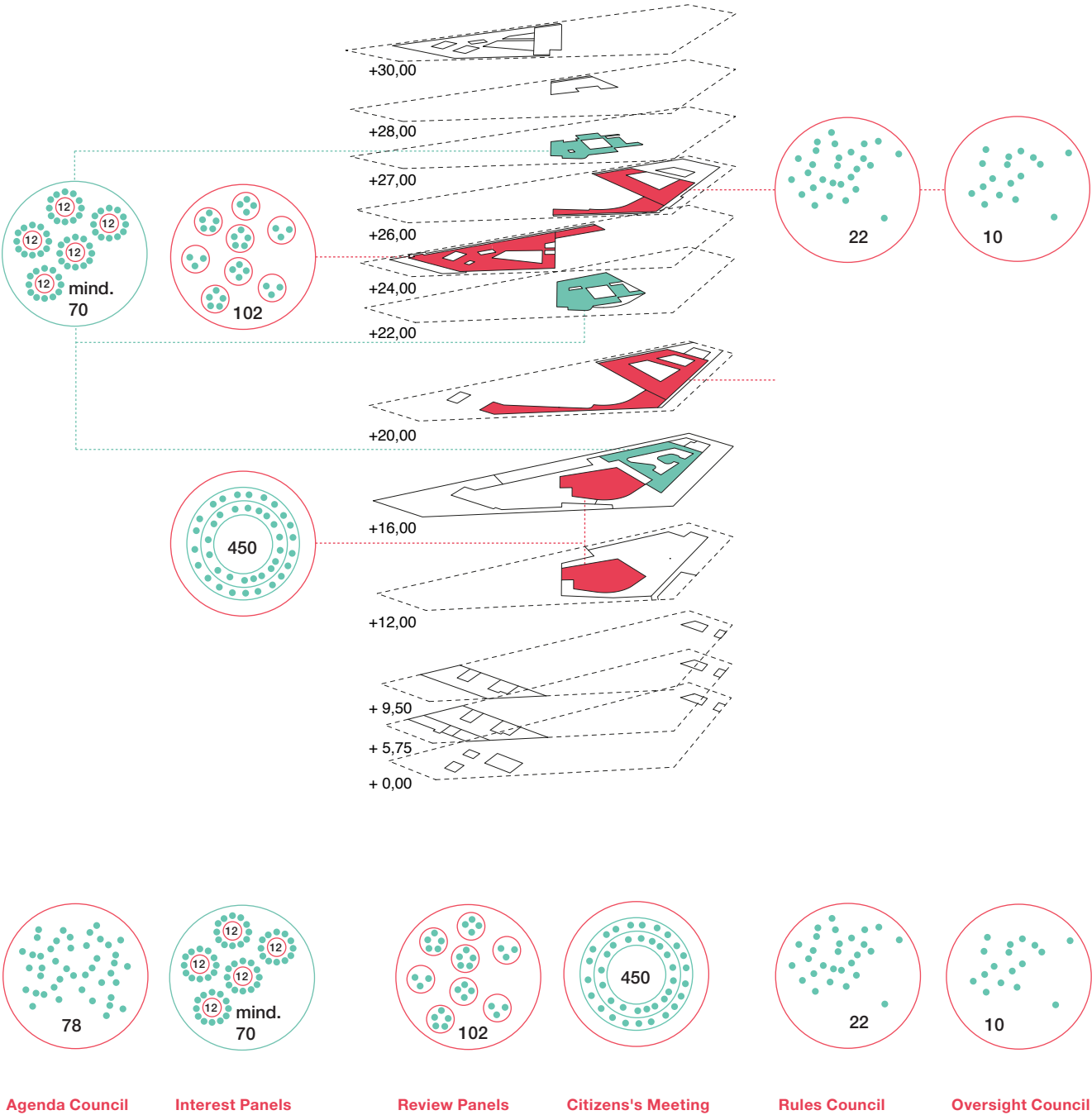
DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF

5.4. Funktionsverteilung BürgerInnenrat

"Multi-Body-Sortition" im Demokratieforum

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



Agenda Council Interest Panels Review Panels Citizens's Meeting Rules Council Oversight Council

BürgerInnenrat im Demokratieforum - Verteilung der Funktionen auf den einzelnen Ebenen

Agenda Council stellt die Agenda auf, wählt Themen für Gesetzgebung	
Größe	150-400 Leute, evtl. in Unterausschüssen ausgelost unter Freiwilligen
Zusammensetzung	fulltime
Dauer	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Rotation	nicht verlängerbar
Vergütung	Gehalt
- Themenvorgabe, aber keine Ausarbeitung	

78 fixe Arbeitsplätze, Gebäudeebene: +20,00
Besprechungsräume, Workshopräume

Interest Panels schlagen themengebundene Gesetzgebung vor	
Größe	12 pro Panel, Anzahl Panels unbegrenzt
Zusammensetzung	Freiwillige, die sich bewerben so oft sie wollen
Frequenz	Panel endet bei Deadline
Dauer	nein
Vergütung	nein
- Gruppe zu je 12, die jeweils einen Gesetzesvorschlag (oder Teil davon) einreicht	
- haben nicht das letzte Wort	
- Menschen mit Erfahrung können Expertise bündeln	

mind. 70 flexible Arbeitsplätze, Gebäudeebene: +16,00
Besprechungsräume, Workshopräume

Review Panels machen Gesetzesvorschläge anhand des Inputs von Interest Panels und Experten	
Größe	150, unterteilt in einzelne Panels; jede Panel zuständig für einen Bereich; Teilnehmer wählen ihre Panels nicht, werden zugeteilt
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen
Frequenz	fulltime
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
Gehalt und Zuschuss	
- für jeden Politikbereich gibt es einen Panel	
- Input kommt von Interest Panel, Einladen von Experten, Organisation, Anhörung	
- Übergang zum Entwurf v. Gesetzestexten	

102 fixe Arbeitsplätze, Gebäudeebene: +24,00
Besprechungsräume, Workshopräume

Citizen's Meeting stimmt über Gesetze ab, geheime Abstimmung nach öffentlicher Präsentation	
Größe	400, nur im Plenum
Zusammensetzung	ausgelost aus allen erwachsenen Bürgern, Teilnahme obligatorisch wenn über ein Gesetz abgestimmt werden muss
Frequenz	ein bis mehrere Tage
Dauer	Tagegeld und (Reise-)Kosten
Vergütung	

- keine feste Jury, bei jedem Gesetzesentwurf anderer Bürger
- Anhörung der Gesetzesvorschläge von Review Panel + Pro/Kontra
- danach Abstimmung
- Vortrag der Gesetzesvorschläge von neutralen Mitarbeitern
- Beschlüsse -- Gesetzeskraft

Platz für mind. 450 Personen
Versammlungsraum, Gebäudeebene: +12,00 & +16,00

Rules Council entscheidet über die Regeln und Verfahren der gesetzgebenden Arbeit	
Größe	ca. 50 Leute
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen (evtl. Ex-Teilnehmer)
Frequenz	fulltime (vor allem zu Beginn)
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
Gehalt	
- Erarbeitung von Verfahren für Auslosung, Anhörung, Abstimmung	

22 fixe Arbeitsplätze, Gebäudeebene: +26,00
Besprechungsräume, Workshopräume

Oversight Council kontrolliert den Gesetzgebungsprozess, behandelt Beschwerden	
Größe	ca. 20 Leute
Zusammensetzung	ausgelost unter Freiwilligen
Frequenz	fulltime
Rotation	3 Jahre (1/3 jedes Jahres)
Vergütung	nicht verlängerbar
Gehalt	

- Aufsicht über Einhaltung der Verfahren + Behandlung von Beschwerden

10 fixe Arbeitsplätze, Gebäudeebene: +26,00
Besprechungsräume, Workshopräume

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF

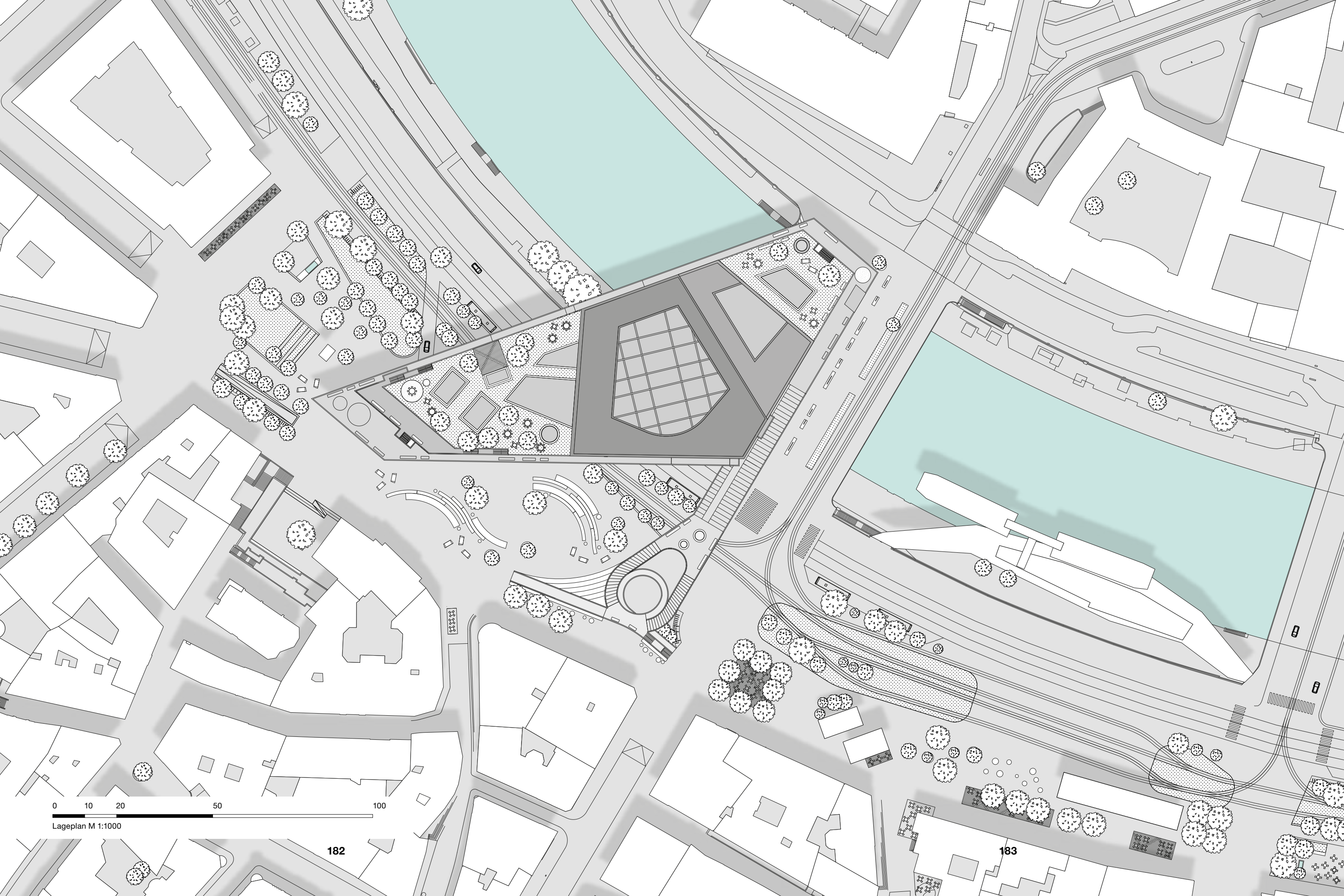
5.5. Plandarstellungen

Demokratieforum am Schwedenplatz / Morzinplatz



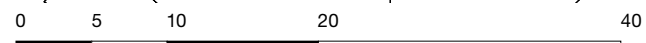
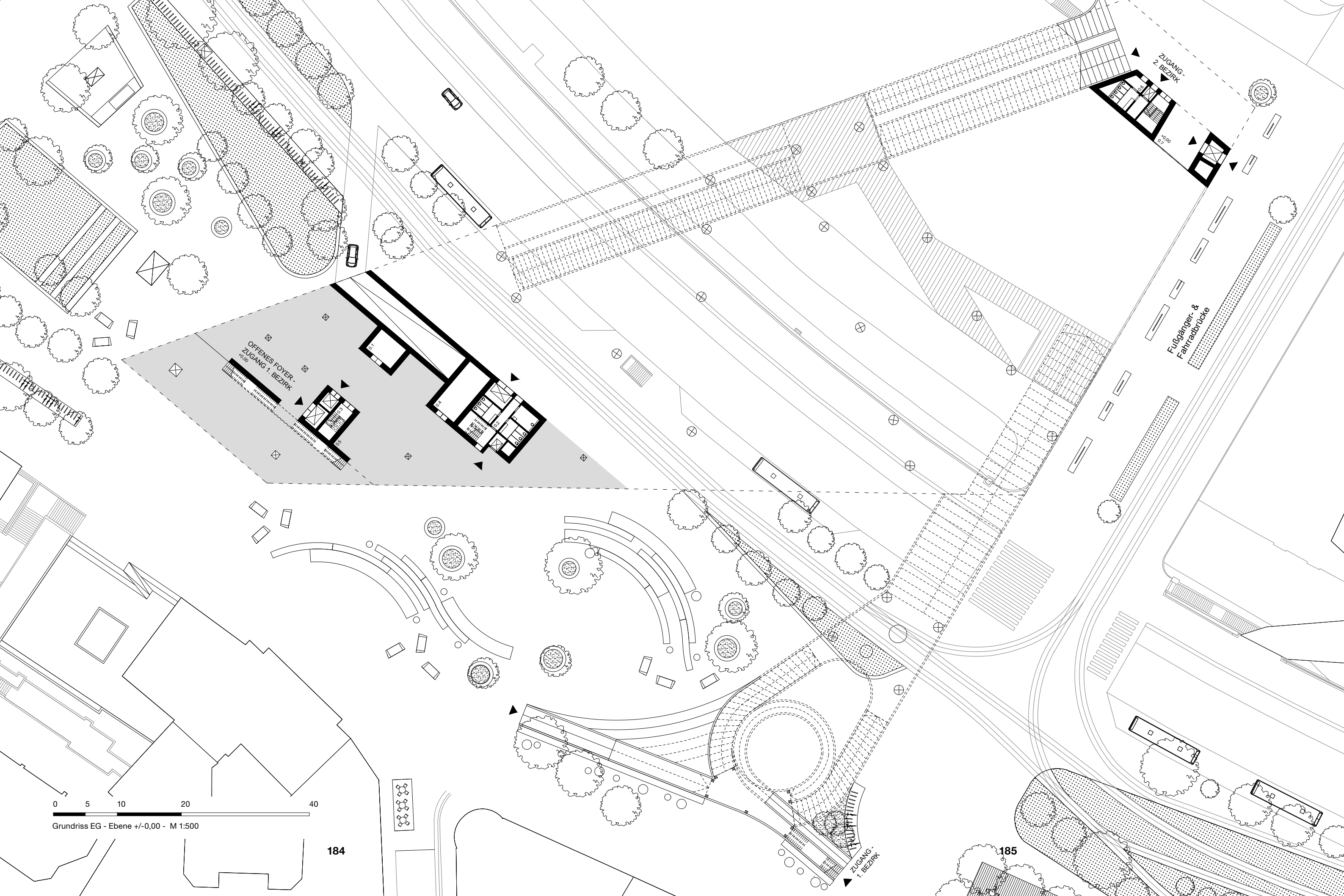
0 50 100 200 500

Schwarzplan M 1:5000

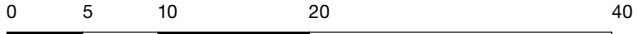
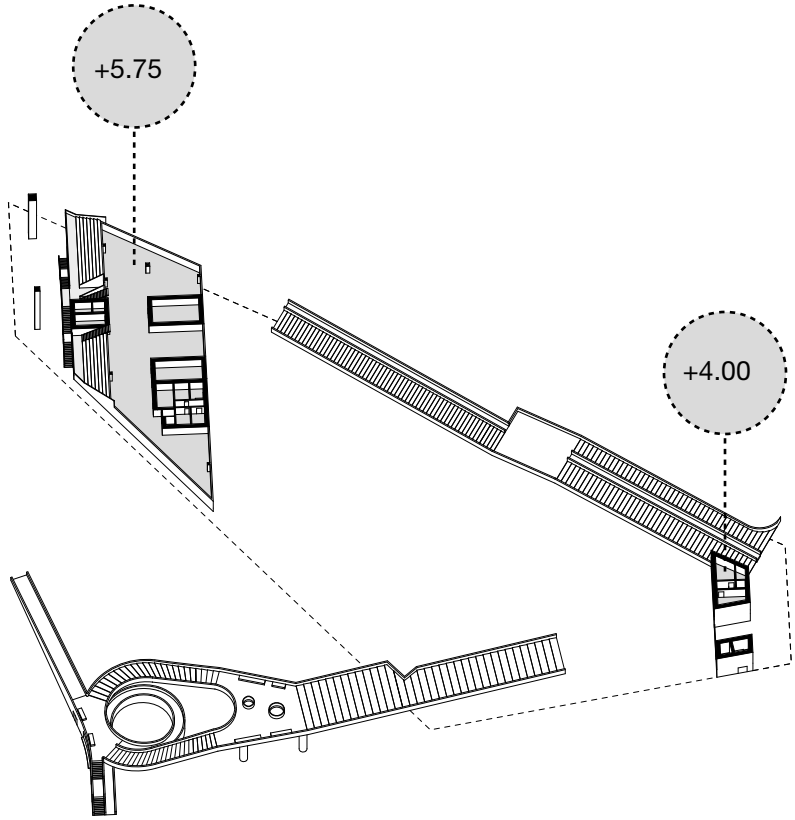


0 10 20 50 100

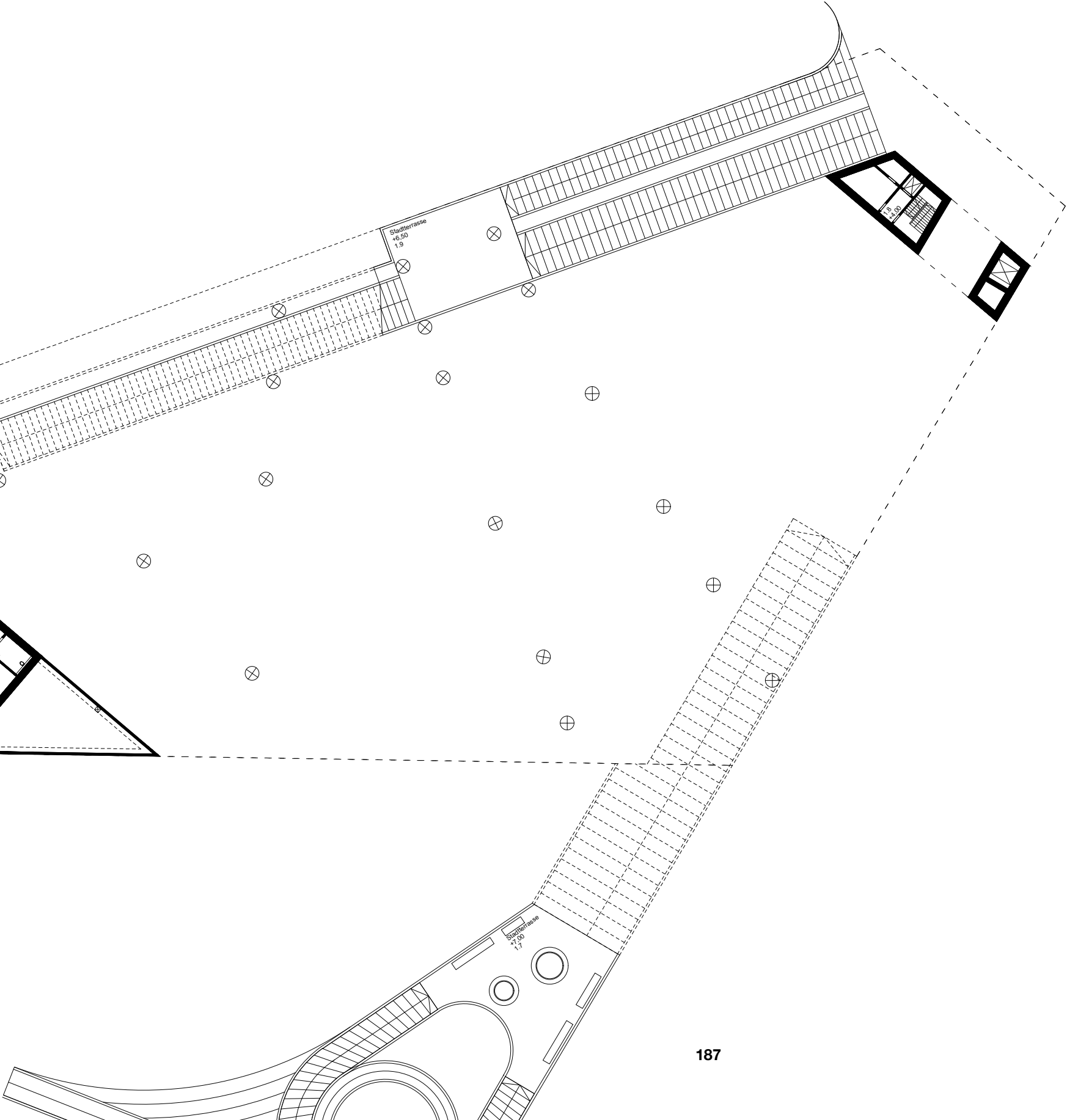
Lageplan M 1:1000

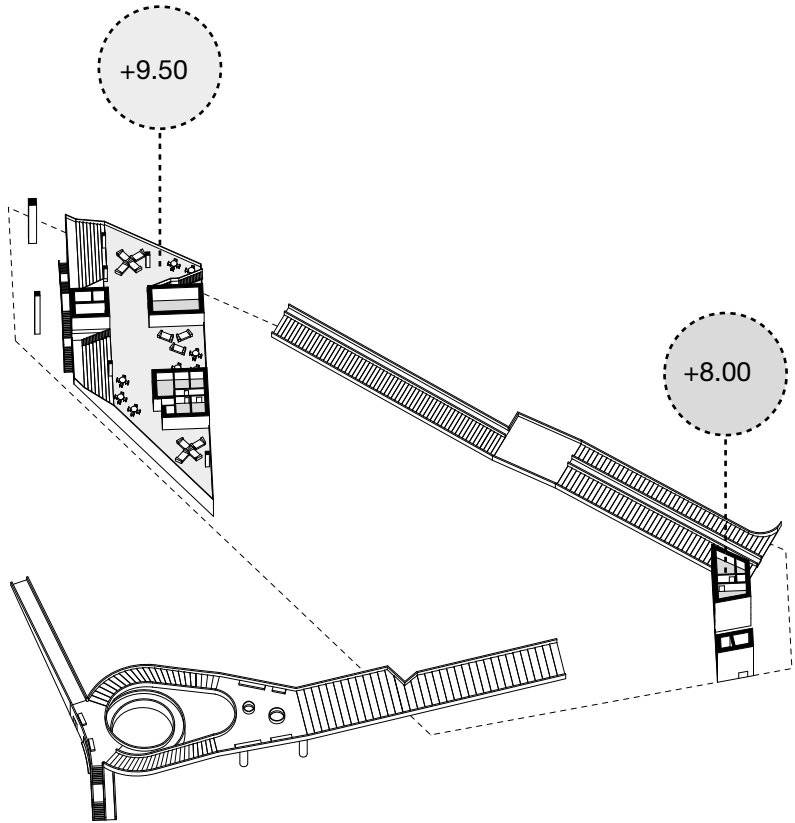


Grundriss EG - Ebene +/-0,00 - M 1:500



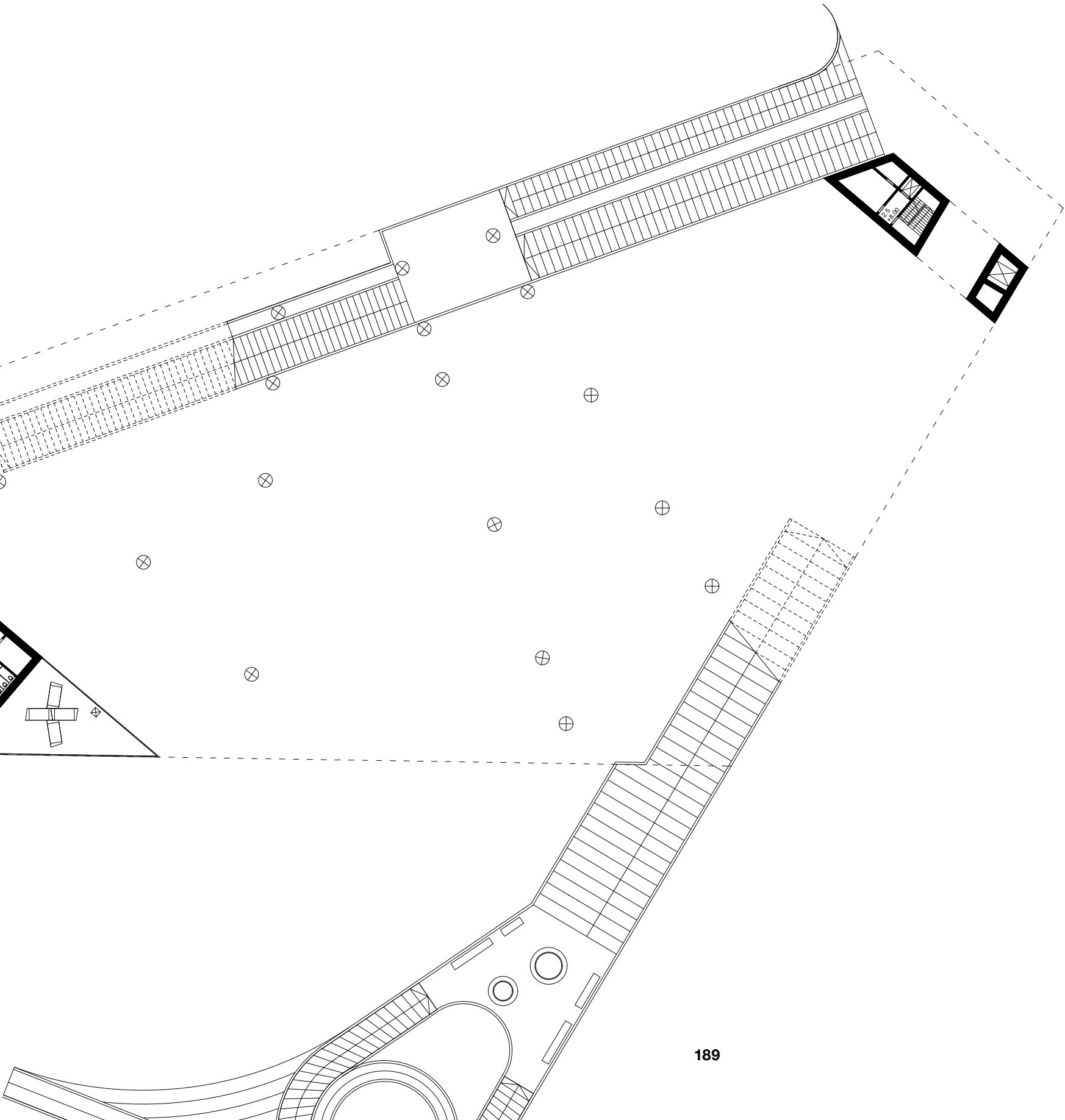
Grundriss 1.OG - Ebene +5,75 / +4,00 - M 1:500

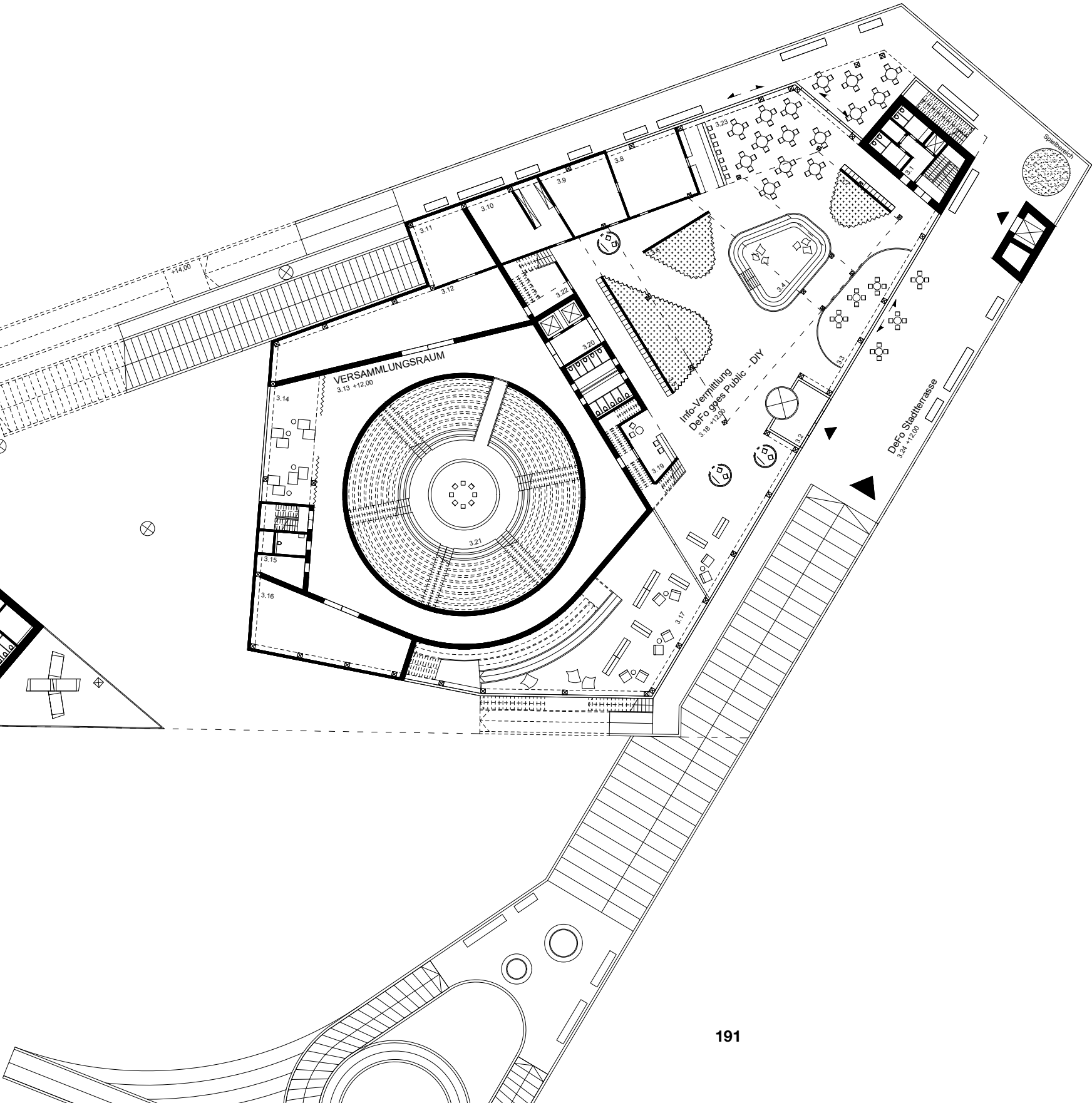
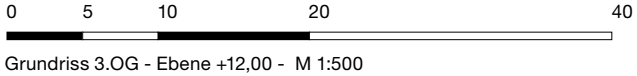
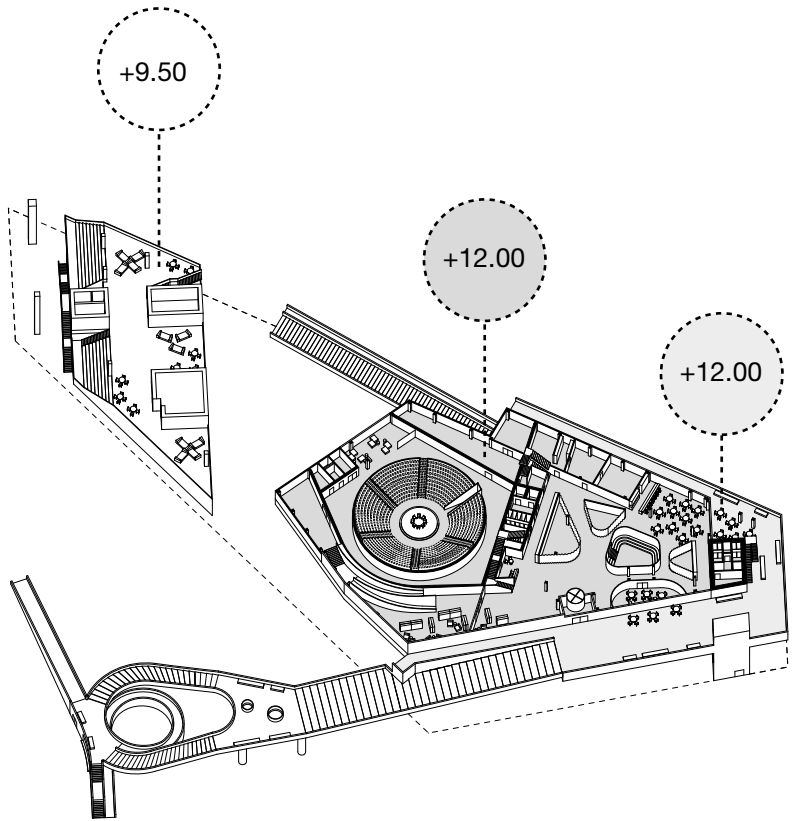


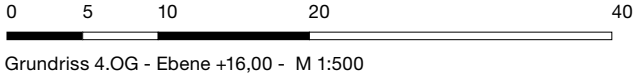
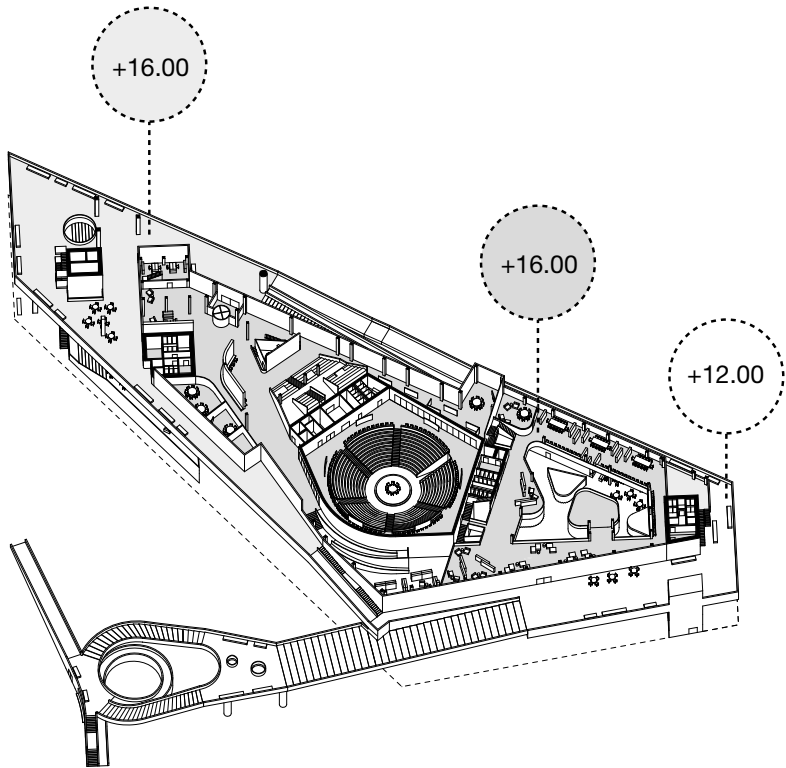


0 5 10 20 40

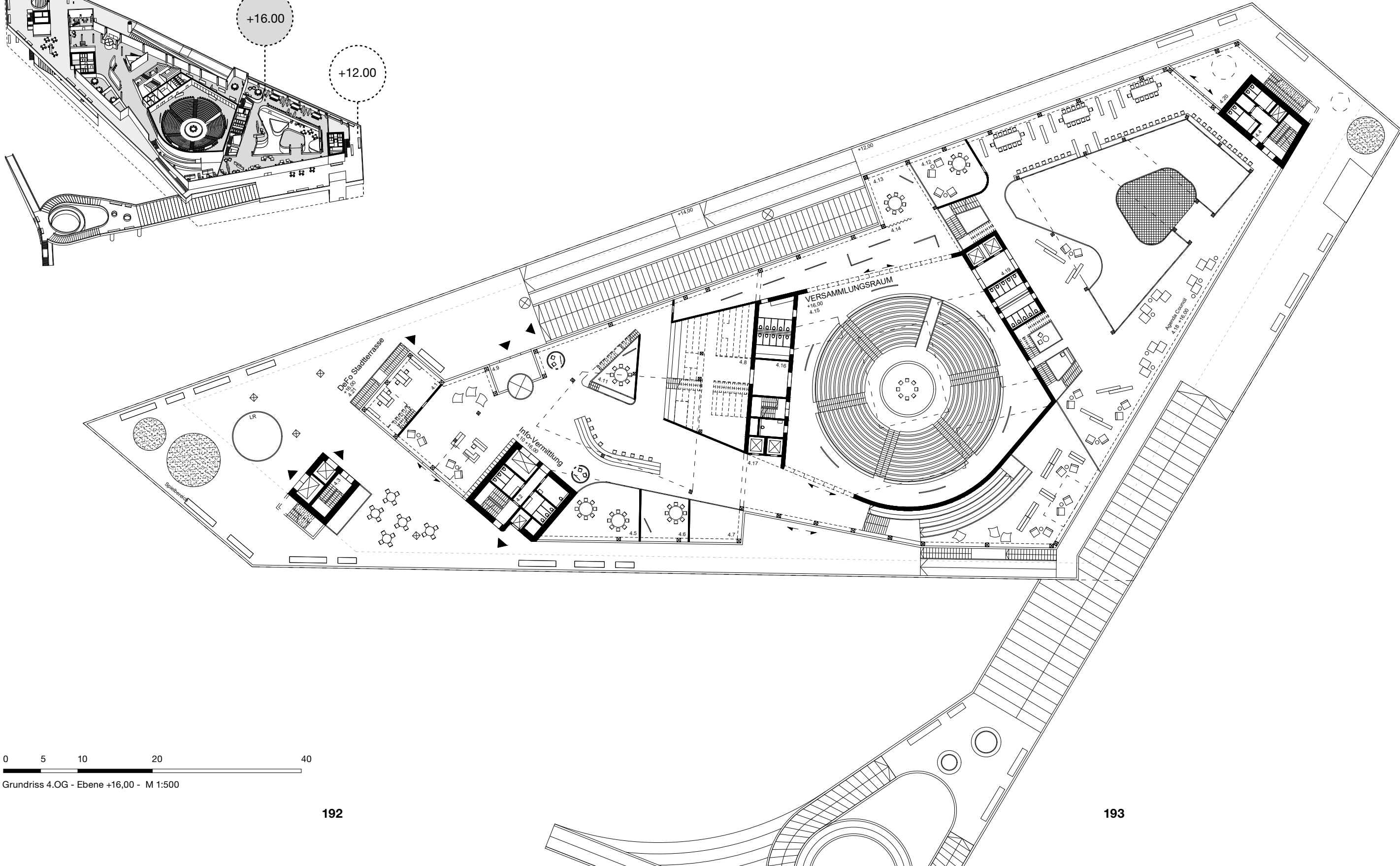
Grundriss 2.OG - Ebene +9,50 / +8,00 - M 1:500

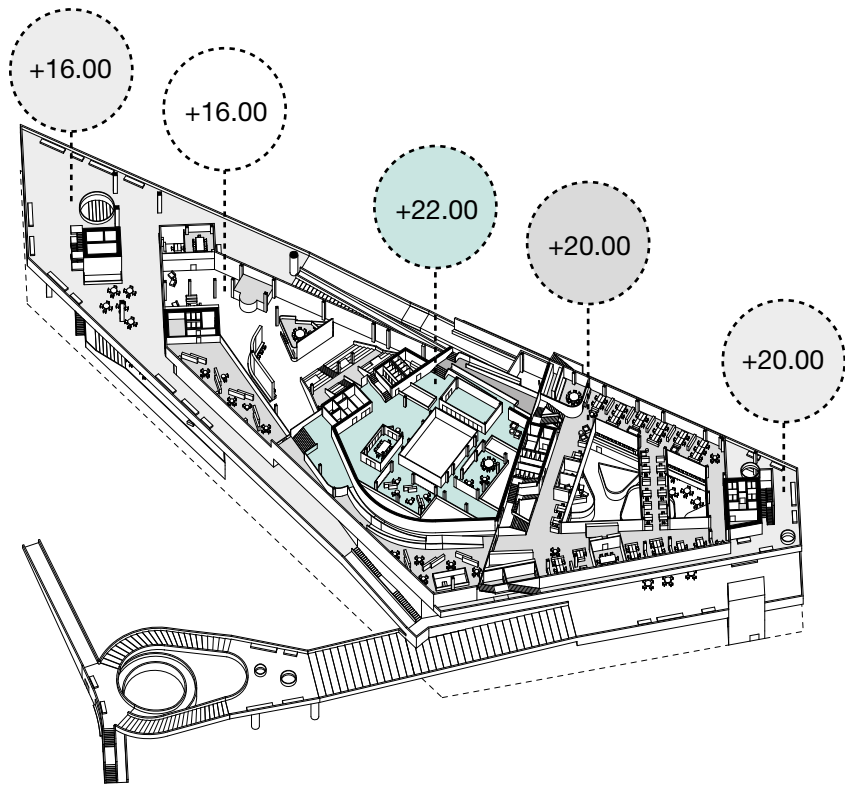




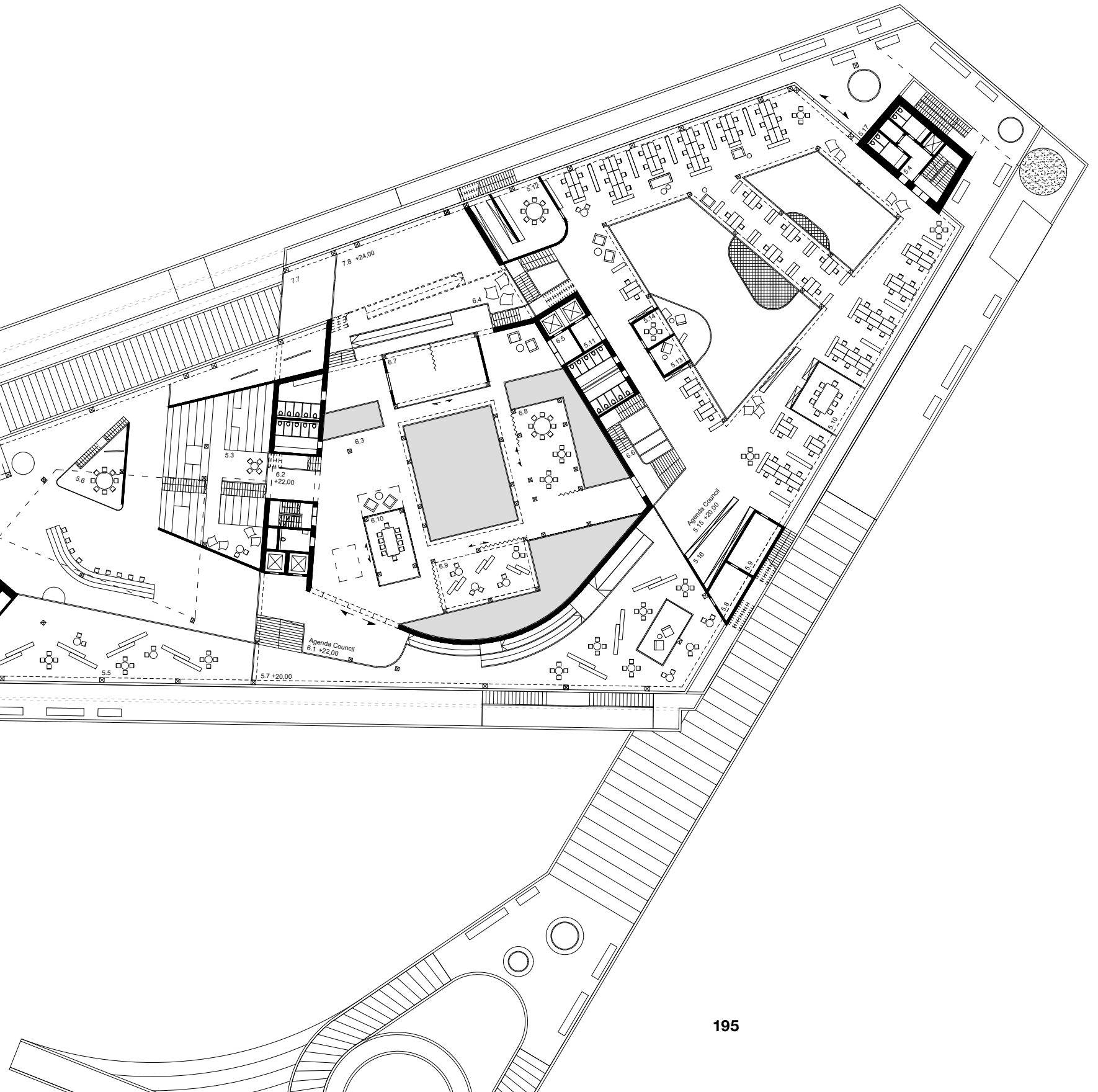


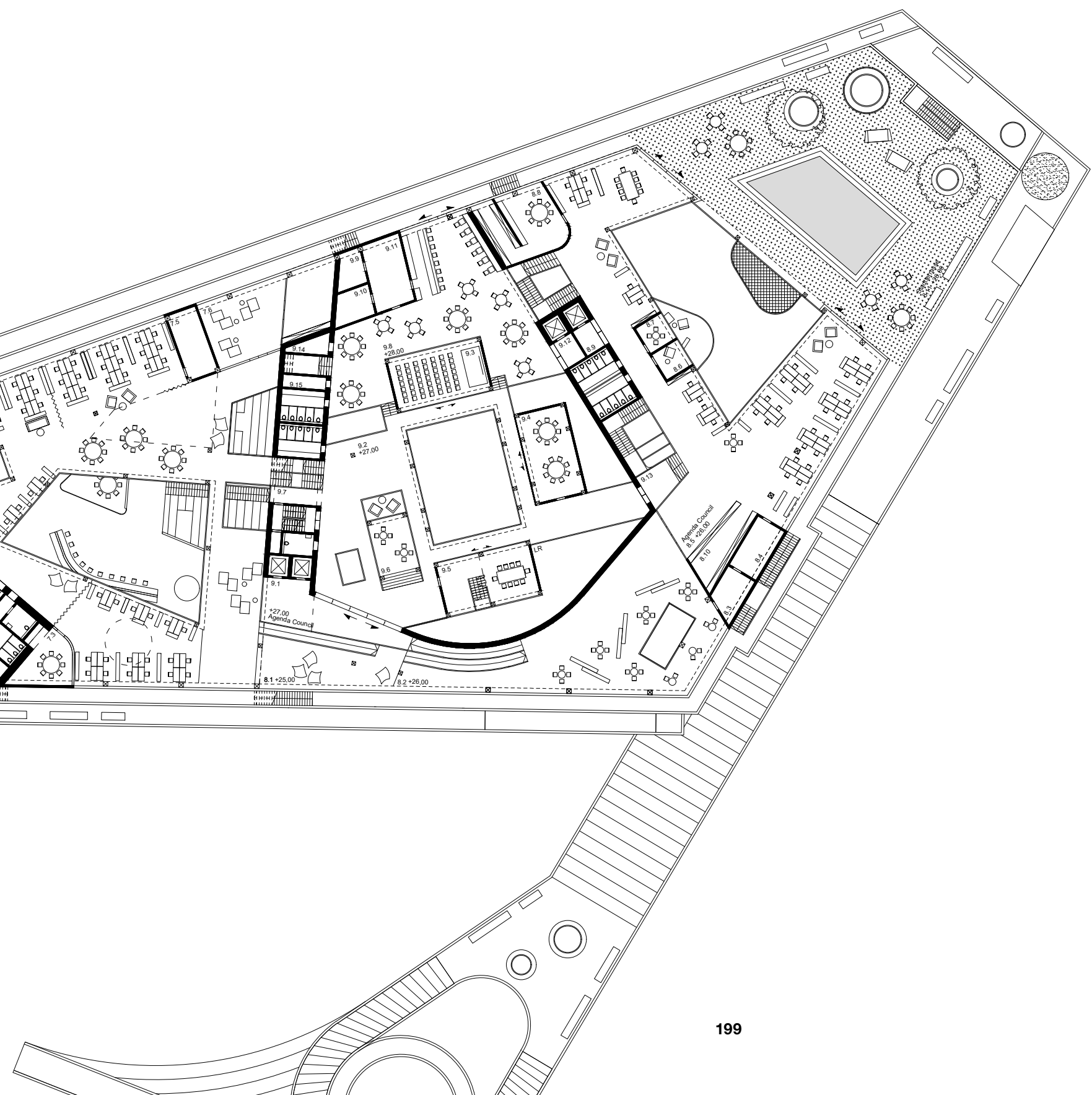
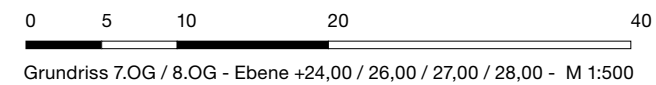
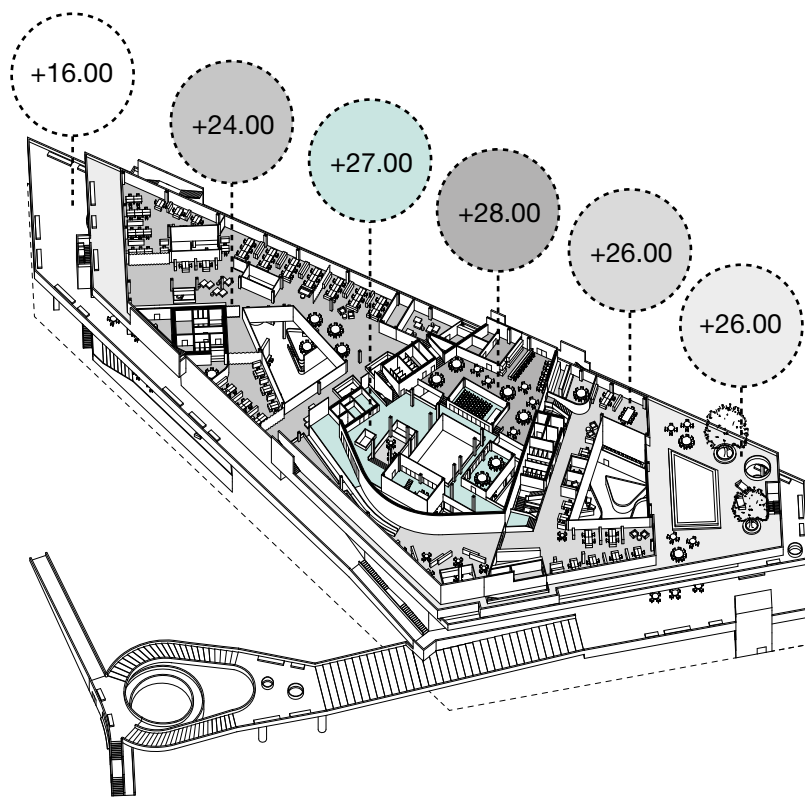
Grundriss 4.OG - Ebene +16,00 - M 1:500

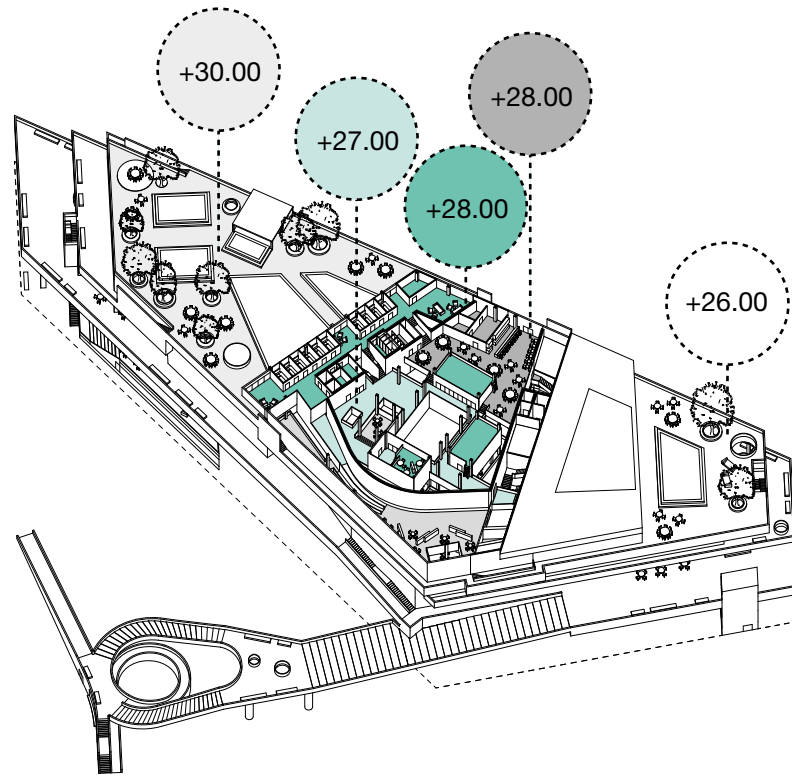




0 5 10 20 40
 Grundriss 4.OG / 5.OG / 6.OG - Ebene +16.00 / +20.00 / 22.00 - M 1:500

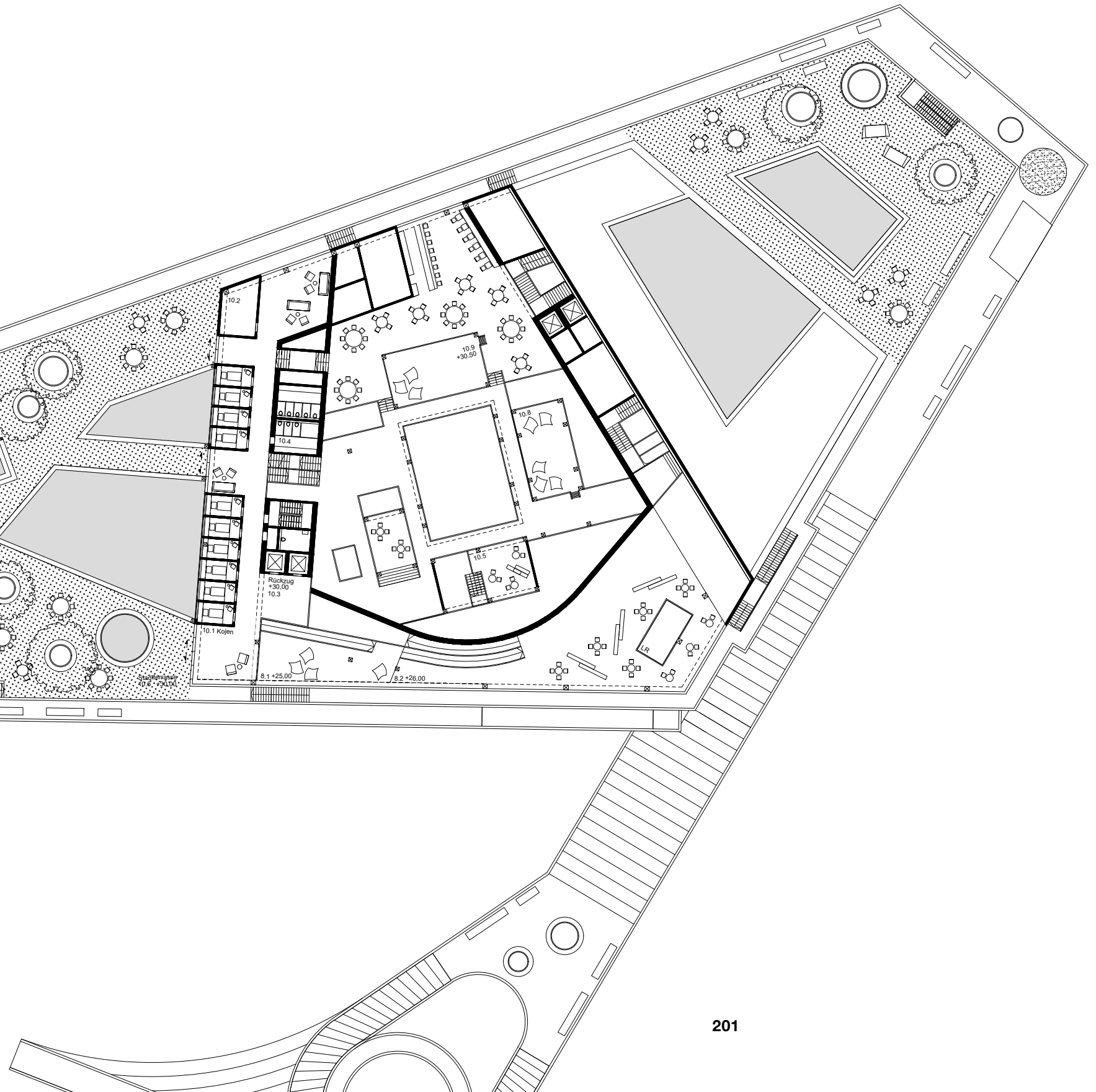


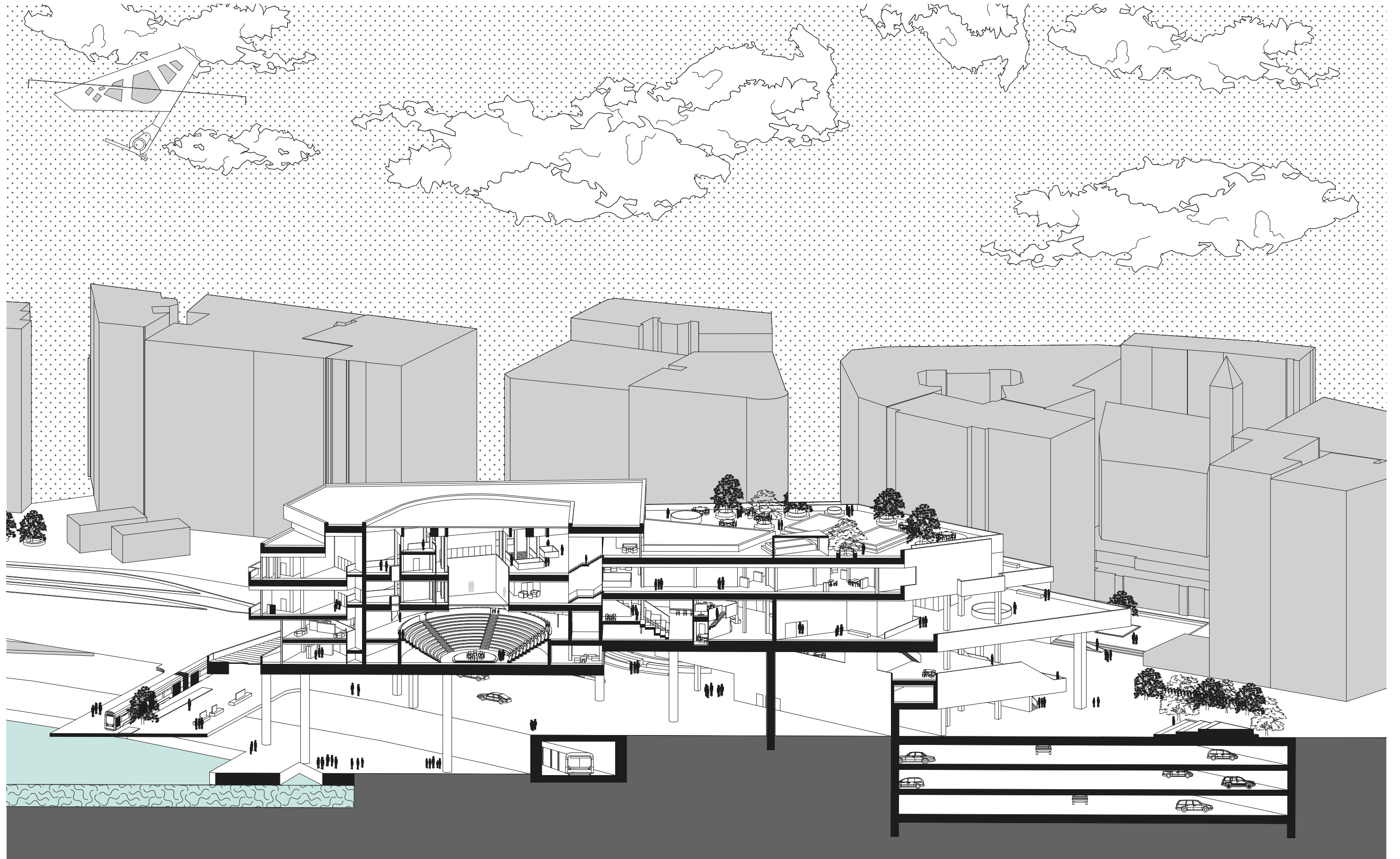




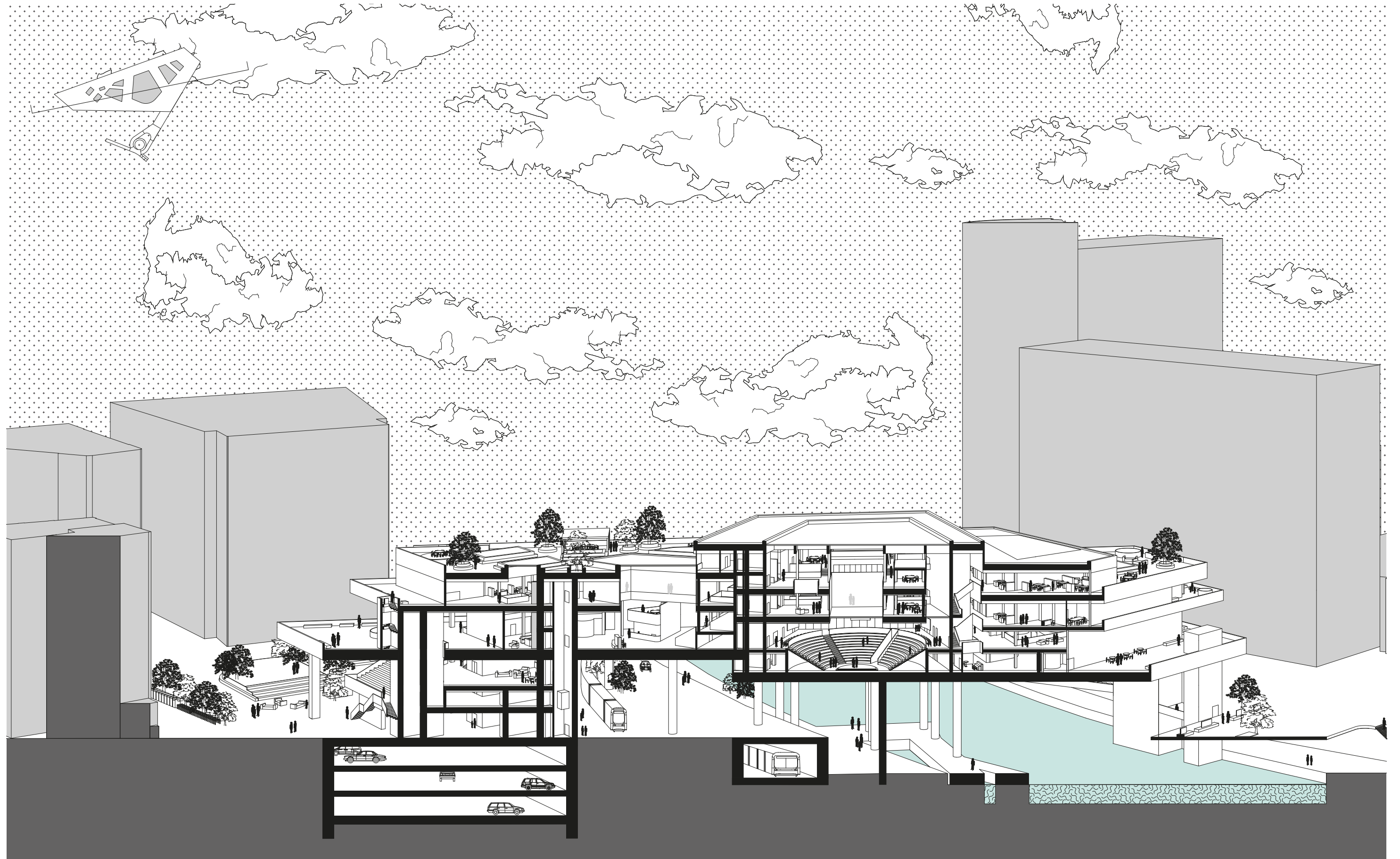
0 5 10 20 40

Grundriss 8.OG / 9.OG - Ebene +26,00 / 27,00 / 28,00 / 30,00 - M 1:500

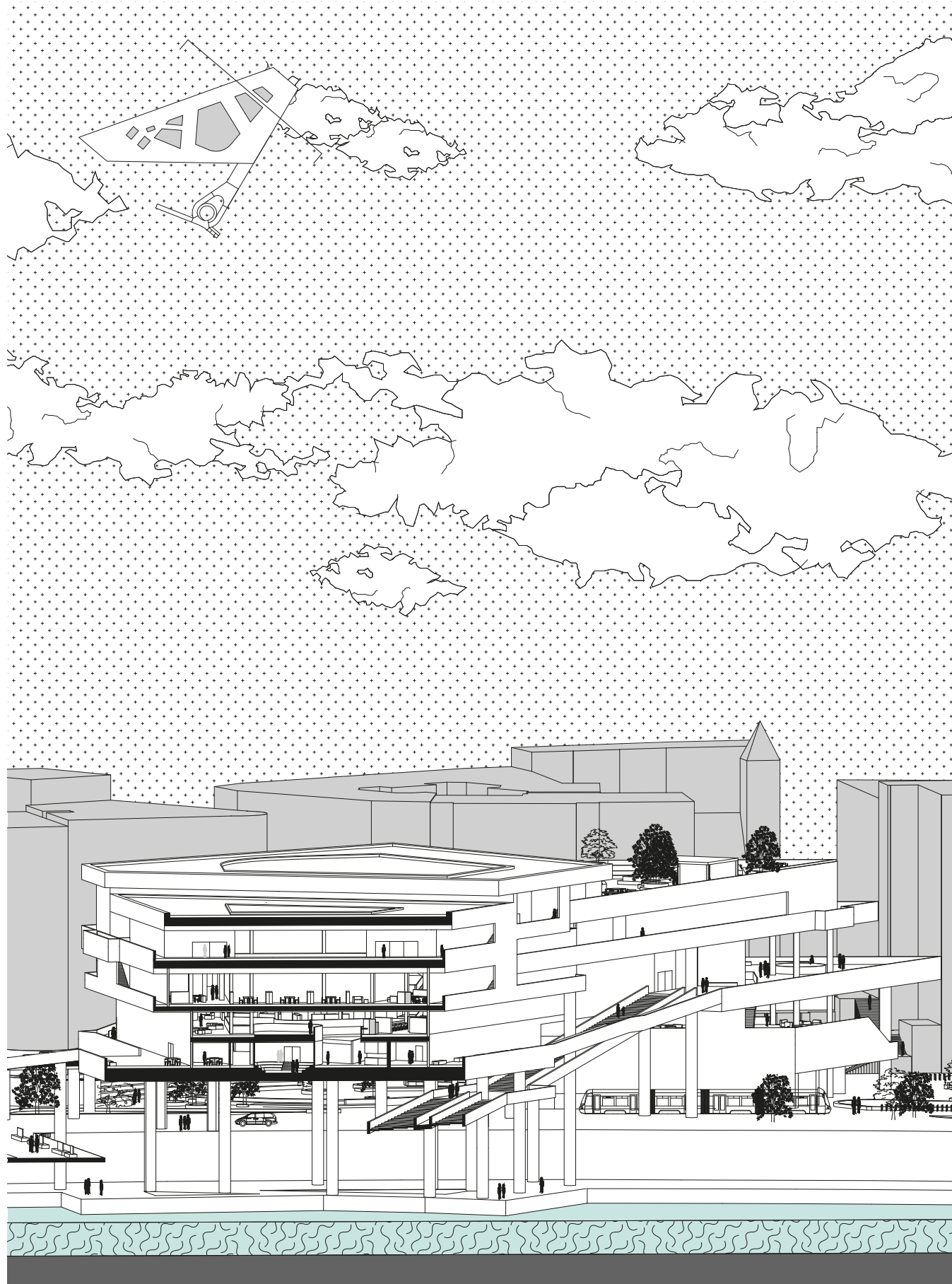




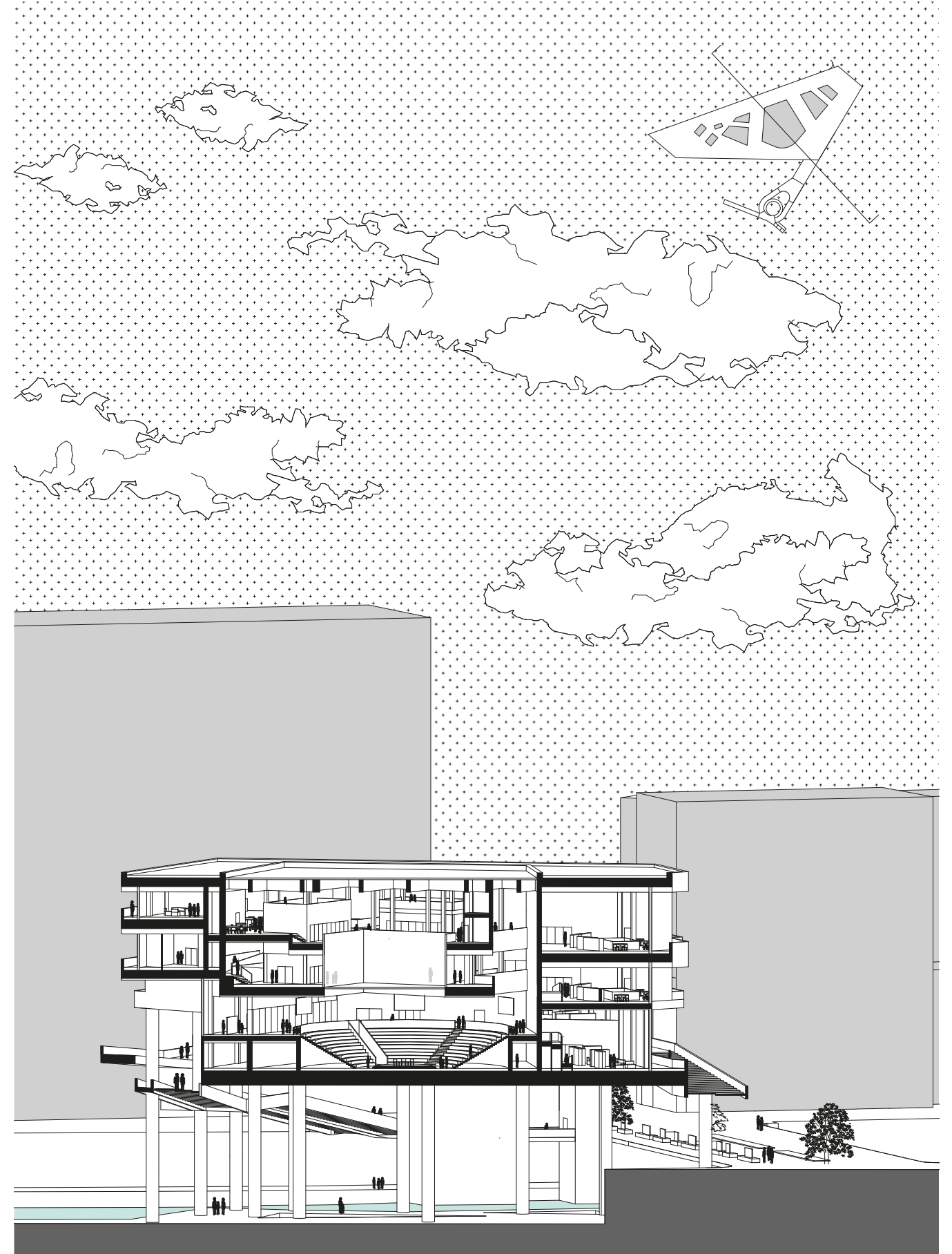
Schnittperspektive 1 - Blickrichtung 1. Bezirk



Schnittperspektive 2 - Blickrichtung Donaukanal flussaufwärts



Schnittperspektive 3 - Blickrichtung 1. Bezirk



Schnittperspektive 4 - Blickrichtung 2. Bezirk

5.6.
Schaubilder

Demokratieforum am Schwedenplatz / Morzinplatz

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



Zugang zum Demokratieforum vom 1. Bezirk über die Hauptrampe



Zugang zum Demokratieforum vom 2. Bezirk über die Hauptrampe

DEMOKRATIEFORUM - EIN ENTWURF



Informationsvermittlungsebene (+12,00) mit Blick zu den oberen Ebenen



Lichthof / BürgerInnenrat (Ebene + 24,00) mit Blick auf Informationsvermittlung (Ebene +16,00)



BürgerInnenrat, Ebene + 24,00



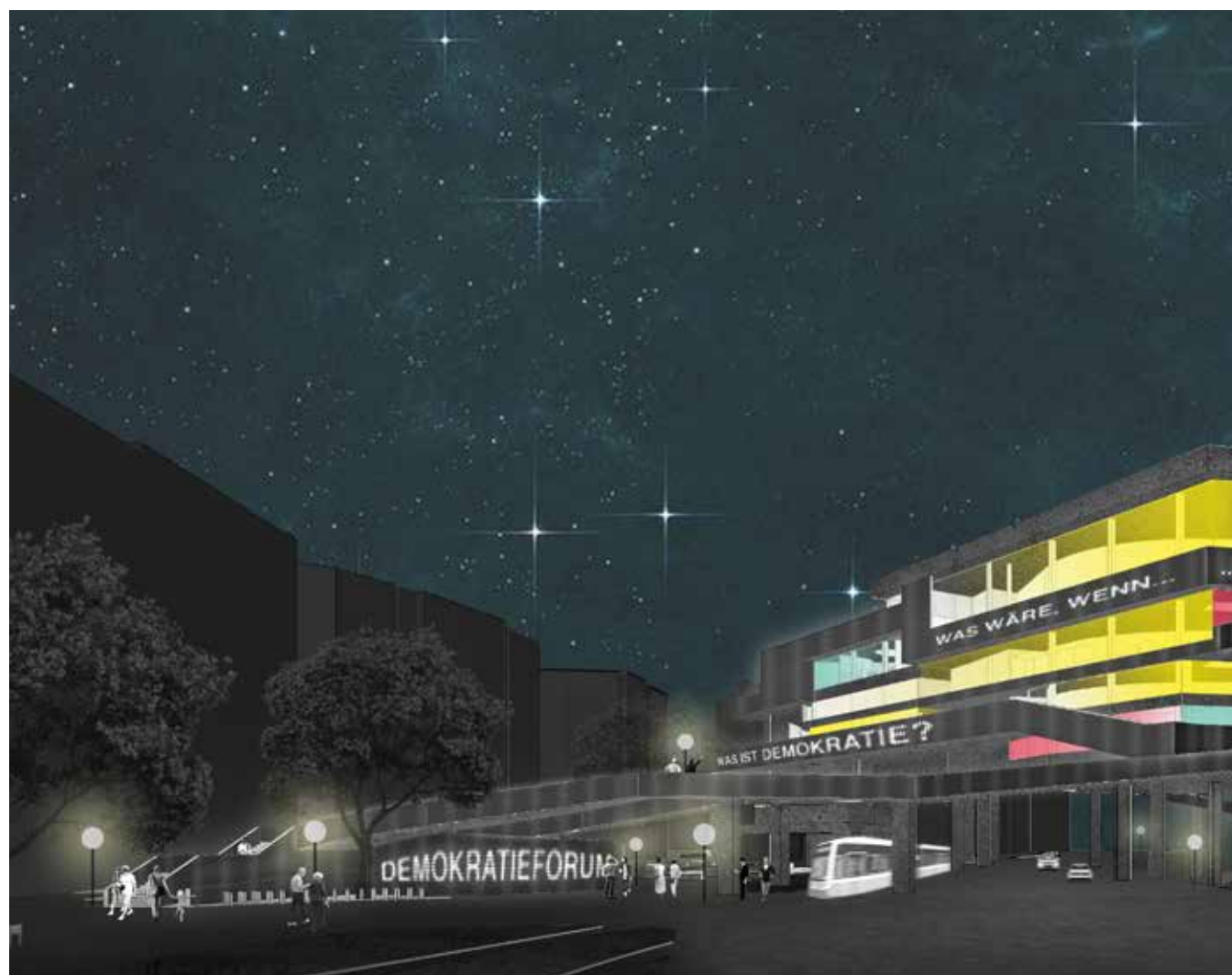
Stadterrasse als neuer Freiraum für alle



Versammlungsraum im Herzstück



Herzstück mit Blickbeziehungen zwischen den Ebenen



Demokratieforum nachts



5.7. Raumbezeichnung / Flächenangaben

Demokratieforum am Schwedenplatz / Morzinplatz

EBENE		RAUMNUMMER	RAUMBEZEICHNUNG	M²	AUSSEN/INNEN	HR/NR
0,00	0.1	0.2	Lager/Technik	19,73	I	NR
			Versorgungskern			
	0.2		WC Damen	10,50	I	NR
			WC Herren	10,50	I	NR
			WC Barrierefrei	9,56	I	NR
			Vorraum	7,55	I	NR
			Stiegenhaus	5,10	I	NR
			Stiegenhaus	4,20	I	NR
	0.3		Lager/Technik	4,02	I	NR
	0.4		Foyer/Vorplatz 1010	114,05	A	
	0.5	0.6	Versorgungskern			
			WC Allg.	15,71	I	NR
			Vorraum	5,04	I	NR
			Stiegenhaus	4,55	I	NR
			Vorplatz 1020	250,03	A	
			GESAMT	460,54		
5,75	1.1	1.2	Lager/Technik	45,70	I	NR
			Versorgungskern			
	1.2		WC Barrierefrei	9,56	I	NR
			Lager	10,50	I	NR
			Lager	10,50	I	NR
			Vorraum	7,55	I	NR
			Stiegenhaus	5,10	I	NR
	1.3		Stiegenhaus	4,20	I	NR
			Lager/Technik	559,59	I	NR
			Stadtterrasse	68,69	A	
3,50	1.6		Stadtterrasse Rampe	71,91	A	
7,00	1.7		Stadtterrasse Rampe	198,10	A	
4,00	1.8		Versorgungskern			
			Lager	5,04	I	NR
			Lager	15,71	I	NR
			Vorraum	6,08	I	NR
			Stiegenhaus	4,68	I	NR
6,50	1.9	1.10	Stadtterrasse Rampe	141,83	A	
			Lager/Technik	38,52	I	NR
			GESAMT	1203,26		
9,50	2.1	2.2	Lager/Technik	45,70	I	NR
			Versorgungskern			
			Lager	9,56	I	NR
			WC Damen	10,50	I	NR

8,00	2.3 2.4 2.5	WC Herren	10,50	I	NR		
		Vorraum	7,55	I	NR		
		Stiegenhaus	5,10	I	NR		
		Stiegenhaus	4,20	I	NR		
		Stadtterrasse	649,37	A			
		Versorgungskern					
		Lager	5,04	I	NR		
		Lager	15,71	I	NR		
		Vorraum	6,08	I	NR		
		Stiegenhaus	3,01	I	NR		
		GESAMT	772,32				
12,00	3.1	Versorgungskern					
		WC Damen	7,79	I	NR		
		WC Herren	7,63	I	NR		
		Lager	3,54	I	NR		
		Vorraum	9,08	I	NR		
		Stiegenhaus	4,09	I	NR		
		Eingangsbereich	27,60	I	HR		
		Workshop	52,03	I	HR		
		Workshop	71,89	I	HR		
		DeFo goes Public - Sehen	59,09	I	HR		
		DeFo goes Public - Hören	27,93	I	HR		
11,00	3.2 3.3 3.4 3.5 3.6 3.7 3.8 3.9 3.10 3.11 3.12 3.13 3.14 3.15	DeFo goes Public - Hören	20,23	I	HR		
		Küche	52,06	I	HR		
		Küche Lager	45,18	I	NR		
		Sozialraum	54,98	I	HR		
		Lager/Technik	42,20	I	NR		
		Lager/Technik	129,85	I	NR		
		Bühnenebene	358,89	I	HR		
		Foyer Bühnenebene	59,52	I	HR		
		Versorgungskern					
		Stiegenhaus	2,93	I	NR		
		WC Barrierefrei	7,62	I	NR		
	3.16 3.17 3.18 3.19 3.20 3.21 3.22 3.23 3.24	Lager	12,06	I	NR		
		Lager/Technik	87,32	I	NR		
		Bibliothek	177,94	I	HR		
		Eingangsfoyer Info-Vermittlung	636,59	I	HR		
		Information	22,17	I	HR		
		Versorgungskern					
		Vorraum	14,01	I	NR		
		WC Damen	14,33	I	NR		
		WC Herren	14,66	I	NR		
		Lager Information	27,42	I	NR		
		Bühne	115,03	I	HR		
	3.22 3.23 3.24	Lager/Technik	29,73	I	NR		
		Bar/Cafe	105,31	I	HR		
		Stadtterrasse Info-Vermittlung	881,54	A			
		GESAMT	3182,24				
		16,00	4.1 4.2 4.3 4.4 4.5 4.6 4.7 4.8 4.9 4.10 4.11 4.12 4.13 4.14 4.15 4.16	Organisation	41,65	I	HR
				Versorgungskern			
				WC Damen	10,50	I	NR
				WC Herren	10,50	I	NR
				WC Barrierefrei	9,56	I	NR
				Vorraum	7,55	I	NR
				Stiegenhaus	5,10	I	NR
Versorgungskern							
Stiegenhaus	4,20			I	NR		
Versorgungskern							
WC Damen	7,79			I	NR		
WC Herren	7,63	I	NR				
15,00	4.8 4.9 4.10 4.11 4.12 4.13 4.14 4.15 4.16	Lager	3,54	I	NR		
		Vorraum	9,08	I	NR		
		Stiegenhaus	4,09	I	NR		
		Workshop	71,79	I	HR		
		Workshop	37,18	I	HR		
		Workshop	29,79	I	HR		
		Lager/Technik	113,32	I	NR		
		Eingangsbereich	27,60	I	HR		
		Eingangsfoyer Info-Vermittlung	579,13	I	HR		
		Workshop	28,59	I	HR		
		Workshop	53,80	I	HR		
	4.13 4.14 4.15 4.16	Workshop	42,89	I	HR		
		Ausstellungsbereich	165,05	I	HR		
		Versamlungsraum	358,88	I	HR		
		Versorgungskern					
		WC Damen	19,54	I	NR		
		WC Herren	16,10	I	NR		
		WC Barrierefrei	7,63	I	NR		
		Stiegenhaus	3,25	I	NR		

		Vorraum	22,16	I	NR
	4.17	Bühnenfoyer	92,60	I	HR
	4.18	Info-Vermittlung DIY - AP	771,92	I	H
	4.19	Versorgungskern			
		Vorraum	14,01	I	NR
		WC Damen	14,33	I	NR
		WC Herren	14,66	I	NR
	4.20	Terrasse	55,19	A	
	4.21	Stadtterrasse	1330,04	A	
		GESAMT	3990,64		
20,00	5.1	Organisation	27,05	I	HR
	5.2	Versorgungskern	64		
		Vorraum	7,55	I	NR
		WC Allgemein	10,49	I	NR
		Stiegenhaus	9,64	I	NR
	5.3	Podest	58,89	I	HR
	5.4	Versorgungskern			
		WC Damen	7,79	I	NR
		WC Herren	7,63	I	NR
		Lager	3,54	I	NR
		Vorraum	9,08	I	NR
		Stiegenhaus	4,09	I	NR
	5.5	Workshop (Info-Vermittlung)	188,93	I	HR
	5.6	Workshop	32,98	I	HR
	5.7	Arbeitsbereich	250,92	I	HR
	5.8	Lager	12,78	I	NR
	5.9	Lager	16,81	I	NR
	5.10	Besprechungsraum	29,87	I	HR
	5.11	Versorgungskern			
		Vorraum	6,70	I	NR
		WC Damen	14,33	I	NR
		WC Herren	14,66	I	NR
	5.12	Teamraum	53,80	I	HR
	5.13	Rückzugsraum	8,68	I	HR
	5.14	Besprechungsraum	8,68	I	HR
	5.15	BürgerInnenrat Arbeitsplätze	751,23	I	HR
	5.16	Garderobe	30,66	I	NR
	5.17	Terrasse	293,39	A	
		GESAMT	1860,17		
22,00	6.1	Vorbereich	81,71	I	HR
	6.2	Versorgungskern			
		WC Damen	19,50	I	NR
		WC Herren	16,10	I	NR
		WC Barrierefrei	7,63	I	NR
		Stiegenhaus	3,25	I	NR
		Vorraum	18,29	I	NR
	6.3	offener Arbeitsbereich	389,92	I	HR
	6.4	Zwischenpodest	47,95	I	HR
	6.5	Vorraum	6,70	I	NR
	6.6	Treppe Podest	11,69	I	NR
	6.7	BürgerInnenrat	50,37	I	HR
	6.8	Workshop / temp. AP	52,00	I	HR
	6.9	Workshop / temp. AP	49,00	I	HR
	6.10	Besprechungsraum	31,82	I	HR
		GESAMT	785,93		
24,00	7.1	Versorgungskern			
		WC Damen	10,50	I	NR
		WC Herren	10,50	I	NR
		WC Barrierefrei	7,39	I	NR
		Vorraum	7,55	I	NR
		Lager	10,66	I	NR
		Stiegenhaus	9,64	I	NR
	7.2	Lager	20,26	I	NR
	7.3	Küche	27,32	I	HR
	7.4	BürgerInnenrat Arbeitsplätze	1158,03	I	HR
	7.5	Lager	22,09	I	NR
	7.6	Eingangsfoyer	57,36	I	HR
	7.7	Zwischenbereich	34,93	I	HR
	7.8	Podest offener Arbeitsbereich	108,44	I	HR
	7.9	Besprechungsraum	26,24	I	HR
	7.10	Stiegenhaus	5,43	I	NR
	7.11	Terrasse	342,52	A	
		GESAMT	1858,86		
26,00	8.1	Zwischenpodest	62,35	I	HR
	8.2	offener Arbeitsbereich	246,22	I	HR
	8.3	Lager	14,86	I	NR
	8.4	Lager	16,81	I	NR

	8.5	BürgerInnenrat AP	442,62	I	HR
	8.6	Rückzugsraum	8,68	I	HR
	8.7	Besprechungsraum	8,68	I	HR
	8.8	Sozialraum	53,80	I	HR
	8.9	Versorgungskern			
		Vorraum	6,70	I	NR
		WC Damen	14,33	I	NR
		WC Herren	14,66	I	NR
	8.10	Garderobe	30,21	I	NR
	8.11	Stadtterrasse	671,49	A	
		GESAMT	1591,41		
27,00	9.1	Vorbereich	54,71	I	HR
	9.2	offener Arbeitsbereich	265,48	I	HR
	9.3	Veranstaltungsraum	50,37	I	HR
	9.4	Workshop / temp. AP	47,52	I	HR
	9.5	Workshop / temp. AP	45,57	I	HR
	9.6	Workshop / temp. AP	24,08	I	HR
	9.7	Versorgungskern			
		Vorraum	9,43	I	NR
		WC Damen	16,11	I	NR
		WC Herren	16,08	I	NR
		WC Barrierefrei	7,63	I	NR
		Stiegenhaus	2,93	I	NR
28,00	9.8	Restauraunt/Bar	239,00	I	HR
	9.9	Lager Küche	9,38	I	NR
	9.10	Lager Küche	13,23	I	NR
	9.11	Küche	28,88	I	HR
	9.12	Vorraum	6,70	I	NR
	9.13	Treppe	7,84	I	NR
	9.14	Lager Restaurant	6,58	I	NR
	9.15	Lager Restaurant	6,11		NR
		GESAMT	857,63		
30,00	10.1	Zimmer/Kojen			
		1,00	6,92	I	HR
		2,00	6,60	I	HR
		3,00	6,60	I	HR
		4,00	6,60	I	HR
		5,00	6,60	I	HR
		6,00	6,89	I	HR
		7,00	4,72	I	HR
		8,00	4,44	I	HR
		9,00	4,44	I	HR
		10,00	4,72	I	HR
	10.2	Lager	18,89	I	NR
	10.3	Rückzugsbereich	216,86	I	HR
	10.4	Nassräume (WC+Dusche)	15,18	I	NR
30,50	10.5	Galerie Rückzugsbereich	28,85	I	HR
	10.6	Stadtterrasse	1331,24	A	
	10.7	BürgerInnenrat Pavillon	68,00	A	
30,50	10.8	Galerie Rückzugsbereich	53,13		HR
30,50	10.9	Galerie Rückzugsbereich	59,22		HR
		GESAMT	1849,90		

FLÄCHE GESAMT (außen + innen)18412,90 m²

Fläche Innen11945,51 m²
Fläche Außen6467,39 m²
Fläche NR2282,71 m²
Fläche HR9662,80 m²

Fläche Informationsvermittlung + Netzwerke (inkl. NR + Außenraum)7172,88 m²

Fläche Informationsaufbereitung + BürgerInnenrat (inkl. NR + Außenraum)8803,90 m²

ARBEITSPLÄTZE GESAMT (Info-Aufbereitung + BürgerInnenrat)488

Arbeitsplätze fix214
Arbeitsplätze flexibel / temporär274

6. SCHLUSSWORT UND AUSBLICK

"Es ist nicht möglich, die real existierende Demokratie zu definieren - als die einzig richtige. Aber es gibt viele Ausformungen, die demokratisch motiviert sind."

6.1. Schlusswort

Um die Bedeutung des Wortes Demokratie herauszufinden, steht eine Menge an möglichen Wegen zur Auswahl. Im ersten Teil dieser Diplomarbeit wurden einige dieser möglichen Herangehensweisen ausprobiert, um zu mehr Wissen über Demokratie zu gelangen.

Demokratie als Staatsform bedeutet, dass die Herrschaft vom Volk ausgeht. In einer repräsentativen Demokratie, wie sie unter anderem in Österreich Anwendung findet, werden durch Wahlen die Repräsentanten des Volkes gewählt und bemächtigt, dieses zu vertreten und in dessen Sinne Entscheidungen zu treffen. Doch Wahlen sind nicht das alleinige Erkennungsmerkmal einer Demokratie. Es gibt viele Methoden, demokratische Regierungsformen zu analysieren, deren Qualität zu messen und vergleichbar zu machen. Dabei spielen Faktoren wie Freiheit, Gleichheit, Kontrolle, Partizipation, Wahlprozesse, Pluralismus, Rechte, etc. eine wichtige Rolle.

Weiters sind beim Verständnis von Demokratie die unzähligen Demokratietheorien von großer Bedeutung, auch im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung eines demokratischen Regierungssystems. Dabei gibt es zum einen die Unterscheidung in normative (auch präskriptiv genannt, Abwiegen von Ist- und Soll-Zuständen) und empirische (auch deskriptiv bzw. realistisch genannt, Ableitung einer Theorie aus erfahrbarer Realität) Demokratietheorien und zum anderen eine Vielzahl an Modellen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Kriterien. Zu den bekannten Demokratietheorien zählt etwa die pluralistisch-repräsentative Demokratie, die direkte Demokratie oder die beteiligungszentrierte Demokratie. Darüber hinaus werden neue Formen wie etwa die Mediendemokratie oder Liquid Democracy aufgezeigt. Erst durch die Beschäftigung mit den vielen Varianten

kann man Rückschlüsse ziehen und sich eine eigene Meinung bilden.

So zeigt etwa, dass direkt demokratische Instrumente häufig als Ergänzung, Korrektiv oder Kontrolle von repräsentativen Regierungen verwendet werden und als „Top – Down“ Elemente fungieren, um beispielsweise die Opposition zu schwächen, die Meinung einer Partei zu stärken oder Verantwortung über wichtige Entscheidungen abzugeben. Außerdem wird veranschaulicht, dass direkte Demokratien das Volk in die Entscheidungsfindung vermehrt einbinden und dadurch den Prozess der Gesetzesbeschlüsse beschleunigen, jedoch im Gegensatz zur beteiligungszentrierten Demokratie Kommunikation, konsensorientiertes Handeln und die vielfältigen Meinungen einer Gesellschaft vernachlässigt werden.

Obwohl in der Demokratiedebatte immer wieder die athenische Demokratie als der Ursprung der heutigen demokratischen Regierungsformen herangezogen wird, ist die Kenntnis wichtig, dass es schon damals ein gesellschaftliches Ungleichgewicht in der Partizipation gegeben hat, denn nicht jeder Bürger durfte an den politischen Prozessen teilnehmen (Frauen, Sklaven, Zugezogene wurden beispielsweise ausgeschlossen). Und trotzdem gab es Elemente, die in der Gegenwart übernommen wurden (Wahlen) bzw. wieder angewendet werden könnten (Volksversammlung, Losverfahren).

So beschreibt David van Reybrouck in seinem Buch „Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist“ (englischer Titel „Against Elections – The Case for Democracy“) eine Alternative zu den repräsentativen Regierungssystemen bzw. zur Methode, allein durch Wahlen die Repräsentanten eines Volkes zu suchen. Er schlägt dabei das Losverfahrens vor als eine Möglichkeit, per Zufall möglichst viele

unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu versammeln und diese dann über bestimmte Themen diskutieren und Vorschläge erarbeiten zu lassen. Dadurch kann Korruption, Machtmissbrauch und Wahlfieber vermindert, dafür aber die Aufmerksamkeit auf das Gemeinwohl gestärkt und sowohl Effizienz als auch Legitimität erhöht werden. Hinzu kommt, dass durch die Wahl des Loses auch Menschen angesprochen und motiviert werden bzw. zu Wort kommen können, die sich von der momentan existierenden Politik nicht angesprochen und verstanden fühlen oder aber aufgrund von mangelnden Ressourcen nicht aktiv in der politischen Debatte teilnehmen können.

Zusätzlich zur Idee des Losverfahrens wird in seinem Buch auch das konkrete Modell „Multi-Body-Sortition“ vorgestellt und sehr anschaulich erklärt, wie genau dieser Bürgerbeteiligungsprozess aussehen kann. Dabei gibt es einerseits Versammlungen, die wichtige, gesellschaftlich relevante Themen sammeln und auf die Agenda setzen, themengebundene Gesetzgebungen vorschlagen, Gremien, die daraus - und anhand von Experteninputs - einen konkreten Gesetzesvorschlag formulieren und Versammlungen, in denen über die vorgetragenen Gesetze abgestimmt wird. Zusätzlich gibt es noch Kontroll- bzw. Beschwerdegremien und jene, die über Regeln und Verfahren der gesetzgebenden Prozesse wachen und entscheiden. Als Ausgangspunkt in diesem Konzept dient aber die Ansicht, dass jeder Mensch Experte seines eigenen Lebens ist und somit auch zu bestimmten Themen seine Erfahrungen einbringen kann.

Das Demokratieforum als Basisstation dient hierbei als Vorschlag, wie ein möglicher Raum für die oben angeführten Prozesse aussehen kann. Ein Gebäude, in dem sowohl Platz für Informationsaufbereitung, Informationsgewinnung, Diskussion, Auseinandersetzung, Versammlung und Abstimmung ist, als auch ein Raum für das kollektive Arbeiten und politische Mitwirkung zur Verfügung gestellt wird.

Das Demokratieforum als Bauwerk soll überdies als Symbol verstanden werden, dass der beteiligungszentrierten Demokratie eine wichtige, nicht vernachlässigbare Bedeutung zugesprochen werden muss, um einen Schritt in Richtung einer fortschrittlichen, dynamischen Demokratie zu machen. Politische Beteiligung durch eine bunte, vielfältige Gesellschaft ist entscheidend für das Vertrauen und die Zustimmung in unsere Politik. Das Demokratieforum als Basisstation und die Satelliten als Botschafter bringen großes Potential mit sich, um diese Bewegung zu unterstützen. Dazu braucht es aber von Seiten der Bevölkerung und der Politik den Willen und den Mut zur Partizipation und damit auch den Mut zu einer lebendigen Demokratie.

„Mut zur Partizipation und zu einer lebendigen Demokratie“

6.2. Ausblick

Um die Bürgerbeteiligung als notwendiges Element zur Entscheidungsfindung vom Experiment, wie es in dieser Diplomarbeit versucht wurde, in die Realität bzw. in die Form eines Gebäudes umzusetzen, bedarf es einer Vielzahl an zusätzlichen Schritten. Außerdem haben sich aus der Recherche, Analyse und der Entwurfsphase heraus viele weitere offene Fragen bzw. weitere Aufgaben entwickelt. Diese werden im Folgenden für potentielle Forschungsarbeiten festgehalten:

Offene Fragestellungen

Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen:

Welche Räume (Satelliten) zur Förderung von politischem Handeln seitens der Bevölkerung sind notwendig (z.B. Dorfgemeinschaft, Gemeindeebene, Landesebene, Bundesebene)? Ist der Gemeindesaal der richtige Ort für Bürgerbeteiligung seitens der Gemeindebewohnerinnen oder sind temporäre, bewegliche Module dafür besser geeignet?

Politische Teilhabe und die Gesellschaft:

Gibt es Unterschiede zwischen Mann und Frau, Jung und Alt, Land und Stadt und welche Rückschlüsse aus den sozioökonomischen Hintergründen können daraus geschlossen bzw. welche Schritte getätigt werden, um eine Bürgerbeteiligung in allen Gesellschaftsschichten zu forcieren. Wie bzw. kann Raum dabei helfen?

Verhältnis Raumatmosphäre zu Beteiligung von Bürgern:

Ist anhand unterschiedlicher Räume eine Veränderung des Verhaltens der Bürger in Entscheidungsfindungsprozessen und Diskussionsrunden erkennbar?

Weitere Aufgaben für PlanerInnen / VermittlerInnen / Engagierte

Analyse verschiedenster „Satelliten“ und Erstellung eines „Satelliten-Kataloges“ als Tool zur Förderung von politischer Teilhabe:

Welche „Satelliten“ fördern politische Kommunikation. Welche „Satelliten“ erreichen die sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten. Der Katalog könnte als wichtiges Tool dienen für engagierte Menschen, die als VermittlerInnen tätig werden möchten. In Verbindung mit einer Online-Plattform (siehe nächster Absatz) als Gegenstück zum Demokratieforum können Beispiele gelebter Demokratie gesammelt, in den Katalog aufgenommen bzw. auf die Plattform gestellt und für alle Bürger zugänglich gemacht werden. Durch eine Einteilung in Kategorien könnte ein zukünftiger, den Umständen entsprechend geeigneter Satellit schneller gefunden werden (z.B. Demokratie in der Schule aufleben lassen #Schule #Kinder #Spiel #Kommunikationsmittel #DIY – so können unterschiedliche, bereits angewendete Beispiele – etwa ein Möbelstück, ein Raum, ein Spiel – gefunden, adaptiert und angewendet werden).

Wie könnte das Gegenstück zum Demokratieforum (dem physischen Raum) im virtuellen Raum aussehen?

Eine Plattform für Netzwerke, Satelliten, VermittlerInnen, Engagierte, Interessierte und Neugierige, eine Plattform zur gezielten Förderung des Austausches zwischen Bevölkerung, Informationsvermittlern, Informationsaufbereitern, Satelliten (das kann in Form von Fotos, Kategorien, Anwendungsbeispielen, Bauanleitungen, Planmaterial, Spielanleitungen, etc. passieren).

Dokumentation von Bürgerbeteiligungsverfahren zur weiteren Analyse:

Ist eine Veränderung der Wahrnehmung aufgrund der Auseinandersetzung mit anderen Menschen und deren Meinungen und Ansichten feststellbar? Ist eine Veränderung der Kompetenzwahrnehmung vor, während und nach den Prozessen der Entscheidungsfindung nachweisbar?

Weitere Aufgaben für PolitikerInnen

Implementierung von Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen (Gemeindeebene, Landesebene, Bundesebene):

Dabei ist seitens der Politik der Wille und das Vertrauen in die BürgerInnen zwingend notwendig, aber auch das Bewusstsein, dass vermehrte Bürgerbeteiligung zu einem steigenden Vertrauen seitens der Bürger in die Politik führt und nicht zu Machtverlust. Außerdem ist eine geeignete, stufenweise Implementierung der Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen notwendig, damit sich die Menschen individuell auf mehr politische Teilhabe vorbereiten und einstellen können. Zudem erfordert es geeignete Rahmenbedingungen, damit Bürger die Möglichkeit, die Zeit und auch die Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, sich einzubringen und mitzumachen. (z.B. Steuernachlass bei Bürgerbeteiligung, aber auch berufliche Freistellung, finanzielle Vergütung, etc.).

Verpflichtende Einführung der Themen „Politische Bildung, Geschichte und Kommunikationsmethoden bzw. Kommunikationsmittel“ in der Schule:

Dadurch soll eine frühzeitige Sensibilisierung für bzw. Identifikation mit Demokratie und ein geschulter Umgang mit den notwendigen Mitteln/Medien erzeugt und forciert werden.

7. PERSÖNLICHES NACHWORT

*“Die Regierung kann in der
Demokratie nur erfolgreich wirken,
wenn sie getragen wird vom
demokratischen Engagement der
Bürger ...*

*Wir suchen keine Bewunderer; wir
brauchen Menschen, die kritisch
mitdenken, mitentscheiden und
mitverantworten.”*

7.

Demokratie neu gedacht

Mut zu einer lebendigen Demokratie.

PERSÖNLICHES NACHWORT

Das Verfassen dieser Arbeit war eine große Herausforderung, vor allem aber eine enorme Bereicherung für mich. Als ich mit meiner Diplomarbeit begonnen habe, wurde über die Zukunft der Demokratie in allen Medien berichtet und diskutiert. Es machte den Eindruck, dass Österreich politisch gesehen weiter nach rechts rücken und die Anzahl an autoritären Staatssystemen in Europa steigen würde. Dieses Gedankenspiel weiterverfolgen konnte und wollte ich nicht, deshalb entschied ich mich für das genaue Gegenteil, nämlich für das Experiment, unsere Demokratie wieder neu aufleben zu lassen durch mehr Bürgerbeteiligung in den politischen Entscheidungsfindungsprozessen und das Gedankenexperiment eines Demokratieforums. Zu diesem Zeitpunkt war mir allerdings nicht wirklich bewusst, welche Türen sich dabei öffnen würden und welche Themen damit eng verbunden sind.

Ein wichtiger Punkt, den ich im Zuge der Auseinandersetzung mit Demokratie und Bürgerbeteiligung gelernt habe ist, dass Demokratie auch heißt, Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung für sich selbst, aber auch für unsere Gesellschaft. Die Entwicklung vom sogenannten „Wutbürger“ ist meines Erachtens nach ein großer Rückschritt für unsere Demokratie. Es bedeutet, dass bestimmte WählerInnen und Wähler unter anderem das Abstrafen von Politikern vor ihre eigenen Interessen und die jene der Gesellschaft stellen. Deshalb ist folgendes Zitat von Max Frisch für mich ein ganz besonders prägendes im Demokratieverständnis. „Demokratie heisst, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen“.

Ein weiterer Schlüsselmoment während der Erstellung dieser Diplomarbeit war die Auseinandersetzung mit Demokratietheorien, insbesondere mit jener der

direkten Demokratie und der deliberativen Demokratie. Es wird immer häufiger, aktuell auch von rechten Parteien, der Wunsch nach mehr direkter Demokratie geäußert, sprich Bürger sollen in Sachfragen häufiger und rascher Entscheidungen treffen. Das klingt im ersten Moment gut und wünschenswert. Allerdings empfinde ich es als falschen Ansatz, über bestimmte Themen mit einem klaren „Ja“ oder „Nein“ abzustimmen, da es ganz viele mögliche Antworten dazwischen gibt. Deshalb bevorzuge ich das Modell der deliberativen Demokratie nach Jürgen Habermas, in der die Beratung, die Auseinandersetzung mit vielfältigen Meinungen und der Konsens im Vordergrund steht.

Ein prägender Moment war das Treffen am 13. Februar 2017 im „Transform Büro“ mit Bernhard Zeilinger, Brigitte Kratzwald, Florian Bauernfeind, Katerina Anastasiou, Stefan Schartlmüller und Tamara Ehs. Bei dieser Zusammenkunft haben wir uns mit der Frage beschäftigt, wie Demokratie in Zukunft aussehen kann. Es war sehr schön zu sehen, dass Menschen aus unterschiedlichen Berufsgruppen das Engagement, die Bereitschaft und den Willen zeigen, in unserer Politik etwas zu bewegen, jeder auf seine eigene Art und Weise und doch in einem Kollektiv. Die Gespräche haben mir gezeigt, dass jeder seinen ganz eigenen Teil dazu beitragen kann, etwas zu verändern. Nicht die Art und Weise ist entscheidend, sondern das Wissen, dass jede Form von Engagement, ob klein oder groß, etwas bewirken kann.

Mit dieser Diplomarbeit habe ich auch die Frage gestellt, ob es einen gebauten Raum braucht im Falle von mehr politischer Teilhabe seitens der Bürger. Meiner Meinung nach braucht es definitiv den phy-

sischen Raum als Gegenspieler zum virtuellen Raum. Politische Entscheidungen zu treffen bedeutet ganz oft, Entscheidungen für und über Menschen zu fällen. Das verlangt auch die persönliche Auseinandersetzung mit den Betroffenen, das Zuhören und das Austauschen von Argumenten und Meinungen. Würde dies allein nur mehr im virtuellen Raum passieren, würde es vielleicht das Mitmachen erleichtern, da viele Hürden wegfallen. Aber es würden zweifelsfrei auch viele Elemente verloren gehen, die ein konstruktives und fruchtbares Gespräch ausmachen. Ein Gespräch von Angesicht zu Angesicht mitsamt der Spontaneität, der Reaktion und vielleicht auch der Emotion.

Häufig ist der Moment, während man über Politik spricht, mit sehr persönlichen Ansichten und Emotionen verbunden. Ich wünsche mir, dass sich Menschen im Gespräch auf einer hierarchiefreien Ebene begegnen mit dem Wissen im Hintergrund, dass es Gründe für die politischen Ansichten und Meinungen der anderen gibt. Ich denke, dass man sein Gegenüber erst erreichen kann, wenn man zu verstehen versucht.

Mit dieser Diplomarbeit werde ich die Politik nicht verändern können. Auch ist mein Entwurf für ein Demokratieforum bestimmt nicht der einzig richtige, sondern nur ein möglicher. Allerdings, wenn sich nur ein paar Menschen für einen kurzen Moment vorstellen, wie ein Gebäude aussehen kann, in dem Menschen politische Entscheidungen treffen und über politische Themen diskutieren und streiten dürfen, oder wie es wäre, selbst in so einem Partizipationsprozess mitzuwirken, dann habe auch ich meinen kleinen Teil dazu beigetragen und das Ziel dieser Diplomarbeit erreicht.

„Democracy means that the future is open, and it is up to us to create it“

Mark Purcell, 2017

PERSÖNLICHES NACHWORT

8. ANHANG

S. 234
S. 240
S. 244
S. 248
S. 252

8.1. Quellenverzeichnis
8.2. Literaturverzeichnis
8.3. Onlinequellen
8.4. Abbildungsverzeichnis
8.5. Zitate

8.1. Quellenverzeichnis

Anhang

1. Einführung Demokratie

1. Zitat von Heinz Galinski in Hardt / Negri 2012, S. 489
2. vgl. Nolte 2012, S. 17
3. vgl. Bronner 2017, Titel „Demokratie unter Druck“
4. Nolte 2012, S. 9ff
5. Nolte 2012, S. 11
6. Reybrouck 2016, S. 12
7. Reybrouck 2016, S. 12
8. SORA Studie 2017, S. 13, S. 21
9. Crouch 2015
10. Ehs 2017, S. 9
11. Reybrouck 2017, S.111
12. Nanz/Leggewie 2016
13. Zitat von Max Frisch in Hardt / Negri 2012, S. 525

2. DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

2.1. EINFÜHRUNG DEMOKRATIE

1. vgl. Kriesi 2013, S. 102
2. Kriesi 2013, S. 104
3. Kriesi 2013, S. 104
4. vgl. Kriesi 2013, S. 103
5. vgl. Kriesi 2013, S. 104
6. Schmidt 2006, S. 19
7. Schmidt 2006, S. 19
8. Kriesi 2013, S. 102
9. vgl. Jung 2012
10. Abraham Lincoln, The Ghattysburg Address, Ghattysburg, 1863, zit. nach Jung 2012,
11. Dachs 2008, S. 22
12. Vgl. Campbell / Barth 2009, S. 211
13. vgl. Schmidt 2006, S. 20
14. vgl. Jung 2012
15. Sartori, G. (1997): Demokratietheorie. Darmstadt, S. 16

2.2. DEMOKRATIEGESCHICHTE

2.2.1. DER URSPRUNG DER DEMOKRATIE

1. vgl. Paul Nolte 2012, S. 26
2. vgl. Paul Nolte 2012, S. 27
3. vgl. Hans Vorländer 2014, S. 1
4. vgl. Hans Vorländer 2014, S. 2
5. vgl. Paul Nolte 2012, S. 37
6. vgl. Hans Vorländer 2014, S. 2
7. Paul Nolte 2012, S. 30
8. Paul Nolte 2012, S. 38
9. vgl. Hans Vorländer 2014, S. 3
10. Cicero, M.T. 54-51 v.Chr., De re publica, zit. nach Vorländer 2014, S. 1
11. vgl. Paul Nolte 2012, S. 41
12. vgl. Paul Nolte 2012, S. 41
13. vgl. Paul Nolte 2012, S. 41-42
14. vgl. Paul Nolte 2012, S. 41
15. vgl. Paul Nolte 2012, S. 42-43
16. vgl. Paul Nolte 2012, S. 44- 45

2.2.2. DEMOKRATIEENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH SEIT DEM 19. JAHRHUNDERT

Für den Inhalt dieser Grafik wurde vor allem der Artikel „Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhun- dert“ von Oliver Rathkolb als Grundlage herangezogen:
Rathkolb, O. (2008): Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert, In:
http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_demokratieentwicklung.pdf am: 21.09.2016.

2.3. DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH - EINE BESTANDSAUFNAHME

1. Advantage Austria 2016, Politisches System
2. vgl. Parlament o.V. o.J., Grundprinzipien der Bundesverfassung
3. Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Artikel 1, Fassung vom 15.09.2016
4. vgl. Parlament o.V. o.J., Grundprinzipien der Bundesverfassung
5. vgl. Parlament o.V. o.J., Grundprinzipien der Bundesverfassung
6. vgl. Huntington 1991, The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, Norman, vgl Przeworski u.a. 1996, What Makes Democracies Endure, in: Journal of Democracy 7 (1), o.O., S. 39-55, zit. nach Decker/Lewandowsky/Solar 2013 – S. 40
7. vgl. Parlament o.V. o.J., Wahlen
8. Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Fassung vom 22.10.2017, Artikel 26
9. vgl. Parlament o.V. o.J., Grundsätze des Wahlrechts
10. vgl. Parlament o.V. o.J., Grundsätze des Wahlrechts
11. vgl. Decker/Lewandowsky (2013), S. 40ff
12. Hänggeli o.J., Wofür soll ich stimmen? Meinungsbildung in Abstimmungskampagnen, o.O., zit. nach Kriesi 2013, S. 432
13. vgl. Pelinka 1994, Die Zukunft der direkten Demokratie, Wien, S. 185-197, zit. nach Demokratiezentrum Wien o.V, o.J.
14. vgl. Rosenberger/Seeber (2007), S. 1
15. vgl. Demokratiezentrum Wien o.V., o.J., Direkte Demokratie auf Bundes Ebene
16. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
17. Bundes- Verfassungsgesetz B-VG, Fassung vom 22.10.2017, Artikel 45
18. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
19. vgl. Demokratiezentrum o.V. o.J., Volksabstimmung
20. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
21. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
22. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
23. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksabstimmung
24. vgl. Weiß M. 2010, Die direkte Demokratie - Wie wir uns in Politik einmischen können, Wien, S. 14f, 1. Auflage, zit. nach Demokratiezentrum Wien
25. vgl. Bernauer T. u.a., 2009, Einführung in die Politikwissenschaft, Baden, 233f, zit. nach Demokratiezentrum Wien o.J., Volksabstimmung
26. vgl. Demokratiezentrum o.V. o.J., Volksabstimmung.
27. vgl. Bernauer T. u.a., 2009, Einführung in die Politikwissenschaft, Baden, 217ff, zit. nach Demokratiezentrum Wien o.J. Volksabstimmung
28. Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Fassung vom 22.10.2017, Artikel 49b
29. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksbefragung
30. vgl. Demokrazentrum o.V. o.J., Volksbefragung
31. vgl. Demokrazentrum o.V. o.J., Volksbefragung
32. vgl. Parlament o.V. o.J., Volksbegehren
33. Bundes- Verfassungsgesetz (Abkürzung B-VG), Fassung vom 22.10.2017, Artikel 41
34. vgl. Demokratiezentrum Wien o.V. o.J., Volksbegehren
35. vgl. Parlament o.V. o.J., Parlamentarische Bürgerinitiative
36. Pelinka, A. / Rosenberger, S. 2007, Österreichische Politik – Grundalgen Strukturen Trends, Wien, 3. Auflage, zit. nach Demokratiezentrum Wien, o.V. o.J., Weitere Elemente direkter Demokratie

2.4. DEMOKRATIEMODELLE

1. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
2. vgl. Dachs. H. 2008, S. 23
3. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
4. Schumpeter, J.A., 1950, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern, S. 428, 2. erw. Auflage, zit. nach

Jung, M. 2012, Elitendemokratie
5. vgl. Schmidt, M. G. 2006, S. 197ff
6. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
7. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
8. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
9. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
10. Schmidt, M. G. 2006, S. 210
11. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
12. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
13. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
14. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
15. Schmidt, M. G 2006, S. 223
16. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
17. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
18. vgl. Jung, M. 2012, Elitendemokratie
19. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
20. vgl. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
21. vgl. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
22. Schmidt, M.G. 2010, Demokratietheorien. Eine Einführung, Bonn, S. 212, zit. nach Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
23. Dahl, R. A. 1971, Polyarchy. Participation and Opposition, New Haven – London, S. 1f., zit. nach Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
24. vgl. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
25. vgl. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
26. Schmidt, M. G. 2006, S. 230
27. vgl. Jung, M. 2012, Pluralistisch-repräsentative Demokratie
28. vgl. Dachs. H. 2008, S. 24
29. Jung, M. 2012, Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie
30. vgl. Jung, M. 2012, Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie
31. vgl. Jung, M. 2012, Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie
32. vgl. Schmidt, M. G. 2006, S. 331ff
33. vgl. Schmidt, M. G. 2006, S. 336ff
34. vgl. Jung, M. 2012, Soziale Demokratie
35. Meyer, T. 2011, Soziale Demokratie - Begegnung unter Gleichen, Wien, S. 122, zit. nach Jung, M. 2012, Soziale Demokratie
36. vgl. Jung, M. 2012, Soziale Demokratie
37. Schmidt, M. G. 2006, S. 247
38. vgl. Giddens, A. 1999, Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt, zit. nach Dachs. H. 2008, S. 25
39. vgl. Schmidt, M.G. 2006, S. 251
40. Barber, B. 1994, S. 99ff
41. vgl. Jung, M. 2012, Beteiligungszentrierte Demokratie
42. Warren, M. 1992, S. 11
43. vgl. Schmidt, M.G. 2006, S. 252ff
44. Barber, B. 1994, S. 146f
45. vgl. Jung, M. 2012, Beteiligungszentrierte Demokratie
46. vgl. Jung, M. 2012, Beteiligungszentrierte Demokratie
47. Habermas, J. 1992, S. 369
48. vgl. vgl. Jung, M. 2012, Beteiligungszentrierte Demokratie
49. vgl. Dachs, H. 2008, S. 26f
50. vgl. Dachs, H. 2008, S. 26f
51. vgl. Jung, M. 2012, Beteiligungszentrierte Demokratie
52. vgl. Jung, M. 2012, Direkte Demokratie
53. vgl. Jung, M. 2012, Direkte Demokratie
54. vgl. Jung, M. 2012, Direkte Demokratie
55. vgl. Kaufmann 2011, S. 2
56. Jung, M. 2012, Direkte Demokratie
57. vgl. Jung, M. 2012, Mediendemokratie
58. Jung, M. 2012, Mediendemokratie
59. vgl. Jung, M. 2012, Mediendemokratie
60. Meyer, T. 2004, S. 1

61. vgl. Jung, M. 2012, Mediendemokratie
62. vgl. Kleinsteuber, H.J. 2008, S. 13ff
63. vgl. Jung, M. 2012, E-Democracy & Liquid Democracy
64. vgl. Meier-Rabler. U. u.a. 2012, S. 19
65. vgl. Jung, M. 2012, E-Democracy & Liquid Democracy
66. Meier-Rabler. U. u.a. 2012, S. 21
67. Jung, M. 2012, E-Democracy & Liquid Democracy
68. Prensky, M. 2001, S. 1
69. Prensky, M. 2001, S. 1f
70. Meier-Rabler. U. u.a. 2012, S. 21
71. Meier-Rabler. U. u.a. 2012, S. 21
72. vgl. Meier-Rabler. U. u.a. 2012, S. 21.ff
73. Meier-Rabler. U. 2012, S. 26
74. vgl. Meier-Rabler. U. 2012, S. 25ff
75. vgl. Jung, M. 2012, E-Democracy & Liquid Democracy

2.5. MACHT UND DEMOKRATIE - MICHEL FOUCAULT

1. vgl. Herb 2008, S. 68
2. Duden 2016, <http://www.duden.de/rechtschreibung/Macht>
3. vgl. Herb 2008, S. 68
4. Weber 2006, S.62
5. vgl. Herb 2008, S. 69-70
6. vgl. Herb 2008, S. 71
7. Herb 2008, S. 74-75
8. vgl. Reitz 2016, Teil 1
9. vgl. Reitz 2016, Teil 1
10. vgl. Reitz 2016, Teil 1
11. Foucault 2013, S. 39
12. Foucault 2015, S. 114
13. vgl. Reitz 2016, Teil 2, Lemke 2016, Teil 2
14. Foucault 2015, S. 64
15. vgl. Reitz 2016, Teil 2, Lemke 2016, Teil 2
16. Foucault 2015, S. 93

2.6. HERAUSFORDERUNG DEMOKRATIE - DEMOKRATIEMÜDIGSKEITSSYNDROM

1. Van Reybrouck 2016, S. 12
2. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 12
3. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 12
4. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 14
5. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 19
6. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 14
7. Decker/Lewandowsky (2013), S. 10
8. Decker/Lewandowsky (2013), S. 10
9. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 19-23
10. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 15-17
11. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 14
12. vgl. Merkel 2011, Steckt die Demokratie in einer Krise?, Baden-Baden, S. 13-27), zit. nach Decker/ Lewandowsky (2013), S. 11-12
13. Decker/Lewandowsky (2013), S. 12
14. Decker/Lewandowsky (2013), S. 12-13
15. Decker/Lewandowsky (2013), S. 13
16. Crouch 2015, S. 10
17. Crouch 2015, S. 10
18. vgl. Crouch 2015, S. 30
19. vg. Crouch 2015, S. 130ff
20. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 27-29
21. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 30-33
22. Flank 2011, Voices from the 99 Percent: An Oral History of the Occupy Wall Street Movement, St.Petersburg

und Florida, S. 91, zit. nach Van Reybrouck 2016 – S. 36

23. Van Reybrouck 2016, S.39
24. vgl. Van Reybrouck 2016, S. 34-44
25. Van Reybrouck 2016, Rückseite Umschlag
26. Van Reybrouck 2016, S. 46-47
27. vgl. Van Reybrouck 2016, S.45-63
28. Mahatma Ghandi bzw. ursprünglich aus Zentralafrika, zit. nach Van Reybrouck 2016, S. 112
29. vgl. Van Reybrouck 2016, S.113ff
30. vgl. Van Reybrouck 2016, S.144ff
31. Terry Bouricius & David Schechter 2013, An idealized design for the legislative branch of government, System Thinking World Journal 2, 1, o.O., zit. nach Van Reybrouck 2016, S.154
32. John Keane 2010, The Life and Deaht of Democracy, London, S. 737, zit. nach Van Reybrouck 2016, S. 155
33. vgl. Van Reybrouck 2016, S.155ff
34. vgl. Van Reybrouck 2016, S.158-161

2.7. SOZIALE ASPEKTE DER PARTIZIPATION

1. Pohl, K./ Massing, P. 2014, S. 5
2. Abraham Lincoln, The Ghattysburg Adress, Ghattysburg, 1863, zit. nach Jung 2012
3. vgl. Van Deth, J.W. 2014, S. 12
4. vgl. Kersting 2013, S. 1
5. Kersting 2013, S. 1
6. vgl. Van Deth, J.W. 2014, S. 13
7. vgl. Kersting 2013, S. 1
8. vgl. Van Deth, J.W. 2014, S. 17f
9. vgl. Kaase, M. 1997, Vergleichende Politische Partizipationsforschung. (o.O.), S. 160, 3. Auflage, zit. nach Pohl, K./ Massing, P. 2014, S. 28
10. vgl. Roßteutscher, S. 2009 – S. 163
11. vgl. Kersting 2013 – S. 1
12. Kersting 2013 – S. 1
13. Schaurhofer 2000 – S. 9
14. Kersting, N. 2013 – S. 2f
15. vgl. Van Deth, J.W. 2014, S. 12
16. Dewey, J. 1937, Democracy and Educational Administration, Washington, D.C., S. 48-55, zit. nach Dewey, J. 1987, S. 217
17. vgl. Cain, u.a. 2003, Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford, zit. nach Van Deth, J.W. 2014, S. 18
18. Schaurhofer M. 2000 – S. 10f
19. Gabriel, O. 2014, S. 42f
20. vgl. Kersting, N. 2013 – S. 4f
21. vgl. Dettling, W. 2000 – S. 22ff
22. vgl. Dettling, W. 2000, S. 20ff
23. vgl. Kersting, N. 2013, S. 5f
24. Van Deth, J.W. 2014, S. 13
25. Decker, F./Legandowsky. M/Solar, M. 2013, S. 27f
26. Crouch, C. 2004, S. 112
27. Rosenberg, M.J. 1954, „Some Determinants of Political Apathy“, In: Public Opinion Quarterly, S. 349-366, Heft 18, zit. nach Van Deth, J.W. 2014, S. 20
28. Rosenberg, M.J. 1954, „Some Determinants of Political Apathy“, In: Public Opinion Quarterly, S. 349-366, Heft 18, zit. nach Van Deth, J.W. 2014, S. 20
29. vgl. Klatt, J. 2013, S. 17ff
30. vgl. Pohl/Massing 2014, S. 19f
31. Verba u.a. 1995, S.269
32. Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode 2008, S. 98
33. vgl. Klatt, J. 2013, S. 20f
34. Warr, D. J. 2006, Gender, Class, and the Art and Craft of Social Capital, (o.O), S. 497-520, zit nach Klatt, J. 2013, S. 21
35. vgl. Klatt, J. 2013, S. 21f)
36. vgl. Emrich, H. 2013, S. 53
37. Breitfuss, A. 2013, S. 65f

4.2. GESCHICHTE BAUPLATZ

Für den Inhalt dieser Grafik wurde vor allem das folgendes Buch herangezogen:
Sachslehner, J. (2012): Wien – Eine Geschichte der Stadt. Vollständig neu überarbeitete Auflage des 2006 erschienen Werkes, Wien.

1. vgl. Sequeira 2011, S. 23
2. vgl. Sequeira 2011, S. 23
3. vgl. Sequeira 2011, S. 23
4. vgl. Sequeira 2011, S. 23
5. vgl. Sequeira 2011, S. 23
6. vgl. Wien Museum 2011, "Boulevard am FLuss"
7. vgl. Wien Museum 2011, "Tor zur Stadt"
8. vgl. Wien Museum 2011, "Tor zur Stadt"
9. vgl. Wien Museum 2011, "Tor zur Stadt"
10. vgl. Sequeira 2011, S. 23
11. vgl. Sequeira 2011, S. 23
12. vgl. Sequeira 2011, S. 23
13. vgl. Wien Museum 2011, Tor zur Stadt"
14. vgl. Sequeira 2011, S. 23
15. vgl. Peyer 2015, S. 19
16. vgl. Wien Museum 2011, "Nachkriegsbrache"
17. vgl. Sequeira 2011, S. 29
17. vgl. Peyer 2015, S.

8.2.

Literaturverzeichnis

Anhang

ANHANG

B

Barber, B. (1994): Starke Demokratie – Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg.

Békési, S. (Hrsg.) / Doppler, E. (Hrsg.) (2017): Wien von oben – Die Stadt auf einen Blick. Wien.

Breitfuss, A. (2013): Beteiligung schwer erreichbarer Gruppen: Allgemeine Herausforderungen und Erfahrungen aus der GB*(3/11). In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 61-67.

Bronner, O. (Hrsg.) (2017): Demokratie unter Druck – Schwerpunktausgabe, In: Der Standard – Wochenende, SA./ So., 21./22. Jänner 2017, Wien.

Brunner, C. / Kubaczek, N. / Mulvaney, K. / Raunig, G. (Hrsg.) (2017): Die neuen Munizipalisten – Soziale Bewegung und die Regierung der Städte. Wien.

Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14.

Byung-Chul, H. (2016): Müdigkeitsgesellschaft-Um die Essays Burnoutgesellschaft und Hoch-Zeit. Berlin. erw. Neuauflage.

C

Campbell, D.F.J./ Barth, T.D.(2009): Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich. In: SWS-Rundschau (49.Jg), 2/2009, S. 209-233.

Crouch, C. (2004): Post-Democracy. Oxford.

Crouch, C. (2015): Postdemokratie. 12. Auflage der deutschen Übersetzung, Frankfurt am Main.

D

Dachs, H. (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, In: Jugend - Demokratie - Politik, (Hrsg.): Forum Politische

Bildung Informationen zur Politischen Bildung. Innsbruck-Bozen-Wien. Bd.28.

Dahl, R. A. (1971): Polyarchy- Participation and Opposition. New Haven-London.

Decker, F./ Lewandowsky. M./ Solar, M. (2013): Demokratie ohne Wähler? – Neue Herausforderungen der poli-tischen Partizipation. Bonn.

Dettling, W. (2000): Soziale Räume erweitern! – Was kann, was soll die Bürgergesellschaft leisten?. In: Schaurhofer, Martin u.a. (Hrsg.) (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien, S. 17-26.

Dewey, J. / Boydston, J.A. (Hrsg.) (1987): John Dewey – The Later Works, 1925-1953, Band 11: 1935-1937, Illinois.

E

Ehs, T. (2017): Parlamentssanierung, In: Contraste – Zeitung für Selbstorganisation, 289, 34. Jahrgang, Februar 2017.

Emcke, C. (2016): Gegen den Hass. Frankfurt am Main. 5. Auflage.

Emrich, H. (2013): Lokale Agenda 21 – Mitgestaltung nur für BesserverdienerInnen?. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 53-60.

F

Foucault, M. (2013): Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. 14. Auflage, Frankfurt am Main.

Foucault, M. (2015): Analytik der Macht. 6. Auflage, Frankfurt am Main.

Fraenkel, E. (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien. erweiterte 1. Auflage, Frankfurt am Main.

Freitag, M./ Wagschal, U. (Hrsg.) (2007): Direkte Demokratie – Bestandsaufnahme und Wirkungen im internationalen Vergleich. Berlin. Bd. 3.

G

Gabriel, O. (2014): Bürgerbeteiligung in Deutschland. In: Pohl, Kerstin / Massing, Peter (Hrsg.) (2014): Mehr Partizipa-tion – mehr Demokratie?. Schwalbach. S. 27-45, Bd. 56.

Gradnitzer, R. (2016): Schwedenplatz – Das Flachdach unter den Wiener Plätzen. Wien.

H

Habermas, J. (1992): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main.

Hammer, K. (Hrsg.) (2013): BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung. August 2013. Wien.

Hardt, M./ Negri, A. (2012): Demokratie – Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main.

Herb, K. (2008): Machtfragen. Vier philosophische Antworten. In: Die Politische Meinung, 53/2008, Nr. 459.

J

Jentges, E. (2013): Der kleine Massstab – Demokratie als Wertvorstellung im Alltag. In: Kriesi, Hanspeter / Müller, Lars / NCCR Democracy (Hrsg.) (2013): Herausforderung Demokratie. Zürich S. 318-357.

ANHANG

K

Kersting, N. (2013): Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnen-beteiligung. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 1-15.

Kerchner, B. (2014): „Liquid Democracy“ – Zur Qualität digital vernetzter Bürgerbeteiligung. In: Pohl, Kerstin / Massing, Peter (Hrsg.) (2014): Mehr Partizipation – mehr Demokratie?. Schwalbach. S. 47-70, Bd. 56.

Klatt, J. (2013): Erst die Arbeit, dann die Beteiligung? Sozial benachteiligte und BürgerInnengesellschaft. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 17-26.

Kleinstauber, H.J. (2008): Mediendemokratie – kritisch betrachtet. In: merz. Medien + erziehung, 52. Jahrgang, 4/08, S. 13-22.

Kriesi, H./ Müller, L./ NCCR Democracy (Hrsg.) (2013): Herausforderung Demokratie. Zürich.

M

Maier-Rabler, U. (2012): Die Piratenparteien, In: Medien und Politik, (Hrsg.): Forum Politische Bildung Information zur Politischen Bildung. Wien. Bd. 35, S. 25-29.

Maier-Rabler, U. / Huber, S. / Schmid, A. (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke. Politische Partizipation lernen im Web 2.0. In: Medien und Politik: (Hrsg.): Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung. Wien. Bd. 35, S. 17-24.

N

Nanz, P. / Leggewie, C. (Hrsg.) (2016): Die Konsultative – Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin.

Nolte, P. (2012): Was ist Demokratie? - Geschichte und Gegenwart. München.

P

Payer, P. (2011): Der Wiener Donaukanal – Alltagskulturelle Bedeutung und Imagewandel 1800-2010. In: Wiener Geschichtsblätter. 66.Jahrgang, Heft 2/2011, Wien.

Pelinka, A. (Hrsg.) (1994): Die Zukunft der direkten Demokratie. In: Pelinka, Anton (Hrsg.): EU-Referendum. Zur Praxis direkter Demokratie in Österreich. Wien, S. 185-197.

Pelinka, A./ Plasser, F./ Meisner, W. (Hrsg.) (2000): Die Zukunft der österreichischen Demokratie – Trends, Prognosen und Szenarien. Wien. Bd. 22.

Pelinka, A./ Rosenberger, S. (2007): Österreichische Politik - Grundlagen Strukturen Trends. 3. aktualisierte Auflage, Wien.

Peyer, T. (2014): Ein Ringstraßenbau am Schwedenplatz. Diplomarbeit. Wien

Pohl, K./ Massing, P. (Hrsg.) (2014): Mehr Partizipation – mehr Demokratie?. Schwalbach. Bd. 56.

R

Rathkolb, O. (2008): Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert. In: Jugend-Demokratie-Politik, 2008, Bd. 28, S. 5-17.

Roßteutscher, S. (2009): Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: Kaina, Viktoria u.a. (Hrsg.): Politische Soziologie – Ein Studienbuch. Wiesbaden, S. 163-180.

S

Sachslehner, J. (2012): Wien – Eine Geschichte der Stadt. Vollständig neu überarbeitete Auflage des 2006 erschienen Werkes, Wien.

Sartori, G. (1997): Demokratietheorien. Darmstadt.

Schaurhofer, M. u.a. (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien.

Schaurhofer, M. u.a. (Hrsg.) (2000): Über Räume der Civil Society in Österreich. In: Schaurhofer, Martin u.a. (Hrsg.) (2000): Räume der Civil Society in Österreich. Wien, S. 9-16.

Schlöss, E. (1987): Die Wiener Stadtbahn – Wiental-und Donaukanallinie. Wien. Bd. 19.

Schmidt, M. G. (2006): Demokratietheorien – Eine Einführung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen.

Schumpeter, J. A. (1950): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 2. erw. Auflage, Bern.

Sequeira, B. C. (2011): Gateway Vienna - Museum für zeitgenössische Medienkunst. Diplomarbeit, Wien.

Stühlinger, H.R. (2015): Der Wettbewerb zur Wiener Ringstraße - Entstehung, Projekte, Auswirkungen. Basel.

V

Van Deth, J.W. (2014): Das schwierige Verhältnis zwischen Partizipation und Demokratie. In: Pohl, Kerstin / Massing, Peter (Hrsg.) (2014): Mehr Partizipation – mehr Demokratie?. Schwalbach. S. 11-26, Bd. 56.

Van Reybrouck, D. (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen.

Verba, S. u.a. (1995): Voice and Equality - Civic Voluntarism in American Politics. Cambridge.

W

Warren, M. (1992): Democratic Theory and Self Transformation. In: APSR 86, S. 8-23.

Weber, M. (2006): Wirtschaft und Gesellschaft – Hauptwerke der großen Denker. Paderborn.

Weiß, M. (2010): Die direkte Demokratie - Wie wir uns in Politik einmischen können. 1. Auflage, Wien. (= Reihe 1 x 1 der Politik)

8.3. Onlinequellen

Anhang

ANHANG

A

Advantage Austria 2016: Politisches System - Regierung, Parlament, Verfassung und weitere Informationen zum politischen System, In: <http://www.advantageaustria.org/international/zentral/business-guide-oesterreich/zahlen-und-fakten/auf-einen-blick/politisches-system.de.html> am: 21.10.2107.

B

Bibliographisches Institut GmbH/ Duden Verlag (Hrsg.): Macht, In: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Macht>, am 26.09.2016.

BM.I Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/5, o.J.: Wahlen – Wahlrecht in Österreich, Überblick – Wahlberechtigung, In: <http://www.bmi.gv.at/412/> am 22.10.2017.

Brossmann, E. (2015): Partizipation für alle? - Perspektiven auf den Partizipationsbegriff ausgehend von der Beteiligung Arbeitssuchender, In: <http://www.soziales-kapital.at/index.php/sozialeskapital/article/viewFile/384/659.pdf> am 25.10.2017.

Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Artikel 1, Fassung vom 15.09.2016, In: <https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&Artikel=1&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht> am 21.10.2017.

Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Artikel 26 - Fassung vom 31.12.2017, In: <https://www.ris.bka.gv.at/NormDokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138&Artikel=26&Paragraf=&Anlage=&Uebergangsrecht> am 22.10.2017.

Bundes-Verfassungsgesetz B-VG, Gesamte Rechtsvorschrift für Bundes-Verfassungsgesetz, Fassung vom 21.10.2017, In: <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10000138> am 21.10.2017.

C

Campbell, D.F.J./ Barth, T.D.(2009): Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle,

Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich, In: http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2009_2_Campbell.pdf am 10.01.2018.

D

Dachs, H. (2008): Verschiedene Modelle der Demokratie, In: http://www.politischebildung.com/pdfs/28_demomod.pdf am: 10.01.2018.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Direkte Demokratie – Einführung, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/einfuehrung.html> am 22.10.2017.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Direkte Demokratie auf Bundesebene, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene.html> am 22.10.2017.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Volksabstimmung, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene/volksabstimmung.html> am 22.10.2017.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Volksbefragung, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene/volksbefragung.html> am 22.10.2017.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Volksbegehren, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene/volksbegehren.html> am 22.10.2017.

Demokratiezentrum Wien o.V. o.J.: Weitere Elemente direkter Demokratie, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene/weitere-elemente-direkter-demokratie.html> am 22.10.2017.

Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode (2008): Unterrichtung durch die Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland – Dritter Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin, 30.06.2008, In: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/099/1609915.pdf> am 26.10.2017.

J

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle - Einführung. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/einfuehrung.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Elitendemokratie. 10/2012, In: http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/elitendemokratie.html?tx_jppageteaser_pi1%5BbackId%5D=2147 am 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Pluralistisch-repräsentative Demokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/repraesentative-demokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Konkurrenz- und Konkordanzdemokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/konkurrenz-und-konkordanzdemokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Soziale Demokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/soziale-demokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Beteiligungszentrierte Demokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/beteiligungszentrierte-demokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – Direkte Demokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/direkte-demokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle - Mediendemokratie. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/mediendemokratie.html> am: 03.10.2016.

Jung, M. (2012): Demokratiemodelle – E-Democracy & Liquid Democracy. 10/2012, In: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/demokratiemodelle/e-democracy-liquid-democracy.html> am: 03.10.2016.

ANHANG

K

Kaufmann, B. (2011): Die dreifache Herausforderung der Demokratie – eine Gebrauchsanweisung für das 21. Jahrhundert. Auftaktkonferenz der ARGE Zukunft der Demokratie der Österreichischen Forschungsgemeinschaft, 6. Mai 2011, In: http://www.oefg.at/legacy/text/veranstaltungen/zukunft_demokratie_in_Oe/beitrag_kaufmann.pdf am 25.10.2017.

Kleinsteuber, H.J. (2008): Mediendemokratie – kritisch betrachtet, In: http://www.lmz-bw.de/fileadmin/user_upload/Medienbildung_MCO/fileadmin/bibliothek/kleinsteuber_medien-demokratie/kleinsteuber_mediendemokratie.pdf am 25.10.2017.

L

Lemke, T. (2016): Michel Foucault – Was macht Macht? 20.04.2016, In: <http://www.br-online.de/podcast/mp3-download/bayern2/mp3-download-podcast-radiowissen.shtml#> am: 25.09.2016.

Teil 1: <https://www.youtube.com/watch?v=lr3P2O2yuCs&t=338s> am 20.10.2017.

Teil 2: https://www.youtube.com/watch?v=i_de2EaF7YI&t=6s am 20.10.2017.

M

Maier-Rabler, U. (2012): Die Piratenparteien, In: <http://www.politischebildung.com/pdfs/35maierabler.pdf> am. 23.10.2016.

Maier-Rabler, U. / Huber, S. / Schmid, A. (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke. Politische Partizipation lernen im Web 2.0, In: <http://www.politischebildung.com/pdfs/35umrshas.pdf> am 23.10.2016.

Meyer, T. (2004): Politik als Inszenierung – Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. 5.1.2004, In: <http://www.bpb.de/apuz/27196/die-theatralitaet-der-politik-in-der-mediendemokratie?p=0> am: 25.10.2017.

P

Parlament o.V. o.J.: Grundprinzipien der Bundesverfassung, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/VERF/GRUND/index.shtml> am 04.09.2016.

Parlament o.V. o.J.: Wahlen, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/DEM/WAHLEN/> am 04.09.2016.

Parlament o.V. o.J.: Grundsätze des Wahlrechts, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/PARL/DEM/WAHLEN/> am 04.09.2016,

Parlament o V. o.J.: Parlament und Beteiligung der BürgerInnen, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/index.shtml> am 22.10.2017.

Parlament o.V. o.J.: Volksabstimmung, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VOLKAB/index.shtml> am 22.10.2017.

Parlament o.V. o.J.: Volksbefragung, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VOLKFR/> am 22.10.2017.

Parlament o.V. o.J.: Volksbegehren, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VOLKBG/> am 22.10.2017.

Parlament o.V. o.J.: Parlamentarische Bürgerinitiative, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/BII/> am 22.10.2017.

Parlament o.V. o.J.: Petition, In: <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/PET/> am 22.10.2017.

Payer, P. (2011): Der Wiener Donaukanal – Alltagskulturelle Bedeutung und Imagewandel 1800-2010, In: <http://www.stadt-forschung.at/downloads/Donaukanal.pdf> am 10.01.2018.

Prensky, M. (2001): Digital Natives, Digital Immigrants, In: <https://www.marcprensky.com/writing/Prensky%20-%20Digital%20Natives,%20Digital%20Immigrants%20-%20Part1.pdf> am 25.10.2017.

R

Rathkolb, O. (2008): Demokratieentwicklung in Österreich seit dem 19. Jahrhundert, In: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rathkolb_demokratieentwicklung.pdf am: 21.09.2016.

Reitz, M. (2016): Michel Foucault – Was macht Macht? 20.04.2016, In: <http://www.br-online.de/podcast/mp3-download/bayern2/mp3-download-podcast-radiowissen.shtml#> am: 25.09.2016.

Teil 1: <https://www.youtube.com/watch?v=lr3P2O2yuCs&t=338s> am 20.10.2017.

Teil 2: https://www.youtube.com/watch?v=i_de2EaF7YI&t=6s am 20.10.2017.

Rosenberger, S. / Seeber, G. (2007): Zivilgesellschaft durch Direkte Demokratie? - Volksbegehren in Österreich, In: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/rosenberger_seeber.pdf am 22.10.2017.

S

SORA Institute for Social Research and Consulting (2017): NS-Geschichtsbewusstsein und autoritäre Einstellungen in Österreich. April 2017, In: http://www.zukunftsfonds-austria.at/download/sora_15069_ns_geschichtsbewusstsein.pdf am: 10.01.2018.

V

Vorländer, H. (2014): Grundzüge der athenischen Demokratie, 06.01.2014, In: <http://www.bpb.de/izpb/175892/grund-zuege-der-athenischen-demokratie> am: 23.09.2016.

Vorländer, H. (2014): Prinzipien republikanischen Denkens. 06.01.2014, In: <http://www.bpb.de/izpb/175898/prinzipi-en-republikanischen-denkens> am: 23.09.2016.

W

Wien Museum (2011): Ausstellung „Platz für die Stadt - Schwedenplatz-Morzinplatz“, In: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/schwedenplatz/ausstellung2011.html> am 04.02.2017.

8.4.

Abbildungsverzeichnis

2. DEMOKRATIE - EINE ANALYSE

2.1. EINFÜHRUNG DEMOKRATIE

Abb. 1:
Normative und empirische Demokratietheorien. Julia Sonnleitner. **Seite 20**

Abb. 2:
Konzeptbaum des "Demokratiebarometers": Kriesi, H./ Müller, L./ NCCR Democracy (Hrsg.) (2013): Herausforderung Demokratie. Zürich. S. 118. Modifiziert nach: Kriesi, H./ Müller, L./ NCCR Democracy. **Seite 21**

Abb. 3:
EIU Democracy Index 2016. Abgerufen am 02.01.2018. URL: <https://infographics.economist.com/2017/DemocracyIndex/>. Modifiziert nach: Economist Intelligence Unit. **Seite 21**

2.2. DEMOKRATIEGESCHICHTE

2.2.1. DER URSPRUNG DER DEMOKRATIE

Abb. 4:
Wichtige Organe der Athener Demokratie (5. u. 4. Jhdt. v.u.Z.) und die Verteilung der Legislative. Exekutive. Judikative: Van Reybrouck, D. (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen. S. 73. Modifiziert nach: David Van Reybrouck. **Seite 27**

Abb. 5:
Die athenische Demokratie. Abgerufen am 28.02.2018. URL: http://bildung.freepage.de/cgi-bin/feets/freepage_ext/339483x434877d/rewrite/olymp100/skleist.htm. Modifiziert nach: Hans Vorländer. **Seite 28**

Abb. 6:
Die römische Republik: Kinder, H. / Hilgemann, W. (2006): Von den Anfängen bis zur Französischen Revolution. dtv-Atlas der Weltgeschichte, München. Band 1, S. 74. Abgerufen am 28.02.2018. URL: <http://www.bpb.de/175898/prinzipien-republikanischen-denkens?p=all>. Modifiziert nach: Hans Vorländer. **Seite 29**

2.3. DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH - EINE BESTANDSAUFNAHME

Abb. 7:
Direktdemokratische Elemente in Österreich. Julia Sonnleitner. **Seite 39**

Abb. 8:
Abstimmungsmehrheiten für Verfassungsänderungen, Gesetze, Volksabstimmungen. Abgerufen am: 05.12.2016. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/direkte-demokratie-auf-bundesebene/volksabstimmung.html?type=98>. Modifiziert nach: Demokratiezentrum. **Seite 41**

Abb. 9:
Unterschied Volksabstimmung und Volksbefragung. Abgerufen am: 26.08.2016. URL: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksbefragung/Ueberblick.aspx. Modifiziert nach: BM.I Bundesministerium für Inneres. **Seite 42**

Abb. 10:
Unterschied Volksbegehren und Bürgerinitiative / Petition. Abgerufen am: 04.09.2016. URL: <http://www.demokratiezentrum.org/themen/direkte-demokratie/-direkte-demokratie-auf-bundesebene/weitere-elemente-direkter-demokratie.html>. Modifiziert nach: Demokratiezentrum. **Seite 42**

Abb. 11:
Meinungsbildungsprozesse: Kriesi, H./ Müller, L./ NCCR Democracy (Hrsg.) (2013): Herausforderung Demokratie. Zürich. S. 432-435. Modifiziert nach: Regula Hänggli. **Seite 44-45**

2.4. DEMOKRATIEMODELLE

2.4.1. ELITENDEMOKRATIE

Abb. 12:
WählerInnenbild nach J.A. Schumpeter (links) und A.Downs (rechts). Julia Sonnleitner. **Seite 50**

2.6. HERAUSFORDERUNG DEMOKRATIE

2.6.3. THERAPIE - DAS LOSVERFAHREN

Abb. 13:
Multi-body-sortition: Blaupause einer auf dem Losverfahren basierenden Demokratie (Zahlen sind hypothetisch) - Terminologie von Bouricius: Van Reybrouck, D. (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen. S. 176-177. Modifiziert nach: David Van Reybrouck. **Seite 76-77**

2.7. SOZIALE ASPEKTE DER PARTIZIPATION

Abb. 14:
Politische Partizipation - Bürgerschaftliches Engagement: Kersting, N. (2013): Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 2. Modifiziert nach: Norbert Kersting. **Seite 81**

Abb. 15:
Viertelkinder. Julia Sonnleitner (in Anlehnung an Klatt, J. (2013): Erst die Arbeit, dann die Beteiligung? Sozial benachteiligte und BürgerInnengesellschaft. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 17-26.). **Seite 86**

Abb. 16:
ViertelgestalterInnen. Julia Sonnleitner (in Anlehnung an Klatt, J. (2013): Erst die Arbeit, dann die Beteiligung? Sozial benachteiligte und BürgerInnengesellschaft. In: BürgerInnenbeteiligung in der Stadt – Zwischen Demokratie und Ausgrenzung – Tagungsband der AK-Wien Fachtagung, 2013, S. 17-26.). **Seite 87**

3. DEMOKRATIEFORUM - EINE KONKRETE UTOPIE

3.2. BASISSTATION UND SATELLITEN

Abb. 17:
Eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche. © Leonhard Hilzensauer **Seite 94**

Abb. 18:
Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche. © Leonhard Hilzensauer **Seite 94**

Abb. 19:
Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche. © Leonhard Hilzensauer **Seite 95**

Abb. 20:
Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - eine temporäre Küche dient als Raum für Feste, Spiele, Essen und vor allem Gespräche. © Leonhard Hilzensauer **Seite 95**

Abb. 21:
Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - ein Fest. © Johannes Paar **Seite 96**

Abb. 22:
Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche. © Julian Nocker **Seite 96**

Abb. 23:
Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche. © Julian Nocker **Seite 97**

Abb. 24:
Küche 21 - Workshop 1:1 am Schlingermarkt in Floridsdorf - die Kontaktaufnahme und viele Gespräche. © Julian Nocker **Seite 97**

Abb. 25:
interACT - die Werkstatt für Theater und Soziokultur © interact. **Seite 98**
Abb. 26:
interACT - die Werkstatt für Theater und Soziokultur © interact. **Seite 98**
Abb. 27:
interACT - die Werkstatt für Theater und Soziokultur © interact. **Seite 99**
Abb. 28:
interACT - die Werkstatt für Theater und Soziokultur © interact. **Seite 99**

3.3. RAUMPROGRAMM

Abb. 29:
Gleiche Wertigkeit der Funktionen im Demokratieforum. Julia Sonnleitner. **Seite 100**
Abb. 30:
Funktionen im Demokratieforum. Julia Sonnleitner. **Seite 101**
Abb. 31:
Modell der 4 Bereiche - Demokratieforum. Abgerufen am: 17.10.2016. URL: http://b-u-b.de/breites-spektrum-konzept-fuer-moderne-bibliothek-in-deutschland-und-daenemark/#!prettyPhoto. Modifiziert nach: "Modell der vier Bereiche" von Casper Hvenegaard Rasmussen, Henrik Jochumsen, Dorte Skot-Hansen. **Seite 102-103**

4. BAUPLATZ

4.1. AUSWAHL BAUPLATZ

Abb. 32:
Bauplatz im Zentrum von Wien. Julia Sonnleitner. **Seite 106**
Abb. 33:
Bauplatz im Zentrum von Wien - 1. Bezirk. Julia Sonnleitner. **Seite 106**
Abb. 34:
Lage an der Ringstraße. Julia Sonnleitner. **Seite 106**
Abb. 35:
Lage am Donaukanal - Naherholungsgebiet. Julia Sonnleitner. **Seite 107**
Abb. 36:
Neugestaltung des Bauplatzes mit BürgerInnenbeteiligung. Julia Sonnleitner. **Seite 107**
Abb. 37:
Trotz zentraler Lage Distanz zu Repräsentativbauten am Ring. Julia Sonnleitner. **Seite 107**
Abb. 38:
Freichflächen / Parkflichen in der Nähe des Bauplatzes. Julia Sonnleitner. **Seite 108**
Abb. 39:
Flächenangaben im Vergleich. Julia Sonnleitner. **Seite 108**
Abb. 40:
Flächenangaben im Vergleich. Julia Sonnleitner. **Seite 108**
Abb. 41:
Bauplatz als Ort für soziale Durchmischung. Julia Sonnleitner. **Seite 109**
Abb. 42:
Bauplatz als Verkehrsknotenpunkt. Julia Sonnleitner. **Seite 109**
Abb. 43:
Bauplatz als Ankunftsort für Touristen. Julia Sonnleitner. **Seite 109**

4.2. GESCHICHTE BAUPLATZ

Abb. 44:
Das legionslager Vindobona (2. Jhdt. n. Chr.) im heutigen Stadtbild: Sachslehner, J. (2012): Wien – Eine Geschichte der Stadt. Vollständig neu überarbeitete Auflage des 2006 erschienen Werkes, Wien. S. 35. **Seite 119**
Abb. 45:
Darstellung der historischen Entwicklung des Zentrums von Wien: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 44. **Seite 119**
Abb. 46:

Innere kais. königl. Haupt- und Residenz-Stadt Wien mit den Glacis Gründen reduziert nach der Original-Aufnahme des k.k. Catasters vom Jahre 1858: Stühlinger, H.R. (2015): Der Wettbewerb zur Wiener Ringstraße - Entstehung, Projekte, Auswirkungen. Basel. S. 38. **Seite 120**
Abb. 47:
Folbert van Ouden – Allen (auch van Alten-Allen) Vogelperspektive von Wien aus Blickrichtung Westen, vor 1683/86: Békési, S. (Hrsg.) / Dopller, E. (Hrsg.) (2017): Wien von oben – Die Stadt auf einen Blick. Wien. S. 140-141. **Seite 121**
Abb. 48:
Blick auf das römische Wien aus nordöstlicher Richtung: Sachslehner, J. (2012): Wien – Eine Geschichte der Stadt. Vollständig neu überarbeitete Auflage des 2006 erschienen Werkes, Wien. S. 34-35. Rekonstruktion: Michael Klein - digital-graphics 7 reasons - www.limes.co.at. **Seite 121**
Abb. 49:
Hotel Métropole, Franz-Josefs-Kai 33: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 93. **Seite 122**
Abb. 50:
Abladen von Obstzille am Schanzel, um 1885. Abgerufen am: 14.02.2017. URL: https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/schwedenplatz/ausstellung2011. **Seite 122**
Abb. 51:
Die Befestigung der Donaukanalseite, vor 1857: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 78. **Seite 123**
Abb. 52:
Der Franz-Josefs-Kai nach dem Abbruch des Rotenturmtores: Stühlinger, H.R. (2015): Der Wettbewerb zur Wiener Ringstraße - Entstehung, Projekte, Auswirkungen. Basel. S. 283. **Seite 123**
Abb. 53:
Blick über den Donaukanal in Richtung Ferdindandsbrücke, nach 1911: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 148. **Seite 124**
Abb. 54:
Blick über den Donaukanal in Richtung Schwedenbrücke, 1983: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 151. **Seite 124**
Abb. 55:
Der Franz-Josefs-Kai vor dem Stadtbahnbau: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 151. **Seite 125**
Abb. 56:
Der Franz-Josefs-Kai mit dem Donaukanal: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 151. **Seite 125**
Abb. 57:
Der Donaukanal nach der Erbauung der Stadtbahn im Bereich des Morzinplatzes: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 152. **Seite 126**
Abb. 58:
Der Donaukanal im Bereich des Morzinplatzes mit der neuen U-Bahn-Galerie, 1983: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 152. **Seite 126**
Abb. 59:
Der Platz vor der Ruprechtskirche um die Jahrhundertwende: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 153. **Seite 127**
Abb. 60:
Der Platz vor der Ruprechtskirche um 1960: Buchmann, B.M. / Sterk, H. / Schickl, R. (1984): Der Donaukanal – Geschichte-Planung-Ausführung. Wien. Bd. 14. S. 153. **Seite 127**

4.4. FOTODOKUMENTATION

Blick 1 - Blick 24:
Fotodokumentation Bauplatz. Julia Sonnleitner. **Seite 148 - 159**

5. DEMOKRATIEOFRUM - EIN ENTWURF

Alle Darstellungen (Konzeptdarstellungen, Plandarstellungen, Schaubilder, etc.) von Julia Sonnleitner

8.5. Zitate Quellen

Anhang

Kriesi, H./ Müller, L./ NCCR Democracy (Hrsg.) (2013): Herausforderung Demokratie. Zürich.

„Alle sehen es, dass sich bei uns eine grosse demokratische Revolution vollzieht, aber man beurteilt sie unterschiedlich. Einige betrachten sie als etwas Neues, als einen Zufall, den sie noch aufhalten zu können glauben. Andere dagegen halten sie für unwiderstehlich, weil sie ihnen als das älteste und dauerhafteste Faktum erscheint, das wir aus der Geschichte kennen.“

Alexis de Tocqueville, S. 30

„Unter Demokratie verstehe ich, dass sie dem Schwächsten die gleichen Chancen einräumt wie dem Stärksten.“

Mahatma Gandhi, S. 63

„Wenn die Demokratie arbeitsfähig sein soll, muss die Bevölkerung so weit wie möglich frei von Hass und Zerstörungslust und ebenso von Furcht und Unterwürfigkeit sein.“

Bertrand Russell, S. 88

„Demokratie kann nicht funktionieren, solange die Wählenden nicht darauf vorbereitet sind, weise zu wählen. Der wahre Schutz der Demokratie ist daher Bildung.“

Franklin D. Roosevelt, S. 181

„Demokratie ist...die Anerkennung, dass wir sozial genommen, alle füreinander verantwortlich sind.“

Heinrich Mann, S. 191

„Nur wenn die Staatsgewalt auf Rechtsstaatlichkeit gründet – fair und konsequent angewendet – kann die Gesellschaft auf einem stabilen Fundament stehen. Die politische Führung muss gewährleisten, dass die Regeln eingehalten werden – dass sie die Rechte und das Eigentum der einzelnen Bürger schützen. Die politisch Verantwortlichen müssen sich zudem an dieselben Regeln und Zwänge halten, dürfen sich nie darüber stellen.“

Kofi Annan, S. 207

„Gute Führungspersönlichkeiten können sich auf eine Debatte offen und ohne Vorbehalte einlassen, denn sie wissen, dass sie und die andere Seite sich am Ende näher stehen müssen und gestärkt daraus hervorgehen werden.“

Nelson Mandela, S. 207

„Wenn ein Chef zu autoritär und fordern auftritt, ...spalten sich einzelne Individuen oder Familien ab und schliessen sich einer anderen Gruppe an, die besser geführt zu sein scheint.“

Claude Lévi-Strauss, S. 311

„Die Demokratie beginnt in der Familie, im Alltag.“

Albert Schweitzer, S. 339

„Die Demokratie ist eine Institution, die den Zweifel, das Misstrauen und die Kritik organisiert. Das macht sie eigentlich auch so erfolgreich.“

Manfred Rommel, S. 357

„Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger... Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“

Willy Brandt, S. 357

„Nennen Sie mir ein Land, in dem Journalisten und Politiker sich vertragen, und ich sage Ihnen, da ist keine Demokratie.“

Hugh Carleton Greene, S. 407

„Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.“

Heinz Galinski, S. 489

„Demokratie heisst, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.“

Max Frisch, S. 525

„Demokratie entsteht, wenn man nach Freiheit und Gleichheit aller Bürger strebt und die Zahl der Bürger nicht aber ihre Eigenart berücksichtigt.“

Aristoteles, Buchrücken

http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/schaller_demokratie.pdf

„Es ist nicht möglich, die real existierende Demokratie zu definieren - als die einzig richtige. Aber es gibt viele Ausformungen, die demokratisch motiviert sind“

Monica Bühler

Sartori, Giovanni: Demokratietheorie, Darmstadt 1997

„Was Demokratie ist, läßt sich nicht davon trennen, was Demokratie sein sollte“

Giovanni Sartori, S. 16

Van Reybrouck, D. (2016): Gegen Wahlen – Warum Abstimmungen nicht demokratisch ist. Göttingen.

„Die Entwicklung geht von zentral zu dezentral, von vertikal zu horizontal, von top-down zu bottom-up. Wir haben mehr als hun-

dert Jahre dafür gebraucht diese Gesellschaft so – zentral, top down, vertikal – aufzubauen. Diese ganze Denkweise gerät nun ins Wanken. Wir müssen uns also eine Menge abgewöhnen und dazulernen. Die größte Barriere sitzt in unserem Kopf“

Jan Rotmans, S. 62

„Wahlen sind heutzutage primitiv. Eine Demokratie, die sich drauf reduziert, ist dem Tode geweiht“

Jan van Reybrouck, Buchrücken

„Was du für mich tust, aber ohne mich, das tust du gegen mich“

Mahatma Ghandi, aber ursprünglich aus Zentralafrika, S. 112

Purcell, M. (2017): For Democracy: Planning and Publics WITHOUT THE STATE. In: derive – Zeitschrift für Stadtforschung, Okt – Dez 2017, Nr. 69

„Democracy means that the future is open, and it is up to us to create it.“

Mark Purcell, S. 43

Ludwig, H. (2007): Das Lernen in die eigene Hand nehmen – Mut zur Freiheit in der Montessori-Pädagogik

Sage es mir, und ich werde es vergessen. Zeige es mir, und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich, und ich werde es verstehen.

Konfuzius (551 -479 v.Chr. (Lao Tse, 6. Jh. v. C.), S. 10

Brunner, C. / Kubaczek, N. / Mulvaney, K. / Raunig, G. (Hrsg.) (2017): Die neuen Munizipalisten – Soziale Bewegung und die Regierung der Städte. Wien.

"Wir glauben, dass, weil die Menschen in Gemeinschaft leben, die gemeinsamen Angelegenheiten uns alle betreffen. Erst dann, wenn alle Bewohner_innen eines Territoriums sich treffen, kommunizieren, diskutieren und gemeinsam Entscheidungen treffen können, die sie betreffen, kann die Politik aufhören, das Geschäft einiger weniger zu sein."

Die neuen Munizipalisten – Transversal Texts 2017, S. 42

Many forms of Government have been tried, and will be tried in this world of sin and woe. No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed it has been said that democracy is the worst form of Government except for all those other forms that have been tried from time to time....'

Winston S Churchill, 11 November 1947

Foucault, M. (2013): Überwachen und Strafen – Die Geburt des Gefängnisses. 14. Auflage, Frankfurt am Main.

"Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt);"

Michel Foucault, S. 39

Foucault, M. (2015): Analytik der Macht. 6. Auflage, Frankfurt am Main.

„Das Individuum ist eine Wirkung der Macht, und es ist zugleich eben in dem Maße, wie es eine Wirkung ist, ein Überträger: Die Macht geht durch das Individuum hindurch, das sie konstituiert hat.“

Michel Foucault, S. 114f

Foucault, M. (2005): Dits et Ecrits - Schriften - Band IV, 1980 - 1988.Frankfurt am Main.

„Es stimmt nicht, dass es in einer Gesellschaft Leute gibt, die die Macht haben, und unterhalb davon Leute, die überhaupt keine Macht haben. Die Macht ist in der Form von komplexen und beweglichen strategischen Relationen zu analysieren, in denen niemand dieselbe Position einnimmt und nicht immer dieselbe erhält.“

Michel Foucault, S. 805f

Nolte, P. (2012): Was ist Demokratie? - Geschichte und Gegenwart. München.

„Vergleiche sind wichtig und notwendig um kritisch den Ist-Zustand zu hinterfragen und Rückschlüsse zu ziehen, um in Bewegung zu bleiben.“

Paul Nolte, S. 44f

Diese Arbeit ist meinen Eltern,
Maria und Josef Sonnleitner, gewidmet.

Danke für die Geborgenheit und den Halt,
die bedingungslose Unterstützung und das
„Suchen und Finden – Lassen“.

DANKE

... Christian Kühn für deine Geduld und dein Vertrauen in meine Arbeitsweise, die Möglichkeit einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema, die herausfordernden und gleichzeitig konstruktiven Gespräche und das Interesse an Demokratie.

... Meinen Eltern, Maria und Josef Sonnleitner, für die Geborgenheit und den Halt, die bedingungslose Unterstützung, das „Suchen und Finden – Lassen“, eure Neugierde und die Möglichkeit, den Weg zu gehen, der zu dieser Arbeit führte.

... Meiner Schwester, Kathrin Maier-Sonnleitner, für die richtigen Worte im richtigen Moment, für das Zuhören und Nachfragen und für das Vertrauen in meine Fähigkeiten und den Glauben an mich.

... Meinen Nichten, Emma und Hanna, für die Erinnerung, dass es wichtigere Dinge im Leben gibt, für euer zauberhaftes, ansteckendes Lachen, das ihr mir immer wieder entgegenbringt und für eure wunderbare Art, Dinge zu betrachten.

... Nadine Nenning, Anja Hörl und Sarah Leuchtenmüller fürs Herunterholen, Auffangen, Zuhören, Motivieren und Ermutigen.

... Meiner Familie, meinen FreundInnen, meinen KollegInnen und den ExpertInnen für den Austausch und das Sortieren von Gedanken, für spannende Diskussionen, das Gewähren von vielseitigen Einblicken und Aufzeigen von neuen Wegen.

**Für mehr
Partizipation.
Für eine lebendige
Demokratie.
Für alle.**